SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Deutsch-französisch-belgische Bürgermeisterkonsultation: kulturelle Vielfalt als Herausforderung für die Stadtgesellschaft am 19./20. Juni 2008 in Stuttgart

Dias, Camille; Kasper, Karsten; Lang, Apolline; Körner, Franziska; Guérout, Jeanne; Mursa, Erika

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzband / conference proceedings

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Deutsch-Französisches Institut - dfi. (2009). *Deutsch-französisch-belgische Bürgermeisterkonsultation: kulturelle Vielfalt als Herausforderung für die Stadtgesellschaft am 19./20. Juni 2008 in Stuttgart* (dfi compact, 7). Ludwigsburg. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61534-8

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

dfi compact

Januar 2009
Nr. 7

Deutsch-französisch-belgische Bürgermeisterkonsultation
Kulturelle Vielfalt als Herausforderung für die Stadtgesellschaft
am 19./20. Juni 2008 in Stuttgart

Robert Bosch Stiftung

FREUDENBERG STIFTUNG

König-Baudouin-Stiftung

ISSN 1619-8441

dfi Deutsch-Französisches Institut

Deutsch-französisch-belgische Bürgermeisterkonsultation
Kulturelle Vielfalt als Herausforderung für die Stadtgesellschaft
am 19./20.06.2008 in Stuttgart

Einführungen 6
Olaf Hahn 6
Pia Gerber 9
Françoise Pissart 12

Podium und Diskussion: Gestaltung kultureller Vielfalt in kommunalen Verwaltungen 19

Joseph Esoh-Elamé 22
Monica De Coninck 31
Leyla Özmal 40
Diskussion 48

Arbeitsgruppen
Arbeitsgruppe 1: Wege zur Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der frühkindlichen Sozialisation und schulischen Entwicklung ihrer Kinder 79
Gaye Petek 79
Gudrun Kiener 82
Michel Albertijn 87
Diskussion 95
Arbeitsgruppe 2: Kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft: eine Herausforderung für die Organisation der Gesundheits- und Pflegedienste 120
François Prevoteau du Clary 121
Hans-Ulrich Klör 133
Diskussion 137
Präsentation der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen und Abschlussdiskussion 158

Weitere Beiträge 177
Marleen De Vry 177
Khadija Aram 184
Radouane Bouhlal / Ahmed Mouhssin 187

Einführung

Dr. Olaf Hahn
(Bereichsleiter bei der Robert Bosch Stiftung)

Sehr geehrter Herr Dr. Freudenberg,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine besondere Freude, Sie heute hier im Stuttgarter Haus der Wirtschaft zur 2. Bürgermeisterkonsultation der Robert Bosch Stiftung und der Freudenberg Stiftung, in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Institut, begrüßen zu dürfen, und dies in einem erweiterten Teilnehmer- und Veranstalterkreis. Wie Sie sicher wissen, haben wir bereits vor einem Jahr eine ähnliche Tagung am gleichen Ort organisiert, um kommunalen Entscheidungsträgern eine zusätzliche Möglichkeit zu geben, miteinander über die Herausforderungen, die sich aus der Organisation des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft ergeben, ins Gespräch zu kommen. Unsere Idee war es damals, die international einmalige Vielschichtigkeit der Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich durch ein weiteres Element zu ergänzen. Es lag daher nahe, ein Treffen kommunaler Vertreter aus beiden Ländern zum jeweils praktizierten Management von Vielfalt zu organisieren und damit eine zusätzliche Möglichkeit zum Austausch von Konzepten und von Praxis und zur Etablierung längerfristiger Kontakte zu schaffen. Dies geschah im Rahmen des Engagements von Robert Bosch Stiftung und Freudenberg Stiftung bei einer europäischen Stiftungsinitiative zur Förderung von Integration, bei der Tagungen in verschiedenen europäischen Ländern durchgeführt wurden. Wir konnten 2007 mit Stolz feststellen, dass Ergebnisse unserer Tagung in Frankreich und in Deutschland vielfach Beachtung fanden und auch auf dem Ministerrat im Herbst Gegenstand waren. Wir haben uns daher entschlossen, unsere Bürgermeisterkonsultationen fortzusetzen, und dies in erweitertem Rahmen. Ganz Europa hier einzubeziehen, hätte die Möglichkeiten privater Stiftungen bei weitem überstiegen. Aber eine Ergänzung um einen weiteren europäischen Partner schien wünschenswert und möglich. Dank der bereits in anderen Zusammenhängen bewährten Partnerschaft mit der König Baudoin

Stiftung in Brüssel konnten wir also unser Stiftungskonsortium erweitern und zum ersten Mal auch belgische Kommunalvertreter einbeziehen. Wir sind überzeugt, dass die belgische Perspektive im Umgang mit Vielfalt unsere Gespräche hier maßgeblich bereichern werden.

Meine Damen und Herren, dass sich Integration auf der lokalen Ebene entscheidet, dort wo Menschen leben, ist mittlerweile eine Binsenweisheit, die in fast jeder öffentlichen Verlautbarung genannt wird. Kulturelle Vielfalt ist zu einer Lebensrealität der meisten Kommunen geworden, und die fruchtbare Auseinandersetzung mit ihr, das heißt die Organisation des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, beschäftigt Stadtverwaltungen und Bürger in den allermeisten europäischen Ländern. Langfristig tragfähige Konzepte werden gesucht, um Bildungsbeteiligung, sprachliche Befähigung, Zugang zu Dienstleistungen und aktive gesellschaftliche Teilhabe auch für Migranten zu verbessern. „Integration" an sich ist ein leerer Begriff, der nur dann an Sinn gewinnt, wenn er in konkreten Lebenskontexten verwendet wird. Bei unserer ersten Veranstaltung vor einem Jahr haben wir uns von einem am Lebensverlauf orientierten Modell leiten lassen: In jeder Lebensphase, bei der kommunale Gestaltung eine Rolle spielt, von der Geburt über Elternhaus, Kindergarten, Schule, Beruf bis hin zur Gestaltung des Alters, in allen denkbaren Lebenslagen, ist Vielfalt für die zuständigen kommunalen und anderen Dienste von Relevanz. Wenn in manchen Kindergartengruppen weit mehr als 50 % der Kinder einen sogenannten Migrationshintergrund aufweisen, muss dies natürlich Konsequenzen haben für die Organisation des Kindergartens an sich.

Um das 2007 begonnene Gespräch hier und in diesem Sinne fortzusetzen, haben wir uns entschlossen, drei Themen in den Mittelpunkt der Tagung zu stellen. Es schien uns nicht falsch, ein in Deutschland oft debattiertes Thema, nämlich die Gestaltung von Vielfalt in der Kommunalverwaltung selbst, international zu diskutieren. Im Jugendamt der Stadt Stuttgart etwa gibt es nur eine Mitarbeiterin mit türkischem Migrationshintergrund, die sich vor Anfragen zur Familienberatung nicht retten kann. Hier spielen Vertrauen und Verständnis eine wichtige Rolle. Interessant wird sein zu erfahren, wie man sich in französischen, belgischen und deutschen Stadtverwaltungen diesbezüglich aufstellt. Das zweite Thema unserer Tagung ist

die zentrale Rolle von Eltern im Erziehungsprozess. Wie kann eine bessere Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund in die schulische Entwicklung ihrer Kinder gelingen? In Baden-Württemberg etwa beenden seit 20 Jahren konstant vor allem italienische und türkische Jugendliche überdurchschnittlich häufig die Schule ohne oder mit schlechtem Abschluss und nur ein Bruchteil von ihnen schafft es aufs Gymnasium. Dass das deutsche Schulsystem unzureichend aufgestellt scheint, um diesen und anderen Herausforderungen zu begegnen, ist eine Sache; eine andere sind die Voraussetzungen der Jugendlichen, die nicht zuletzt in ihren Elternhäusern geschaffen werden, oder eben ach nicht. Dass dies natürlich auch für Nicht-Migranten gilt, liegt auf der Hand. Drittens schließlich haben wir uns für das Thema Gesundheit entschieden: Beiträge zur Kranken- und Sozialversicherung schaffen ein Anrecht auf adäquate Versorgung. Wie aber kann, vor allem auch im kommunalen Kontext, angemessen auf Vielfalt in Gesundheits- und Pflegediensten reagiert werden? Was bedeutet in unseren jeweiligen Ländern „kultursensible“ Pflege, und wie kann man sie organisieren? Gesundheit wird im Kontext der Integrationsdebatte wenig behandelt; wir sind gespannt, wie Belgien, Frankreich und Deutschland jeweils auf diese Herausforderung kommunal reagieren.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass Sie diese Themen zu angeregten Gesprächen, und vielleicht sogar zu einem dauerhaften Austausch untereinander anregen werden. Es ist ja nicht zuletzt Sinn solcher Veranstaltungen, dass Kontakte geknüpft werden können und man Ansprechpartner auch im Ausland gewinnen kann.

Erlauben Sie mir als Vertreter einer gemeinnützigen Stiftung, also einer ganz und gar unabhängigen, privaten Institution abschließend den Gedanken, dass genau darin, nämlich in der Ermöglichung einer Plattform für Dialog und Austausch, eine unserer wichtigeren Aufgaben als Stiftungen bestehen kann. Leider wird in manchen jüngsten öffentlichen Verlautbarungen, gerade auch in Deutschland, Innovationspotential leichtfertig fast als alleiniges Privileg von Stiftungen und Think-Tanks dargestellt; im vielfältigen Kontakt und in der Zusammenarbeit mit staatlichen und kommunalen Stellen, denen ja z. B. Integrationsförderung am Ende als steuerfinanzierte Regelaufgabe zukommt, haben wir in der Bosch Stiftung immer schon die Erfahrung machen dürfen, wie einfallsreich und gleichzeitig pragmatisch gerade

Kommunen solche Aufgaben angehen. Unser Bemühen, so scheint mir, muss dahin gehen, dass in einer Zeit gestiegener Bedeutung privater Initiative das Miteinander von Staat, Wirtschaft und Drittem Sektor dauerhaft im Sinne des Gemeinwohls gestaltet wird. Ich hoffe, dass diese Veranstaltung einen Beitrag auch dazu leisten kann und möchte mich sehr herzlich bei unseren Partnern, der Freudenberg Stiftung, der König Baudoin Stiftung und dem Deutsch-Französischen Institut, namentlich bei Herrn Professor Baasner, für die gemeinsame Vorbereitung bedanken.

Dr. Pia Gerber
(Freudenberg Stiftung)

Mesdames et Messieurs, meine Damen und Herren, auch von Seiten der Freudenberg Stiftung ein herzliches Willkommen zur zweiten Bürgermeisterkonsultation mit Expertinnen und Experten aus den Städten Frankreichs, Belgiens und Deutschlands.

Was uns alle verbindet, ist unser Engagement für die Zukunft der Städte und Regionen, die einen konstruktiven Umgang mit kultureller Vielfalt und eine gelingende Integration als zentrale Gestaltungsaufgaben von Kommune und lokaler Bürgergesellschaft begreifen. In dieser Hinsicht haben Städte über Ländergrenzen hinweg manchmal mehr gemeinsam als Kommunen im gleichen Land. Denn weder der Staat, noch die Unternehmen können allein die Grundlagen für ein kreatives ökonomisches Wachstum und ein friedliches Miteinander unterschiedlicher Kulturen bilden. Es braucht das Engagement der Region und der Stadt mit den Menschen, die in ihnen leben.

Erlauben Sie mir, zwei Herausforderungen der Stadtgesellschaften herauszugreifen, denen Städte sich stellen müssen, die zukunftsfähig sein wollen.

Kulturelle Vielfalt als Standortvorteil sehen

Regionen und Städte mit einer weltoffenen und toleranten lokalen Kultur sind attraktiver für kreative Talente unterschiedlicher Schichten, Herkunftssprachen und Lebensstile. Früher zogen Arbeitsuchende zum Unternehmen. Heute siedeln sich Unternehmen dort an, wo ein kreatives Milieu ist und die drei Ts: Technik, Talent und Toleranz

zusammenkommen. Eine offene Stadtkultur und eine positive Haltung zu kultureller Vielfalt ziehen Unternehmen nicht nur aus den wissensintensiven Dienstleistungsbereichen und den Zukunftstechnologien an, sondern gleichermaßen aus der Medien- und Kulturindustrie. Im Gegensatz scheuen besonders Großunternehmen mit stark internationalisierten Strukturen Investitionen in Regionen mit hoher Fremdenfeindlichkeit wie z.B. in einigen Teilen Ostdeutschlands.

Offenheit und Toleranz sind demnach Voraussetzungen dafür, wenn es einer Stadt oder Region gelingen soll, hoch qualifizierte Menschen anzulocken und zu halten. Längerfristig wird es aufgrund der demographischen Entwicklung und dem zu erwartenden Fachkräftemangel für global agierende Unternehmen und Organisationen zunehmend darauf ankommen, Standorte mit hoher Lebensqualität – u.a. gemessen am sogenannten „Diversity Index" – auszumachen.

Hier stehen europäische Regionen zueinander im Wettbewerb um kreative Köpfe. Derzeit finden sich eine belgische (Brüssel), 6 französische (Toulouse, Nantes, Montpellier, Paris, Lyon, Nizza) und 6 deutsche (München, Stuttgart, Düsseldorf, Hamburg, Köln, Frankfurt) unter der Gruppe der aktuell 30 attraktivsten Städte Europas.

Brücken zwischen Gewinner- und Verliererregionen innerhalb der Städte bilden

„Bedrohte Stadtgesellschaft" heißt der Titel einer 1999 erschienen Studie von Wilhelm Heitmeyer über soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen in deutschen Kommunen. Was damit gemein ist, kann man in fast allen mittleren und größeren Städten Deutschlands und europäischer Nachbarländer leicht feststellen: Es gibt Stadtteile und Wohnquartiere, in denen die Arbeitslosigkeit hoch ist und wo viele Menschen Sozialhilfe erhalten, wo der Übergang von Kindern in höher qualifizierende Schulen besonders gering ist, das Wohnumfeld einen verwahrlosten Eindruck macht und wo man leichter als in besser situierten Wohngegenden Konflikte und Gewalt auf der Straße antreffen kann.

Überdurchschnittlich häufig leben in diesen benachteiligten Quartieren einkommensschwache Menschen aus Einwandererfamilien. Darunter finden sich wenige entdeckte Talente, sei es Fußballstars oder Hiphopbands, dagegen aber viele unentdeckte, früh entmutigte

junge Menschen mit dem Gefühl, nicht gebraucht zu werden, nicht dazu zu gehören und keinen eigenen Beitrag leisten zu können zur Produktivität der Stadtgesellschaft.

Hier steht die Stadtgesellschaft vor der Herausforderung, für sozialen Zusammenhalt und für Talentförderung in der ganzen Stadt zu sorgen, denn in jedem Menschen steckt das Potenzial, sich zu entfalten und dessen Vernachlässigung oder Behinderung zur ökonomischen, sozialen oder politischen Randständigkeit führen kann.

Was eine Stadtgesellschaft tun kann und was sie in vielen Regionen und Städten bereits tut, um Talente und Toleranz zu fördern, und zugleich eine wachsende soziale Ungleichheit zu verhindern, dazu werden wir Gelegenheit haben, uns auszutauschen.

Die nächsten Tage dienen der Suche nach bereits praktizierten und noch zu entwickelnden Antworten auf drei damit verbundene Fragen:

1. Wie können lokale Verantwortungsgemeinschaften aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft erfolgreich dafür sorgen, dass kein Kind verloren geht und jedes Kind im Laufe seiner Bildungsbiografie seine Fähigkeiten in Kindergarten, Schule, zuhause und in der Gemeinde entfalten kann? Wie können hierzu tragfähige Bildungspartnerschaften mit Eltern aussehen? Wo und wie machen Städte koordinierte Bildungsförderung von Anfang an jenseits ihrer Zuständigkeit zur Chefsache?
2. Wie können Stadtgesellschaften eine beteiligungsorientierte Kultur, interkulturellen Dialog und Chancengleichheit in öffentlichen Einrichtungen und Diensten fördern?
3. Wie können Städte über Ländergrenzen hinweg tatkräftige Bündnisse miteinander eingehen, die ihnen helfen, ihre Praxis weiter zu entwickeln?

Sicherlich werden wir aus den vielfältigen Antworten eine Menge voneinander lernen, um dieser zweiten Konsultation erneut praktische Konsequenzen folgen zu lassen. Darauf freuen wir uns.

Françoise Pissart
(König-Baudouin-Stiftung)

Ist die kulturelle Vielfalt eine Herausforderung für die Stadtgesellschaft?

In dieser Frage ist die Antwort eigentlich schon enthalten, denn sie ist in der Tat eine Herausforderung für die kommunalen Behörden, die darauf achten sollen, dass alle am sozialen Leben aktiv teilnehmen können. Die König-Baudouin-Stiftung freut sich sehr darüber, dass an dieser Tagung Vertreter von so zahlreichen Städten und Gemeinden teilnehmen. Ein solcher Gedankenaustausch entspricht auch den Anliegen, die unsere Stiftung mit dem Programm „Migration und multikulturelle Gesellschaft" verfolgt, das Integration und kulturelles Zusammenleben in Belgien und in Europa voranbringen will.

Lassen Sie mich zunächst sehr herzlich der Robert Bosch Stiftung, der Freudenberg Stiftung und dem Deutsch-Französischen Institut dafür danken, dass sie uns zur Mitarbeit bei der Planung dieses Kolloquiums eingeladen haben. Wir haben nicht lange gezögert, diese Partnerschaft einzugehen. Denn auch in Belgien ist es so, dass gesellschaftliche Probleme am Schärfsten auf lokaler Ebene zutage treten und dabei häufig auf bestimmte Wohngebiete von Städten und Gemeinden konzentriert sind.

Wie Sie sicher wissen, ist Belgien ein föderaler Staat, der sich aus drei Gemeinschaften zusammensetzt, der flämischen, der französischen und der deutschsprachigen, und auch aus drei Regionen, nämlich Flandern, Wallonien und Region Brüssel-Hauptstadt, die alle ihre eigenen Dynamiken besitzen. Die insgesamt 10 Millionen Einwohner weisen zudem sehr starke Unterschiede auf, und vor allem in den großen Agglomerationen ist der Anteil der Menschen mit ausländischer Herkunft besonders hoch.

Für diese Bevölkerung gilt ein Bündel von Nachteilen, wozu unter anderem ein niedrigeres Bildungsniveau, höhere Arbeitslosigkeit und geringere Wohnqualität zählen. Bei ihren Anstrengungen, einen Anteil am allgemeinen Wohlstand zu erlangen, sind die Chancen der Bewohner von benachteiligten Wohnviertel geringer, denn häufig besetzen sie die unsichersten Positionen in unserer Gesellschaft. Eine jüngere wissenschaftliche Untersuchung zu den Problemvierteln in bel-

gischen Stadtgebieten, die im Auftrag von „Die Politik der Großstädte“[1] realisiert wurde, bestätigt dies. Die Untersuchung stellt eine ganze Reihe von höchst problematischen Wohnvierteln fest, in denen Menschen mit Migrationshintergrund leben. In Brüssel trifft dies beispielsweise auf 80 Wohngebiete zu. Ich zitiere aus der Untersuchung: „Die Situation bleibt besorgniserregend: In den Vierteln mit hoher Konzentration von ausländischen Menschen, die aus den armen Ländern kommen, wird sie sogar immer dramatischer, wobei es um die dringlichen Probleme von Qualifikation und Beschäftigung sowie die Ausbildung von Gettoisierungsphänomenen geht“.

Angesichts dieser Herausforderungen will eine Stiftung wie die unsere dazu beitragen, Antworten zu formulieren. Dabei sollen die verschiedenen institutionellen Ebenen in Belgien, von der kommunalen bis zur föderalen, in ein Zusammenspiel gebracht und zugleich der europäische Rahmen berücksichtigt werden, wobei gerade auch unsere geografische Lage im Herzen der Hauptstadt Europas zu nutzen wäre.

Bei unserem Engagement auf lokaler Ebene unterstützen wir einerseits Aktionen, die auf Initiative der Behörden vor Ort selbst entwickelt wurden, und andererseits Akteure mit einschlägiger praktischer Erfahrung, wie Nichtregierungsorganisationen (NGO), die ihrerseits Projekte entwickeln und auf die Politik von Städten und Gemeinden Einfluss nehmen können. Ich werde später dazu einige Beispiele nennen.

Bei der heutigen Tagung wird es unvermeidlich um die Frage gehen, wie man Bedingungen für eine stärkere Beteiligung schaffen und so das Zusammenleben in der kulturellen Vielfalt begünstigen kann.

Warum ist die Beteiligung der Bevölkerung auf lokaler Ebene so wichtig?

Als politische Instanz steht die lokale Macht in direktem Kontakt mit der Bevölkerung. Sie ist zudem die Instanz par excellence, die andere Akteure beraten kann, auch in Fragen der kulturellen Verschiedenheit.

---

1 Die Untersuchung trägt den Titel „Dynamische Analyse der Problemviertel in den belgischen Stadtregionen“ und wurde erstellt von Christian Kestellot (ISEG-KU Leuven), Christian Vandermotten (IGEAT-ULB) und Bertrand Ippersiel (ICEDD) im Auftrag von SPF Soziale Integration, Abteilung Politik der Großstädte.

Ist aber kulturelle Vielfalt für alle ein offensichtlicher Wert?

Nicht jeder sieht in der Ankunft neuer Migranten schlicht und einfach eine Bereicherung – im Gegenteil. Dies liegt vor allem an den Spannungen, die man vor Ort beobachten kann. Nur allzu oft äußern sich diese in der Präferenz für Wahlprogramme, die die Zuwanderung für alle Übel der Gesellschaft verantwortlich machen. So manche Bürger betrachten beim Migrationsprozess vor allem eine Kehrseite der Medaille, und auch dies müssen wir im Kopf behalten, wenn wir die Problematik besser verstehen und vorausschauend handeln wollen.

Zu Beginn des Jahres hat die König-Baudouin-Stiftung den niederländischen Experten Paul Scheffer, Autor des Buches „Het Land van Aankomst", der zur Problematik der Großstädte an der Universität von Amsterdam lehrt, mit einer Darstellung dieses Themas beauftragt. Er unterbreitete verschiedene interessante Vorschläge, die Einfluss auf die Kommunalpolitik nehmen können:

In einer Gesellschaft, die in einem Prozess der Internationalisierung und des Wandels steht, empfinden die Menschen ein Gefühl des Verlusts, und zwar sowohl jene, die in einem Land neu ankommen, als auch jene, die bereits vor Ort leben.

So ist es beispielsweise für ältere Menschen nicht einfach, mitzuerleben, wie sich in rund zehn Jahren ihr vertrautes Umfeld durch die Anwesenheit von Menschen veränderte, die andere Gewohnheiten und Traditionen haben. Dies erfordert eine große Anpassungsfähigkeit.

Die einheimische Bevölkerung erlebt, wie sich die ihnen bekannte Gesellschaft, in der sie sich sicher fühlten, verändert, aber auch die Migranten empfinden einen Verlust. Sie lassen nicht nur Verwandte zurück, sondern häufig auch verschiedene Traditionen und religiöse Praktiken. Paul Scheffer erklärte dazu: „Man muss dieses Gefühl des Verlusts ernst nehmen und es nicht sofort mit einem Diskurs zur kulturellen Bereicherung zudecken wollen. Nur unter dieser Bedingung kann die kulturelle Vielfalt als ein Mehrwert empfunden werden."

Die Innovation beginnt auf lokaler Ebene!

Es ist daher wichtig, auch globale Entwicklungen in den Blick zu nehmen. Die Migrationsströme lassen die Menschen in unsere Städte

drängen. Dieser Prozess ist auf der ganzen Welt zu beobachten, doch sind dessen erste Auswirkungen dort zu spüren, wo diese Menschen sich niederlassen, das heißt auf lokaler Ebene. Dies wirft bei den lokal Verantwortlichen eine Reihe von Fragen auf. Unsere Wohnviertel und unsere Städte verändern ihr Aussehen, manchmal allmählich, manchmal sehr schnell, und es geht darum, sich den neuen Herausforderungen zu stellen.

In der Politik gibt es immer zwei Ebenen. Die Makroebene ist die der Regierungen und Parlamente, wo Maßnahmen von nationaler Reichweite getroffen werden. Die Mikroebene, das heißt die der lokalen Behörden, umfasst die eigentliche Gesellschaft und ist häufig ein Gradmesser dafür, ob bestimmte politische Maßnahmen greifen oder nicht, zum Beispiel im Bildungsbereich oder auf dem Arbeitsmarkt. Hier gibt es ein wunderbares Panel von Vorreiterstädten und -gemeinden, die dieses Thema auf innovative Weise angehen.

Was kann man konkret tun?

Viele lokale Behörden versuchen, unter der Flagge des sozialen Zusammenhalts das „soziale Kapital" einer Stadt zu stärken. Welche Terminologie man dabei auch immer verwendet – die Theorie ist stets einfacher als die Praxis. Eine der großen Fragen lautet: Wie können wir diesen sozialen Zusammenhalt zwischen Gruppen und Gemeinschaften erhöhen, und wie können wir mit lokalen Konflikten umgehen?

Die König-Baudouin-Stiftung versucht im Rahmen ihrer Programme einen Beitrag zur Umsetzung dieser Ziele auf lokaler Ebene zu leisten. Ich möchte dazu einige Beispiele nennen.

1 – Zuhören

Akteure mit praktischer Erfahrung, Menschen, die selbst bestimmte Probleme erlebt haben, und Profis bilden ein richtiges „Empfängernetzwerk" und informieren die Stiftung über soziale Ungerechtigkeiten, die unzureichend bekannt oder zu wenig berücksichtigt werden. Dank dieses Netzwerks haben wir konkrete Projekte entwickelt, zum Beispiel eine Anlaufstelle für jene Menschen, die mit den kommunalen Verwaltungen nicht zurecht kommen. In zahlreichen Berichten und Zeugnissen wurde deutlich, wie sehr sich die Menschen manch-

mal in unlösbare Probleme verstrickt haben, weil ihre ersten Schritte bei den kommunalen Verwaltungen falsch liefen. Immer wieder ist bei Fortbildungsmaßnahmen in diesem Rahmen das Einwanderungsthema aufgetaucht.

Kürzlich hat die König-Badouin-Stiftung die Bürger auch zu ihrem Gefühl der mangelnden Sicherheit angehört und für die allgemeine Verbreitung eines Berichts zu dieser Frage gesorgt. Heute unterstützen wir in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Städte und Gemeinden lokale Stellen, an denen verschiedene Akteure aus den Bereichen Sicherheit und Prävention (Bürgermeister, Polizei, Justiz) beteiligt sind. Sie werden dabei ermutigt, mit den Schulen, den Vereinigungen und den Bewohnern zusammen zu arbeiten, um das Gefühl mangelnder Sicherheit zu verringern. Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen selbstverständlich die Themen des Zusammenlebens, der Großstädte, der immigrierten Jugendlichen und der problematischen Beziehungen zwischen den Generationen.

2 – Dialoge führen

Die König-Baudouin-Stiftung unterstützt 45 „Akteure für den Dialog", die auf lokale Spannungen und Konflikte reagieren. Bei einem Drittel der Problemfälle geht es in weiterem Sinne um interkulturelle Fragen. Wir unterstützen all jene, die vor Ort eingreifen und die konstruktive Lösungen für die Probleme zwischen den Bewohnern oder Nutzern des öffentlichen Raums suchen.

3 – Aktionen in den Wohnvierteln

Gewiss muss man den Herausforderungen der kulturellen Verschiedenheit ins Auge sehen, doch müssen die Antworten darauf nicht immer dieses Etikett tragen. Unter dem Thema „Leben im Wohnviertel" unterstützt die Stiftung seit langem Projekte, die von den Bewohnern einzelner Wohngebiete entwickelt wurden, Projekte, die sehr positive Auswirkungen auf das Zusammenleben der verschiedenen Gemeinschaften haben.

4 – Migrantenorganisationen

In den letzten fünf Jahren haben wir auch lokale Aktionen unterstützt, die von oder mit Vereinigungen von Migranten entwickelt wurden: Wir raten den lokalen Behörden, hier offen zu bleiben, ja solche Dynami-

ken zu fördern. Untersuchungen haben gezeigt, dass sie häufig einen nützlichen Schritt hin zur Integration darstellen, sowohl für die Nutznießer als auch für die Verantwortlichen dieser Organisationen, und dass sie nicht systematisch, wie viele fürchten, Zeichen für die Abschottung einer Gemeinschaft sind.

5 – Schulen und Akteure vor Ort

In Belgien fällt das Unterrichtswesen vor allem in die Kompetenz der Sprachgemeinschaften, auch wenn zahlreiche Städte für eine Reihe von Schulen, die auf ihrem Gebiet liegen, als „Organisationsbehörden" fungieren.

In den letzten drei Jahren hat die Stiftung (mehr oder weniger erfolgreich!) die Beteiligten auf die alarmierende Kluft hingewiesen, die bei den schulischen Leistungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und den anderen herrscht. Wir haben auf diesem Feld mittels zweier Maßnahmen eingegriffen: So wurden in der Sekundarstufe Tutoren eingeführt, und es wurden Projekte unterstützt, die Eltern in die Schulkarriere ihres Kindes mit einbeziehen. Zu diesem Thema wäre viel zu sagen, vor allem zur Bedeutung einer interkulturellen Vorgehensweise und zur lokalen Ebene.

Schlussfolgerung

Eine Stadt oder eine lokale Behörde mit all ihren politischen Kompetenzen erlebt als erstes, was Unterschiedlichkeit bedeutet. Die Verwirklichung der kulturellen Vielfalt in einer Stadtgesellschaft erfordert eine Vision, eine permanente Bewusstmachung und eine gemeinsame Verantwortung aller, die auf welche Weise auch immer an der lokalen Politik beteiligt sind.

Zugleich gibt es das Bedürfnis, voneinander zu lernen. Wir wollen mit dieser Tagung konkrete Instrumente vorschlagen (durch Praxisberichte von den Städten und Gemeinden selbst), die den lokalen Behörden als Anregung dienen und sie in ihrer Entschlossenheit unterstützen, Chancengleichheit und Vielfalt bei sich zu Hause zu fördern.

Zusammenarbeit und Austausch von Kenntnissen spielen also auch hier eine entscheidende Rolle. Im Namen der Initiatoren dieser Konferenz wünsche ich Ihnen viele Anregungen, bin ich doch selbst

davon überzeugt, dass wir außerordentlich nützliche Erkenntnisse für die Verwirklichung unserer Ziele gewinnen werden.

Von ganzem Herzen hoffe ich, dass wir eines Tages eine Neuauflage dieser Tagung veranstalten und dass diese dann den Titel tragen wird *„Kulturelle Vielfalt als Trumpf für die Stadtgesellschaft!“*

Podiumsdiskussion

Prof. Dr. Frank Baasner
(Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg)

Meine Damen und Herren,
Ich dachte, ich könnte eine thematische Einführung machen, dass ist aber gar nicht mehr nötig, denn wir sind schon mitten im Thema. Deswegen können wir relativ schnell mit unseren Eingangsreferaten beginnen. Trotzdem würde ich gerne darauf hinweisen, dass wir in Stuttgart sind. Stuttgart, eine Stadt, die sehr stark engagiert ist in dem Thema, das uns heute auch hier beschäftigt. Bei der Konferenz letztes Jahr hat Stuttgart auch seine eigenen Konzepte und Erfahrungen präsentiert. Wir dachten es wäre gut und gerecht, wenn es diesmal andere Städte sein würden.

Auf Ihrem Weg hierher werden Sie sicher in Stuttgart bemerkt haben, wie aus sehr vielen Fenstern und an sehr vielen Autos viele bunte Fahnen zu beobachten sind. Das hat natürlich etwas mit der Fußballeuropameisterschaft zu tun, zeigt aber auch, dass man eigentlich in Stuttgart die ganze Europameisterschaft spielen könnte. Es ist eigentlich alle Länder vertreten. Und ich denke auch eine Weltmeisterschaft wäre hier ganz gut auszurichten.

Städte sind, seit es die europäische Erfindung der Stadt gibt, eigentlich immer Orte gewesen, wo Menschen verschiedener Herkunft zusammen kommen. Städte waren immer der Ort des Handels, des Umschlags von Menschen, von Waren, des Wandels, der Migration einfach der Bewegung im Raum. Da waren die Städte immer schon sehr stark und man könnte etwas überspitzt formulieren: Was wir heute diskutieren und was eine große gesellschaftliche Debatte in ganz Europa ist, ist eigentlich die Normalität. Städte haben immer diesen Charakter gehabt, dass sie Neues aufnehmen, dass sie selbst Lösungen suchen, um ihre neue, sich ständig wandelnde auch kulturelle Realität immer wieder neu zu verstehen.

Wenn wir heute darüber, manchmal auch mit einer gewissen Sorge sprechen müssen und eben nicht selbstverständlich die Vorteile der Vielfalt in den Vordergrund stellen können, dann liegt das sicherlich daran, dass sich die Dinge beschleunigt haben und dass Migration heute eben nicht nur in der Zeit beschleunigtes Phänomen ist,

sondern auch ein weltweit wirksames Phänomen. Ich denke, es gibt heute neue Herausforderungen, aber es ist kein Grund nicht daran zu glauben, dass die Städte es schaffen können, gerade hier voran zu gehen und gute Wege aufzuzeigen.

Ich freue mich sehr, dass wir dieses Mal mit belgischen Partnern arbeiten können. Erlauben Sie mir diese ganz persönliche Note: vier wichtige Jahre meines Lebens, nämlich die Zeit zwischen 14 und 18 Jahren, habe ich in Belgien verbracht. Ich habe im wallonischen Teil gelebt und deswegen eine französischsprachige Schule besucht, und spreche leider kein Flämisch, aber ich habe Belgien mit viel Freude damals und auch heute, immer wieder als in sich sehr vielfältiges Land erfahren. Wir freuen uns, dass die belgischen Kommunen so stark auf die Einladung der Baudouin-Stiftung und der beiden anderen Stiftungen geantwortet haben, die diese Tagung organisieren. Die belgische Perspektive wird sicherlich unsere Debatten bereichern.

Lassen Sie mich, weil wir auch über Vielfalt sprechen werden, ein mir sehr wichtig erscheinendes Thema noch kurz ansprechen. Wenn wir von Kultur und von Herkunftsländern sprechen, dann reden wir auch immer wieder von Sprachen. Sprache ist ein ganz zentrales Element von Kultur, man könnte auch sagen, Sprache ist Kultur schlechthin. Die meisten von Ihnen sind vielsprachig. Sehr viele werden drei, vier Sprachen beherrschen oder verstehen. Normalerweise ist bei europäisch ausgerichteten Tagungen die Verkehrssprache Englisch. Das hat sich so eingebürgert. Sie werden verstehen, dass mein Institut, das dfi, das vor ein paar Wochen 60 Jahre alt geworden ist, großen Wert darauf legt, dass nicht notwendig alles gleich auf Englisch stattfindet. Natürlich gibt es Situationen, in denen man Englisch spricht und als wir die Erweiterung um die belgischen Partner entschieden haben, war ich nicht nur sehr froh, sondern sah natürlich auch die Problematik, dass Belgien ein mehrsprachiges Land ist. Wie soll man gerecht sein, wo man doch weiß, wie sensibel die Sprachenfrage für jeden unter uns ist? Wie soll man auskommen mit Deutsch und Französisch, wo doch gleichzeitig eine der Landessprachen das Flämische ist? Deswegen bin ich sehr dankbar, dass die aus dem flämischen Teil Belgiens stammenden Teilnehmer sich bereit erklärt haben, dies für unser Kolloquium zu akzeptieren. Das ist wirklich sehr entgegenkommend und zwar auch aus ganz praktischen Gründen, dass wir hier Deutsch und Französisch als Verkehrssprachen benut-

zen können. Wir werden nur zwei Exposes in englischer Sprache haben, aber unsere Dolmetscher sind erfreulicherweise multifunktional. Wir werden also eines der Exposes auf dem Podium von Monica de Coninck in englischer Sprache hören und dabei werden dieselben Dolmetscher den Text ins Deutsche und Französische übersetzen. Ich denke, so werden wir uns alle verstehen können.

Zum Thema unseres Podiums ist schon einiges gesagt worden. Es ist klar, dass dynamische Stadtgesellschaften, nicht nur was die Bürger im Einzelnen angeht, sondern auch was die gesamte Verwaltung angeht, eine Anpassung erforderlich machen. Die Anpassung kann sich natürlich ergeben, kann aber auch bewusst konzipiert sein als eine Aufgabe von kommunaler, politischer Verantwortung, wo es eben auch darum geht, Dienstleistungen im weitesten Sinne so zu gestalten, dass sie tatsächlich für alle Bürger gleichermaßen nach unserem demokratischen Prinzip des gleichen Zugangs zu Rechten und zu Diensten erbracht werden können. Dies betrifft eine Fülle von verschiedenen Dienstleistungen. Es gibt Dienstleistungen, die zum Teil völlig kommunal sein können, die aber auch zum Teil halb privat, halb kommunal sein können.

Im Zentrum wird die Frage stehen: Wie passen wir, wie passen die Städte, von denen wir hören werden, ihre Dienste im weitesten Sinne an? Auf der Ebene der Rekrutierung, auf der Ebene der Weiterbildung, der Ausbildung zu dieser interkulturellen Kompetenz, die auch etwas mit Toleranz zu tun hat?

Ich freue mich sehr, dass wir drei Referenten gewinnen konnten, die spannende Dinge berichten werden. Als Erster wird zu Ihnen sprechen Dr. Joseph Esoh Elamé, der einen allgemeinen europäischen Blick auf unsere Thematik hat. Er hat sehr viel in Frankreich gearbeitet und ist im Moment in Italien tätig. Darüber hinaus ist er in vielen europäischen Netzwerken aktiv gewesen, wo es genau um die Frage ging: Wie können wir unser Personal, in den gesamten Dienstleistungen, auch im Gesundheitsbereich bilden, weiterbilden, ausbilden? Was können wir tun, damit dieser Service am Bürger auch richtig funktioniert? Er wird uns also einen eher allgemeinen Erfahrungsbericht aus seinen verschiedenen Projekten geben.

Anschließend werden wir eine Fallstudie aus Belgien hören und zwar aus Antwerpen. Ich freue mich sehr, dass die Bürgermeisterin

de Coninck zu uns gekommen ist und die Erfahrungen ihrer Stadt vorstellen wird.

Dann habe ich zu meiner Linken Frau Özmal, die Duisburg vorstellen wird, eine der ganz spannenden Städte in Deutschland, mit einem großen Willen, die gegebenen Herausforderungen anzupacken.

Ich darf also als ersten Monsieur Esoh Elamé bitten, zu uns zu sprechen.

Dr. Joseph Esoh Elamé
(Universität Ca' Foscari, Venedig)

Ich begrüße Sie alle und möchte Ihnen sagen, wie bewegt und erfreut ich darüber bin, hier bei Ihnen zu sein. Zunächst, weil ich frankophon bin, und auch, weil ich mich ein bisschen als Belgier fühle. Ich habe in Arlon studiert und kenne Belgien daher gut und habe gute Beziehungen zur belgischen Gemeinschaft. Ein bisschen fühle ich mich auch als Franzose, denn ich habe auch in Frankreich studiert, in Grenoble, und sehr gute Verbindungen zu französischen Universitäten.

Und schließlich fühle ich mich als Europäer, denn ich lebe in Europa, und ich teile die europäischen Werte. Ich trage auf meine Weise dazu bei, die europäische Gesellschaft hin zu einer interkulturellen Dynamik zu führen, indem ich meine Forschungen auf eine Synergie auszurichten versuche, die verstehen hilft, wie Interkulturalität eine Bereicherung für die europäische Gesellschaft sein kann.

Bei meinen Arbeiten versuche ich, Interkulturalität, Umwelt und nachhaltige Entwicklung in einen Zusammenhang zu bringen und zu zeigen, dass man kulturelle und interkulturelle Problematiken nicht von Umwelt- und Entwicklungsproblemen abkoppeln kann. Man muss eine Gesamtvision entwickeln, denn mit einem solchen Gesamtblick kann man viel passendere Lösungen finden..

Im aktuellen Kontext, da man in Europa kulturelle Vielfalt erlebt, ich würde sogar sagen, dass man sie erduldet, ist zu fragen, wie kulturelle Vielfalt zum Reichtum für Europa werden kann. Die Verwirklichung Europas ist ein ehrgeiziges Projekt – also das Europa der Bürger ist ein ehrgeiziges Projekt – das nicht ohne die Kommunen geschehen kann. Dies bedeutet, dass die Kommunen eine aufmerksamere Politik verfolgen müssen, die sich an der genannten Problematik orientiert. Das setzt auch einen Ansatz voraus, der kommunales

Handeln an der kulturellen Vielfalt ausrichtet. Man spricht viel von kultureller Vielfalt, aber die Praktiken, die Abläufe, die Methoden, die Aktionen, die man verwendet, werden nicht interkulturell geführt. Die Frage ist also, wie man dies erreichen kann.

Der andere sehr wichtige Aspekt ist die Erweiterung Europas. Ein sehr interessantes Thema, aber – man muss hier ehrlich und pragmatisch sein – das auch Probleme schafft. Es gibt nicht nur Vorteile. Die Neuankömmlinge bringen ihre kulturelle Vielfalt und Unterschiedlichkeit mit. Kulturelle Vielfalt birgt zugleich das Problem von Funktionsstörungen. Es gibt Elemente der kulturellen Vielfalt, die interessant sind, wenn man sie zu nutzen versteht. Damit aber die kulturelle Vielfalt zur Bereicherung werden kann, muss man lernen, die Unterschiedlichkeiten zu einer Synergie zu führen, man muss also lernen, Funktionsstörungen zu beheben. In den meisten Fällen ist man aber darauf nicht vorbereitet. Man legt einfach los, ohne Funktionsstörungen zu erkennen und ohne zu verstehen, wie man sie lösen könnte, um Konflikte und Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Ein anderes wichtiges Element ist die Zuwanderung aus Drittländern. Leute wie ich und viele andere, die hier sind, haben sich dafür entschieden, hier zu sein. Man muss mit ihnen auskommen. Aber wie? Sie kommen mit ihrer eigenen Kultur, was auch zu Problemen, manchmal zu Funktionsstörungen führt. Wenn man ihnen zum Beispiel sagt, sie sollen um 15 Uhr kommen, kommen sie um 16 Uhr. Für sie ist das eine völlig normale Praxis. Wenn man sie aber nicht dahin bringt, die vorhandenen Unterschiede zu verstehen, das heißt, ihre eigenen kulturellen Gepflogenheiten zurückzunehmen, um sie dem Land, das sie aufnimmt, anzupassen, dann werden die Probleme natürlich immer größer. Auf der Basis all dessen müssen wir grundsätzlich über die Notwendigkeit einer Vorgehensweise nachdenken, die zwei Konstruktionen enthält.

Diese beiden Konstruktionen setzen bei der Art an, wie man eine multikulturelle Stadt versteht und wie man Interkulturalität versteht. Wenn man von einer multikulturellen Stadt spricht, dann denkt man häufig in Gegensätzen von „Ihr und wir“, also „wir, die Europäer“ und „Ihr, die Ihr von woanders her kommt“. Es ist, als ob wir die Anwesenheit der anderen bräuchten, um zu merken, dass unsere Städte multikulturell sind, dabei sind sie es doch schon ohne die anderen.

Ich glaube, das belgische Beispiel zeigt dies ganz gut mit dem Problem zwischen Wallonen und Flamen.

Es zeigt, dass es nicht erst Probleme gibt wegen dieser anderen. Die Probleme sind schon da. Die Vielfalt existiert. In jedem Land gibt es kulturelle Vielfalt. Häufig hat man Politiken der Assimilierung betrieben, um zu verhindern, dass sich die Unterschiedlichkeiten äußern können. Man nimmt also die Vielfalt erst wahr, weil der andere, der eintrifft, Muslim oder Schwarzafrikaner oder Asiat ist.

Ich glaube, wir müssen versuchen, die Dinge umzudrehen und zu verstehen, dass Vielfalt auch ohne die anderen existiert. Man muss zunächst einmal lernen, mit dieser Vielfalt zurechtzukommen. Die anderen können uns dabei helfen, dies schneller zu erreichen und zu erkennen, dass wir ein soziales Gebilde schaffen müssen, in dem alle Elemente, aus denen die Alterität besteht, anerkannt werden.

Übrigens – dies ist ein anderes wichtiges Element – versteht es sich von selbst, dass kulturelle Vielfalt nicht ausgehend von den anderen, sondern ausgehend von uns selbst zu interpretieren ist. Man muss sich selbst als unterschiedlich von den anderen fühlen und erkennen. Das ist in Europa aber meistens nicht der Fall, hier werden prinzipiell die anderen als unterschiedlich gesehen. Wir müssen uns zunächst unseres Unterschieds bewusst werden, um erkennen zu können, warum es Probleme schafft, wenn andere zu uns kommen.

Ein weiterer Aspekt ist die Interkulturalität. In Europa hängt interkulturelles Vorgehen mit Einwanderung und Rassismus zusammen. Man hat den Eindruck, dass die Menschen in Europa Rassismus und Einwanderung brauchen, um zu verstehen, wie wichtig interkulturelles Vorgehen ist. Sie brauchen ein Problem mit den Muslimen, um das Problem der Interkulturalität zu erkennen. Das hieße beispielsweise, dass ein Deutscher und ein Kameruner keine interkulturellen Probleme hätten, wenn es keinen Rassismus gäbe. Meiner Ansicht nach gibt es keinen zwingenden Zusammenhang zwischen interkulturellem Vorgehen und Einwanderung und Rassismus. Interkulturelles Vorgehen ist ein Prozess, der unabhängig von Rassismus existiert.

Betrachten wir dieses Bild *(Bild eines tropischen Urwaldes mit einer kleinen Gruppe von Menschen auf einer Lichtung, An.d.R,).* Wenn ich Sie frage, was Sie darauf sehen, dann werden Sie sagen: „Das ist ein Wald.“ Sie haben Recht, das ist ein Wald. Wenn ich aber diesen Herrn (siehe Bild) frage, wird er sagen „Das ist ein heiliger Hain.“ Und

ein heiliger Hain, was ist das? Es ist wie eine Kathedrale, wie eine Moschee ein Ort des Gebets für diese Menschen. Sie werden ihn also nicht zunächst als einen Wald, sondern als ein kulturelles Element betrachten. Während er also für uns ein natürliches Objekt ist, ist er für sie zuerst ein kulturelles Objekt. Damit will ich Ihnen zeigen, dass es eine enorme Kluft bei der Wahrnehmung von Problemen gibt. Und diese Kluft hängt auch mit den Denksystemen zusammen. Im Prinzip besteht das eigentliche Problem darin, dass man die anderen zwingt, gemäß unserem europäischen Denksystem zu urteilen. So stellt man sich nicht einmal mehr die Frage, ob sie ein anderes Denksystem haben, eine andere Art und Weise, die Welt zu sehen, eine andere Art, Prioritäten zu setzen, und wir vergessen, dass unsere Prioritäten nicht zwangsläufig die ihren sind. Für sie gibt es noch gar kein Problem, wenn wir schon eines sehen. Man schafft Probleme und sucht Lösungen dafür gemäß dem europäischen Denksystem. In einem Kontext kultureller Vielfalt muss man sich daher neu ausrichten. Man muss verstehen, dass die anderen eine unterschiedliche Art und Weise haben, die Welt zu sehen und zu verstehen und andere zu beurteilen, und man muss gemeinsam darüber nachdenken, wie man zu einer überlegteren Perspektive gelangen kann.

Und damit gelangt man zu einem so genannten postkolonialen Ansatz. Das wirkliche Problem besteht darin, dass man, ob absichtlich oder nicht, die anderen mit dem Hintergrund eines kolonialen Erbes wahrnimmt, ganz gleich, ob man Kolonialist war oder nicht. Die Gesamtheit der persönlichen Erlebnisse, die Geschichte, die man gelernt hat, die Art, wie man die anderen sieht, all dies stattet uns mit einem Gepäck aus, das uns andere als unterschiedlich wahrnehmen lässt. Wir brauchen daher eine postkoloniale Vorgehensweise, um die Problematik der kulturellen Vielfalt in unseren Städten zu verstehen. Wir brauchen einen Ansatz, der uns Konfliktsituationen zu überwinden hilft. Wenn man die Konfliktsituationen in einer Stadt nicht in den Griff bekommt und nicht das Problem löst, wie man mit den anderen eine veränderte Gesellschaft schaffen kann, dann ist klar, dass es Schwierigkeiten gibt.

Ich will drei einfache Beispiele nennen. Nehmen wir die Schule. Die anderen kommen zu uns, wir nehmen sie auf. Wir sind froh, dass sie gekommen sind. Man nennt ihnen die Schulen, in denen sie ihre Kinder anmelden können. Was geschieht? Überrascht hört man die

Lehrer sich beklagen, dass sie nie die Eltern zu sehen bekommen. Bei den Elternabenden sind sie nie da. Nun, man hat sich nicht die Mühe gemacht, diesen anderen, die ins Land gekommen sind, zu erklären, was bei uns Schule ist, wie sie funktioniert und was man wissen muss. Sie verstehen die Schule so, wie sie zu Hause bei ihnen verstanden wird. Ich zum Beispiel, komme aus Kamerun. Wenn in Kamerun die Eltern in die Schule gebeten werden, dann heißt das, dass etwas Dringendes vorliegt. Das Kind hat etwas Schlimmes angestellt! Das löst geradezu Panik aus! Sie werden verstehen, dass Menschen, die Respekt vor der Schule haben und für die der Lehrer eine Referenz ist, nicht annehmen können, dass man sie in der Schule erwartet. Man hilft Ihnen auch nicht zu verstehen, was Schule bei uns bedeutet, und wie unsere Praxis aufzufassen ist. Dass damit Funktionsstörungen auftreten, ist selbstverständlich.

Ein weiteres Element, auch aus dem schulischen Kontext, ist das Benotungssystem, das sehr verschieden ist. Es gibt kulturelle Kontexte, in denen man niemals sagt „das haben Sie sehr gut gemacht". Das „sehr gut" ist der Exzellenz vorbehalten. Ich beziehe mich hier nochmals auf das Beispiel von Kamerun, wo es für einen Schüler sehr schwierig ist, die Benotung „sehr gut" zu bekommen. In Kamerun befindet man sich in einem magisch-religiösen Kontext. Das Deutungssystem der Schwarzafrikaner ist sehr verschieden und stärker auf die Exzellenz hin orientiert. Meistens bekommen die Schüler eine Benotung zwischen „ausreichend" und „recht gut". Mit einem anderen Benotungssystem befindet man sich zugleich in einem ganz anderen kulturellen Kontext. Für die Eltern ist es manchmal schwierig, dieses neue System zu verstehen. Wir müssen sie daher begleiten und ihnen verstehen helfen. Deshalb brauchen wir einen Dialog. Aber der Dialog muss von uns kommen, wir müssen auf sie zugehen, und ihnen manches erklären.

Ich nehme ein anderes Beispiel, das Krankenhaus. In Italien haben Sie, wenn Sie eingewandert sind und einen Wohnsitz haben, Anspruch auf einen Hausarzt. Aber niemand erklärt Ihnen, was ein Hausarzt ist. Wenn Sie aus einem Land kommen, in dem auf 100 000 Einwohner ein Arzt kommt, dann werden Sie nie zu einem Hausarzt gehen, wenn Sie nicht wissen, was das ist. Beim ersten Problem gehen Sie direkt ins Krankenhaus, wo man Ihnen sagt, dass Sie zu Ihrem Hausarzt gehen müssen. Aber niemand hat Ihnen erklärt, wofür

ein Hausarzt da ist. Nehmen wir auch die Notfallambulanz. Manche Menschen kommen aus einem Kontext, in dem es so etwas nicht gibt. Sie wissen nicht, wofür sie da ist und haben nur eine ungefähre Vorstellung von einer Notfallambulanz. Wenn sie ein Problem haben, gehen sie direkt dorthin, auch wenn es sich nicht um einen Notfall handelt. Hier herrscht ein Kommunikationsdefizit zwischen den Behörden untereinander.

Ich glaube, wir haben ein grundsätzliches Problem damit, zu verstehen, was den Unterschied zu den anderen ausmacht und wie diese Unterschiede überbrückt werden können. Das ist auch in den kommunalen Behörden spürbar. Gehen Sie einmal zum Standesamt oder zum Einwohnermeldeamt, und Sie werden sehen, dass Vieles falsch läuft. Es gibt viele Probleme, die damit zu tun haben, dass die zugewanderten Familien unter eine Gesetzesvorschrift oder ein Verfahren fallen, die nicht zwangsläufig den Vorstellungen entsprechen, die sie sich von den Dingen machen. Dieses Problem ist meiner Ansicht nach sehr ernst zu nehmen.

Man muss zunächst von diesen Unterschieden ausgehen und verstehen, wie man sie lösen kann. Die Lösung, die ich vorschlage, heißt interkulturelles Management. Man kann öffentliche Dienstleistungen und vor allem kommunale Dienste nicht mehr ohne den Ansatz eines interkulturellen Managements betreiben. Interkulturelles Management muss zu einem Element werden, das die Politik der Städte und Gemeinden begleitet.

Was versteht man unter interkulturellem Management? Bei den Verfahren, bei der Arbeitsmethode muss man die Ziele und die Prioritäten systematisch horizontal und vertikal definieren. So wird die Frage der kulturellen Vielfalt in Betracht gezogen und sie wird zu einem Element, das die Politiken begleitet. Wenn ich von kultureller Vielfalt spreche, beschränke ich mich nicht nur auf die Migranten, denn kulturelle Vielfalt ist viel breiter zu verstehen. Sie umfasst auch alles, was heute die Beziehung zwischen den Geschlechtern betrifft, sie umfasst auch, was man heute sexuelle Orientierung nennt. Kulturelle Unterschiedlichkeit ist also viel weiter gefasst. Wenn ich eine Politik des interkulturellen Managements umsetze und die Behörden dazu bringe, dass sie die Frage der Unterschiedlichkeit stellen und diese Dimension mit einbeziehen, und wenn dann die Ergebnisse konkret zeigen, dass sich die Beziehungen zwischen den unterschied-

lichen Gruppen verbessert haben, ich glaube dann haben die lokalen Gebietskörperschaften schon ein wichtiges Ergebnis erzielt.

Ein anderer wichtiger Aspekt des interkulturellen Managements besteht darin, dass es als ein Beispiel für die Verantwortung der Gesellschaft dienen kann. Meistens spricht man von der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen und der öffentlichen Körperschaften, aber ich glaube, dass auch die lokalen Körperschaften ihre eigene Verantwortung haben, indem ihre Politiken auf die Achtung der kulturellen Vielfalt zielen. Damit kommt eine wichtige Frage ins Spiel, nämlich die interkulturelle Kommunikation. Interkulturelle Kommunikation ist meiner Ansicht nach eine vordringliche Frage, denn so wie unsere Behörden konzipiert sind, werden bei deren Kommunikation nach außen kulturelle Unterschiedlichkeiten nicht mit bedacht. In der Botschaft, die die lokalen Körperschaften aussenden, lassen sich solche Unterschiedlichkeiten nicht erkennen. Warum? Weil die Körperschaften so funktionieren, als ob es keine Unterschiedlichkeit gäbe und weil sie die Frage der Unterschiedlichkeit an die einzelnen Sektoren delegieren. Wichtig wäre aber ein transversaler Ansatz. Unterschiedlichkeit geht nicht nur die Sozialämter etwas an. Sie geht alle Abteilungen etwas an, von der Umwelt bis zu anderen städtischen Fragen. Die kulturelle Unterschiedlichkeit existiert. Man muss sie aber berücksichtigen, denn wenn man dies nicht tut, ist es selbstverständlich, dass sie sich nicht äußert. Auch dies ist also ein wichtiger Aspekt.

Ich bleibe beim Thema interkulturelles Management. Wenn die lokalen Behörden einen horizontalen und einen transversalen Ansatz verfolgen würden, dann wäre es gewiss viel einfacher, den Leuten klar zu machen, dass man sich nicht nur an einem bestimmten Moment im Jahr um kulturelle Vielfalt kümmert. Kulturelle Vielfalt wird zur Normalität, wenn die Kommunalpolitiken alle Beschäftigten darauf vorbereiten, ihre Arbeit daran auszurichten, wenn in den Abteilungen ein Umdenken stattfindet und wenn kulturelle Unterschiedlichkeit zum handlungsleitenden Element wird, so wie das Öko-Management eine Stadtverwaltung dazu anhält, sich bei ihrem Handeln stärker am Prinzip der Nachhaltigkeit zu orientieren. Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Frage der Ökologie, sie ist auch eine kulturelle Frage und damit sie zu einer richtig gestellten kulturellen Frage wird, muss dabei die kulturelle Vielfalt berücksichtigt werden.

Ich glaube, es ist im Interesse der Kommunen, sich eine so genannte Strategie der interkulturellen Kommunikation anzueignen. Dies ist ein wichtiger Punkt, denn damit geht man zum Konkreten über. Beim konkreten Handeln muss jede Abteilung ihre eigenen Instrumente einsetzen und ihre Strategie interkulturellen Handelns anwenden können, so dass sie in der Lage ist, ihre Kommunikationsformen gegenüber anderen zu überdenken, offenkundige Funktionsstörungen in ihrer Abteilung zu berücksichtigen und über Lösungen nachzudenken. Und sie muss auch erkennen können, wie die anderen sich selbst darstellen.

Nehmen wir ein Beispiel: Eine Frau mit schwarzer Hautfarbe kommt in eines unserer Ämter, man spricht sie an, und sie schlägt die Augen nieder. Und hier machen viele unserer Sozialassistentinnen einen Fehler. Sie haben jetzt den Eindruck, dass diese Frau Probleme hat, während dies in deren kulturellem Kontext einfach nur ein Zeichen für Respekt ist. In dem hiesigen kulturellen Kontext heißt es immer „Sieh mir in die Augen". Man kommuniziert dann richtig, wenn man den anderen ansieht. Dies ist in anderen kulturellen Kontexten nicht so. Unsere kommunalen Bediensteten müssen daher darauf vorbereitet werden, solche kulturelle Unterschiedlichkeit zu verstehen. Aber das lernt man nur nach und nach. Wenn man eine Kommunikationsstrategie hat, dann können sich die Abteilungen nach und nach auf diese Unterschiedlichkeit einstellen, daraus besseren Nutzen ziehen, und sie in ihr Verständnis der Dienstleistung besser integrieren. Ich glaube, wenn man so vorgeht, dann können sich die anderen in den Vorschlägen, die man ihnen macht, besser erkennen und sich besser darstellen. Ich denke, dass die kulturelle Unterschiedlichkeit letztlich ein Trumpf ist, wenn man den Willen hat, sie gewinnbringend einzusetzen.

Ich will auch auf das Beispiel der Umweltprobleme eingehen. Wenn man die aktuellen Politiken zur Mülltrennung analysiert – Information, Sensibilisierung –, so erkennt man, dass kulturelle Unterschiedlichkeiten nicht berücksichtigt werden. Aber die anderen, die zu uns kommen, haben auch ihre Vorstellungen davon, wie man mit dem Problem der Wiederverwertung von Abfall umgeht. Sie haben auch ein Abfallkonzept. Wenn wir eine Umweltpolitik hätten, die deren Vorstellung von der Natur berücksichtigen würde, dann würde uns das beim Erreichen bestimmter Ziele gewiss helfen, denn sie

würden sich viel stärker eingebunden fühlen. Deshalb denke ich, dass die Frage der kulturellen Vielfalt für unsere Körperschaften eine Priorität sein muss, und als solche muss sie ein Instrument sein, das alle Verfahren begleitet. Dies erfordert jedoch eine entsprechende Fortbildung, sonst kann man dies nicht schaffen. Es ist wichtig, die Beschäftigten für diese Unterschiedlichkeit auszubilden. Das grundlegende Problem besteht vor allem darin, dass sich die lokalen Körperschaften interkulturell ausrichten müssen, noch bevor sie anfangen, von kultureller Unterschiedlichkeit zu sprechen. Es ist wichtig, dass eine lokale Körperschaft Politiken entwickelt, die ihre Beschäftigten befähigt, sich kultureller Unterschiedlichkeit bewusst zu werden, ihren Wert besser zu schätzen und zu verstehen, wie man sie in ein Element der Bereicherung für die lokale Körperschaft umformen kann. Wenn das Personal verstanden hat, wie es handeln soll, und wenn es über Instrumente dazu verfügt, dann ist es leichter, auf die anderen zuzugehen.

Ein anderer Aspekt ist, dass bei einem solchen Zugang zur Problematik die Unterschiedlichkeiten ermutigt werden, ihren eigenen Wert besser darzustellen. Man ermutigt sie, ihr eigenes Können und Wissen stärker in die Waagschale zu werfen. Wenn man eine solche Sicht nicht hat, dann fordert man meistens die anderen dazu auf, sich zu assimilieren. Man bringt die anderen dazu, auf ihre Unterschiedlichkeit zu verzichten, damit sie so wie wir sein können. Sie werden aber niemals wie wir sein, denn in der alltäglichen Wirklichkeit wird sich das Problem immer stellen. Wenn ich irgendwo hingehe und sage: „Ich bin Italiener“, sehen mich die Leute erst einmal an und fragen sich, ob das richtig ist, was ich sage, denn aufgrund meiner Hautfarbe möchte man, dass ich zuerst sage, ich bin Kameruner oder Kongolese. Das würde die Leute beruhigen. Wenn ich aber sage: „Ich bin Italiener“, dann überrascht das. Das ist die Wirklichkeit, aber das ist nun einmal so. Man muss wissen, wie man damit umgeht, das ist ein Prozess. Und dieser Prozess kann sich nur verändern, wenn die Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, eine Sensibilität dafür besitzen und den Wert von Unterschiedlichkeit besser schätzen können. Daher ist eine entsprechende Ausbildung vordringlich. Dies sollte keine punktuelle Schulung sein, die bestimmten Beschäftigten vorbehalten ist, sondern vielmehr für das gesamte Personal angeboten werden, damit sich alle in diese Richtung fortentwickeln können. Auf

diese Weise kann kulturelle Unterschiedlichkeit zu einem Element der Bereicherung für die lokale Körperschaft werden.

Ich möchte zum Ende kommen und sagen, dass kulturelle Vielfalt auch sichtbar sein muss. Ein öffentliches Amt, eine lokale Körperschaft muss sich auch mit seinen Bürgern darstellen. Daher müssen in den lokalen Körperschaften die Minderheiten vertreten sein und Funktionen haben, so dass sie sich in ihrem Wert anerkannt fühlen. Dies ist wichtig. Wer hier lebt, muss auch Verantwortung übernehmen, er soll nicht hier sein, um sich zu assimilieren, sondern um den anderen zu helfen, die Unterschiedlichkeit besser zu verstehen. Die meisten wollen sich lieber assimilieren, damit sie nicht als Problem auffallen. Man muss ihnen aber zu verstehen geben, dass sie eine Bereicherung darstellen, doch auch sie müssen die anderen dabei begleiten. Ich glaube, so kann kulturelle Unterschiedlichkeit vom Problem zur Bereicherung werden – ansonsten bleibt man meiner Ansicht nach immer in einem sehr folkloristischen Ansatz stecken. Wichtig ist aber, nicht auf spezielle Gruppen hin orientiert, sondern transversal vorzugehen. Das setzt voraus, dass wir unser Verständnis von kultureller Unterschiedlichkeit neu überdenken und dabei verstehen, dass auch wir uns von den anderen unterscheiden. Wir dürfen die anderen nicht als Hindernis sehen, sondern als Gelegenheit zur Erneuerung und Überprüfung unserer Gewohnheiten. Ich danke Ihnen.

FRANK BAASNER:
Wenn man ihnen zuhört, fühlt man sich daran erinnert, dass diese Diskussion der Diversität in den sehr großen Unternehmen schon vor 10 oder 15 Jahren stattgefunden hat. Ich gebe das Wort weiter an Monica de Coninck.

Monica de Coninck
(Bürgermeisterin der Stadt Antwerpen)

Vielen Dank für die Einladung, ich bin sehr froh heute hier sein zu dürfen.

Zu allererst möchte ich mich entschuldigen. Ich verstehe ziemlich gut Deutsch und Französisch aber ich habe nicht die Gewohnheit es zu sprechen und deswegen wird mein Vortrag auf Englisch sein. Ein zweiter Punkt, den ich nennen möchte und dieser kann als Warnung

verstanden werden: Vor meiner Arbeit hier in der Stadtverwaltung in Antwerpen, war ich Philosophie- und Ethiklehrerin, was der Grund dafür ist, dass ich in meinem Vortrag viele Beispiele benutzen werde und zum Teil auch in Extremen reden werde, dies jedoch nur, um deutlich zu sein. In der Diskussion über Vielfalt ist es wohl sehr schwierig und riskant, eine Extremposition einzunehmen, was mich dennoch nicht davon abhalten wird, es zu versuchen. So bitte ich sie, das Gesagte etwas zu nuancieren.

In meinem früheren Leben war ich also Lehrerin. 2001 wurde ich dann Berufspolitikerin und Vorsitzende des „Centre public d'action sociale" (Openbaar Centrum voor Maatschappelijk Welzijn – OCMW) also dem Sozialamt von Antwerpen. Hier war ich während den ersten 6 Jahren für Alte, Kranke und Arme verantwortlich. Seit 2007 bin ich Beigeordnete des Bürgermeisters und nun auch für Drogen, Prostitution und Vielfalt zuständig. Sie sehen also, dass es ein richtig guter Arbeitsplatz ist, den ich habe. Wir haben viele Mittel, um unsere Politik durchzuführen. Darüber hinaus bin ich Präsidentin eines Krankenhausnetzwerks, zu dem sich 8 Krankenhäuser zusammengeschlossen haben. Die Krankenhäuser betreuen zusammen ungefähr 6000 Patienten und schaffen einen Arbeitsplatz für 6000 Menschen. Der OCMW setzt sich sehr stark für alte Menschen ein, indem er Altenheime und Service-Centers für Senioren bereitstellt und betreut. Darüber hinaus haben wir 25 Sozialzentren für arme Menschen mit sozialen Problemen. Insgesamt betreuen wir also 40.000 Menschen pro Tag und es arbeiten ungefähr 14.000 Menschen für den OCMW und die Krankenhäuser. Somit sind wir das größte öffentliche Unternehmen der Stadt.

Nun zu Antwerpen. Wir haben fast eine halbe Million Einwohner und es leben Menschen aus 169 Nationalitäten bei uns. Das sind weniger Nationalitäten als in Amsterdam, aber mehr als in New York. Ungefähr 30% der Einwohner haben einen Migrationshintergrund. Von diesen 30% hat die eine Hälfte eine andere Staatsbürgerschaft als die belgische und die andere Hälfte hat schon die belgische Staatsbürgerschaft angenommen. 60 % der Kinder unter 12 Jahren sprechen nicht Holländisch als Muttersprache. 30% der Bevölkerung Antwerpens ist jünger als 20 Jahre und wir sprechen hier dann von einem „greening" der Gesellschaft. Innerhalb der jungen Bevölkerung Antwerpens treffen wir auf ein „colouring", was bedeuten soll, dass es

mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Auf der anderen Seite haben wir aber auch ein „greying“ der Gesellschaft, was nicht wirklich ein großes Problem ist, weil es eben von unserem guten Gesundheitssystem zeugt. Und innerhalb der älteren Bevölkerungsschicht lässt sich ein „whitening“ bzw. ein „baldening“ (bezogen auf Männer) feststellen. Und das heißt, dass ein immer größerer Teil der älteren Bevölkerungsschicht über 80 Jahre alt ist. Das ist sehr bemerkenswert. Wir haben viele Menschen (ungefähr 10%), die zwischen 80 und 107 Jahre alt sind. Warum erzähle ich das? Weil das eben auch ein Element von Vielfalt ist. Vielfalt bezieht sich also nicht nur auf den Migrationshintergrund, sondern auch auf noch viele andere Dinge.

Innerhalb der Minderheiten haben wir zwei große Gruppen. Einerseits Menschen, die aus Marokko kommen. Viele von ihnen sind Berber und haben somit meistens einen ländlichen und sehr armen Hintergrund und besitzen natürlich ihre eigenen Werte, Prinzipien und Einstellungen. Die zweite große Minderheit bilden unsere türkischen Mitbürger. Diese Minderheit kann man eher zur Mittelklasse zählen. Warum Mittelklasse? Weil wir innerhalb der türkischen Minderheit feststellen können, dass dort viel mehr Möglichkeiten genutzt werden. Man versucht, einen eigenen Laden zu haben, sich in unserer Gesellschaft, unserer Stadt zu beteiligen usw. Auch wenn wir das natürlich nicht verallgemeinern können, können wir doch sehen, dass das Ergreifen dieser Möglichkeiten für einen marokkanisch- oder berberstämmigen Menschen viel schwieriger ist. Eine dritte Minderheit sind die Niederländer. Diese sind aber eher reich, weil sie die Niederlande wegen der Steuern verlassen haben.

Nun versuche ich an Herrn Elamé anzuknüpfen, indem ich von unserem Alltag erzähle. Was Herr Esoh Elamé also in der Theorie angesprochen hat, versuchen wir in der Praxis umzusetzen. Wir nehmen an, dass in ein paar Jahren ein Drittel der Bevölkerung Antwerpens einen Migrationshintergrund haben wird. Und wir haben uns die Frage gestellt, wie wir bezüglich dieses Themas in der Zukunft politisch vorgehen sollten. Bevor ich ein paar Antworten darauf geben werde, möchte ich versuchen zu erklären, was ich während der letzten 6 Jahre im Rahmen des OCMV von Antwerpen gemacht habe.

Als ich 2001 begann, betreuten wir im Rahmen des OCMV 15000 Menschen, die jeden Monat Hilfe und Geld zum Überleben brauchten.

Für jeden von ihnen existierte ein gewisses Dossier und sie erhielten also jeden Monat Geld von uns. Das hat mich ziemlich schockiert. Und ich sagte, dass wir versuchen sollten, es ähnlich zu gestalten wie das Personalmanagement in Unternehmen. Wir werden diese Leute ganz genau überprüfen. Wir werden speziell auf ihre Kompetenzen und Fähigkeiten schauen und auch, an welchen Sachen eben noch gearbeitet werden muss. Wir werden sie aber auch nach ihren Träumen fragen, denn sie kamen nach Antwerpen mit einer ganz bestimmten Vorstellung. Was für ein Leben möchten sie haben? Was haben sie sich vorgestellt? Danach wollten wir ganz explizit fragen. Erst nach diesen anfänglichen Fragen wollten wir schauen, wie wir ihnen weiterhelfen können. Wir haben uns auch einen neuen Grundsatz, ein neues Prinzip überlegt, das viele Menschen anfangs vielleicht schockierte und vielleicht immer noch schockiert. Und zwar haben wir gesagt, dass der „Kunde" bei uns nicht mehr König, sondern lediglich Prinz ist. Was meinen wir damit? Unser neues Prinzip fordert von den Menschen, die zu uns kommen und nach Hilfe fragen, dass sie Verantwortung übernehmen müssen. Wenn dies der Fall ist, dann werden auch wir für die Menschen, die uns um Hilfe bitten, Verantwortung übernehmen. Es geht also darum, mit dem Menschen zu verhandeln. Wir fragen den Hilfsbedürftigen, was er bereit ist zu machen, welche Anstrengungen er in Kauf nehmen will für ein besseres Leben, um sein Leben neu ausrichten zu können. Nachdem wir die Schwächen und Stärken unserer „Kunden" erkannt haben, haben wir viele Kurse und Mittel entwickelt, die darauf abzielen, den Menschen zu helfen. Zum Beispiel haben wir mehr Niederländisch Kurse für die Migranten organisiert. Oder wir haben es ca. 300 bis 400 Studenten ermöglicht, an einer Universität zu studieren. Teil unserer Hilfe ist auch, dass wir unsere Kunden während einer gewissen Zeit aktiv bei ihren Aktivitäten begleiten. Und hier kann man uns dann mit einer sehr strengen Mutter vergleichen. Unsere Kunden müssen jeden Monat zu den jeweiligen Bereichen des OCMV kommen. Es findet dann eine Evaluierung ihrer Aktivitäten statt und dann helfen wir ihnen weiter. Darüber hinaus haben wir ein Hotel renoviert, das wir Studentinnen zur Verfügung gestellt haben. Eine Sache, die ich immer wieder wiederhole ist, dass wenn wir uns die Emanzipation der Kinder armer Menschen während der 50er Jahre und das, was wir in den 50, 60, 70er Jahre entwickelt haben, um den Menschen damals zu helfen,

ansehen, müssen wir uns heute die Frage stellen: Können wir diese Mittel und Methoden eventuell auf unsere heutige Gesellschaft beziehen, um Menschen mit Problemen, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund zu helfen?

Welche Resultate haben wir nach 6 Jahren? Heute betreuen wir 6000 Menschen. Diese Zahl muss man auf eine Bevölkerung von fast einer halben Million Menschen beziehen. Von den 6000 Menschen, um die wir uns kümmern, müssen ca. 5000 täglich aktiviert werden. Was bedeutet aktiviert werden? Dies bedeutet, dass sie einen Kurs besuchen, manchmal einen Job übernehmen oder ein Praktikum machen. Wir bieten auch Kurse speziell als Einstellungstraining usw. an. Wenn sie nach einem Jahr zum Beispiel eine gute Bewertung in einem sozialen Arbeitsplatz innerhalb des OCMV erhalten, besteht die Möglichkeit, dass sie in ein Unternehmen eintreten können oder einen festen Arbeitsplatz annehmen können. Wie sehen die Resultate in diesem Bereich aus? 11% der 12000 Menschen, die in den Krankenhäusern und im OCMV arbeiten, haben einen Migrationshintergrund. In der Stadtverwaltung liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund am Personal bei lediglich 4 oder 5%, im Hafen sind es nur 1%. Was ich damit sagen will ist, dass wenn man sich ein bisschen Mühe gibt, wenn man handelt, wenn man den Menschen eine Chance gibt, Vieles auf einmal möglich ist.

Wenn wir mit den Leuten verhandeln, müssen wir oft unsere Gesellschaft, unsere Schulen, unser Gesundheitssystem, unsere Art und Weise zu denken erklären. Aber indem wir eine Erklärung für unsere Gesellschaft geben, uns rechtfertigen, müssen wir oft auch über unsere Geschichte nachdenken und nach den Gründen suchen, warum wir zum Beispiel in den 50er oder 60er Jahren bestimmte Dinge erschaffen haben. Nehmen wir das Beispiel unserer Sozialversicherung. Diese stützt sich auf das Prinzip der Solidarität. Ich versuchte, dies zu erklären und dann musste ich selber überlegen. Solidarität, was ist das überhaupt genau? Warum haben wir uns damals so entschlossen? Ist das denn so wichtig? Was ich damit sagen will ist, dass man mit Migration, durch die Konfrontation mit Menschen aus anderen Kulturen und mit anderen Hintergründen, auch mit den eigenen Werten, Einstellungen konfrontiert wird, und man muss vor alles das Adjektiv „christlich“ setzen und das ist nicht einfach. Wir alle verlieren etwas, aber auf eine bestimmte Weise gewinnen wir auch alle etwas

dazu. Dialog und Diskussion, aber auch die Entdeckung unserer eigenen Geschichte.

Ich bin in meiner Stadt auch für Vielfalt und Sozialpolitik verantwortlich und basierend auf den gerade eben genannten Erfahrungen haben wir dem Rathaus letzte Woche unseren Plan für Vielfalt vorgestellt. Die rechte Partei hat in Antwerpen mehr als 30% der Stimmen und als eine sehr populistische Partei hat sie immer gefordert, dass die Migranten wegziehen sollten, weil sie unsere Sozialversicherungsleistungen beziehen würden und weil für „unsereins" keine Anstrengungen mehr unternommen würden. Für mich und meine Gruppe war es also nicht wirklich einfach, solch einen Plan für Vielfalt im Rathaus vorzustellen. Wir haben im OCMV gesehen, dass wenn man mit Menschen diskutiert und wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, dann sind viele von ihnen bereit, diese Chancen auch zu nutzen. Ungefähr 90% der Menschen, mit denen wir verhandelt haben, sind wirklich bereit, sich ein gutes Leben zu schaffen und in die angebotenen Kurse zu gehen. Es gab selten Fälle, in denen wir sie zwingen mussten hinzugehen. Mit dieser Erkenntnis haben wir angefangen, einen Plan für Vielfalt zu erstellen, indem wir sagen, dass Vielfalt keine Wahl mehr ist sondern Realität. Wir können sehen, dass in Antwerpen viele Menschen bezüglich Integration und Vielfalt die gleiche Einstellung haben wie wir. Die Diskussion, dass die Migranten gehen müssen, ist obsolet und veraltet. Es gibt eine wirkliche Vielfalt in Antwerpen und deswegen müssen wir lernen damit umzugehen. Diese Vielfalt kann eine wirkliche Chance für uns darstellen. Sie wird es jedoch nur sein, wenn wir es schaffen, uns positiv mit dem Thema Vielfalt auseinander zu setzen.

Ein weiteres Element, das auch schon genannt wurde, ist die Tatsache, dass Vielfalt nicht nur auf dem ethnischen und kulturellen Hintergrund aufbaut, sondern es gibt auch Vielfalt hinsichtlich des Alters, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, es gibt Menschen mit physischen und psychischen Behinderungen und wir müssen es schaffen, diese Vielfalt richtig zu handhaben. Es gibt in Antwerpen zum Beispiel viele junge Männer, die psychische Probleme haben. Wir wissen nicht, warum das so ist, aber wir können einen steigenden Trend feststellen. Das Grundprinzip der Stadt Antwerpen ist: *Antwerpen gehört allen*. Dieses Prinzip hat zwei Bedeutungen. Man kann die Stadt benutzen, sie ist eine schöne Stadt, man kann Profit aus ihr

ziehen, aber andererseits hat man auch eine Verantwortung, die Stadt aufzubauen, mit zu konstruieren. Es ist also ein ganz klares Grundprinzip. Und dann haben wir versucht, bestimmte Spielregeln aufzustellen. Dies war natürlich alles andere als einfach. Wir haben verhandelt, uns ausgetauscht und viele Diskussionen geführt. So schafften wir es auf 4 bis 5 grundlegende Prinzipien, die immer respektiert werden müssen. Einerseits hat man also Rechte, anderseits aber auch Verpflichtungen und Verantwortungen. Das gilt für jeden, der in Antwerpen lebt. Manche Leute sind bereit, diese Verantwortungen zu übernehmen, andere Leute schaffen dies aus eigener Kraft aber nicht, und diese müssen von uns unterstützt werden.

Eine zweite Regel ist: Werte, Normen und Abkommen sind notwendig, um das Miteinanderleben einfacher zu machen. Um dies organisieren zu können, benötigen wir eine gemeinsame Sprache und das ist bei uns Niederländisch. Eine gemeinsame Sprache, die alle sprechen und verstehen können, ist die Grundvoraussetzung, um ein Gespräch, eine Kommunikation zu organisieren. Daraus entsteht eben die Notwenigkeit, dass man Niederländisch lernen muss. Hierfür bieten wir dann auch viele Sprachkurse an, die umsonst sind und wo die Leute unsere Sprache lernen können. Die Realität zeigt uns, dass das ziemlich gut klappt und kein großes Problem darstellt. Es ist jedoch vor allem ein Problem, wenn die Menschen weder lesen noch schreiben können. Für diese ausländischen Mitbürger ist es dann doch sehr schwer, Niederländisch zu lernen, und dafür wird dann auch eine ziemlich lange Zeit benötigt.

Eine dritte Regel ist, dass wir eine tolerante Gesellschaft sind. Wir respektieren die Errungenschaften der Aufklärung: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gleichstellung von Mann und Frau und Pluralismus. Wir tolerieren jedoch nicht Rassismus oder Diskriminierung. In diesem Kontext haben wir 6 Aufgaben für 2012 entwickelt. Ich werde nun die Hauptaufgaben nennen und natürlich sind diese mit vielen Handlungsnotwendigkeiten verbunden. Damit diese dann erfüllt werden können, müssen wir mit vielen verschiedenen Gruppen der Gesellschaft zusammenarbeiten.

Erstens: Antwerpen soll eine Stadt sein, in der Menschen mit unterschiedlichsten ethnischen und kulturellen Hintergründen sich gut verstehen. Wir als Stadt haben die Verantwortung, öffentliche Plätze und Infrastrukturen zu errichten, wo die Menschen sich treffen kön-

nen und wo sie sich auch gerne aufhalten. Es sollen Orte sein, die zu einem Dialog zwischen unseren Bürgern einladen. Dies scheint sehr simpel, ist es jedoch nicht immer, denn wir müssen auch die Perspektive der Vielfalt in dieses Konzept hineinbringen. Hier möchte ich Ihnen ein Beispiel geben: Aufgrund des demographischen Wandels, die Leute werden immer älter, gibt es immer mehr Menschen, die ihren Lebenspartner verloren haben. Dies betrifft aber vor allem die Frauen. Diese gehen oft auf den Friedhof, um dort die Gräber zu besuchen und einfach auch spazieren zu gehen. Jeden Tag gehen also sehr viele Menschen auf den Friedhof. Diese Realität müssen wir nutzen und uns die wichtige Frage stellen, wie wir es schaffen können, sogar auf dem Friedhof einen besseren öffentlichen Kontakt zwischen den verschiedenen Menschen der Stadt herzustellen. Dies ist nur eines von vielen praktischen Beispielen.

Zweitens: jeder muss die demokratischen Grundwerte kennen und diese im Dialog und um Konflikte zu bewältigen benutzen. Wir organisieren viele Diskussionen und Kurse in verschiedenen Plätzen mit Menschen unterschiedlichster Herkunft. Darüber hinaus planen wir die Einführung von „Stadtgesprächen“ über Werte und Staatsbürgerschaft. Dennoch gibt es in Antwerpen genügend Platz, um die eigene Identität zu entwickeln und wir müssen viele Aktivitäten organisieren, die dies möglich machen. So werden zum Beispiel Sport- und Frauentagen organisiert. Ziel ist nicht die Schaffung eines *melting pot*. Wir wollen ein kulturelles Mosaik erstellen und das ist ein sehr wichtiges Prinzip, das wir realisieren müssen.

Ein weiteres Element ist, dass alle Einwohner ihre sozialen Rechte realisieren können. Unsere Sozialpolitik stützt sich auf 8 soziale Rechte. Das Recht auf eine schöne und komfortable Wohnung, auf einen Zugang zu kulturellen Aktivitäten und Sport, das Recht auf Bildung, einen Arbeitsplatz, auf Geld und andere Elemente, die dafür notwendig sind, das Leben angenehm zu machen. Und aus dieser Perspektive der sozialen Rechte sollen wir überprüfen, ob auch jeder einen Zugang zu ihnen hat. Alte Menschen, junge Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund, behinderte Menschen usw. Wir versuchen also inklusiv zu sein. Jeder in Antwerpen, der für Politik und für die Stadtverwaltung verantwortlich ist, soll sich bei jeder Entscheidung die Frage stellen, ob sie denn auch Jedem, der in Antwerpen lebt, dient. Haben wir nur an einen weißen Mann zwischen 20

und 40 Jahren gedacht, oder haben wir weiter gedacht? Das ist sehr wichtig. Auch wenn es sehr simpel erscheint, kann ich sagen, dass die praktische Umsetzung sehr viel schwerer ist. Aber wir müssen es versuchen. Alle Dienstleistungen der Stadt sollen sich dadurch auszeichnen, dass sie der Vielfalt in der Stadt ein Maximum an Aufmerksamkeit schenken. Diese Kriterien werden auch schon in den Auswahlprozeduren des Stadt- und Sozialrats berücksichtigt. Weil wir eben wollen, dass in unserem Bereich auch viele Menschen mit verschiedensten ethnischen und kulturellen Hintergründen arbeiten. Weil diese uns sehr viel Wissen über kulturelle Vielfalt, aber auch über die Lebensbedingungen verschiedener Leute geben können. Die öffentlichen und lokalen Dienste der Stadt haben eine große Verantwortung. Aber nicht nur diese, sondern auch andere Partner, die für die Stadt arbeiten wie zum Beispiel Organisationen, Firmen... Wir versuchen, mit ihnen zu verhandeln und sie zu bitten, die Stadtvielfalt auch in ihrer Organisation oder Firma widerzuspiegeln. Ich habe gehört, dass Firmen dies in Deutschland schon machen. In Flandern denke ich, dass Firmen dies auf der höchsten Ebene machen, aber ich glaube, dass es auf den unteren Ebenen eher nicht so der Fall ist. Es gibt ein paar gute Beispiele dafür, dies reicht aber noch nicht aus.

Als Zusammenfassung: Vielfalt macht die Dinge nicht immer einfacher. Dies muss gesagt werden. Es müssen Konflikte angesprochen werden, aber auch wie diese dann gelöst werden können. Aber Vielfalt kann auch eine Chance sein, wenn man es schafft, sich gut mit ihr auseinanderzusetzen. Gegenseitiger Respekt soll nicht bedeuten, dass alles möglich ist. Es ist klar, dass Grenzen gesetzt aber auch erklärt werden müssen und dies bezieht sich vor allem auf das Gleichgewicht zwischen Rechten und Verantwortungen. Die Politik bezogen auf die Stadtvielfalt muss ein Gleichgewicht zwischen den Vorteilen dieser Stadtvielfalt und der Notwendigkeit für geteilte Ziele und Werte finden, sonst ist es sehr schwierig, eine Gesellschaft oder eine Gemeinschaft zu organisieren, sei es in einer Stadt, einer Firma, einem Klassenzimmer oder selbst in einer Familie. Meiner Meinung nach ist Sozialkapital – damit meine ich die Qualität der Beziehungen zwischen den Menschen und das Vertrauen, das sie füreinander aufweisen – sehr wichtig, und wenn man es stimuliert, organisiert und auf eine positive Art und Weise beeinflusst, dann gibt es sehr viel

mehr Kreativität in der Stadt bezüglich vieler Themen und Perspektiven, sei es wirtschaftlich, sozial, politisch usw.

Vielleicht kann ich nach weiteren sechs Jahren unsere Ergebnisse hierfür vorstellen. In Antwerpen bin ich ein bisschen als Nervensäge bekannt. Ich möchte immer Ergebnisse haben. Wir haben im OCMV innerhalb von 6 Jahren vieles geschafft und ich hoffe, dass wir in diesem Bereich einen weiteren großen Schritt nach vorne machen können.

FRANK BAASNER:
Vielen Dank. Ich denke, an einigen Punkten wird sich die Diskussion mit dem dritten Exposé gleich kontinuierlich fortsetzen. Und auf einige Dinge wird nachher auch in der Diskussion noch eingegangen werden. Zum Beispiel auf den Punkt, der in Deutschland „fordern und fördern" heißt. Das sind Begriffe, die auch in unserer Debatte sehr präsent sind. Genauso wie die Frage von Normen, die in beiden Referaten jetzt auch eine Rolle spielte. Dass Normen nicht einfach nur gegeben sind, sondern immer wieder neu verhandeln müssen: Wo sind die Normen, wo sind die Grenzen von Differenz, wo grenzt es an Fragen der Grundrechte. die wir in unseren europäischen Gesellschaften aus guten Gründen in vielen Jahrhunderten erkämpft haben? Ich denke, wir werden Gelegenheit haben anzuknüpfen. Ich möchte aber gerne jetzt das Wort weitergeben an Frau Özmal, die uns auch einen Film mitgebracht hat.

Leyla Özmal
(Referat für Integration, Duisburg)

Meine Damen und Herren,
ich freue mich sehr, heute bei Ihnen sein zu können. Herzlichen Dank auch an die Organisatoren für die Einladung. Ich freue mich auch auf eine spannende Diskussion mit Ihnen gemeinsam.

Mein Name ist Leyla Özmal. Ich bin eine türkeistämmige Duisburgerin. Ich bin sozusagen ein Produkt der Gastarbeitermigration nach Deutschland, in meine Heimatstadt Duisburg. Meine Familie lebt bereits in dritter Generation in Duisburg.

Ganz kurz ein paar Daten zu Duisburg: Wir sind knapp unter der 500.000 Einwohner-Grenze. Nach dem Sozialbericht des Jahres 2008

ist der Migrantenanteil auf jetzt knapp über 1/3 gestiegen. Jeder dritte Duisburger hat also Zuwanderungsgeschichte. Wenn wir uns die Zahlen bei schulpflichtigen Kindern anschauen, sind es bereits über 50%. Die konkrete Zusammensetzung der Duisburger Bevölkerung sieht dabei folgendermaßen aus:

Bevölkerung gesamt (2006)	498.466
Bevölkerung ohne ZG	335.699
Bevölkerung mit ZG	162.767
➢ davon ausl. Bevölkerung	75.373
➢ Eingebürgerte (seit 1982)	49.091
➢ deutsche Bevölkerung mit 2. Pass	35.396
➢ deutsche Kinder mit ausl. Elternteil	2.907

Man rechnet hoch, dass in zehn bis zwanzig Jahren wahrscheinlich die Minderheiten die Mehrheit bilden werden. Aber ich erzähle glaube ich nichts Neues. Das ist die Situation vieler Ruhrgebietstädte und auch vieler anderer Städte in Deutschland. Duisburg ist da vielleicht ein bisschen weiter, was die Migrationsarbeit angeht, weil in Duisburg die Integrationsarbeit schon sehr lange im Vordergrund stand und viele Wohlfahrtsverbände, Migrantenselbstorganisationen aber auch die Stadtverwaltung ganz viele Aktivitäten Richtung Integration durchgeführt haben. Ich möchte Ihnen, angesichts der fortgeschrittenen Zeit, knapp unsere Strukturen aber auch unsere Grundannahmen und die Grundinhalte vorstellen.

Zur Einstimmung, aber auch zur besseren Veranschaulichung unseres Grundverständnisses, möchte ich Ihnen einen Film zeigen und zwar über einen Duisburger Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte, der in der Stadtverwaltung eine Ausbildung gemacht hat und seine Erfahrungen schildert.

http://www.potenziale-nrw.de/adlan-manai.html

Der junge Herr aus dem Film ist mittlerweile Beamter im Umweltamt und ist ein wertvoller Mitarbeiter der Stadt Duisburg. Der Anteil unserer ausländischen Mitarbeiter beträgt ca. 10 %. Wie andere Kommunen wissen auch wir nicht, wie viele Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte wir in der Verwaltung haben. Das gilt insgesamt

auch für die Bevölkerung, weil die offizielle Statistik ja nur Ausländer und Deutsche festhält. Es gibt Familien, die schon in der 4. oder 5. Generation in Duisburg leben und überhaupt nicht als solche erfasst sind. Man muss sie auch nicht immer erfassen, aber wenn wir an solchen Zielen wie Integration und kulturelle Vielfalt arbeiten wollen, müssten wir natürlich alle Fakten und Zahlen, mit denen wir uns beschäftigen, kennen.

Ich bin die Integrationsbeauftragte der Stadt Duisburg und komme von meiner beruflichen Profession aus der Stadtteilentwicklung. Ich habe sehr lange in den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf gearbeitet und kenne die konkreten Probleme, die es vor Ort gibt. Es gibt Quartiere mit ökonomischen Problemen, mit Bildungsproblematik, aber auch mit Integrationsproblemen, die entstehen, wenn ein Stadtteil und die Bevölkerung sich aufgrund der Migration verändern.

Etwas sehr Wichtiges habe ich aus der Stadteilentwicklung in das Referat für Integration mitgenommen: die aktive Beteiligung der Betroffenen. Das ist uns sehr wichtig und es ist auch die treibende Kraft unserer Arbeit.

Wenn die Betroffenen selbst nicht an der Entwicklung teilnehmen, wenn sie nicht die Träger und die Mitgestalter des gesamten Integrationsprozesses sind, dann wird Integration scheitern. Das habe ich in den Stadtteilen gesehen, erlebt und beobachtet. Immer wenn Migrantenselbstorganisationen, immer wenn Multiplikatoren aus den kulturellen Gemeinschaften für Projekte und für bestimmte Programme Verantwortung übernommen haben, wurde es für uns als städtische Institution möglich, an die Migrantengruppen heranzukommen. Wir konnten sie motivieren und wir konnten uns mit ihnen auf den Weg machen. Das ist auch das Motto, das jetzt unser Referat für Integration kennzeichnet.

Früher war der Bereich der Integration auf verschiedene Dezernate verteilt. Auf das Rechtsdezernat, das soziale Dezernat oder auch auf das Dezernat für Bildung. Das hat natürlich auch dazu geführt, dass der Bereich der Integration nie ganzheitlich betrachtet werden konnte und auch keine ganzheitlichen Strategien entwickelt werden konnten.

Das Referat für Integration ist nun direkt im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelt. Das gibt uns natürlich eine ganz andere

Kraft, wenn wir direkt mit dem Namen des Oberbürgermeisters innerhalb der Verwaltung arbeiten können. Vielleicht kennen einige von Ihnen den Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, Herrn Adolf Sauerland. Er ist ein Kämpfer für ein besseres Zusammenleben und startet viele Aktivitäten in diesem Bereich.

Roadmap Duisburg
2005: Auftakt des integrationspolitischen Prozesses (1. Integrationskonferenz)
2006: Präsentation der erarbeiteten Ergebnisse der 10 Arbeitsgruppen (2. Integrationskonferenz)
ab November 2007: Aufbreitung, Analyse, Bewertung und Zusammenfassung der Ergebnisse
Ziele für 2009:

- Integrationsprogramm
- Ergebnisse der ersten Integrationsbefragung in Duisburg

1. Der integrationspolitische Prozess

Mit Unterstützung der Wohlfahrtsverbände haben wir 2005 mit der ersten Integrationskonferenz angefangen, weil wir gesagt haben: Integration ist ein wichtiges Thema für die Zukunft unserer Gesellschaft und eine Querschnittsthematik für die Verwaltung. Genau deswegen müssen die Akteure, die Vertreter der Migrantenvereine und der Wohlfahrtsverbände, engagierte Bürgerschaft und auch die Verwaltung zusammenarbeiten und überlegen, was bei uns in der Kommune sehr schnell und koordiniert geschehen muss, damit es im Zusammenleben voran geht. Über ein Jahr haben zehn verschiedene Gruppen zusammengearbeitet und am Ende eine weitere Konferenz durchgeführt, aus der viele Handlungsempfehlungen hervor gegangen sind. Rund 250 Handlungsempfehlungen wurden erarbeitet und wir haben jetzt dieses Jahr angefangen, diese Handlungsempfehlungen, die sich direkt an die Verwaltung richten, in einem systematischen Prozess umzusetzen.

So ein Vorgehen bedeutet für uns Integration konkret. Dies betrifft ganz konkret die Fachbereiche, an die die Handlungsempfehlungen gerichtet sind. Ein Beispiel für eine Handlungsempfehlung ist z. B., dass mehr Migrantenkinder die gymnasiale Oberstufe erreichen. Da

geht es darum, dass das zuständige Fachamt sich überlegt, wie dieses Ziel erreicht, operationalisiert, konkretisiert und durchgeführt werden kann. Das ist für uns die inhaltliche und konkrete Öffnung der Verwaltung Richtung einer interkulturellen Stadtgesellschaft.

Natürlich sind im Rahmen der interkulturellen Ausrichtung einer Stadtverwaltung interkulturelle Kompetenzseminare sehr wichtig, natürlich sind bestimmte Verordnungen von oben sehr wichtig, aber es geht auch darum, dass die Fachverwaltung versteht, dass sie von ihrer Fachlichkeit aus, sich stärker auf die unterschiedlichen Migrantengruppen ein- und ausrichten muss.

Das ist ein schwieriger Prozess, weil bislang, wie in anderen Kommunen, auch in Duisburg Integration als eine Sonderthematik betrachtet wurde. Es gab in den Kommunen Integrationsbüros oder bestimmte kleinere Einrichtungen, in denen verschiedene Aufgabenstellungen gelöst werden sollten, wo es aber an finanziellen und personellen Ressourcen fehlte. Die Fachverwaltung muss sich jetzt, gerade auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, fachlich auf die verschiedenen Migrantengruppen ausrichten. Das ist sozusagen die inhaltliche Annäherung an die interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung. Wir als Referat für Integration steuern diesen Prozess.

Was für uns, neben der Öffnung der Verwaltung, in der Konzeption der gesamten Integrationsarbeit sehr wichtig ist, dass die Arbeit der Migrantenselbstorganisationen gewürdigt, akzeptiert und in Kooperationsprojekten auch weiterentwickelt wird. Deshalb haben wir bei uns im Referat eine Anlaufstelle für Migrantenselbstorganisationen. Es sind ungefähr 400 Vereine, die mit ganz unterschiedlichen Fragestellungen zu uns kommen. Und sie sind in ganz verschiedenen Themenfeldern wie zum Beispiel Bildung, Sprache, Wirtschaft, wirtschaftliche Selbstständigkeit, Kunst, also in allen Facetten des Lebens, aktiv.

Wir müssen uns also nicht nur mit vielen Fragestellungen, die die Verwaltung direkt betreffen, auseinandersetzen, sondern auch mit vielen anderen Themenbereichen, wie Ressourcen, Nachfragen nach anderen Kooperationspartnern oder ganz allgemein, wie man überhaupt Projekte startet. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass die einzelnen Migranten oder Migrantengruppen an dem Integrationsgeschehen aktiv teilnehmen und eigene Verantwortung übernehmen. Das ist der Grund für unsere intensiven Bemühungen, Zuwanderer in Gestal-

tungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Das ist sicherlich nicht immer einfach, doch es lohnt sich.

Auch die städtische Verwaltung muss auf andere zugehen, ihre Verwaltungsschritte anders gestalten usw. und das ist für alle ein neuer Lernprozess. Eine inhaltliche interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung findet über die Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen und über die Fachthemen, die die Akteure des Integrationsgeschehens als Handlungsempfehlung an die Verwaltung gerichtet haben, statt.

Jetzt möchte ich gerne auf zwei wichtige Standbeine der interkulturellen Öffnung und auch noch mal kurz auf den Film zu sprechen kommen. Personalentwicklung ist das A und O innerhalb der Stadtverwaltung. Dass mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Verwaltung sein müssen, ich glaube darüber sind sich alle einig. Ich merke jedoch mehr und mehr, vor allem auch durch den Austausch mit anderen Kommunen, dass es wichtig ist, dass über diesen Aktionen ein fester politischer Wille stehen muss. Der Oberbürgermeister und alle Fraktionen müssen deutlich sagen: Das wollen wir haben. Wir wollen, dass mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, ausgebildet und eingestellt werden. Damit es nicht nur bei einer Minderheit bleibt. Weil erst im alltäglichen amtlichen Handeln von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen ein echtes Lernen im Alltag einsetzen kann. Davon bin ich überzeugt. Zurzeit sind wir mit dem Personalamt und dem Institut für Fortbildung dabei, ein einheitliches und ganzheitliches Konzept der Personalentwicklung für die Stadt Duisburg zu entwickeln.

Das zweite Standbein ist mir vor allem wegen seines Inhaltes wichtig. Es geht um die Aneignung von interkulturellen Kompetenzen. Die Schulungen in interkulturellen Kompetenzen sind vor allem für das Personal der kommunalen Verwaltungen von großer Bedeutung. Mir fällt auf, dass man bei uns – aber auch in anderen Kommunen in NRW – versucht, als Hauptaufgabe der Aneignung von interkulturellen Kompetenzen *das Erforschen und Verstehen des Fremden* definiert. Ich würde, zumindest auf unsere Stadt bezogen sagen, dass die Menschen, die in Duisburg leben, die neben Deutsch eine weitere Sprache sprechen, andere Traditionen, einen anderen Glauben haben, so wie der junge Herr aus dem Film eben, dass diese Menschen Duisburger sind und keine Fremde.

Ich finde, dass die Grundhaltung der Annäherung an den Fremden als ein Weg zur interkulturellen Kompetenz ein Vorgehen ist, das nicht wirklich zum interkulturellen Handeln befähigt. Ich glaube, wir sind uns auch alle einig: Vielfalt ist eine Realität geworden und man muss sich mit unterschiedlichen Kulturen etc. auseinandersetzen und mehr erfahren. Man darf aber dort nicht aufhören, sondern muss einen Schritt weitergehen.

Die zentrale Frage lautet doch: Wie können wir gemeinsam handeln? Wie kriegen wir es hin, dass alle sich gegenseitig als Menschen, als Fachleute verstehen und schätzen und gemeinsam herausfinden, wie man aus der Vielfalt wirklich einen großen Gewinn machen kann? Ich glaube, dass es bei der interkulturellen Kompetenz darum geht, dass wir befähigt werden, kreativ mit der Vielfalt umzugehen und sehr konkret dann daraus einen Mehrwert zu schöpfen, auch wenn es dafür kein allgemeines Rezept gibt. Ich denke, dass erst, wenn wir verstehen, dass es keine fertigen Rezepte gibt und dass wir im alltäglichen Umgang immer bestimmte Rahmenbedingungen berücksichtigen müssen, erst dann werden wir kreativ sein können.

Zu dem gemeinsamen Lernen habe ich ein Beispiel aus Duisburg. Ich habe ja bereits angedeutet, dass ich im Rahmen der Stadtteilentwicklung in einem bestimmten Stadtteil ganz intensiv gearbeitet habe. Dort haben wir das Projekt „Begegnungsstätte in der Moschee“ entwickelt, bei dem das deutsch-französische Institut und französische Journalisten auch präsent waren. Das ist ein Projekt, in dem alle Beteiligten etwas lernen konnten, vor allem weil es zu Beginn noch keine Antworten gab und alle haben an der Entwicklung der Lösungen, die für alle einen Mehrwert brachten, mitgearbeitet. Alle Beteiligten haben an interkulturellen Kompetenzen gewonnen.

Das Grundgesetz ist die gemeinsame Grundlage für alle. Durch ein gemeinsames Ziel und mit Dialog auf Augenhöhe durchbricht man das „ihr“-und „wir“-Denken. Das gemeinsame Gestalten oder gemeinsam im Arbeitsalltag in der Verwaltung handeln führt dazu, dass einem das Fremde gar nicht mehr fremd vorkommt, sondern dann wird aus dem Fremden und dem Eigenen auf einmal „wir alle“.

Wir lernen ja alle ständig hinzu und unter dem Begriff der interkulturellen Kompetenz habe ich oft verstanden, dass man sich eben auf so etwas ganz Fremdes, das sich in unserem Mittelpunkt befindet, bezieht. Heute denke ich, nur weil ich keinen deutschen Namen habe,

bin ich nicht fremd. Der junge Herr aus dem Film ist nicht fremd. Hier müssen wir neue Ziele definieren. Und eine wichtige Grundlage hierfür ist das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz(AGG). Und dies vor dem Hintergrund, dass in den kommunalen Verwaltungen wohl oder übel, auch wenn wir nichts tun in naher Zukunft, 30 - 40 % Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten werden. Das Konzept des Fremden stimmt dann nicht mehr.

Wir sind dabei, Konzepte auf der Grundlage des AGG zu entwerfen. In der Formulierung unserer Grundgedanken wollen wir versuchen, die Wirklichkeit in Duisburg zu begreifen, was es z. B. bedeutet in Duisburg als sogenannte Ausländer zu leben, welche Lebensentwürfe es da gibt, aber auch welche Probleme in den Migrantenfamilien existieren, welche Gesetzgebung für die Ausländer existiert usw. Ziel ist es also, all diese Fakten, die manchmal in der ganzen Diskussion ein bisschen zur Seite geschoben werden und worüber der ganz normale Kollege überhaupt nichts weiß, in unsere Arbeit mit einzubringen.

Ein kurzes Beispiel noch und dann werde ich meinen Beitrag beenden. Bezüglich unseres Beirates für Zuwanderung und Integration, der sich aus gewählten Vertretern der Ausländer zusammensetzt, werde ich immer wieder gefragt, warum denn die Türken ständig die Mehrheit in diesem Ausschuss bilden. Auf dieses wiederholte Fragen muss ich mit einem Schmunzeln reagieren. In diesem Gremium werden Ausländer vertreten, die sonst kein Wahlrecht in Deutschland haben. Wenn wir nun die Ausländerstruktur in Duisburg betrachten, können wir feststellen, dass die Mehrheit der Ausländer türkeistämmig ist. So ist es dann auch nicht verwunderlich, dass sie dann ganz konsequent die Mehrheit im Beirat bilden.

Meiner Meinung nach klingt in der Frage „warum sitzen immer nur Türken im Beirat?“ der kleine Vorwurf mit: ja, die Türken kommen und wollen immer extra und dann sind sie auch noch im Beirat und wollen da ihre Ideen und Vorteile verteidigen.

Darauf muss ich dann aber erwidern, dass es gar nicht anders geht, denn von den EU-Ausländern abgesehen, die ja auf kommunaler Ebene in Deutschland sowieso schon wählen dürfen, bilden die Türken von den Ausländern ohne Beteiligungsmöglichkeit die große Mehrheit. Um interkulturell kompetent handeln zu können, brauchen

wir Informationen und Wissen über die Lebensumstände der Migrantengruppen, die ein Teil der Kompetenzseminare sein müssen.

FRANK BAASNER:
Ich denke, es gibt sicher schon ein paar Fragen oder Kommentare. Wir haben im Grunde verschiedene Ebenen, auf denen bis jetzt diskutiert und vorgetragen wurde. Die eine ist eine sehr prinzipielle Ebene, nämlich die Frage von Differenz und Andersartigkeit, Fremdem, Eigenem, Normalität. All das sind Aspekte, die man sich durch einen sehr allgemeinen, vielleicht auch zunächst ganz abstrakten Bewusstseinsschritt klar machen muss. Wichtig sind dabei auch die Begriffe, die man verwendet.

Die andere Ebene, das sind die ganzen konkreten Beispiele, welche die kommunale Wirklichkeit ausmachen. Die beiden Beispiele, die wir gehört haben, zeigen ja, dass hier ein großer Wille besteht und durchaus schon gewisse Strukturen vorhanden sind, die ihre Früchte tragen werden.

Auch der Begriff der Diversität wird uns vielleicht noch beschäftigen. Eine (enge) Dimension des Begriffs arbeitet eher in Richtung Migranten. Gleichzeitig hat man aber auch einen sehr weiten Diversitätsbegriff, der eigentlich die Mehrheit aller Bürger irgendwo einschließt, sodass dann die Frage „Was ist normal, was ist nicht normal?“ irgendwann auch obsolet wird.

Bitte nutzen Sie die kurze Pause, um sich die Ausstellung hier anzuschauen. Sie stammt aus Göppingen. Die erste der hier präsentierten individuellen Geschichten ist bemerkenswert. Ich weiß nicht, ob unter Ihnen Boxfans sind und ich bin selbst kein Boxspezialist. Ich habe mir aber gerade sagen lassen, dass wir hier einen Box-Weltmeister vor uns haben, der aus Göppingen stammt.

Ich freue mich nun über die ersten Fragen, entweder direkt an die Referenten zu einzelnen Punkten oder gerne auch ergänzende Stellungnahmen, Erfahrungsberichte, Variationen zu den verschiedenen angesprochenen Themen.

MUSTAFA TURGUT CAKMAKOĞLU:
(Migrantenbeauftragter Bezirksamt Berlin Mitte)
Ich habe zwei Fragen. Die erste richtet sich an Herrn Esoh Elamé: Einheit in Vielfalt ist ja der Grundsatz der Europäischen Union, aber die Alteingesessenen haben immer Angst wegen der demographischen Entwicklung. Welchen Konsens könnte man vorschlagen für die Minderheiten und die Mehrheit, damit diese Angst abgebaut wird? Die demographische Entwicklung wird in den Medien immer wieder missbraucht und dadurch verursacht man Angst in der Mehrheitsgesellschaft. Dies führt dazu, dass die Menschen glauben, dass wenn man Vielfalt erlaubt, dann werden irgendwann mal die Menschen mit Migrationshintergrund, die in dieser Gesellschaft leben, diese Gesellschaft besetzen, erobern oder Ähnliches. Ich meine, man sollte an einem Konsens arbeiten, damit diese Angst bei der Mehrheitsgesellschaft abgebaut wird. Und da wollte ich Herrn Esoh Elamé fragen, ob er sich darüber Gedanken gemacht hat, welchen Konsens man da vorschlagen kann.

Die zweite Frage geht an Frau de Coninck. Sie hat von der Reduzierung der staatlichen Unterstützungsempfänger gesprochen, von 40000 auf 6000 wurde hier reduziert. In Deutschland erleben wir das auch. Viele Sozialämter wollen keine Sozialhilfe mehr zahlen und deswegen schüchtern sie sozusagen die Betroffenen ein, dass sie nicht zum Sozialamt kommen und Sozialhilfe beantragen. Das ist der Fall in Deutschland. Welchen Stellenwert haben die Menschenrechte bei dieser Reduzierung von 40000 auf 6000 in Antwerpen, bzw. in Ihrem Amt?

FRANK BAASNER:
Eine weitere Frage bitte.

(UNBEKANNT):
Wir sind uns sicherlich einig darüber, dass im Bereich der interkulturellen Kompetenzschulung bereits einiges in den Städten und Gemeinden getan wird. Das bezieht sich im Zweifelsfalle aber dann auf die Entscheidungsträger, also zum Beispiel auf die Stadtverwaltung. Gibt es denn auch Bestrebungen, oder gibt es bereits Aktivitäten in den Städten und Gemeinden, die darauf abzielen, interkulturelles Kompetenztraining auch an die Migranten heranzutragen, damit auch

die etwas von den Gegebenheiten in der Mehrheitsgesellschaft erfahren, oder ist dies eher eine Einbahnstraße?

GAYE PETEK :
(Association ELELE, Paris)
Eine Frage an Herrn Elamé, sie knüpft an das an, was eben gesagt wurde. Ich bin ganz Ihrer Ansicht, was die Bedeutung von Fortbildung, Information, Interkulturalität etc anbelangt. In Frankreich geschieht hier sehr viel auf der Ebene der Gebietskörperschaften. Ich selbst kümmere mich seit drei Jahren um die Fortbildung aller Beschäftigten der Stadt Paris in Sachen Integrationspolitiken und Interkulturalität. Ich glaube Sie aber so verstanden zu haben, dass Sie die Dinge als eine Art Einbahnstraße sehen. Ich wollte Sie daher fragen, wie es denn mit der Fortbildung der Menschen aussieht, die eingewandert sind. In manchen Ländern schließt man inzwischen mit den Neuankömmlingen einen Vertrag über deren Aufnahme und Integration und kombiniert dies mit Fortbildungsangeboten, aber von diesen neuen Politiken, die auch nur die Neuankömmlinge betreffen, abgesehen, habe ich von Ihnen nichts über Weiterbildungs- und Informationsperspektiven unseres Zielpublikums gehört. Man kann nicht nur verlangen, dass sich die Aufnahmegesellschaften in Verständnis und Interkulturalität fortbilden. Man muss auch von den Zugewanderten, die seit 20 oder 30 Jahren in diesem Land leben und vielleicht nicht die Landessprache sprechen, die vielleicht nicht ausreichend integriert sind, verlangen, dass sie sich um Fortbildungsangebote und Partizipation bemühen, denn Integration kommt von zwei Seiten, und Partizipation muss aktiv von beiden Seiten betrieben werden.

Ich möchte hier ein Beispiel nennen: Ich erstelle derzeit eine Diagnose zur Situation in einer Gemeinde im Département Rhône. Die Gemeinde hat eine solche Analyse zur Integration der Türken in Auftrag gegeben, denn es geht ihr darum, die Türken in einer Reihe von Einrichtungen wie Vorschule, Schule und andere zu integrieren – aber die Türken machen nicht mit. Wenn ich mit den Türken in den Moscheen arbeite und ihnen das alles erkläre, sagen mir manche, dass sie ganz gut unter sich leben und diese Weiterbildungs- und Aufnahmeangebote usw. nicht bräuchten. Das ist für mich ein Problem. Man kann nicht nur von den Aufnahmegesellschaften verlangen, dass sie

sich um Partizipation, Verständnis und Interkulturalität bemühen. Ich glaube, das muss von beiden Seiten geschehen.

Meine zweite Frage richtet sich an Frau Özmal. Zu dem Film, den Sie gezeigt haben, wollte ich fragen, ob es in Deutschland tatsächlich so selten Polizisten mit Einwanderungshintergrund gibt. Das hat mich überrascht, denn in Frankreich hat man sehr häufig Beurs oder Schwarzafrikaner als Polizisten oder in der Armee, und selbst in der Republikanischen Garde des Elysée-Palasts gibt es Personen mit Migrationshintergrund – ich kenne zwei Türken, die zu den Sicherheitskräften in der engeren Umgebung von Monsieur Sarkozy gehören, der den Türken ja eher abweisend gegenübersteht. Ich wundere mich, dass Sie da von einem Vorbild gesprochen haben. Ist das also so selten und wenn ja, warum?

FRANK BAASNER:
Ich bitte zunächst um Antworten und dann machen wir weiter mit der nächsten Frage.

JOSEPH ESOH ELAMÉ:
Ich habe mich hier auf lokale Körperschaften bezogen, also auf kommunale Strukturen und ihre Politiken und Aktionen, nicht aber auf Migranten oder europäische Gesellschaften an sich. Was die angesprochene Problematik anbelangt, so ist klar, dass man keine Politik der kulturellen Vielfalt betreiben kann, ohne die Migranten und die Frage nach deren Weiterbildung mit einzubeziehen. Ich glaube, in dieser Frage herrschen in Europa heute noch viele falsche Vorstellungen. Wenn man von Einwanderung spricht, spricht man von „uns“ und von „denen“, so als ob alle Migranten ein Herz und eine Seele wären und es nicht auch unter ihnen Rassismus gäbe. Machen Sie mal eine Umfrage: Ich kann Ihnen versichern, dass der Rassismus zwischen den Gemeinden mit Migrationshintergrund gewiss schärfer ist als zwischen Europäern und Migranten. Aber daran hat bis heute niemand gedacht. Damit beschäftigt man sich nicht. Man kümmert sich mehr um die Beziehungen zwischen den Europäern und denen, die neu ankommen. Dabei wird vergessen, wie wichtig es ist, die Neuankömmlinge darin zu unterstützen, dass sie sich gegenseitig akzeptieren. Dies ist ein großes Hindernis, gegen das man angehen muss und das manchmal zu überraschenden Situationen führt. Ich greife noch

einmal ein Beispiel aus Schwarzafrika auf. Bevor ich nach Europa kam, hatte ich noch nie Kontakt mit einem Marokkaner. Obwohl wir alle Afrikaner sind. Ich habe hier welche kennen gelernt, und sie haben mich hier kennen gelernt. Sie haben ihr Bild, ihre Meinung von mir, so wie ich von ihnen. Wo ist das Paradox? Wenn Sie offen sagen, dass Sie Türken nicht mögen, wird man sagen, dass Sie Rassist sind. Wenn aber ich sage, „Ich mag Türken nicht", (aber nicht öffentlich), werden die Leute, die mich kennen und wissen, was ich mache, sagen, dass ich einen Grund dafür habe und dass ich ganz in Ordnung bin. Und dabei denke ich doch wie Sie. Aber Sie werden als Rassist betrachtet, weil Sie Weißer sind.

Es ist also viel grundsätzliche Arbeit zu leisten in den zugewanderten Gemeinschaften. Ich bin der Ansicht, dass man hier viel an Erziehung, an eigener Fortbildung und an Sensibilisierung zwischen den zugewanderten Gemeinden arbeiten muss. Man muss das Problem der Konfrontation zwischen Europäern und Migranten etwas verschieben und versuchen, daraus eine Konfrontation, eine Dynamik des Wandels, der Reflexion zu machen. Wenn man hier lebt und in der Presse liest, was in anderen Ländern in Sachen Intoleranz passiert, in Russland, in Marokko, in anderen afrikanischen Ländern, dann darf man nicht glauben, dass die Leute, die von dort hierher kommen, an allem unschuldig sind. Das kann nicht sein. Auch wir bringen, wenn wir hier ankommen, unsere Vorurteile mit und unsere Art, andere abzulehnen. Die Gesellschaft, die uns aufnimmt, stellt sich diese Frage nicht, und man sagt uns immer wieder, dass wir uns integrieren sollen. Aber bevor man sich integrieren kann, muss man auch lernen, Fragen an sich selbst zu stellen. Ich teile Ihre Ansicht sehr, dass man starke Aktionen von Erziehung und eigener Weiterbildung für die Gemeinschaften mit Migrationshintergrund braucht.

Was die Probleme für die Einheimischen anbelangt, will ich Ihnen eine Anekdote erzählen. Ich arbeite derzeit in Italien mit einer lokalen Körperschaft zusammen, die ein großes Problem hat. Die Zuwanderung nimmt dort immer mehr zu, doch paradoxerweise betrifft das derzeitige Problem nicht die Migranten, da sie nicht wählen dürfen. Es gibt dort 10 Prozent Migranten, aber das ist nicht das Problem. Bei den letzten Wahlen, es waren die Wahlen des Premierministers, hat in dieser Stadt, die traditionell links wählt, zum ersten Mal die Liga Nord 6 Prozent der Stimmen erhalten. Das löste eine Krisenstimmung aus,

und man fragte sich, wer von den Einwohnern für diese Partei gestimmt haben mag. Nun, es waren die Zuwanderer aus dem Süden Italiens. Hier hat also die interne Zuwanderung ein Problem geschaffen. Wie Sie sehen, haben manche Einheimische in Italien Schwierigkeiten mit anderen Italienern. Ich führe dies nur an, um zu zeigen, dass das Problem viel komplexer ist, je nachdem wie man es betrachtet.

Meiner Ansicht nach muss man die Einheimischen und deren Wert besser darstellen. Meistens wird bei den Zuwanderungs- und Integrationspolitiken – zuweilen ist es eine europäische Politik – nichts getan, um die Aufmerksamkeit auf die Einheimischen in ihrer Bedeutung zu lenken. Man achtet nicht darauf, dass Integration auch heißt, sich mit den Gepflogenheiten der Menschen vor Ort zu verwurzeln. So kann es vorkommen, dass man in einer Stadt lebt, ohne den Dialekt vor Ort zu sprechen und ohne die lokalen Gewohnheiten zu respektieren. In dem Augenblick, da man niemandem schadet, hält man sich für integriert. Diese Haltung teile ich nicht. Ich glaube, wenn man irgendwo aufgenommen wird, muss man auf die Menschen zugehen, auf deren Kultur und die Art wie sie die Welt sehen. Man integriert sich in die einheimische Lebensart des Ortes, in dem man wohnt. Ich glaube, dieses Verhalten ist wichtig, denn von da an fühlen sich die Leute vor Ort nicht mehr bedroht. In Italien spreche ich manchmal den Dialekt, denn das ist einfacher, und dann steht auch kein Hindernis mehr zwischen mir und den Menschen, da ich ihre Gewohnheiten teile. Ich glaube, dies ist ein wichtiges Signal für sie. Wer neu ankommt und die örtlichen Gewohnheiten anerkennt, wird feststellen, dass dies eine Ressource ist.

Es gibt noch ein anderes Paradox. In manchen italienischen Städten sagen die Bewohner: „Vor Ihnen habe ich keine Angst, ich habe Angst vor den Leuten, die aus Süditalien kommen." Sie mögen sich untereinander nicht, und sie respektieren sich nicht. Hier gibt es ein grundsätzliches Problem, an dem man arbeiten muss. Wenn man aber mit Unterschiedlichkeit auf die beschriebene Weise umgeht, werden sich die Einheimischen meiner Ansicht nach nicht bedroht fühlen. Deshalb bedeutet Integration für mich die Achtung der jeweils vor Ort geltenden Regeln, aber es bedeutet auch, eine Kultur und deren Werte zu erlernen, ohne deshalb die eigenen verleugnen zu müssen. Es bedeutet, sich so zu verhalten, dass die Einheimischen auch

in die Lage versetzt werden, die andere Kultur zu akzeptieren. Aber man muss sie auch erst einmal in der Lage bringen, die eigene Kultur integrieren zu können.

MONICA DE CONINCK:
In unserer Stadt gibt es auch viele Christen, die Angst um ihre Leitkultur haben. Deswegen ist es wichtig klarzustellen, welche Grundprinzipien es gibt, an die sich dann auch jeder halten muss. Ich denke, dass es ziemlich wichtig ist, Diskussionen zu diesem Thema zu organisieren, aber ich sagte ja bereits, dass die Prinzipien der Aufklärung unsere Basis sind. Dies muss außer Frage stehen. Dennoch müssen wir immer noch schauen, wie wir sie zu interpretieren haben und wie wir sie im Alltag benutzen können. Wir können darüber diskutieren, weil man die verschiedenen Menschen zusammenbringen muss, weil man eben einen Dialog organisieren muss. Und die so genannte Leitkultur müssen wir dann zusammen finden und erstellen.

Was die allgemeinen Menschenrechte angeht. Vielleicht habe ich mich nicht ganz klar ausgedrückt. Wir haben 15.000 Menschen betreut. Wir haben mit jedem einzelnen diskutiert und einen „Vertrag" abgeschlossen. Wir haben geschaut, was sie uns bieten können und geschaut, wo sie Hilfe benötigen. Natürlich ist es Jedem freigestellt, die Kooperation zu verweigern. Es besteht die Möglichkeit „nein" zu sagen, „ich möchte überhaupt nichts machen, gib mir lediglich das Geld". So kann man fragen und das ist kein Problem. Dann kann der OCMV aber die Hilfe verweigern, denn wir haben auch die Möglichkeit, die Hilfe zu verweigern. Wir können auf zwei Grundlagen zustimmen. Die erste ist: Bist du gewillt, etwas zu tun, zu arbeiten, zu studieren, eine Sprache zu lernen? Die zweite ist: Bestehen Zeichen der Armut? Braucht diese Person wirklich unsere Hilfe? Und diese Notwendigkeit der Hilfe kann in vielen Bereichen bestehen. Auf der Basis des *social screenings* und von Verhandlungen fällen wir unsere Entscheidungen. Wir haben ungefähr 8000 Menschen geholfen, einen Arbeitsplatz zu finden. Während 6 Jahren mussten wir 1000 Leute ablehnen. Wenn man abgelehnt wird, weil man nicht bereit ist zu verhandeln oder einen Sprachkurs zu belegen, kann man am nächsten Tag wieder kommen und sagen, ich habe meine Meinung geändert und man kann erneut um Hilfe bitten. Die Verhandlungen starten erneut und dann besteht auch die Möglichkeit, dass wir zustimmen. Wir

sehen des Öfteren, dass die Roma es verweigern, ihre Kinder auf eine Schule zu schicken. Und wir mussten ihnen sagen, dass eine der Bedingungen für unsere Hilfe eben die Einschreibung ihrer Kinder in eine Schule ist. Und das werden wir auch kontrollieren. Dem kann man nicht aus dem Weg gehen! Wenn das nicht eingehalten wird, dann gibt es eben kein Geld mehr. Ein paar Roma-Familien sind zu den lokalen Medien gegangen und haben eine Reportage über die Roma und ihre Lebensverhältnisse gemacht. Darin hat das Oberhaupt der Roma seine Landsleute aufgefordert, ihre Kinder auf eine Schule zu schicken. Dies wurde also innerhalb der eigenen Gemeinschaft verhandelt.

In diesen Punkten sind wir immer sehr konkret und deutlich und wollen den Leuten erklären, warum sie sich an bestimmte Regeln halten müssen. Wir zeigen ihnen klar die wichtigen Prinzipien. Natürlich kann darüber diskutiert werden. Das ist überhaupt kein Problem. Wir sind immer bereit zuzuhören. Wenn sie zum OCMV kommen, haben sie das Recht, sich und ihren Standpunkt zu verteidigen und zu sagen, dass sie mit unserer Entscheidung nicht einverstanden sind. Ich denke, dass wir die Rechte der Menschen respektieren und auch die Menschen selbst, weil wir ihnen helfen wollen. Wir wollen ihnen nicht jeden Monat Geld geben müssen, weil sie auf diese Weise abhängig von diesen Hilfsleistungen werden, was ja letztlich nicht gut für sie ist. Wir müssen ihnen beibringen, selber zu angeln, damit sie nicht jeden Monat davon abhängig sind, dass wir ihnen einen Fisch geben. Das ist der große Unterschied. Der Effekt, den wir jetzt haben, ist, dass Menschen, die keinen Arbeitsplatz finden können, zum OCMV kommen und sagen: Wir wissen, dass sie den Menschen helfen, bitte, ich möchte kein Geld, gebt mir nur einen Job. Und dann, auf der Grundlage ihrer Fähigkeiten, ihrer Kompetenzen versuchen wir, einen ganz spezifischen Arbeitsplatz für sie zu finden. Zum Beispiel hatten wir Menschen mit autistischen Problemen. Hier haben wir dann speziell in Firmen, vor allem in IT Firmen gesucht, ob es einen Job für sie gibt. Wenn Menschen zum OCMV kommen und sagen, dass sie auf Grund von Diskriminierung und Rassismus keinen Arbeitsplatz gefunden haben, dann fordern wir sie auf, am nächsten Tag wieder bei uns vorbei zu kommen mit dem Versprechen, einen Arbeitsplatz für sie gefunden zu haben. Und was haben wir zum Beispiel gefunden? Einmal haben wir einen Arbeitsplatz in einem Reinigungsteam für Fens-

ter organisiert, weil wir viele Häuser und Fenster haben. Dort können sie dann für ein, zwei Wochen anfangen zu arbeiten. Und wenn wir sehen, dass sie wirklich arbeiten wollen, dann suchen wir einen besseren Arbeitsplatz für sie. Einen, der zu der Person und ihren Kompetenzen passt. Aber davor muss die Person gezeigt haben, dass sie wirklich an einem Arbeitsplatz interessiert ist. Aber oft erscheinen diese Menschen dann gar nicht mehr. Das gibt es auch öfters. Aber ihnen wurde eine Chance gegeben. Um Ihnen ein positives Beispiel zu geben: Einmal hatten wir ein Mädchen, das 8 verschiedene Sprachen konnte. Oft haben wir im OCMV Schwierigkeiten, die Menschen, die wir betreuen sollen, überhaupt zu verstehen. Sie sagte uns: Ich kann keinen Arbeitsplatz finden, die lehnen mich überall ab. Und wir sagten ihr, dass sie am nächsten Tag bei uns im OCMV anfangen könne und dass sie uns beim Übersetzen helfen könnte. Während einem Jahr hat sie für uns übersetzt und hat dann am Ende eine gute Evaluierung von uns bekommen. Das hat ihr geholfen, ihren eigenen Arbeitsplatz auf regulärer Basis zu schaffen. Jetzt haben wir sogar schon vier Übersetzer für diese Funktion.

Ich habe vergessen, unseren Integrationsplan zu erwähnen. Wir machen viele Kurse und Weiterbildungen und organisieren viele verschiedene Aktivitäten, um Migranten zu helfen, sich zu integrieren. Aber immer auf derselben Grundlage. Wir geben den Menschen viele Möglichkeiten, wir bieten sehr viele andere Hilfsleistungen an, wir bezahlen sehr viel Geld für unsere Hilfe und deswegen möchten wir, dass sie das respektieren. Sie werden nicht gezwungen, diese von uns gebotenen Chancen wahrzunehmen. Aber wenn sie dies tun, dann müssen sie auch wissen, dass mit unseren Hilfsleistungen auch bestimmte Forderungen verbunden sind. In Antwerpen können wir im Allgemeinen im Bereich der Sozialarbeit eine Bewegung in die gleiche Richtung feststellen. Diese Veränderung in der Herangehensweise findet nicht nur im Bereich der Migration statt. Das gleiche gilt zum Beispiel auch für Organisationen, die sich mit Gewalt in der Familie beschäftigen. Immer mehr von ihnen sagen nun: Es ist dein Problem in deiner Familie, was möchtest du dagegen tun? Wenn du etwas sagst und auch etwas verändern möchtest, dann können wir dir vielleicht auch weiterhelfen. Anders funktioniert es sonst nicht. Oft haben wir den Fall, dass ein Kunde seine Probleme uns Sozialarbeitern übergibt und von uns fordert, dass wir es lösen. Wir müssen dann sa-

gen: Nein, es ist nicht unsere Aufgabe, dieses Problem zu lösen, sondern deine, aber wir können dir dabei helfen und dich darin unterstützen.

Wenn ich jetzt darüber rede, dann mag sich das nur wie ein kleiner, unwichtiger Unterschied anhören. Aber in der Realität macht es sehr viel aus. Du bist für dein Leben verantwortlich und manchmal hast du Schwierigkeiten, oder du hattest vielleicht einfach nicht genug Glück. Deswegen werden wir dir helfen, aber du musst dich selbst dafür entscheiden. Nicht ich. Denn manchmal befinden wir uns in einer Situation, in der wir den Menschen weiterhelfen, diese uns aber die Schuld geben, weil wir ihnen verschiedene Vorschläge machen und als Gegenleistung auch etwas dafür fordern.

Eine Sache, auf die ich sehr stolz bin, ist das sehr gute Bildungssystem in Flandern. Ich glaube fast, dass die Hälfte des Budgets der Region in den Bildungssektor fließt. Und bei uns besteht Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr. Des Öfteren treffe ich auf junge Erwachsene, die 18, 19 Jahre alt sind und keinen Schulabschluss haben. Dennoch waren sie auf der Schule und wir haben die Lehrer und andere Sachen für sie bezahlt und sie haben dennoch keinen Abschluss. Man kann viel Kritik ausüben über das Bildungssystem, ich akzeptiere das. Aber ich finde die Mentalität – ich muss zur Schule gehen, ich hasse das und respektiere es nicht – nicht akzeptabel, denn es gibt Menschen auf dieser Welt, die dafür kämpfen würden, um in die Schule gehen zu können. Ich weiß, dass ich hier wieder in Extremen spreche, aber ich möchte nur zeigen, dass wir hier Schule usw. als eine Normalität ansehen. Es wird dafür gezahlt und wir können es uns auch rausnehmen, dies nicht zu nutzen. Aber ich denke, dass das eben nicht so normal ist, selbst in unserer Gesellschaft. So eine Einstellung haben nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch noch viele andere junge und alte Menschen.

Wir müssen lernen, öffentliche Dienstleistungen mehr wertzuschätzen, denn letztlich sind es wir alle, die dafür zahlen und aufkommen müssen. Ich denke, dass ein großer Vorteil von Migration ist, dass wir über unsere Gesellschaft, unsere eigenen Regeln und Gesetze diskutieren und nachdenken. Ich glaube, ich habe jetzt einige Antworten gegeben.

FRANK BAASNER:
In der Tat. Wenn man in diese Richtung die Diskussion weiterführt, ist man im Endeffekt bei der ganz generellen Frage nach dem Gleichgewicht, nach den Rechten und der Selbstverantwortung. Bei vielen jungen Menschen, ganz egal wie lange sie schon mit ihren Familien in Belgien, Frankreich oder Deutschland leben, ist zu beobachten, dass nicht immer ein großes Bewusstsein da ist über die Möglichkeit, seine Chancen auch wirklich zu nutzen. Und dies ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt. An Frau Özmal ging die Frage mit dem Film. Und zwar, ob das Beispiel aus dem Film so eine große Ausnahme sei?

LEYLA ÖZMAL:
Der Film wurde vor circa 4 Jahren gedreht. Der junge Herr war damals noch in der Ausbildung. Ich hatte es ja schon im Einführungsteil gesagt, dass wir offiziell einen Ausländeranteil von 10% in der städtischen Verwaltung haben. Eine Verwaltung sollte ja auch immer die Bevölkerung widerspiegeln. Offizielle Statistiken von letztem Jahr haben uns gezeigt, dass wir einen Migrantenanteil von 30% haben. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass sich diese Menschen auch in der Verwaltung wieder finden sollten. Seitdem wir die einigermaßen genaue Migrantenquote in unserer Stadt kennen, die Zahlen sind erst zwei Jahre alt, sind wir dabei, eine Konzeption auf die Beine zu stellen, damit der junge Herr aus dem Film eben kein Exot mehr bleibt.

JÜRGEN ROMBACH:
(Integrationsbeauftragter Stadtverwaltung Eschweiler)
Vielleicht als erstes direkt zu der Kollegin aus Duisburg noch ergänzend. Ich glaube, dass wir eines noch mal ganz klar rüberbringen müssen und zwar, dass wir Deutschen eine ganz andere historische Entwicklung haben als Länder, die Kolonien hatten. In Deutschland sehen wir, dass die Zugewanderten zunächst auf jeden Fall erstmal die Hürde der deutschen Staatsangehörigkeit überwinden müssen, um überhaupt Beamter oder Beamtin werden zu können. Menschen mit Migrationshintergrund, das ist dann eine ganz andere Geschichte, diese haben ja die deutsche Staatsangehörigkeit. Deutschland hat 55 Jahre in diesem Bereich überhaupt nichts getan. Und daran müssen wir jetzt arbeiten. Ich denke, da besteht für Frankreich und Belgien eine völlig andere historische Ausrichtung. Ich könnte jetzt noch sehr

viele Dinge von allen Vorrednern ergänzen. Das will ich jetzt aber gar nicht. Ich will nämlich auf die Verwaltung zu sprechen kommen.

Ich bin Verwaltungsmitarbeiter. Hier kam aus Duisburg eben rüber, dass 10% der Mitarbeiter Ausländer und nicht Migranten sind. Wir sind hingegangen und haben in einer kleinen Kommune, wir sind also zehnmal so klein wie Duisburg, stellenscharf jeden unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beleuchtet und nach Migrationshintergrund gefragt. Und wir kommen auf 12,5%. Der Durchschnitt der Bevölkerung in NRW liegt bei 25% mit Migrationsgeschichte. Das heißt für uns, dass wir unsere Mitarbeiterschaft mit Migrationsgeschichte verdoppeln müssen, um ein Abbild der Stadtbevölkerung zu haben und um unsere Dienstleistung und Verwaltung auch kompetenter anbieten zu können. Ich frage jetzt aber auch mal ganz provokant, wie soll man das machen, wenn die Qualität der Leute, die sich anbieten, nicht da ist? Ich bin also ein strikter Gegner von Quotierungen.

FRANK BAASNER:
Da kann man Sie sicherlich auch nur darin unterstützen, dass die Quotierung an sich auch eine Beleidigung sein kann. Ich denke, dass gilt für alle Formen von Quotierungen und in dem Maße, wie sich das Bewusstsein entwickelt, wird das irgendwann auch obsolet. Weitere Fragen bitte.

(UNBEKANNT):
Ich habe eine Frage an Frau de Coninck. Sie hat in ihrer Rede von Stadtgesprächen gesprochen, dass Stadtgespräche organisiert werden, um bestimmte Problemlösungen oder Gespräche zu initiieren und zu gemeinsamen Werten zu kommen. In welchem Rahmen werden solche Gespräche organisiert und mit welchen weiteren Zielen und Personen? Wer sind die Ansprechpartner, wer beteiligt sich daran? Das interessiert mich, weil wir auch so ein ähnliches Konzept entwickelt haben und gerade dabei sind es umzusetzen. Was sind die Erfahrungswerte?

ADRIEN SCHMITT:
(Vize-Präsident des Instituts zur Förderung des sozialen Zusammenhalts)
Man hat sich sehr stark auf die Menschen ausländischen Ursprungs konzentriert, die von nah oder von weit her kamen, in jüngster oder schon vor längerer Zeit. Ich frage mich aber, und damit schließe ich ein bisschen an das an, was Herr Elamé sagte, ob man in diese Überlegungen und in das Handeln der Körperschaften nicht auch jene Menschen einbeziehen sollte, die unter der so genannten „Armutsgrenze" liegen, denn sie haben gleiche Schwierigkeiten, wenn es um schulischen Misserfolg, wenn es um Zugang zur Beschäftigung oder Wohnungssuche etc. geht. Unter einem solchen Blickwinkel könnte das Phänomen der Ablehnung, das zuweilen zu beobachten ist und das von gewissen politischen Parteien ausgenutzt wird, deutlich gemildert und die Diskriminierung der Zugewanderten vermieden werden.

Die zweite Frage ist folgende: Man hat viel über den kulturellen Unterschied der Sprache gesprochen. Das ist sicher ein sehr wichtiges Element. Ich frage mich, ob man nicht auch die Religion mit einbeziehen sollte. Ich weiß, dass dies ein sehr heikles Thema ist. Die Staaten gehen mit der Frage der Religion sehr unterschiedlich um, doch scheint sie mir eine absolut wesentliche Dimension der kulturellen Wahrnehmung zu sein.

MUSTAPHA EL HAMDANI:
(Stadtrat, Stadt Straßburg)
Eine Anmerkung: Ich habe gewisse Probleme mit dem Beitrag von Frau de Coninck aus Antwerpen, zunächst deshalb, weil sie zugleich für „Drogen, Prostitution und kulturelle Unterschiedlichkeit" verantwortlich ist.

Was die Unterschiedlichkeit anbelangt: Für mich geht es ganz grundsätzlich darum, dass man sie zum zentralen Element macht. Sonst wird es hier keine Fortschritte geben. Das heißt, man muss personelle, politische und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit dies nicht als Extra-Thema behandelt wird, damit man von Zeit zu Zeit ein kleines Treffen bei Couscous und Tee organisiert, also Folklore betreiben kann. Dies muss zur politischen Aufgabe werden,

so dass alle kulturellen Einrichtungen diese Unterschiedlichkeit integrieren und sie das Bild der Stadt widerspiegeln.

Meine zweite Anmerkung schließt an die Äußerungen von Herrn Elamé an: Bildung ist ein zentrales Element. Ich möchte hier noch etwas hinzufügen. Man muss die Frage der Bildung auf andere Weise angehen, nämlich über die Erinnerung. Erinnerung ist für mich etwas Grundlegendes, denn sie hilft uns, sowohl die Erinnerung an die Migration als auch die Erinnerung an den Kolonialismus zu berücksichtigen. Sie muss wieder in die Schulbücher Eingang finden und unseren Kindern gelehrt werden, nicht um in unserer Vergangenheit verhaftet zu bleiben, sondern um besser zu verstehen, was derzeit geschieht, und so ein besseres Sprungbrett in die Zukunft zu haben. Die Erinnerung erlaubt uns, unsere fest gefügten Vorstellungen einzuordnen – und jeder von uns hat seine Vorstellungen vom anderen, das darf man nicht vergessen. Solche Vorstellungen sind Nährboden für Vorurteile und Stereotypen. Vorurteile und Stereotypen wiederum sind Nährboden für Angst, Furcht und Unverständnis gegenüber dem anderen – die Brutstätte für Rassismus kann man sagen.

Ein anderes Element, das ich für wichtig halte und das in unserer Diskussion nicht erwähnt wurde, ist die politische Unterschiedlichkeit. Ich glaube, alle Menschen mit Migrationshintergrund sollten sich den Kampf der Frauen zum Vorbild nehmen. Dies gilt für deren Vorgehen im politischen Kampf, beim Wahlrecht und beim Platz, den die Frauen in der politischen Klasse einnehmen. Manche Länder haben dazu das Paritätsprinzip eingeführt, andere haben andere Mechanismen eingesetzt. Ich bin kein Befürworter der „positiven Diskriminierung“ oder eines Quotensystems, denn es ist mir gleichgültig, ob ein Präfekt Mohamed oder Jean heißt. Wenn er seine Arbeit nicht gut macht, wird meine Reaktion die gleiche sein. Aber trotzdem brauche ich eine politische Sichtbarkeit und vor allem eine Sichtbarkeit bei Entscheidungen an den jeweiligen Orten, wo sie getroffen werden. Ich glaube, dann könnten sich die Dinge ändern.

MUSTAFA AKCAY:
(Stellv. Vorsitzender türkisch-deutsches Zentrum, Berlin)
Wenn ich manchen Rednern hier so zuhöre, dann frage ich mich, ob ich in der richtigen Veranstaltung bin. Die Veranstaltung hat die Überschrift: Kulturelle Vielfalt als Herausforderung für die Stadtge-

sellschaft zu begreifen und zu verstehen. Aber in dieser Veranstaltung werden die Migranten eher beschuldigt. Sie möchten die Kinder nicht zur Schule schicken, sie möchten nicht arbeiten. Also die Veranstaltung geht langsam in die Richtung, wie man die Migranten erzieht, mit welchen Maßnahmen man sie dazu bewegt und dazu zwingt, dass sie ihre Kinder zur Schule schicken oder dass sie arbeiten. Den Arbeitswillen der Menschen mit Fensterputzen zu messen ist auch ein bisschen interessant für mich. Genauso wie das Vorgehen, dass man zuerst die Ausnahmefälle verallgemeinert und dann die Migranten beschuldigt und daraufhin versucht, Maßnahmen zu entwickeln, um die Migranten zu erziehen. Entweder habe ich es falsch verstanden, oder die Diskussionen laufen in diese Richtung. Ich dachte, dass wir die kulturelle Vielfalt als Chance für unsere Stadtgesellschaft nutzen und verstehen sollten. Es gibt natürlich Defizite bei den Migranten. Es gibt natürlich auch Probleme, über die man reden soll, aber nicht so wie wir es hier besprechen.

RADOUANE BOUHLAL:
(Präsident der Bewegung gegen Rassismus, Brüssel)
Eine Reaktion und eine Frage. Die Reaktion betrifft die Äußerungen von Herrn Elamé. Ich muss zugeben, dass es mir sehr schwer fällt, Ihren letzten Überlegungen zu folgen. Es ist ganz offensichtlich, dass Rassismus etwas Universelles ist, der sowohl in der dominierenden Gesellschaft als auch unter den Minderheiten herrscht. Ich glaube, hier muss jeder etwas lernen. Aber so wie Sie sich eben geäußert haben, entsteht bei mir das Gefühl, dass Sie die Verantwortlichkeiten verwässern und dass damit alle Menschen einander den Rücken zukehren. Hier kann ich Ihnen nicht mehr folgen, denn für mich gibt es eine spezifische Verantwortung der öffentlichen Behörden. Denn diese Behörden sind Teil eines Rechtsstaats, der die Grundrechte achtet, vor allem die Freiheit kultureller Äußerungen, die Religionsfreiheit usw. Ich finde, in dem Augenblick, da sich öffentliche Einrichtungen auf das Prinzip der Menschenrechte beziehen, haben sie eine spezifische Verantwortung, auch wenn Rassismus noch an anderen Stellen bekämpft werden muss. Aber ich lehne es wirklich ab, hier allen die gleiche Verantwortung zuzuschreiben.

Meine Frage ist folgende: hier war viel von Multikulturalität, von Interkulturalität, von interkultureller Vermittlung, von interkulturellem

Dialog die Rede, doch ich habe das Gefühl, dass ein wichtiges Teil in diesem Puzzle fehlt. Meiner Ansicht nach kann man keinen interkulturellen Dialog führen, wenn man nicht zuvor die kulturellen Minderheiten anerkennt. Davon war hier bisher nicht die Rede, und ich denke, dies ist ein Thema der interkulturellen Diskussion, über das wir vermutlich nicht alle einer Meinung sind. Wenn ich mit französischen Kollegen über kulturelle Minderheiten spreche, kriegen sie Pickel, denn sie sehen darin negative Parallelgesellschaften, während ich darin etwas Gemeinschaftliches sehe. Belgien, mein Land, hat sich dafür entschieden, drei Gemeinschaften anzuerkennen – die deutschsprachige, die französischsprachige und die niederländischsprachige, denen man alles zugesteht, politische, wirtschaftliche und kulturelle Rechte; aber immer noch heißt es, dass dies nicht genügt, denn wie Sie wissen, gibt es unaufhörlich Spannungen, da man immer noch mehr will. Dagegen haben alle anderen kulturellen Minderheiten nichts. Ich glaube, hier muss man wirklich kämpfen, vielleicht mehr auf der frankophonen Seite, denn wir sind von unseren französischen Freunden ein bisschen angesteckt, als auf der niederländischen Seite Belgiens. Ich bin sehr überrascht, dass man den ganzen Nachmittag über nicht den Finger in die Wunde der kulturellen Minderheiten gelegt hat. Vielleicht kann man bei den detaillierten Fallstudien morgen früh darauf zurückkommen, aber ich glaube, man darf diese Diskussion keineswegs übergehen.

AYSE ÖKTEM:
(Projektleitung JuMBO @ Mook Wat e.V., Hamburg)
Ich wollte anfangen, und das erklärt dann auch was ich mache, mit einer Antwort auf den Einwand von eben: Wie sollen wir denn in der Verwaltung die Plätze mit Migranten und Migrantinnen besetzen, wenn die Qualität nicht da ist? Ich bin selber Initiatorin und Leiterin eines Projekts, wo wir als Grundsatz haben, da wir nur junge Menschen mit Migrationshintergrund betreuen, auch nur Menschen mit Migrationshintergrund oder Migrationserfahrung einzustellen. Mittlerweile haben wir ein hervorragend arbeitendes Team von 25 Leuten, die alle einen Migrationshintergrund haben. Ich denke, wenn der Wille da ist, dann ist bei sehr vielen Menschen mit Migrationshintergrund genau diese Kompetenz auch da. Wir haben 25 Leute mit Migrations-

hintergrund, mit akademischem Abschluss, die eine sehr gute Arbeit leisten, es geht also. Das auch als Erklärung woher ich komme.

Ich möchte jetzt genau an dem Punkt ansetzen, den mein Vorredner genannt hat. Mich treibt in meiner Arbeit die Frage um, wie schaffen wir es Integration, Partizipation, wie immer man das nennen will, als einen dauernden Prozess zu begreifen und nicht als ein „Wir und die Anderen". Ich habe heute mehrfach dieses „Wir und die Anderen" gehört und ich denke es geht nicht um ein „Wir und die Anderen", es gibt kein wir und es gibt keine anderen. Weil jede Gesellschaft in sich sehr sozial unterschiedlich ist. Wie schaffen wir es, den Individuen, die aus anderen Kulturen kommen, auch einen Weg zu ebnen? Nicht weil sie sich anpassen müssen, nicht weil sie sich integrieren müssen, sondern weil sie selber einen Weg finden wollen. Das hat auch mit der Frage der interkulturellen Öffnung der Verwaltung zu tun. Wir können uns nicht als Modell drauf verlassen, dass die kulturellen Minderheiten anerkannt werden, weil auch das eine kulturelle Zuschreibung ist, die für die jungen Menschen, die hier aufwachsen, überhaupt keine Lösung ist. Sie wachsen hier nicht auf in einer kulturellen Minderheit, sondern sie wachsen auf mit den Einflüssen aus verschiedenen kulturellen Gruppen und es geht darum, Wegbegleiter sein zu können, also gar nicht unbedingt helfen zu können. Helfen ist auch wieder ein sich Erheben. Wegbegleiter sein zu können für die Herausbildung demokratischer, selbstständiger Entitäten, die aus verschiedenen Kulturen gespeist werden, und die auch die Souveränität und die Stärke haben dieses Gespeist-Werden aus verschiedenen Kulturen zu vereinen. Wie kommen wir dahin? Das ist für mich die Frage.

AYSE ÖZBABACAN:
(Koordinatorin CLIP, Stadtverwaltung Stuttgart)
Meine Frage schließt sich eigentlich an die von meiner Vorrednerin an und ist vielleicht dann noch mal eine Antwort oder eine Frage an den ersten Fragenden. Aber die Frage geht auch an Frau Özmal zur Personalentwicklung. Sie haben gesagt, Sie wollen den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Verwaltung erhöhen, das ist auch eines der Ziele unseres integrationspolitischen Konzepts in Stuttgart.

Wir haben im Frühjahr diesen Jahres eine Studie durchgeführt zur Diversitätspolitik und das im Rahmen des europäischen Städtenetzwerks CLIP. CLIP steht für *Cities for local integration policies of migrants* und ist ein Netzwerk zur kommunalen Migrantenpolitk, das vor zwei Jahren von der Stadt Stuttgart und der europäischen Stiftung in Dublin gegründet wurde, um erfolgreiche Strategien und Programme zur Integration und Partizipation von Migranten auf europäischer Ebene zusammenzutragen und um diese zu vergleichen. Dabei werden wir von 5 wissenschaftlichen Forschungsinstituten begleitet und haben bereits zwei Studien durchgeführt und eine davon ist eben diese Diversitätsstudie zur Personalpolitik und kommunalen Dienstleistungen gegenüber Migranten. Die Stadt Stuttgart hat zurzeit 12000 Beschäftigte, 14% davon sind Passausländer. Den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund kennen wir aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht, die werden nicht erfasst. Aber das spiegelt auf jeden Fall auch bei uns nicht den Ausländeranteil der Stadtbevölkerung wider. Wir haben einen Ausländeranteil von 22% und einen Migrantenanteil von 40% in Stuttgart. Wir haben auch mehrere Gespräche mit den Ämtern geführt, unter anderem mit dem Haupt- und Personalamt, wie wir denn mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund für die Verwaltung gewinnen können und da hieß es, dass es kein Eignungsprofil gibt. Die Leute werden also nach Befähigung und nach Eignung und Qualifikation eingestellt und man kann da den Stellen nicht einfach ein Profil einflicken wie: Migrationshintergrund erwünscht, oder Mehrsprachigkeit, türkischer Hintergrund etc. Das geht nicht, weil wir das allgemeine Gleichbehandelungsgesetz haben und das ist schon mal eine Hürde. Dies kam zumindest von dem Personalamt und ein Redner vor mir hat es auch schon anklingen lassen.

Die Stadt Arnsberg, die auch in diesem Netzwerk ist, hat daraufhin, während diese Studie lief, eine Kampagne gestartet „Mehr Migranten für die Verwaltung“. Es haben sich 15 junge Migranten und Migrantinnen beworben, zwei von ihnen wurden zum Bewerbungsgespräch eingeladen, wurden aber nicht eingestellt, weil es dann hieß, es fehlt an den Sprachkenntnissen und zwar an der Schriftsprache. Das heißt, es wurde letztlich also niemand eingestellt. Die Kampagne war sehr gut gemeint und mich würde es jetzt interessieren, weil wir das in Stuttgart auch machen wollen, also mehr dafür werben Auszu-

bildende für die Verwaltung zu gewinnen, wie wollen Sie das in Duisburg machen?

AZIZE TANK:
(Migrantenbeauftragte Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin)
Sie haben von Vielfalt und Integration gesprochen. Ich denke, dass bevor man sich integrieren kann, andere Sachen gewährleistet werden müssen. Die Voraussetzung für die Integration muss gegeben sein. Das wichtigste hierbei ist die Teilhabe. Wenn man schaut, wo auf der politischen Ebene die Möglichkeit besteht, sich als Ausländer zu beteiligen, merkt man, dass es nur sehr wenige dieser Möglichkeiten gibt. Entweder muss man deutscher Staatsangehöriger sein, zum Beispiel für Wahlen und das auch für Wahlen auf kommunaler Ebene.

Teilhabe ist aber deswegen so wichtig, weil man den Menschen damit Verantwortung übergibt. Und wenn die Möglichkeiten bestehen, dann wird auch Verantwortung übernommen. Damit Menschen Verantwortung übernehmen können, muss man sie sich auch beteiligen lassen. Man darf ihnen nicht vorwerfen, keine Verantwortung zu übernehmen, wo sie dies überhaupt gar nicht wahrnehmen können. Chancengleichheit hat nicht nur mit dem Migrationshintergrund zu tun. Wenn man einen Blick auf die Gesellschaft wirft und sich die Frage stellt, welche Gruppen überhaupt die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen, da lässt es sich im Allgemeinen feststellen, dass Menschen, die einer niedrigen sozialen Schicht angehören oder Menschen mit niedrigem Einkommen auch benachteiligt sind. Hier besteht auch keine Chancengleichheit. Und wenn ich darüber nachdenke, dann kommt mir ein Bild vor Augen, das diese Situation gut beschreibt: Wir sehen eine Palme, auf der oben eine Kokosnuss ist. Unter der Palme befinden sich ein Affe, eine Schlange und eine Giraffe. Alle drei haben das Recht, die Kokosnuss zu pflücken. Wer kann aber letztlich die Kokosnuss für sich herunterholen und wer nicht? In der Gesellschaft ist es genauso. Erstmal muss man Chancengleichheit geben. Ich denke, dass wir in einem System leben, in dem es immer so sein wird, in Belgien, in Frankreich oder in Deutschland, dass es immer Menschen gibt, die arm sind, die ganz unten sind. Es ist utopisch zu denken, dass es mal so sein wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine Arbeit haben werden, jeder ein schönes Haus hat... Aber von den Migranten wird erwartet, dass sie immer 100% alles können

müssen. Die müssen alle einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeit haben. Die müssen alle perfekt Deutsch sprechen.

Wir haben zum Beispiel in Berlin und speziell bei uns im Bezirksamt einen Bürgerhaushalt. In bestimmten Gebieten wird es angeboten, dass sich die Bürger selber beteiligen. Was ist jetzt mit den Migranten? Alle Informationen sind auf Deutsch, die ganze Konferenz ist auf Deutsch. Da habe ich gesagt, dass wir von dem Bürgerhaushalt gar nicht mehr reden können, denn eigentlich heißt er ja dann deutscher Bürgerhaushalt und nicht mehr bloß Bürgerhaushalt. Wir haben diese Situation dann doch noch verändern können, obwohl manche gesagt haben, wieso, Amtssprache ist doch Deutsch, entweder sprechen die Migranten Deutsch oder sie nehmen einfach nicht teil. Es ist nicht einfach, Deutsch zu lernen. Und man kann das auch nicht von heute auf morgen lernen. Dennoch gibt es auch vor allem viele neu Angereiste, die sich gerne beteiligen möchten, aber noch gar kein Deutsch sprechen. Hier haben wir uns dann durchsetzen können und die Information wurde in drei Sprachen übersetzt und auch in dem Konferenzsaal werden wir entsprechend auch Dolmetscher haben, dass man den Menschen wiederum die Möglichkeit gibt, auch in ihrer Muttersprache sich an den kommunalen Geschehnisse zu beteiligen. Solange wir nicht eine gewisse Teilhabe haben, können wir uns auch nicht integrieren.

Ich denke, dass gerade Menschen mit Migrationshintergrund auf Quoten bestehen müssen, denn es ist nicht normal, dass, wenn sich ein Deutscher und ein Migrant mit gleichen Qualifikationen irgendwo bewerben, der Deutsche bevorzugt wird. So läuft das aber immer ab. Das ist das gleiche wie mit der Quote bei Männern und Frauen. Ohne diese Quote hätten wir heute nicht so viele Frauen im Bundestag. Das ist weder eine Diskriminierung, noch eine Erniedrigung. Das ist eine Forderung weil man eben normalerweise nicht in bestimmte Positionen kommt. Wenn keine Normalität gegeben ist, dann muss es auch eine Quote für Migrantinnen und Migranten geben. Entweder wir sind zu hochqualifiziert oder wir haben gar keine Qualifikation. Es wurde jetzt des Öfteren behauptet, wir hätten keine Qualifikation. Woher haben Sie denn Ihre Statistik? Wo steht denn das? Das stimmt nicht! Es ist so, dass über bestimmte Sachen gesprochen wird, ohne diese überhaupt zu belegen. Dies würde ich gerne anders haben. Nicht einfach sagen, dass wir keine Qualifikation haben und deswegen können

wir die nicht einstellen. In Berlin sagt man, dass es im öffentlichen Dienst keine neuen Einstellungen gibt, deswegen brauchen wir auch gar keine Personalentwicklung.

FRANK BAASNER:
Wir haben genug Fragen für die nächsten Stunden, deswegen kommt jetzt die schwierige Aufgabe auf unsere Referenten zu, sich das auszusuchen, auf das sie antworten können und auch wollen. Im Grunde kommen wir in ein paar Bereichen in sehr grundlegende Diskussionen. Es geht überhaupt in die Richtung der Frage des Gesellschaftsmodells. Und wir vom Deutsch-Französischen Institut wissen natürlich, dass es gerade in Frankreich und in Deutschland sehr unterschiedliche Zugänge gibt. Die Frage der Religion und der Staatsbürgerschaft, die Angst vor einem „communautarisme", vor irgendeiner Parallelgesellschaft, die sich eben kulturell-ethnisch definiert. Ich denke, das sind sehr große Themen, von denen wir hier sprechen, und genauso auch die Frage, die schon mehrfach anklang: Warum muss man, wenn man als Migrant definiert ist, immer Überperformance erbringen, immer 100% und mehr? Genauso die Frage, wie weit kann man fordern? Was heißt das „fordern"? Was kann ich einfordern? Wer möchte auf zumindest einige der angesprochenen Aspekte antworten?

MONICA DE CONINCK:
Ich würde gerne etwas zu den Quoten und zu dem Kompetenzmanagement sagen. Ich spreche jetzt nur für Flandern. Wir sind eine sehr komplexe Gesellschaft. In dem öffentlichen Dienst basiert alles auf Zertifikaten und Diplomen. Wenn man also in unsere Gesellschaft kommt und einen Migrationshintergrund hat, dann ist es ziemlich schwierig, und das aufgrund verschiedener Gründe, diese Zertifikate oder ähnliches zu erhalten. Nun haben wir damit begonnen, an dem Kompetenzmanagement zu arbeiten und über die Auswahlkriterien und Auswahlverfahren für die Besetzung bestimmter Posten nachzudenken. Zum Beispiel wurde jemand, der die Straßen fegen musste, auf der Basis von Schreibfertigkeiten evaluiert. Eigentlich ist so eine Evaluierung gar nicht wirklich notwendig. Die letzte Auswahlprozedur war ein großer Erfolg. Wenn ich mich richtig erinnere, haben Menschen mit Migrationshintergrund ungefähr 40% der für die Arbeits-

plätze ausgewählten Bewerber ausgemacht. Nun versuchen wir es ganz systematisch anzugehen. Und es ist tatsächlich unser Ziel, dass in der öffentlichen Verwaltung der gleiche Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund arbeitet, wie in der Bevölkerung. Wir wollen also ein genaues Spiegelbild der Gesellschaft in der öffentlichen Verwaltung erreichen. Dies ist jedoch nicht einfach zu erreichen. Im OCMV zum Beispiel haben wir im Moment ungefähr 11% und das ist für den öffentlichen Dienst schon eine sehr hohe Quote. Jedoch haben 25% der Einwohner unserer Stadt einen Migrationshintergrund. Im Hafen, der ja ein ziemlich männliches Umfeld ist, sind es lediglich 1% der Mitarbeiter, und das, obwohl die Arbeit dort sehr viel technischer ist. Ich denke, dass man mit einer gut durchdachten Politik etwas erreichen kann.

Ich weiß nicht, ob Sie schon von den *Dolominas* gehört haben, einer Gruppe von Feministinnen, der ich auch angehörte. Es ist mir sehr wichtig, dass eine Firma für egal welche Art von Menschen mit all ihrem Wissen und ihrem Hintergrund geöffnet ist. Was wir aber dennoch feststellen können ist, dass in den Spitzenpositionen einer Firma immer noch sehr wenig Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund vertreten sind. Und was ist der Grund dafür? Bezüglich der Menschen mit Migrationshintergrund können wir feststellen, dass sehr oft der fehlende Hochschulabschluss der Grund dafür ist. Wenn es also nur 5 qualifizierte Menschen mit Migrationshintergrund gibt, dann kann man eben nur 5 einstellen und nicht 10. Es muss also im Bildungssektor etwas getan werden. Hier müssen Maßnahmen folgen. Und es existieren auch schon welche. Maßnahmen wie Privatlehrer, aber auch solche, wo Eltern kontaktiert werden. Ich denke, dass es noch mehrere Jahre brauchen wird, um solche strukturellen Prozesse ändern zu können.

Was auch oft vorkommt sind Hochzeiten zum Beispiel zwischen Migranten, die jeweils schon in der dritten Generation sind. Das gilt vor allem für Migranten mit marokkanischen Wurzeln. Wir wissen, dass die Sprache, das Wissen und die Kompetenzen einer Mutter sehr wichtig sind für die zukünftige Entwicklung des Kindes. Hier besteht sogar fast eine direkte Verbindung. Manchmal geben wir uns große Mühe für Bildungsprogramme usw., um Menschen mit Migrationshintergrund zu helfen, aber oft haben wir auch das Gefühl, dass unsere Arbeit vergebens ist.

Was nun die Quoten angeht. Wir hatten eine große Diskussion in der Vergangenheit bezüglich Quoten für Frauen. Und natürlich ist die erste Reaktion, wenn Quoten angesprochen werden, dass diese nicht gut sind, weil auch nicht ausreichend qualifizierte Menschen für eine Stelle ausgewählt werden mit dem einzigen Kriterium, eine Frau zu sein oder einen Migrationshintergrund zu besitzen. Das ist die erste Reaktion, die man bekommt. Die Qualitäten eines Mannes werden jedoch nie zur Diskussion gestellt. Man hört nie Kritik bezüglich der Qualifikationen eines Mannes. Und das finde ich sehr komisch.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist, dass die Kultur eines Unternehmens oder einer Organisation sich nur dann ändert, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder nicht der Mehrheit angehören. Nehmen wir zum Beispiel eine sehr männerdominierte Organisation. Wenn wir in diese Frauen aufnehmen, dann ändert sich die Kultur dieser Organisation nur, wenn der Frauenanteil bei einem Drittel der Mitglieder liegt. Quoten können hierfür eine Lösung sein, aber ich weiß auch, dass es darüber sehr viele Diskussionen gibt.

Ein weiterer kontroverser Punkt ist die Religion. Vor allem wenn manche Minderheiten religiöse Argumente benutzen, um ihre Argumentation und ihre Vorhergehensweise zu stützen und zu verteidigen. Unsere Vorstellung hier ist, dass jeder das Recht hat, seine Religion auszuüben und dass der öffentliche Dienst helfen soll, dass die Religion ausgeübt werden kann, indem er eine komfortable Infrastruktur bereitstellt. Religiöse Gruppen haben also ein Recht darauf zu existieren, sie dürfen sich selbstständig organisieren usw., aber Religion darf keinen Einfluss auf öffentlichen Angelegenheiten im Allgemeinen haben, das heißt auf Bildung, usw.

Die Politik bezüglich der Vielfalt ist denke ich sehr inklusiv. Wenn man nicht in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes die Beschlüsse und Argumentationen auf dem Hintergrund der Vielfalt betrachtet, dann wird das immer eine Politik des „wir und die Anderen“ bleiben. Diese Politik muss also inklusiv sein. Aber ich denke, dass es ein sehr schwerer Weg sein wird. Wir werden die Resultate dieser Politik überwachen. Zum Beispiel haben wir gesagt, dass wir jetzt mit 11% Mitarbeitern mit Migrationshintergrund anfangen und unser Ziel sind 25% im Jahr 2012. Hierfür werden wir alle drei Monate die Zahlen und die Entwicklung überwachen, um zu sehen, welche Maßnahmen erfolgreich sind und so weiter geführt werden können und welche ver-

ändert werden müssen. Wir haben zum Beispiel auch ein sehr großes Problem bei der Rekrutierung von Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst. Deswegen helfen wir diesen Anwärtern. Wir unterstützen sie, wir bereiten sie auf ihre Prüfungen vor und dennoch ist es sehr schwierig und es schaffen nur 1 oder 2 %.

Ich finde es schade, dass der Herr vorher gesagt hat, dass er denkt, am falschen Ort zu sein und auch was er zu meinem Beispiel mit dem Fenster putzen gesagt hat. Um noch mal deutlich zu werden. Die Menschen, die zum OCMV kommen, kommen für Hilfeleistungen und sie bitten um Geld. Die Hälfte dieser Menschen hat einen Migrationshintergrund, die andere Hälfte nicht. Und wir haben die gleiche Einstellung zu allen. Wir wollen ihnen helfen, aber sie müssen sich auch helfen wollen. Sie müssen sich selbst dafür entscheiden. Man kann die Menschen nämlich nicht zwingen, einen Sprachkurs zu besuchen, wenn sie das nicht wollen. Wir versuchen, sie davon zu überzeugen, es ihnen klar zu machen, dass es in ihrem eigenen Interesse ist. Wenn sie nicht kooperieren, dem zustimmen, können wir ihnen nicht helfen. Wenn wir es aber mit kranken, mit psychisch kranken Menschen zu tun haben, oder wenn es große familiäre Probleme gibt, dann helfen wir ihnen natürlich dort wo wir können. Dann versuchen wir, diese Schwierigkeiten so wie es geht zu lösen. Das soll nicht das Problem sein. Wir verweigern keine Hilfe. Das Einzige, was ich sage ist, dass der Kunde bei uns nicht König sondern Prinz ist, und wenn man den Kunden ernst nehmen will, muss man mit ihm verhandeln. Indem man ihm jeden Monat eine bestimmte Summe Geld gibt, hilft man ihm nicht wirklich weiter. Das kann so nicht angehen. In Brüssel sehen ungefähr ein Drittel der Kinder, dass ihre Eltern morgens nicht zur Arbeit gehen. Ein Drittel der Kinder! Das ist für mich ein Problem! Und dieses Problem muss gelöst werden. Und dafür wenden wir sehr viel Geld auf. Aber man muss auch deutlich sein, damit eine klare Kommunikation stattfinden kann.

LEYLA ÖZMAL:
Gestatten Sie mir ein paar allgemeine Bemerkungen, weil die Diskussion entgegen der Erwartung jetzt doch sehr grundsätzlich geworden ist. Ich kenne jetzt die genauen Unterschiede zwischen Belgien, Frankreich und Deutschland nicht. Ich kann nur für unsere Kommune sprechen. Und zwar über meine expliziten Veränderungswünsche in

diesem Bereich, weil wir bei uns ja auch diese Diskussion kennen, dass Migrantengruppen sehr oft geholfen werden muss, weil sie sich eben in einer gewissen Problemlage befinden. Diese Diskussion haben wir ja schon in NRW, in Deutschland und bei uns in der Kommune geführt. Ich möchte auf einen Paradigmenwechsel zu sprechen kommen, der bei uns in Duisburg stattgefunden hat. Ein Paradigmenwechsel insofern, als Migration und Integration nicht nur unter sozialen Gesichtspunkten gesehen, diskutiert und entwickelt wird. Menschen, die eine Zuwanderungsgeschichte haben, sind von hoher Arbeitslosigkeit betroffen, haben niedrige Bildungsabschlüsse. Ich kann die ganze Liste aufzählen. Diese Realität gibt es, wir wissen aber, dass diese Realität auch eine andere Seite hat und deswegen nennen wir unsere Arbeit auch ressourcenorientierte Integrationsarbeit. Dies betont die Realität, dass Migranten eben auch Ressourcen mitbringen. Die offensive Arbeit in diese Richtung bedeutet auch, dass man die Ressourcen der Migranten aufnimmt und sie entwickelt. Als Beispiel darf ich nennen, dass wir im Rahmen der sozialen Stadt, in den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf ganz bewusst die Ökonomie der Migranten gefördert haben. Warum? Weil diese mit für die Stadt sehr positiven wirtschaftlichen Tätigkeiten auffallen. Und das ist bei uns in Duisburg vor allem die türkeistämmige Gemeinschaft, die auf diese Weise hunderte von Ausbildungsstellen für Jugendlichen bereitstellt. Darüber hinaus sichert sie einen Teil des finanziellen Aufkommens der Stadt oder bestimmter Stadtteile, wie zum Beispiel Marxloh. Vielleicht haben Sie es mitbekommen, eventuell auch aus der internationalen Presse, dass in diesem Viertel eine Braut-Meile entstanden ist und diverse andere Aktivitäten noch. Man kann Migrantengruppen eben nicht nur unter negativen Vorzeichen diskutieren und muss Aktivitäten in diese Richtung unterstützen. Und dafür benötigt man einen ganzheitlichen Ansatz, der Ressourcen der Migranten fördert und fordert. Auf diese Weise kann man dann auch den Menschen gerecht werden. Speziell auf unsere Kommune bezogen kann ich sagen, dass wir in alle Richtungen ganz viele Aktivitäten anbieten. So ist es uns dann auch möglich zu sagen: du hast verschiedene Sprachkurse, die angeboten wurden, nicht besucht und dann gibt es natürlich auch Sanktionen. Aber erst in dem gesamten Bild kriegt diese Sanktionierung keinen negativen Effekt. Darauf wollte ich noch einmal hinweisen.

Jetzt zur konkreten Frage der Stuttgarter Kollegin. Personalenwicklung ist natürlich die wichtigste Säule innerhalb der Stadtverwaltung. Ich habe vorhin gesagt, dass 10 % unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen keinen deutschen Pass besitzen. Wir wissen aber nicht, wie viele unserer Mitarbeiter einen Migrationshintergrund haben. Ich vermute, dass dies dann ungefähr 15% sind. Ich bin zum Beispiel nicht in dieser 10% Quote drin. Was das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz betrifft, habe ich ja schon gesagt, dass das die Grundlage ist, auch für die interkulturellen Kompetenzseminare. Darin sehe auch ich die Chance, den Menschen als Menschen zu betrachten und nicht immer von „euch und uns" zu sprechen. Ich glaube, dass es oft einfach nur die Terminologie ist, die zurecht gerückt werden muss. Mit „wir", „ihr", da entsteht diese Fraktionsbildung und da wird man dann auch nie Kompromisse schaffen. Auf der Homepage der Stadt Duisburg sucht das Jugendamt sieben neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und als explizites Kriterium wird erwähnt, dass Migrationserfahrung besonders erwünscht ist. Das passt auch noch in die Richtlinien des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Das ist hier kein Hindernis. Seitdem das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Kraft getreten ist, wurde sehr viel darüber diskutiert. Und jetzt in den Interpretationen lese ich, dass so etwas wie der gerade genannte Fall mit dem Jugendamt möglich ist, also dass man entweder Sprachkenntnisse der größten Migrantengruppen Duisburgs aufweisen muss oder eben selber Erfahrungen mit Zuwanderung oder Migration gemacht haben muss. Es verstößt also nicht gegen das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, dass solche Kriterien besonders erwünscht sind.

Ich möchte Ihnen kurz einen Projektansatz vorstellen, den wir in Duisburg ganz erfolgreich praktiziert haben. Und zwar haben wir vor allem Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die sich bei der Stadt Duisburg beworben haben und die Aufnahmeprüfungen aufgrund fehlender Sprachkenntnisse nicht bestanden haben, eine zweite Chance gegeben. Bei diesem Modellprojekt besteht für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund also die Möglichkeit, dass sie nachqualifiziert werden. Das heißt, dass wir ihnen ganz konkret helfen, indem wir sie in bestimmten Bereichen, wie zum Beispiel Verwaltungsdeutsch, weiterbilden. Und dieses Modellprojekt haben wir mit dem Ziel gestartet, dass letztlich mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Verwaltung arbeiten. Die Jugendlichen sind dann sehr erfolgreich

auch in die Stadtverwaltung eingestiegen. Noch mal, um Prozesse wie Migration und Immigration erfolgreich angehen zu können, muss man dies auch wirklich wollen. Politik- und Verwaltungsspitze müssen es wollen. Es müssen Ziele, wie zum Beispiel das Leitziel der „interkulturellen Urbanität für die Stadt Duisburg für das Jahr 2027“ oder die „Erhöhung der Verwaltungsmitarbeiter-Quote entsprechend dem Anteil der Ausländer oder Migranten an der Bevölkerung anpassen“ entwickelt werden. Hinter solchen Formulierungen operativer Ziele stehen aber die Politik und die Verwaltung. Das ist die Grundvoraussetzung und es hat wiederum mit der politischen Kultur, mit den Erfahrungen, mit der politischen Teilhabe der Migrantengruppen etwas zu tun. Ich glaube, Kommunen sollten sich nicht davor scheuen, ihre Ziele auch sehr hoch zu stecken und für das Erreichen dieser Ziele aber dann verschiedene Stufen zu formulieren. Wenn man es nicht schafft, dann weiß man warum man es nicht geschafft hat, um dann noch mal nachzusteuern. Aber wenn man von Anfang an das ganze nur problematisch sieht, im Sinne von: Ja wir wollen einstellen, aber wir haben ja gar keine Fachleute, dann kann auch nichts verbessert und geändert werden. Dieses konkrete Argument kenne ich und es stimmt nicht. Wir haben in ganz Deutschland sehr viele ausländische Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit einem gymnasialem und Hochschulabschluss. Man muss es wollen! Wir müssen diesen Weg gehen, denn es gibt eigentlich gar keinen Weg daran vorbei.

FRANK BAASNER:
Vielen Dank. Bevor wir zu einem sehr verspäteten, aber sehr dynamischem Ende dieser Runde kommen, möchte ich gern noch mal das Wort an Herrn Esoh Elamé geben.

ESOH ELAMÉ:
Ich bin ein wenig frustriert wegen mancher Fragen, über die man vielleicht länger nachdenken müsste. Ich will ein bisschen provozieren, denn das könnte nützlich sein. In meinen Äußerungen habe ich dargelegt, dass ich einen post-kolonialen Zugang zu den Problemen bevorzuge. Die Logik will, dass wir Menschen so wahrnehmen, wie wir sie wahrnehmen wollen, so wie wir sie kodifizieren. Ich will hier einige Beispiele nennen. Wir, die wir hier sind, werden als Migranten be-

trachtet. Die Franzosen in Kamerun werden nicht als Migranten betrachtet. Wenn man in Kamerun von Franzosen spricht, wird man niemals den Begriff „Migranten“ verwenden. Es sind Expatriierte, es sind Unternehmensgründer, es sind Experten usw. Diese Sicht entspricht nicht der Realität. Vor zwei Wochen schrieb eine italienische Zeitung: „In Rumänien gibt es 25 000 italienische Firmengründer, und in Italien gibt es eine Million Rumänen.“ Anstatt zu sagen, „Es gibt 25 000 italienische Einwanderer in Rumänien“, schreiben sie „25 000 Unternehmer“. Man stellt die Situation nicht richtig dar.

Auch wenn man von Kommunitarismus spricht, herrschen Missverständnisse. In Kamerun gibt es französische Schulen. Alle Franzosen, Deutschen, Italiener, die in Kamerun sind, schicken ihre Kinder in die französischen Schulen. Es gibt französische Clubs, es gibt Orte, an denen sich Franzosen treffen. Das wird nicht als Problem betrachtet, und niemand hat je gesagt, dass die Franzosen in Kamerun Kommunitarismus betreiben. Man ist hier, man lebt hier und man hat hier seine Schwierigkeiten. Wenn man seinesgleichen trifft und sich eine kleine Gemeinde bildet, taucht sehr schnell der Begriff Kommunitarismus auf.

Das muss man auseinander halten, denn wenn man die Welt auf diese Weise interpretiert, gerät alles in eine Schieflage. Wenn man von Minderheiten spricht, welche Minderheiten meint man dann? Nehmen wir wieder ein Beispiel: Kamerun hat 15 Millionen Einwohner und 300 Sprachen. In ganz Afrika gibt es 2000 Sprachen. Die Menschheit besitzt 6700 Sprachen, Afrika hat allein 2000, also ein Drittel aller weltweit vorhandenen Sprachen. Davon gibt es 300 in Kamerun, und es gibt 230 Ethnien, die man hier Stämme nennt, ein Begriff, der pejorativ ist, denn er entspricht noch einer kolonialen Sichtweise. Für uns sind dies eigenständige Gemeinschaften. Wenn Sie mir sagen, dass die Kameruner, die in Belgien leben, eine Minderheit sind, von welcher Minderheit sprechen Sie dann? Wir sehen uns selbst als Ethnien. Wenn es 300 Kameruner gibt, die in Belgien leben, was heißt das? Man muss verstehen, welche Vorstellungen von Organisationsstrukturen in Kamerun herrschen. Auch hier werden Begriffe geschaffen und beliebig interpretiert, ohne die Betroffenen zu fragen, was sie von solchen Vorstellungen über sie halten. Wir wollen dies einfach nicht mehr hören. Die Leute sollen endlich merken, dass wir Kameruner nachdenken können, dass wir wissen, was wir wollen,

dass wir schreiben, sprechen und diskutieren können. Jeder kann sagen, was er denkt. Aber die anderen sollen nicht an unserer Stelle sagen, was wir denken. Das ist endgültig überholt.

Nehmen wir noch einmal das Beispiel Frankreich. Stellen wir uns einen Augenblick lang vor, es gäbe keinen einzigen Zuwanderer mehr, es gäbe nur noch Franzosen. Dabei wird eines klar: All jene, die aus der Sklaverei hervorgingen, die seit Jahrhunderten in Frankreich leben, wo sollten sie hingehen? Sie sind Franzosen. Wenn sie eine weiße Hautfarbe hätten, würde niemand merken, dass sie Söhne von Sklaven sind, denn sie hätten sich in der französischen Bevölkerung aufgelöst. Man merkt nur, dass sie Nachkommen von Sklaven sind, weil sie schwarz sind, was zur natürlichen Unterschiedlichkeit gehört.

Manche sagen, dass sie gegen Quotenregelungen sind. Seit Frankreich so ist, wie es heute ist, mit seinen Söhnen, die Nachkommen von Sklaven sind, mit großen Intellektuellen, die Nachkommen von Sklaven sind, die zur französischen Gemeinde gehören – wie viele von ihnen sind seither beispielsweise Minister geworden? Sehr wenige. Sie studieren wie alle Franzosen, sie machen ihre Abschlüsse wie alle Franzosen, aber was geschieht dann? Man muss realistisch sein. Man muss verstehen, dass die Gesellschaft etwas nachhelfen muss, damit wir alle gemeinsam Fortschritte machen. Das ist nicht böse gemeint. Wenn die Quoten dazu dienen, den anderen verstehen zu helfen, dass die Vielfalt dies braucht, warum dann nicht? Man sollte nicht immer alles in die Kategorien von gut und böse einordnen. Die Menschen brauchen das nicht. Die Menschen müssen anerkannt werden, so wie sie sind, und mit dem, was sie können. Ich glaube, genau dieses Signal muss man aussenden. Man muss eine ganz andere Sicht der Dinge haben, einen viel leidenschaftsloseren Zugang. Das Gleiche gilt für die Partizipation, aber was heißt eigentlich Partizipation? Auch hier interpretieren Sie gemäß Ihrer Art zu denken, gemäß Ihrem System. Dabei müssten Sie nur, nachdem Sie erkannt haben, dass es kulturelle Vielfalt in den Städten gibt, versuchen, die Partizipation so zu sehen, wie die anderen sie verstehen. Wenn sich beispielsweise an einem Sonntagabend die Vereinigung der Kameruner trifft und der Bürgermeister dazu kommt, dann ist dies in unseren Augen eine Form der Partizipation, denn er hat sich zu uns begeben. Die Initiative muss nicht immer von ihm ausgehen. Er kommt und er stellt die Aktionen der Stadt vor. Auch dies ist Partizipation. Versuchen wir, Instrumente

zu erfinden, wobei auch die Vorstellungen der anderen von sich selbst und von uns berücksichtigt werden. Sie möchten, dass es einen Dialog gibt.

Ich möchte zum Abschluss über etwas sprechen, was mir am Herzen liegt, nämlich der Sprachgebrauch. Eine Gesellschaft mit kultureller Vielfalt ist eine Gesellschaft, in der man die anderen auch mittels der Sprache, die man verwendet, respektiert. Ich stelle aber fest, dass der Sprachgebrauch diskriminierend ist. Manchmal hat man sehr gute Absichten, aber die Begriffe, die man verwendet, machen den Dialog nicht gerade leichter. Ich will einige Beispiele nennen: der Ausdruck „Farbiger" (homme de couleur), worauf bezieht er sich? Der Begriff „Farbiger" ist diskriminierend. Sie müssen nur die Geschichte der Sklaverei verstehen, um zu merken, wie sehr dieser Ausdruck uns, den Schwarzafrikanern, weh tut. Sie merken dies nicht, weil sie sich nicht einmal die Frage stellen. Es gibt viele solcher Ausdrücke, und täglich kommen neue hinzu. In Italien sagt man manchmal „Du rauchst wie ein Türke". Bedeutet dies in einem Kontext kultureller Vielfalt Respekt vor dem anderen? Oder der Ausdruck „Spreche ich vielleicht arabisch?" So als ob arabisch sprechen etwas Unmögliches wäre. Es gibt also in unserer Umgangssprache Ausdrücke, die den Dialog nicht gerade begünstigen. Ich glaube, man muss auch den städtischen Behörden Handreichungen geben, damit sie gegen solche Begriffe angehen können. Interkultureller Dialog beginnt auch mit Begriffen. Das ist sehr wichtig, denn mit Begriffen kann man Menschen beleidigen. Hier ist viel Grundlagenarbeit zu leisten.

Ich teile die Ansicht des Kollegen aus dem Gemeinderat von Straßburg, der sagt, dass man auch mit der Erinnerung arbeiten muss. Man muss hier gut aufpassen, denn die Geschichte der Einwanderung wiederholt sich. Wer hätte dies geglaubt? Wer hätte geglaubt, dass die Italiener, die Portugiesen, die Spanier, die gestern Migranten waren, heute eine Abwehrhaltung gegenüber den heutigen Migranten einnehmen? Gewiss niemand! Und gleichzeitig erzählen die Leute immer wieder, dass sie Verwandte in London oder anderswo haben. Wenn man in Italien sagt, dass der Bürgermeister von New York Italiener ist, finden die Leute das gut, wenn man sagt, dass die Frau des französischen Staatspräsidenten Italienerin ist, finden sie es gut. Alles ganz schön, doch gleichzeitig gibt es paradoxe Einstellungen. Die gleichen Leute, die es gut finden, dass sich die Exzellenz der

Italiener oder der Portugiesen durchsetzt, sind nicht unbedingt bereit, Migranten in ihrem Land aufzunehmen. Hier müssen alle an einem Strang ziehen. Deshalb muss man diese Geschichte von „wir“ und „ihr“ abschaffen, denn hinter dem „wir“ steckt viel Grundsätzliches, das aufgearbeitet werden muss und hinter dem „Ihr“ ebenfalls. Wenn wir dies nicht tun, dann werden die, für deren Integration wir heute kämpfen, morgen eventuell jene sein, die eine tolerantere Vision der Gesellschaft verhindern.

FRANK BAASNER:
Meine Damen und Herren. Sie waren sehr geduldig, aber Sie waren auch sehr passioniert, deswegen dauert es dann etwas länger, wenn man miteinander sprechen will. Ich denke der Akzent, der am Ende noch einmal gesetzt wurde, dass man nämlich den Dialog ernst nehmen muss, setzt eben auch voraus, dass man sich Dinge sagt, die vielleicht nicht immer nur höflich und nicht immer nur nett anzuhören sind. Seien wir weiter so offen. Ich wollte das Stichwort Dialog noch einmal unterstreichen. Das gilt für alle, für uns bei solchen Treffen, das gilt in jeder Form von Gemeinschaft, egal wie groß sie ist. Das gilt von der Familie bis zur großen Gesellschaft. Ich denke, in diesem Geiste kann man die Gespräche fortführen und ich bitte Sie, auch morgen genauso engagiert in eine der beiden Arbeitsgruppen zu gehen.

Arbeitsgruppe 1 : Wege zur Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der frühkindlichen Sozialisation und schulischen Entwicklung ihrer Kinder

Gaye Petek
(Association Elele, Einwanderung und Kulturen aus der Türkei, Paris)

Einführung.

Die Rolle der Eltern und Familien bei der frühkindlichen Sozialisation und schulischen Entwicklung

Bei diesem Prozess wirken drei verschiedene Akteure zusammen, nämlich die Familie, die Aufnahmegesellschaft und die Institutionen, vor allen Dingen die Schule.

Die Sozialisation der Kinder ist nur möglich, wenn die Familie selbst sozialisiert und sich dessen bewusst ist, wie wichtig dies für ihr Kind ist.

Die Sozialisation der Eltern mit Migrationshintergrund wird sehr stark durch ihren eigenen Willen zur Integration bedingt, aber auch umgekehrt durch die Fähigkeit zur Integration seitens der Aufnahmegesellschaft und deren politischen, sozialen und schulischen Strukturen.

Und schließlich kann ein Kind nur dann den Weg in die Sozialisation einschlagen, wenn die Bildungsstruktur auch den Ehrgeiz zum Erfolg hat, mit anderen Worten, wenn die Schule in der Lage ist, die Herausforderungen anzunehmen, die sich mit multikulturellen Klassen und den besonderen Bedürfnissen mancher Kinder, die Minderheiten angehören, stellen. (Das in Frankreich geachtete Prinzip der Gleichheit kann es ertragen, dass dabei unterschiedliche Verfahren angewendet werden.) So darf man in Frankreich nicht ausschließen, sich mit bestimmten Fragen, die das soziale Verhalten anderer Kulturen betreffen, zu beschäftigen – wobei dennoch das Prinzip der Gleichheit eines gemeinsamen Unterrichts für alle zu wahren ist. So wäre es zum Beispiel richtig, in den Schulbüchern zur Staatsbürgerkunde der Collège-Stufe beim Kapitel „Zustimmung zur Eheschließung“ eine Seite zur Praxis von Zwangsheiraten hinzuzufügen, die dieser Idee der Zustimmung zuwider läuft.

Ohne das Zusammenwirken dieser Energien wird es schwierig sein, die Sozialisation, vor allem in der frühkindlichen Erziehung, zu realisieren:

Eltern mit Migrationshintergrund sind unterschiedlich gut sozialisiert. So gibt es bei den Türken in Frankreich, wo eine starke Sozialisierung, allerdings hauptsächlich innerhalb der Gemeinschaft herrscht, die Tendenz, das Kind in einem autarken Beziehungsgeflecht „einzuschließen". Dagegen sind die Maghrebiner und vor allem die Algerier, trotz der schmerzhaften historischen Erfahrungen mit Frankreich während der Kolonialzeit, sowohl in der Geschichte als auch in der Funktionsweise der französischen Gesellschaft gut bewandert. Oder man nehme auch das Beispiel der Chinesen, von denen es wie von den Türken heißt, dass sie „schwierig zu integrieren" seien, die jedoch zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht allmählich mit der französischen Gesellschaft verschmelzen. Ein gutes Beispiel dafür ist deren Erwerb von Zeitungskiosken und von Café-Tabac-Geschäften, wo sie soziale Beziehungen zu den Franzosen knüpfen und sich immer mehr in der sozialen Landschaft behaupten.

Im Falle der Türken ist die Sozialisierung der Kinder schwierig, weil die Eltern keinerlei feste Verbindung zu der Gesellschaft herstellen, in der sie leben.

Die Sozialisation steht in enger Verbindung mit der Familiensphäre und der Herkunftsgemeinschaft. Um ein Kind zu sozialisieren, muss man es am sozialen und kulturellen Leben des Landes, in dem es geboren ist, teilhaben lassen; allerdings gibt es nur wenige Familien, die selbst daran teilhaben (beispielsweise Türken, Portugiesen, Marokkaner). Türkische Familien unterhalten keine Nachbarschaftsbeziehungen zu den Franzosen und lehnen es sogar ab, dass ihre Kinder beispielsweise eine Geburtstagseinladung von französischen Klassenkameraden annehmen, weil sie fürchten, dass in den angebotenen Kuchen Gelatine aus Schweineknochen enthalten ist.

Die Orte, an denen Sozialisation stattfindet, sind der Kinderhort, die Kinderkrippe, die Vorschule sowie die sozialen Verbindungen der Familie.

Die Einwanderer, vor allem berufstätige Frauen, schicken ihre Kinder tatsächlich sehr früh in die Kinderbetreuung; jene allerdings, die nicht arbeiten, bremsen die Sozialisation, da das Kind sehr häufig erst im Vorschulalter (école maternelle) eingeschult wird und weder eine

Krippe noch einen Hort oder Kindergarten besucht. Bei türkischen Kindern ist heutzutage ein sehr beunruhigendes Sprachproblem zu beobachten. Die kleinen Kinder, bei denen ein Elternteil frankophon ist und der andere später nachgezogen, sprechen beim Eintritt in die Vorschule kein Französisch und lernen es viel schwerer als das frankophone Elternteil, das einst in den siebziger Jahren ohne Sprachkenntnisse nach Frankreich gekommen ist. Dies ist mit den Sprachkenntnisse der beiden Eltern zu erklären, wovon einer Französisch spricht, aber schlecht Türkisch, der andere aber nur Türkisch. Das Bestreben, den Migrationszyklus zu erhalten, indem man die dritten Generationen mit Türken aus der Türkei verheiratet, ist somit sehr schädlich für die dritte Generation.

Bei der Einschulung in die Vorschule gibt es im Allgemeinen keine Probleme, auch wenn bei den Eltern nicht immer ein richtiges Verständnis davon herrscht, welche Rolle diese Klassen spielen. Sie betrachten sie eher als Kinderhorte, weil man „dort nicht lesen und schreiben lernt".

Um die Sozialisation ihres Kindes zu begünstigen, müssen die Eltern verstehen, wie wichtig dies für die Zukunft ihres Kindes ist. Um dazu zu gehören, muss man verstehen, und um zu verstehen, muss man es wollen und können. Um es zu können, muss man die Instrumente und Schlüssel für das Verständnis besitzen. Dafür ist der Wille und die Zustimmung von Seiten der Familien erforderlich, aber auch Pädagogik und Begleitung von Seiten der Aufnahmegesellschaft. Maßnahmen dafür sind der Vertrag über Aufnahme und Integration (Contrat d'Accueil et d'Intégration), ein Aufnahmeprogramm für Migranten, zweisprachiges Material, Arbeit zur „Elternschaft" mit den jungen Müttern und Vätern (nach dem Vorbild der ACEV – Mother Child Education Foundation), Begleitung durch eine zielgruppenorientierte Fortbildung in den Spracheinrichtungen, Weiterbildung in den PMI- Einrichtungen (Protection maternelle infantile – Schutz für Mutter und Kind) und sozio-kulturellen Zentren.

Ohne Verständnis wird es weder Integration noch Zugehörigkeit der Migranten geben, und ohne Zugehörigkeit gibt es keine soziale Teilnahme.

Gudrun Kiener
(*Robert Bosch Stiftung, Stuttgart*)

Wege zur Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der frühkindlichen Sozialisation und schulischen Entwicklung ihrer Kinder

Die Robert Bosch Stiftung (RBSG) engagiert sich seit vielen Jahren mit zahlreichen Programmen für eine gute soziale und schulische Integration von Familien mit Migrationshintergrund. Das Zielpublikum sind die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Mütter, die eine große Verantwortung in der Familie haben, wenn es um den schulischen Erfolg ihrer Kinder geht. Die nachfolgende Präsentation gibt einen Überblick über die heutige Situation und zeigt Wege für zukünftiges Handeln auf.

Ein Blick auf die momentane Situation – Was wird bereits gemacht?

- Deutschkurse für Mütter an Kindergarten/Schule, mit inhaltlichem Schwerpunkt auf Schul- und Erziehungsthemen und Heranführung an die Schule (z.B. Mama lernt Deutsch)
- Elterntreffs oder -cafés an Schule, Kita, Gemeinde ...
- Kurse, Seminare, Praxisberatung zu versch. erziehungsrelevanten Themen, zielgruppenspezifisch aufbereitet, teilweise auch in Herkunftssprachen.
- Einsatz von Elternmentoren, Paten, Hausbesuchen

Zu diesem Thema wird unter verschiedenen Begriffen bundesweit in Deutschland viel getan. Vergleicht man die Initiativen und Projekte, so kristallisieren sich einige Herangehensweisen heraus, die sich mit mehr oder weniger kleinen Abweichungen wiederholen:

Wie erkennt die Stiftung Handlungsbedarf?

Unter anderem über

- Antragslage (Initiativanträge oder reaktiv auf Ausschreibungen der Stiftung)
- Erfahrungen aus geförderten Projekten
- vertiefende Expertengespräche, -runden

Die RBSG arbeitet operativ UND fördert Fremdprojekte. D.h. sie erlangt über Initiativanträge und über Bewerbungen die auf Ausschreibungen hin eingehen einen Einblick, was vor Ort benötigt wird. Gerade bei der „Langzeitaufgabe“ Integration ist dies ein wertvoller Anzeiger, welche Tendenzen es vor Ort, wo Integration stattfindet, gibt.

Die RBSG hat diverse Einzelprojekte zum Thema Eltern gefördert. Wenn wir einen möglichen Handlungsbedarf für die Stiftung erkannt haben, ziehen wir Experten dazu. So auch zum Thema Einbindung von Eltern. Hierzu gab es eine Expertenrunde „Elternarbeit“ mit Vertretern aus Schule, Kommune, Kultusministerium, Schulamt, praktischer Projektarbeit, Migranten- und Elternvereinigungen und einer politischen Bildungseinrichtung.

Unser Ziel ist die Feststellung der Ist-Situation, die Benennung der Hauptschwierigkeiten und schließlich die Identifikation möglicher Herangehensweisen und konkreter Vorschläge zur Verbesserung der Situation.

Hauptschwierigkeiten bei der Elterneinbindung

- Berührungsängste, Misstrauen, gestörte Wahrnehmung
- gestörte Kommunikation
- fehlende Sprachkenntnisse
- fehlende Informationen über Bildungssystem
- geringe Wertschätzung den Eltern gegenüber
- fehlende Vertretung der Eltern in schulinternen Gremien
- insgesamt schlechte Vernetzung der Eltern

Die Erfahrung zeigt, dass häufig ganz grundlegende Bedingungen für ein gutes Miteinander zwischen Schule/Kita und Elternhaus nicht erfüllt sind. Die meisten der hier genannten Punkte gelten sowohl für Eltern als auch Lehrer, Erzieher und andere Akteure.

Die wichtigsten Maßnahmen um diesen Schwierigkeiten zu begegnen

- Wissen vermitteln
- Vertrauen und Zugänge schaffen
- bisherige Herangehensweisen in der Elterneinbindung überdenken, neue anwenden

- Personalentwicklung
- Aufbau / Nutzung von Netzwerkstrukturen

Im Bereich der Wissensvermittlung geht es in erster Linie um Informationen zum deutschen Schul- und Bildungssystem, zu den vielfältigen Möglichkeiten, sich einzubringen (von niedrigschwellig bis Gremienarbeit), zur Rolle der Eltern, zu Möglichkeiten der Sprachförderung etc.

Um Vertrauen herzustellen, sind meist niedrigschwellige Angebote wie Elterncafés, Mama lernt Deutsch, Paten- und Mentorenprojekte geeignet. Für diese ersten Schritte der Kontaktaufnahme können Eltern auch eine Rolle als Mittler übernehmen.

Eine grundsätzliche Aufgabe für alle Akteure ist es, die bisherigen Herangehensweisen zu überdenken: Dabei sollten Sensibilisierung und interkulturelle Schulung aller Beteiligter im Vordergrund stehen. Lehrer/Erzieher können besser auf ihre Aufgaben vorbereitet werden (in Weiterbildungen und Ausbildung). Elternarbeit muss verpflichtend (für beide Seiten) eingeführt werden mit klarer Aufgaben- und Rollenverteilung.

Personalentwicklung heißt, dass mehr Erzieher, Lehrer und Sozialarbeiter mit Migrationshintergrund in die entsprechenden Einrichtungen gebracht werden. D.h. auch, dass sie vermehrt für ein Studium und eine Ausbildung dieser Richtungen motiviert werden.

Der Aufbau von Netzwerkstrukturen dient nicht nur dazu, die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen, sondern dazu, Elterneinbindung strukturell an allen Stellen zu verankern, die damit zu tun haben / haben sollten. So können Zugänge leichter erschlossen werden, Bedürfnisse zentral angegangen und Maßnahmen nachhaltiger werden (unabhängig von Einzelindividuen).

Wichtige Akteure für die Maßnahmen

- Kindergärten und Schulen
- Kultusministerien
- Staatliche Schulämter
- Kommunen (Integration, Jugend, Schule, ...)
- Elternbeiräte
- Vereine, Migrantenorganisationen, bürgerschaftliche Initiativen vor Ort

- freie Jugendträger, Stadtjugendringe etc.
- Hochschulen und andere Bildungsträger

Wichtige Netzwerke – wie können Sie genutzt werden?

- Integrationsbeauftragte, Ausländerbeiräte
- Schulleiter als zentrale Funktion, die für Elternarbeit gewonnen werden muss
- bestehende Gremien in Schule, Verwaltung (. z.B. Landeselternbeirat, Handlungsfeldkonferenz Kinder und Jugend, Schulreifes Kind,)
- Berufsgruppen, die mit Kindern und Eltern arbeiten (z.B. Ärzte, Hebammen)

Zunächst gilt es zu klären, welche hilfreichen Netzwerke bereits bestehen, um sie gezielt für eine bessere Elterneinbindung nutzen zu können. Alle genannten Gruppen können dabei eine Rolle spielen, wobei von Fall zu Fall zu fragen ist, was die einzelnen bestehenden Netzwerke leisten können.

Fazit nach der Expertenrunde

Es geschieht bereits viel – allerdings gibt es

- kaum Angebote die auf Strukturänderung zielen
- keine flächendeckenden Programme
- wenig Nachhaltigkeit bei den einzelnen Maßnahmen (es bleibt bisher abhängig vom Engagement einzelner)

Deshalb ist die Vernetzung und systematische Kooperation der wichtigen Akteure der Schlüssel zu Struktur und Nachhaltigkeit aller Maßnahmen. Die bessere Einbindung von Eltern muss unabhängig vom Engagement einzelner gemacht werden.

Wie kann die Stiftung aktiv werden?

- Erfahrungen und Wissen gebündelt zur Verfügung stellen (Internet, Publikation)
- Bildung bzw. Nutzung von Netzwerken vor Ort anregen und ihre Arbeit fördern (z.B. über Förderprogramm, mit vorgeschriebenen Kriterien, basierend auf genannten Erkenntnissen)

Dabei geht es nicht um eine Sammlung aller bisherigen bekannten Maßnahmen, sondern vielmehr um ein Kondensat bisheriger Erkenntnisse und praktische Hilfen für Akteure vor Ort, die sich der Sache gemeinsam annehmen wollen (inkl. Vorlagen, Anleitungen, praktischer Leitfäden – auch zu praktischer Netzwerkarbeit und Transfer guter Praxis.)

Grundlegende Fragen, die lokale Netzwerke gemeinsam beantworten sollten

- Was gibt es vor Ort zu Elternarbeit bereits? Welche Kompetenzen sind vorhanden? Wie können sie genutzt werden?
- Was fehlt vor Ort und wird dringend benötigt? Wie könnte es bereitgestellt werden?
- Wie kann Elternarbeit in ein Gesamtkonzept der Schule, Kommune eingebunden werden?
- Wie kann Modell bei Erfolg auf andere Kitas/Schulen vor Ort/ in der Region übertragen werden?

Die Grenzen einer Stiftung

Eine Stiftung
- kann immer nur eine Anschubfinanzierung leisten aber keine Dauerförderung übernehmen
- kann selbst keine Strukturveränderungen beschließen

Deswegen kommt den Akteuren im Netzwerk, die für Nachhaltigkeit und Strukturveränderungen sorgen können, aus Sicht der Stiftung eine zentrale Bedeutung zu.

So stellt sich die Frage, welche Akteure die Finanzierung übernehmen, Struktur geben und falls nötig Strukturveränderungen veranlassen können. Folgende Institutionen kommen in Frage:
- Kultusministerium (Lehrerkapazität zur Verfügung stellen; Vorschriften erlassen; Schulteams in der Umsetzung ihrer Maßnahmen unterstützen, anderweitig entlasten; Umsetzung zur Pflicht machen?; ...)
- Hochschulen, Weiterbildungseinrichtungen (nachhaltige Sensibilisierung der zukünftigen Akteure)

- Kommunen – könnten sowohl über Finanzierung als auch über Strukturveränderungen Einfluss nehmen – aus Sicht der Stiftung

Mögliche Rollen der Kommunen bei der lokalen Netzwerkarbeit – aus Sicht der Stiftung

- Übernahme der zentralen Koordinierung (ggf. durch bestehende Personalressourcen)
- bereits bestehende kommunale Netzwerke zur Nutzung zur Verfügung stellen, aktivieren, motivieren
- Kofinanzierung der Maßnahmen mit Stiftung oder anderen Förderern
- Weiterführung und Übernahme in Regelpraxis von erfolgreichen, von Stiftung finanzierten Pilotprojekten nach gemeinsam vereinbarten Kriterien
- Gemeinsame Durchführung von Ausschreibungen

GAYE PETEK:
Vielen Dank, Frau Kiener. Wir werden gleich fortfahren mit dem Vortrag von Herrn Albertijn, der uns von seinen Erfahrungen in Antwerpen berichten wird, und dann hat das Publikum das Wort.

Herr Michel Albertijn
(*Tempera bvba, Anvers*)
Mein Name ist Michel Albertijn. Ich arbeite für Tempera, ein Forschungsunternehmen mit Sitz in Antwerpen, Belgien, das sich hauptsächlich mit sozialen Fragestellungen beschäftigt. In meiner Präsentation werde ich über Schule und unterprivilegierte Eltern sprechen und wie das Verhältnis zwischen ihnen verbessert werden kann. In Belgien, und ich nehme an auch in anderen Ländern, ist diese Beziehung nämlich mit einigen Herausforderungen verbunden.

In Belgien haben wir ein ausgeklügeltes und aufwendiges System für die Verbindung von Eltern mit der Schule ihrer Kinder. Sie werden von den Schulen ihrer Kinder in die Schulorganisation miteinbezogen und es besteht eine Vielzahl von Beteiligungsmöglichkeiten. Insgesamt klappt dies also sehr gut. Unser Rechtssystem fordert die Schulen regelrecht dazu auf, die Eltern mit einzubeziehen und ihnen eine freiwillige Beteiligung zu ermöglichen. Darüber hinaus existiert noch

eine Vielzahl von anderen Möglichkeiten der Beteiligung, die eine Einbeziehung der Eltern fördern und ihnen ein freiwilliges Engagement ermöglichen. Eltern können sich in Arbeitsgruppen organisieren, sich bei speziell dafür vorgesehenen Treffen mit den Lehrern austauschen, über Spendenaktionen Geld für die Schule sammeln usw. Insgesamt bin ich persönlich sehr zufrieden mit den Beteiligungsmöglichkeiten für Eltern an unseren Schulen und wir können beobachten, dass sich unsere Eltern in den Schulen ihrer Kinder auch tatsächlich engagieren.

Jedoch gibt es auch einen großen Haken. Die Schulen haben enorme Schwierigkeiten, an unterprivilegierte Eltern heranzukommen, diese also dazu zu bewegen, sich in der Schule ihrer Kinder auch zu engagieren. Diese Schwierigkeit wird also das Thema meiner Präsentation sein. Diese ist in drei Empfehlungen an Schulen unterteilt, wie sie die unterprivilegierten Eltern zu mehr Partizipation bewegen können.

Die erste Empfehlung ist, dass die Schulen auch andere Formen der Beteiligung anbieten sollten. Beteiligungsformen, die weniger anspruchsvoll sind. Unsere meist genutzte Form der Beteiligung im Schulalltag setzt eine große Anzahl von Fähigkeiten und Kenntnissen voraus und deswegen sollten wir vielleicht einfachere Formen des Engagements in der Schule suchen.

Unsere zweite Empfehlung an die Schulen ist, dass sie sich voll und ganz auf die Kinder konzentrieren und beziehen sollen. Viele der Partizipationsformen für Eltern an den Schulen ihrer Kinder beziehen sich vor allem auf die Schule, also konkret auf das Schulgebäude, die Schulorganisation oder die Art der Führung der Schule. Dies führt dazu, dass viele Formen des Elternengagements fast gar nichts mehr mit den Kindern zu tun haben. Die Schulen müssen also ihr Augenmerk wieder vermehrt auf die Kinder richten. Dies würde vieles einfacher machen.

Die dritte Empfehlung an die Schulen ist, dass sie so viele verschiedene Elterngruppen wie möglich einbeziehen und auf jede der Gruppen einen Bezug nehmen sollen. Ich habe nun schon mehrmals den Begriff „unterprivilegierte Eltern“ benutzt. Aber in Wirklichkeit ist das eine sehr heterogene Gruppe, die aus 5-6 Untergruppen mit sehr unterschiedlichen Forderungen und Bedürfnissen besteht. Es hat also keinen Sinn, lediglich *einen* Lösungsvorschlag anzubieten, mit dem *al-*

le verschiedenen Gruppen unterprivilegierter Eltern erreicht werden sollen.

Das sind also unsere drei Empfehlungen. Es sind nur drei. Meiner Meinung nach sind sie die wichtigsten und sie sind auch relativ leicht umzusetzen. Dennoch vernachlässigen die meisten unserer Schulen und Organisationen diese drei Empfehlungen.

Unser Projekt wurde von der *Roi Baudouin-Stiftung* gesponsert, die auch einer der Partner dieses Seminars ist. Die Stiftung hat uns gebeten zu untersuchen, welche Möglichkeiten es überhaupt gibt, um die Beteiligung von unterprivilegierten Eltern an den Schulen ihrer Kinder zu erhöhen. Erwarten Sie nun kein komplettes und ausführliches Forschungsprojekt. Wir haben in unserer Untersuchung nicht auf Umfragen, Fragebögen oder Ähnliches zurückgegriffen. Es war eher ein kleineres Projekt, das wir im Frühjahr 2008 durchgeführt haben. Hauptsächlich haben wir einige Experten befragt und sind die Literatur zu dem Thema sehr genau durchgegangen. Darüber hinaus beschäftigen wir uns bei Tempera zurzeit selber mit sehr ähnlichen Problemstellungen.

Unsere Untersuchung haben wir, wie bereits erwähnt, im Rahmen des flämischen Forschungsunternehmens *Tempera* mit Sitz in Antwerpen und in Zusammenarbeit mit *Agence Alter*, einem französischsprachigen Forschungsunternehmen mit Sitz in Brüssel, durchgeführt. Entgegen dem, was die unterschiedlichsten Medien immer wieder verbreiten, können in Belgien Niederländisch und Französisch sprechende Menschen tatsächlich miteinander arbeiten und sie tun dies auch!

Kommen wir zu unserer ersten Empfehlung, die einen Wechsel von einer bloßen Mitwirkung zu einer richtigen Einbindung der Eltern fordert. Fast die gesamte Beteiligung an unseren Schulen zeichnet sich durch einen sehr formalisierten Charakter aus. Was meine ich damit? Die Eltern bekommen von der Schule eine schriftliche Einladung oder eine Email und sollen dann darauf antworten und Bescheid geben, ob sie an dem Treffen teilnehmen werden oder nicht. Viele Eltern nehmen dann auch teil an diesen Treffen (Elternabende ...), die meistens erst abends stattfinden und für die fast immer ein bestimmter formeller Ablauf vorgesehen ist. Bei diesen Treffen wird dann zum Beispiel miteinander und mit den Lehrern diskutiert. Was ich damit verdeutlichen möchte ist, dass die Partizipationsmöglichkeiten oft sehr forma-

lisiert sind und folglich für eine gelungene Beteiligung viele bestimmte Fähigkeiten und Kenntnisse von den sich beteiligenden Eltern erwartet werden.

Darüber hinaus können wir feststellen, dass unsere „normalen" Beteiligungsformen meistens außerhalb regulärer Schulaktivitäten organisiert werden. Ein Beispiel sind die schon genannten Eltern-Lehrer-Treffen, die abends und in einem dafür vorgesehenen Raum stattfinden. Das bietet sich auch an, denn die Eltern haben abends eher freie Zeit übrig und können deswegen an den Treffen teilnehmen. Aber man wird nirgends mehr ein Kind antreffen. Es wird dann zum Beispiel über die Verkehrssituation in der Umgebung der Schule gesprochen und wie diese verbessert werden kann. Die Eltern und Lehrer diskutieren über Spendenaktionen für die Schule, über das Schulgebäude, das Schulmanagement oder allgemein die Organisation der Schule. Über die Schüler selbst wird nur wenig gesprochen.

Unsere Partizipationsmöglichkeiten für Eltern finden also außerhalb der regulären Schulzeit statt und sind sehr stark auf die Schule, also das Gebäude selbst oder ihre Organisationsweise bezogen. Es muss dabei noch einmal betont werden, dass das Partizipationssystem an belgischen Schulen an sich sehr gut ist.

Während unserer Untersuchungen haben wir eine Studie gefunden, die sich mit unterschiedlichen Formen der Elternbeteiligung an Schulen befasst. Der Autor unterscheidet zwischen fünf Beteiligungsformen. Als wichtigste Beteiligungsform nennt er die Mitverantwortung der Eltern bei der Entscheidungsfindung und der Ausführung von Entscheidungen. Und das ist genau das, was ich Ihnen bis jetzt vorgestellt habe. Darüber hinaus nennt der Autor aber auch noch andere Formen der Beteiligung. Die verschiedenen Beteiligungsformen stellen also eine Art Leiter dar. Auf der obersten Stufe nennt der Autor „Teilnahme an der Entscheidungsfindung" als Partizipationsform. Auf einer anderen, darunter liegenden Ebene platziert der Autor den Dialog als Beteiligungsform. Dialog im Sinne von Wissenstransfer und Wissensaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren einer Schule. Der nächst weiter unten liegende Punkt ist das Bereitstellen von Informationen. Dies bedeutet, dass zum Beispiel Eltern der Schule Informationen über ihre Kinder geben. Die niedrigste Form der Beteiligung ist die, bei der die Eltern lediglich Informationen (Schulbrief...) erhalten.

Auf Belgien bezogen lässt sich also feststellen, dass die Schulen sich meistens auf die beste und anspruchsvollste Beteiligungsform beschränken, die zugleich Hauptmodell und Hauptziel darstellt. Wie wir aber gerade auch gesehen haben, gibt es mindestens vier weitere Formen der Elternbeteiligung an Schulen, die auch ihre Gültigkeit besitzen. Sie sind weniger umfassend und anspruchsvoll, aber sie existieren und sind an sich gültige Formen der Beteiligung.

Um die höchste Form der Beteiligung auch wirklich nutzen zu können, muss man über die richtigen Kompetenzen verfügen. Zum Beispiel muss man die Landessprache richtig beherrschen, man muss diskutieren, debattieren und schriftlich kommunizieren können usw. Zusammenfassend können wir sagen, dass die meistgenutzte Form der Elternbeteiligung an Schulen auf eher wohlhabende und gebildete Menschen abzielt. Gleichzeitig ist sie sehr weit entfernt von den anderen Eltern. Vor allem auf unterprivilegierte Eltern wird durch diese Beteiligungsform eine gewisse Belastung, ein gewisser Druck ausgeübt. Und wenn diese unterprivilegierten Eltern nicht an den Elternabenden etc. teilnehmen, sind die Schulen überrascht.

Unsere erste Empfehlung ist nahe liegend. Die Schulen müssen die Bandbreite der Beteiligungsmöglichkeiten erweitern. Andere Formen der Beteiligung sind angemessener, damit auch unterprivilegierte Eltern von ihnen Gebrauch machen können. Wie sollen die Schulen hier am besten vorgehen?

Zuerst einmal soll Ausschau gehalten werden nach informellen Kommunikationsarten. Das ist nämlich ebenfalls eine sehr gute und gültige Form der Beteiligung und der Einbeziehung der Eltern. Ein kurzes Gespräch mit einem Lehrer auf dem Gang ist zum Beispiel so eine Art der Beteiligung, die den Druck und auch die benötigten Fähigkeiten für eine Beteiligung herabsenkt. Darüber hinaus sollen die Schulen auch versuchen, die Beteiligung mit regulären Schulaktivitäten zu verbinden. Warum soll ein Treffen ausschließlich außerhalb der regulären Unterrichtszeit stattfinden? Warum kann es nicht während der Unterrichtszeit stattfinden? Oder warum können die Eltern sich nicht direkt im Klassenzimmer engagieren? Eltern können zum Beispiel bei Hausaufgaben helfen usw. Die Beteiligungsmöglichkeiten sollen so stark wie möglich mit den regulären Aktivitäten der Schule zusammengebracht werden.

Unsere zweite Empfehlung leitet sich von der ersten ab. Sie fordert, das Hauptaugenmerk auf die Kinder zu legen. Die Schulen sollen sich also wieder voll und ganz auf die Kinder konzentrieren. Ich habe Ihnen bereits gesagt, dass Beteiligung in der Schule nicht gleich steht mit irgendeinem intellektuellen Interesse am Schulmanagement oder der Organisation der Schule. Eltern sind vor allem an ihren Kindern interessiert. Jeder möchte das Beste für seine Kinder. Wenn die Schulen also die unterprivilegierten Eltern mit einbeziehen möchten, dann sollten sie das Kind als ein Bindeglied zwischen ihnen und den Eltern ansehen und begreifen, dass sie vor allem durch die Kinder an die Eltern herankommen. Kommunikation und Diskussion sollten sich dann nicht mehr ausschließlich um die Schule drehen, sondern um das Kind und um sein Wohlergehen.

Die Verkehrssituation, mit der die Schule konfrontiert ist, sollte nicht als solche den Eltern vorgestellt werden, sondern durch die Augen der Kinder an die Eltern herangebracht werden. Wie muss und kann ein Kind mit dieser Verkehrssituation umgehen? Inwieweit schadet sie dem Kind? Das Kind soll also der Bezugspunkt einer Kommunikation sein und nicht die Schule. Das ist ein sehr großer Unterschied. Der große Vorteil dieser Vorhergehensweise ist, dass man so das Vertrauen der Eltern hat. *Sie* sind nämlich die wirklichen Experten, wenn es um ihre Kinder geht. Wenn Kommunikation und Diskussion so stattfinden würden, dann müssten die Eltern nicht zwingend technische Kenntnisse über die Verkehrslage, über Treffen oder Ähnliches besitzen, denn sie sprechen über ihre Kinder. Dies rückt sie in eine Expertenposition. Die Schulen sollten von dieser Tatsache Gebrauch machen. Solange die Schulen den Fokus auf die Kinder legen, können auch unterprivilegierte Menschen etwas beitragen, haben etwas zu sagen und eine eigene Meinung. Ihre Beteiligung an der Schule erscheint dann als sicher.

Wir haben also gesehen, dass informelle Formen der Beteiligung in der Schule sehr wichtige und gültige Formen der Partizipation sind. Für was werden dann eigentlich noch die sehr formellen Elternabende gebraucht, die eher ein Hindernis sind, zumindest was die Beteiligung von unterprivilegierten Eltern angeht?

Schauen Sie sich einmal in den Schulen Ihrer Kinder nach Möglichkeiten der informellen Partizipation um. Es ist wichtig, dass sich die Lehrer nicht kurz vor dem Unterricht zurückziehen, um noch einen

Kaffee zu trinken... Sie sollten draußen auf dem Pausenhof und für die Eltern erreichbar sein. Wenn die Schule zu Ende ist, sollte der Schuldirektor vorbeischauen, damit auch er für die Eltern erreichbarer wird und nicht abgeschottet in seinem Büro bleibt.

Wir haben eine Schule in Brüssel, die beklagt, dass sich ihre unterprivilegierten Eltern kaum am Schulgeschehen beteiligen. Eine Organisation, die in diesem Bereich tätig ist, hat die Schule aufgefordert jeden Kontakt, den sie mit Eltern hatte, zu vermerken. Innerhalb von drei Monaten hatte die Schule mindestens einmal Kontakt mit über 90 % der Eltern. Es gab also eine sehr hohe Beteiligung der Eltern. Die Schule war sich dessen bis zu diesem Zeitpunkt nur nicht bewusst. Sie hat diese Kontakte nicht als Beteiligung wahrgenommen und somit auch nicht gemerkt, dass eine sehr hohe informelle Beteiligung der Eltern in der Schule bestand. Die Schule hat also mit fast allen Eltern Kontakt gehabt, ohne sich dessen wirklich bewusst zu sein, weil dieser Kontakt eben nicht bei einem Elternabend zustande kam. Viele der Eltern, die informell mit den Lehrern kommunizierten, haben nicht an den Elternabenden teilgenommen.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Das ist jetzt kein Plädoyer für die Abschaffung von formellen Beteiligungsformen, wie sie zum Beispiel Elternabende darstellen. Ganz im Gegenteil. Ich bin sehr zufrieden mit ihnen und dankbar, dass es sie gibt.

Kommen wir nun zu unserer letzten Empfehlung. Unterprivilegierte Eltern stellen eine sehr heterogene Gruppe dar. Wir in Belgien haben mindestens drei, aber wahrscheinlich sehr viel mehr sehr unterschiedliche Gruppen von unterprivilegierten Eltern.

Wir haben eine große Anzahl von traditionellen Arbeitsimmigranten. Menschen, die in den 60er und 70er Jahren zu uns kamen, oft mit marokkanischem, türkischem oder algerischem Hintergrund. Diese Arbeitsimmigranten sind sich sehr ähnlich und sind zum Teil eng miteinander verbunden und können deswegen zu einer Gruppe zusammengefasst werden. Sie haben zum Beispiel ein sehr starkes internes Netzwerk, sie haben selten Erfahrungen mit Schulbildung gemacht und sind also hauptsächlich bildungsfern. Das ist die erste Gruppe.

Die zweite Gruppe besteht aus neu ankommenden Menschen – oft aus osteuropäischen Ländern. Sie besitzen keine Netzwerke in Belgien aber sie sind auf der Suche danach, und orientieren sich vor al-

lem an Eltern aus der Mittelschicht. Und warum ist das so? Einer von mehreren Gründen ist, dass sie selber zu der Mittelschicht in ihrem Land gehörten und sehr positive Erfahrungen mit Bildung gemacht haben. Oft sind sie qualifiziert oder sogar hochqualifiziert. Sie kennen unser Schulkonzept und sind oft sehr positiv gegenüber unseren Schulen eingestellt. Schulen werden als Chance für den sozialen Aufstieg gesehen.

Die dritte Gruppe sind Belgier, die in Armut leben und dies zum Teil schon seit Generationen. Bildung und Schule sind ihnen nicht fremd, sie haben jedoch hauptsächlich negative Erfahrungen mit ihnen gemacht. Sie verfügen auch über Netzwerke, aber meistens nur zu anderen armen Belgiern.

Es soll hier nicht im Detail auf die verschiedenen Charakteristiken der Gruppen eingegangen werden. Ich wollte lediglich zeigen, dass jede dieser drei Gruppen andere Bedürfnisse hat. Ihre Einstellung zur Schule und Bildung ist sehr unterschiedlich und reicht von einer sehr negativen Haltung, über gar keine Erfahrungen bis hin zu einer sehr positiven Einstellung.

Für eine Schule ist es also nicht der schlechteste Startpunkt, einen sehr genauen Blick auf die unterschiedlichen Gruppen zu werfen. Wie sind die Eltern, die ihre Kinder auf unsere Schule schicken und wie können wir an sie herankommen? Wenn die Schule sich nur auf eine Gruppe konzentriert und keine genauere Untersuchung „ihrer Eltern“ anstellt und folglich auch nicht unterschiedliche Lösungsansätze vorschlägt, kann dies sogar so weit führen, dass die Schule einer Beteiligung ihrer unterprivilegierten Eltern im Wege steht.

Wir haben in Belgien ein großartiges Projekt – wir nennen es Muttergruppen. Hier werden Mütter aus der traditionellen Arbeitsimmigration gebeten, während der Unterrichtszeit an die Schule zu kommen und in kleinen informellen Treffen bei einem Kaffee über Schulthemen zu diskutieren. Dieses Projekt läuft sehr gut. Aber dieses gleiche Treffen würde anders ausfallen, wenn ein kürzlich aus Osteuropa eingewanderter Vater an dem Treffen teilnehmen wollte. Diese Muttergruppen stellen kein wirkliches Problem dar, ich finde sie sogar sehr gut, aber in vielen unserer Schulen sind sie die einzige noch existierende Form der Beteiligung von unterprivilegierten Eltern. Folglich kann die Existenz einer bestimmten Form der Beteiligung in ge-

wisser Weise die Entstehung von anderen Formen der Beteiligung behindern.

Zusammenfassend: Wir haben drei Empfehlungen für die Schulen in Belgien. Die erste lautet „Nicht nur Teilnahme, sondern auch Einbindung“. Man muss die Hürden für eine Beteiligung in der Schule so weit wie möglich senken. Zweitens: Das Hauptaugenmerk soll auf den Kindern liegen. Das Kind ist die Verbindung zu den Eltern und die Voraussetzung ihrer Beteiligung. Drittens: Die Schulen sollen sich mit so vielen verschiedenen Elterngruppen wie möglich befassen. Die unterprivilegierten Eltern sollen nicht als eine homogene Gruppe betrachtet werden!

GAYE PETEK:
Vielen Dank, Herr Albertijn. Wir haben nun bis zur Pause eine gute Stunde Zeit für die Diskussion. Danach kommen beide Arbeitsgruppen wieder zusammen. In einer Stunde kann also viel gesagt werden. Sie haben nun das Wort, um über eigene Erfahrungen zu berichten oder um Fragen der Referenten aufzugreifen. Das Wort hat das Publikum.

PIA GERBER:
(*Freudenberg Stiftung, Weinheim*)
Ich wollte eigentlich nur eine Erfahrung hinzufügen, die wir mit Bildungsprogrammen und Rollenkonzepten gemacht haben, die Eltern mit Migrationshintergrund einbeziehen. Wir hatten letztes Jahr die Gelegenheit, „Rucksack“ als ein Mehrsprachigkeitsprogramm hier vorzustellen und haben mit diesem Programm die Erfahrung gemacht, dass, wenn an den Stärken der Eltern angesetzt wird, man diese sehr gut für Bildungspartnerschaften in Kindergarten und Schule gewinnen kann. Mit den Stärken meine ich, dass die Eltern einen gewissen Beitrag zur Förderung ihrer Kinder leisten können, selbst dann, wenn ihr Engagement in ihrer Muttersprache stattfindet.

Ein weiteres Beispiel sind die Roma-Mediatoren, die sich in der Roma-Community sehr gut auskennen. Sie kennen die kulturellen Regeln und können auf diese Weise eine Brückenfunktion übernehmen. Unsere Erfahrung ist, dass es für Kinder sehr schwierig ist, zwischen den institutionellen Regeln in den öffentlichen Einrichtungen und den Werten und Regeln, die zu Hause gelten, zu trennen. Wenn sie nun

die Erfahrung machen, dass ihre Mutter auch im Kindergarten mitreden kann, dort eine Rolle für den Bildungsprozess spielt und ernst genommen wird, kann das für die Kinder sehr hilfreich sein, mit den verschiedenen Werten und Regeln besser klarzukommen.

Ich denke, die Einstellung und informelle Gelegenheiten sind *eine* Sache und Einbindung und kommunale Programme eine andere, aber dennoch braucht es auch richtige Rollenkonzepte und Bildungsprogramme, die den Eltern systematisch und dauerhaft in der Einrichtung Platz geben.

BOSILJKA DREHER:
(*Ausländerbeauftragte Stadtverwaltung Hattersheim am Main*)
Ich bin seit 19 Jahren Ausländerbeauftragte in der Stadtverwaltung Hattersheim am Main. Ich habe den gesamten Prozess seit 19 Jahren beobachtet. Was bedeutet nun Bildung? Erst einmal würde ich sagen, dass Integration ein Prozess ist, der irgendwann mit der Einwanderung begonnen hat, niemals aufhören wird und immer wieder neu reflektiert werden müsste. Wir wissen schon seit langem, dass Bildung die zentrale Ursache sozialer Ungleichheit ist und folglich ist Bildung auch das brennende Thema in vielen Kommunen. Wir dürfen nicht vergessen, dass es vor allem bildungsferne Menschen waren, die nach Deutschland kamen. Wir gehen sehr oft davon aus, dass Menschen, die in einer Stadt leben, automatisch Bildungsbürger werden.

Die Minderheit kann sich nur so weit integrieren, wie es die Mehrheit zulässt. Was meine ich damit? Es verhält sich oft so, dass die Schulleiter und die anderen Strukturen die Eltern nicht aufklären wollen oder können. Warum sollten sie das denn auch tun? Es gäbe ja sonst noch mehr Eltern, die jeden Tag zur Schule kommen würden. So haben sie eine wunderbare Erklärung dafür, die da lautet: die Eltern interessieren sich nicht für ihre Kinder.

Gestern wurde hier genauer erläutert, was die Ausländer denken, wenn sie ihre Kinder dem Bildungssystem anvertrauen. Sie gehen davon aus, dass sie das Beste für ihre Kinder tun. Sie vertrauen also ihre Kinder der Bildungseinrichtung an. Im Schulalltag geschehen sehr oft Missverständnisse, vor allem dann, wenn die Lehrer nicht über eine gewisse interkulturelle Kompetenz verfügen. Es ist schön und gut, wenn die ausländischen Eltern Kuchen backen oder sich auf Straßen-

festen engagieren, aber für mehr werden sie von der Schule auch nicht gefragt.

Wir können beobachten, dass die Generation, die in Deutschland im Bildungssystem Ungerechtigkeiten erfahren hat und nun selber Kinder hat, sich immer mehr wie die einheimischen Eltern verhält. Dennoch dürfen wir die Wirkung der Familienzusammenführungen nicht unterschätzen. Vor allem in bildungsfernen Familien werden Frauen aus dem Heimatland nach Deutschland als Ehefrau geholt. Diese Frauen sozialisieren ihre Kinder so, wie sie es in ihrem Heimatland gelernt haben. Diesen Effekt, den es auch in Frankreich gibt, unterschätzen wir immer wieder. Diese Frauen oder Männer können dann wieder zu der ersten Generation von Einwanderern gezählt werden. Wir gehen jedoch immer davon aus, dass es die dritte oder vierte Generation ist, die ihre Kinder erzieht.

Die Immigranten sozialisieren ihre Kinder also auf ihre Art. Manchmal ist dies aber nicht so, wie wir es wünschen. Wir haben bestimmte Vorstellungen, wie die Kinder sozialisiert werden sollen. Diese Vorstellungen müssen wir den Einwanderern in Frankreich, Belgien und Deutschland erläutern. Und das können wir nur dann tun, wenn die Lehrer die Eltern überhaupt darüber informieren wollen.

SELVER EROL:
(*Integrationsbüro Kreisverwaltung Offenbach*)
Herr Albertijn, vielen Dank. Was Sie vorher angesprochen haben, haben wir auch so erkannt und versuchen, es in unseren Bereichen so anzusprechen und umzusetzen. Sie haben vollkommen Recht, wenn Sie sagen, dass ein großes Problem darin besteht, dass die Schulen sich viel mehr auf die Institution Schule konzentrieren als auf die Eltern. Wobei ich auch bei den Eltern ein paar Probleme sehe, nämlich, dass viele von ihnen bildungsfern sind.

Solange die Institutionen einen Wandel hier nicht zulassen und die gegebenen Möglichkeiten nicht als solche erkennen und umsetzen, werden wir mit vielen von unseren Projekten, in die wir so viel Zeit und Geld investiert haben, nicht viel weiter kommen. Das ist das Problem. Um die Verantwortung der Institution zu verdeutlichen, will ich Ihnen ein von uns durchgeführtes Projekt vorstellen. Dieses Projekt haben wir in drei Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten in einem Zeitraum von zweieinhalb Jahren durchgeführt. Der Migranten-

kinderanteil lag in allen drei Kindertagesstätten zwischen 70 und 100 %. Wir haben den Kindertagesstätten gesagt, dass sie für die Arbeit mit diesen Kindern ein anderes Konzept brauchen. Die mittelschichtsorientierte Kindertagesarbeit verfehlt nämlich diese Familien. Alle drei Einrichtungen waren bereit, sich auf die Situation einzustellen und neue Methoden zu entwickeln. Obwohl es die gleichen Projekte mit den gleichen Methoden und Inhalten waren, gab es sehr unterschiedliche Ergebnisse. Das kann natürlich daran liegen, dass die Teams oder die Teamleitung alle verschieden sind.

Die Elternbeteiligung an der Schule ihrer Kinder hängt also nicht nur von dem Stadtteil und von bestimmten vorhandenen Problemlagen ab, sondern auch von den Erziehern und Lehrern. Eltern können nur so weit teilnehmen, wie die Leitung und das Team das zulassen. Wenn sie das nicht zulassen, kann man versuchen, was man will und die Eltern werden sich nicht beteiligen. Das haben wir jedenfalls festgestellt.

Wir haben dann gedacht, dass die Eltern, die sich schon in der Kindertagesstätte engagiert haben, sich später auch an der Schule ihrer Kinder engagieren können. Einige Eltern haben dies auch gemacht. Wenn die Schule darauf eingeht und es nicht ignoriert, dann engagieren sich viele Eltern auch in der Schule weiterhin. Zwei von unseren Müttern sind an die Schule gegangen und haben gesagt, dass sie sich schon in der Kindertagesstätte aktiv beteiligt haben und dass sie nun auch gern in der Schule mehr Verantwortung übernehmen würden. Wir hatten aber auch Schulen, an denen solches Engagement gar nicht so wahrgenommen wurde. In wieder einer anderen Schule hat sich der Schulleiter sogar mit den Eltern zusammengesetzt und mit ihnen ein Konzept erarbeitet. Dieses wurde an uns herangetragen und wir haben es weiterentwickelt. Wenn die Schulen den Eltern eine Beteiligung ermöglichen, dann können wir mit unseren Projekten auch etwas erreichen.

Wenn man die Ungleichen gleich behandelt, dann erzeugt man, so meine ich folgerichtig, mehr Ungleichheit. Man muss schauen, was diese Menschen brauchen und dementsprechend muss man das dann auch konzipieren.

GAYE PETEK:
Vielen Dank, ich glaube, was Sie sagen, geht in die Richtung dessen, was die beiden Referenten vorgetragen haben. Sie sprachen davon, dass man sich auf die Ebene der Familien begeben muss, die Schwellen senken und sich ihnen anpassen. Ich glaube, hier sagen alle so ungefähr das Gleiche. Eine Wortmeldung noch, dann werde ich Sie um Ihre Antwort bitten, und danach können weitere Fragen oder Anmerkungen dazu vorgebracht werden.

MARTHA AYKUT:
(*Stellvertretende Integrationsbeauftragte Stadt Stuttgart*)
Ich bin von der Abteilung Integrationspolitik der Stadt Stuttgart. Für uns ist Integration ein sehr zentrales Thema, weil wir die Stadt mit dem höchsten Migrantenanteil in Deutschland sind. 56% der unter 18 Jährigen haben einen Migrationshintergrund. Auf dem Arbeitsmarkt der nächsten Generation werden also mehrheitlich Menschen mit Migrationshintergrund vertreten sein. Wenn wir jetzt nicht mehr in Bildung und auch in die Eltern investieren, dann wird es in unserer Stadt in Zukunft sehr schlecht aussehen.

Deswegen haben wir sehr viele Programme in diesem Bereich gestartet und ich kann nur bestätigen was bis jetzt gesagt wurde. Wir müssen niederschwelligere Zugänge für die Eltern mit Migrationshintergrund finden. Gute Erfolge verzeichnen wir zum Beispiel mit dem Programm „Mama lernt deutsch". Vormittags, während die Kinder in der Schule sind, lernen ihre Mütter Deutsch, erfahren einiges über die Schule ihrer Kinder und es besteht die Gelegenheit mit Lehrkräften zu sprechen und dies auf sehr informelle Art auf dem Flur oder nach dem Unterricht. Die Lehrkräfte kommen zum Teil auch in die Kurse und unterrichten die Mütter. Es bestehen also sehr viele Möglichkeiten für die Mütter zur informellen Kontaktaufnahme mit den Lehrern.

Ich finde es auch sehr wichtig, dass mehr Lehrer mit Migrationshintergrund angestellt werden. Darüber hinaus sollen auch mehr Kulturdolmetscher an den Schulen tätig werden. Also keine einfachen Dolmetscher, sondern Leute aus Migrantenvereinen oder dafür geeignete Eltern, die von uns dann unterstützt werden können. Diese Kulturdolmetscher können in der Schule wichtige Schlüsselfunktion übernehmen und somit Brücken bauen zu den Eltern mit Migrationshintergrund.

Weil wir gesehen haben, dass solche Entwicklungen nicht von alleine zu Stande kommen, mussten wir als Kommune aktiv werden und haben schon einige Kampagnen gestartet. In einer unserer Kampagnen rufen wir die Gymnasiasten mit Migrationshintergrund dazu auf, selber Lehrer zu werden. Grund dafür waren Schulen, die uns geschildert haben, dass wenn es auch nur zwei, drei türkisch-, arabisch-, oder griechischsprachige Kollegen im Lehrerkollegium gibt, eine gewisse Veränderung festgestellt werden kann. Diese haben einen anderen Zugang zu den Eltern mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus können sie auch eine Vorbildfunktion für die Migrantenkinder einnehmen, weil sie vielleicht mit Schülern anders umgehen können. Auch wenn in Deutschland die Bildung Sache der Bundesländer ist, versuchen wir uns auch als Stadt hier mehr zu engagieren. Bildung ist das zentrale Aufgabengebiet für eine gelungene Integration und hier hätte ich eine Frage an Herrn Albertijn. Gibt es solche Bestrebungen auch bei Ihnen in Belgien? Wie sieht es bei Ihnen mit dem Personal an Schulen aus? Sind Sie da schon weiter als wir? Bei uns sind die Lehrerkollegien immer noch überwiegend deutsch geprägt.

GUDRUN KIENER:
Ich denke wir sind uns ziemlich einig in dem, was passieren sollte. Es darf nicht sein, dass jemand, der sich in der Kindertagesstätte engagiert hat, in der Schule, aus welchen Gründen auch immer, in seinem Engagement gebremst wird. Ich gebe Ihnen vollkommen Recht. Die Frage ist nur, wer kann diese Bedingungen verändern. Als ich mich mit diesem Thema beschäftigte, habe ich festgestellt, dass die Schulleiter eine sehr zentrale Rolle spielen. Sie sind diejenigen, die vorschreiben können, was an einer Schule passieren soll.

Ich erwähne hier mal ganz vorsichtig eine Idee. Und zwar könnte zwischen der Schule und dem Elternhaus eine Art Erziehungsvereinbarung, Erziehungsvertrag geschlossen werden, in dem ganz klar Rollen, Aufgaben, Rechte und Pflichten verteilt sind. Es wurde ja schon mehrmals betont, dass sowohl die Schule als auch die Eltern das gleiche Ziel verfolgen, nämlich das Kind möglichst optimal auf seinem Bildungsweg zu fördern. Auch wenn ich keine Expertin in diesen Sachen bin, denke ich dennoch, dass dies eine Idee ist, die man verfolgen und an die dafür verantwortlichen Stellen herantragen sollte.

GAYE PETEK:
Ich wollte gerade von einem solchen Vertrag sprechen. Man kann hier das französische Beispiel anführen, wo eine neue Maßnahme den bisherigen Vertrag über die Aufnahme und Integration von Familien, die nicht der ersten Migranten-Generation angehören, ergänzt. So gibt es eben diese Möglichkeit, einen Vertrag über die schulische Bildung und den schulischen Erfolg von Kindern abzuschließen, die neu nach Frankreich kommen, deren Familien jedoch bereits seit einiger Zeit in Frankreich leben. Dies ist also eine Vereinbarung mit den Eltern, die ihre Kinder spät nach Frankreich nachziehen lassen. Man verlangt von ihnen, dass sie Französisch lernen und dass sie gewisse Elemente der schulischen Organisation in Frankreich kennen lernen. Das ist eine Form der vertraglichen Vereinbarung, die vielleicht interessant ist.

MICHEL ALBERTIJN:
Ich habe jetzt viele ähnliche Kommentare gehört. Bezüglich des Lehrerproblems haben Sie absolut Recht. Die meisten belgischen Lehrer sind in Belgien geboren und kommen aus der Mittelschicht, also aus einer geschützten Umgebung. Ich glaube, und das sind jetzt sehr harte Worte, dass sie mit der jetzigen Situation ganz glücklich sind. Diese anspruchsvollsten Formen der Beteiligung wie zum Beispiel das Mitwirken bei der Entscheidungsfindung, formelle Treffen oder das Organisieren von Spendenaktionen passt ihnen sehr gut. Viele der Lehrer treten fast ausschließlich mit Eltern in Kontakt, die aus der gleichen sozialen Schicht kommen wie sie selber, nämlich auch aus der Mittelschicht und selbst gut ausgebildete Menschen sind. Ich nehme an, und jetzt sind es wieder harte Worte von mir, dass einige von ihnen sehr zufrieden mit der aktuellen Situation sind, die sich durch eine geringe Beteiligung der unterprivilegierten Eltern am Schulgeschehen auszeichnet. Ein wichtiger Punkt, auf den wir uns genauer konzentrieren sollten, sind also die Lehrer selbst. Diese müssen wir weiterbilden und für andere Formen des Kontaktes mit den Eltern empfänglich machen. Weil – so ist es zumindest häufig in Belgien der Fall – die Lehrer von sich aus nicht wirklich bereit sind, diesen Schritt zu machen.

TANRIS BREITKOPF:
(*Leitung interkultureller Projekte, Stadt Essen*)
Was das Fachpersonal von Kindertageseinrichtungen und von Schulen angeht, möchte ich gerne noch etwas ergänzen. Wir führen in Essen seit Jahren auch das „Rucksack-Programm" durch. Wir haben dieses eher niederschwellige Programm zunächst als Modellprojekt in Kindertageseinrichtungen ausprobiert. Pro Kindertageseinrichtung war eine Erzieherin für dieses Programm zuständig. Die Mütter erfüllten ihren Teil des Programms sehr gut. Innerhalb der Kindertageseinrichtung fühlte sich aber nur die für das Programm unmittelbar zuständige Erzieherin wirklich für das Programm und die Interkulturalität verantwortlich. Aus dieser Erfahrung heraus haben wir, als wir dieses Programm weitergeführt haben, beschlossen, ein ganzes Team pro Kindertageseinrichtung fortzubilden. Sowohl im Kindergarten als auch in der Schule kommt es drauf an, dass sich das gesamte Team auf die Aufgabe einlässt und das es erst einmal selber in Fortbildungen vor dem Start des Programms dafür interkulturell sensibilisiert wird. Bei diesen Teamfortbildungen kam dann heraus, dass die Erzieherinnen sich untereinander eigentlich nie über ihre Werte und Normen unterhalten haben, woher diese eigentlich kommen und aus welchem Standpunkt heraus sie selbst die Anderen betrachten. Also alles Fragen, die eben zur interkulturellen Orientierung und Sensibilisierung dazugehören. Die Erzieherinnen und Erzieher hatten im Alltag überhaupt keine Zeit, sich mit solchen Fragen auseinanderzusetzen und erst durch diese gemeinsame Fortbildung, die einmal pro Jahr während sieben Tagen stattfindet, hatten sie zum ersten mal wirklich die Gelegenheit, ihre Vorstellungen in die Konzeption der Einrichtung einfließen zu lassen.

Herr Albertijn hat Recht wenn er sagt, dass der Schulleiter eine große Rolle spielt und ihm eine große Verantwortung bei der Umsetzung solcher Programme zukommt. Damit so ein Programm auch wirklich erfolgreich sein kann, muss aber auch das Team als Ganzes mitziehen und eine eigene Haltung dazu haben. Ist dies nicht der Fall, sind solche Programme oft zum Scheitern verurteilt.

GAYE PETEK:
Entschuldigung, könnten Sie für diejenigen, die dies nicht kennen, kurz erklären, was das Rucksack-Programm ist. Sie haben hier ver-

schiedene Kritikpunkte angeführt, doch einige unter uns kennen die Erfahrungen nicht, von denen die beiden Beiträge gesprochen haben.

TANRIS BREITKOPF:
Das „Rucksack-Programm“ ist ein Sprachförderungs- und Elternbildungsprogramm. Es wird in Kindertageseinrichtungen durchgeführt. Und zwar werden in der Kindertageseinrichtung Mütter, in der Regel mit Migrationshintergrund, angesprochen und gebeten, sich in Gruppen zu organisieren. Aus der Mitte dieser Mütter wird eine ausgewählt, die als Begleiterin der Gruppe fungiert. Diese Begleiterin wird geschult, lernt mit dem Material, das es für diese Gruppe gibt zu arbeiten und vermittelt das Gelernte an die anderen Mütter weiter. Die Mütter treffen sich einmal zwei Stunden in der Woche und sie lernen mit diesem Material, wie sie ihre Kinder zu Hause durch unterschiedliche Aktivitäten sprachlich fördern können. Es fördert aber natürlich auch die Interaktion zwischen Mutter und Kind und auch indirekt zwischen Vater und Kind. Zu den Aktivitäten zählen zum Beispiel aus einem Bilderbuch vorlesen, gemeinsam Basteln, Ausflüge oder andere Dinge machen, die die Kinder interessieren und die die Eltern mit ihnen durchführen können.

GAYE PETEK:
Vielen Dank. Hier auch die Frage eines Herrn. Immerhin sind es nicht nur die Frauen, die über Kinder sprechen.

NIHAT DURSUN:
(Interkultureller und sozialer Mediator, Leiter der Sozialen Dienste, Stadt Charleroi)
Ich arbeite bei der Gemeinde als Mediator oder Sozialassistent und bin verantwortlich für eine Abteilung, die sich „Interkulturelle und soziale Mediation“ nennt. Meine Vorrednerin hat genau auf die Ursache des Problems hingewiesen. Wenn die Kinder in die Schule kommen, sprechen sie nicht Französisch. Gleiches gilt natürlich auch für Belgien. Diese Kinder lernen ihre Muttersprache, ich glaube, es ist legitim, dass man seine Muttersprache lernt, aber in der Schule fangen dann natürlich die Schwierigkeiten an. So gibt es beispielsweise Diskriminierung untereinander. Dies beginnt mit dem Eintritt in die Schule, und die Schwierigkeiten setzen sich während der gesamten Schul-

zeit fort. Schon die Kleinen von drei oder vier Jahren formen Gruppen untereinander von jenen, die Schweinefleisch essen und jenen, die es nicht essen. Später schließen sich die Mädchen in einer Klasse zusammen, wo es nur Mädchen gibt, die Kopftuch tragen. Man muss daher die Probleme direkt an der Quelle in den Vorschulklassen bekämpfen. Man muss in der Schule des Kindes die Probleme von Sprache und Integration angehen, und parallel dazu muss man die Integration im Sinne einer Sozialisierung jener Mütter fördern, die im Rahmen der Familienzusammenführung ins Land kommen.

Diese Probleme stellten sich für die ersten Generationen vor 20 oder 30 Jahren natürlich auf andere Weise. Für sie war es schwierig, die Schwelle des Schulhauses zu überschreiten, denn diese Eltern, die aus ländlichen Gebieten kamen, waren dies nicht gewohnt. In einem kleinen Dorf von 50 oder 60 Einwohnern ist die Schule die einzige Institution, und es gibt einen oder zwei Lehrer, die man auf der Straße oder Zuhause treffen kann. Man kann also ganz einfach zum Lehrer gehen, wann immer man will. Man hat jederzeit Kontakt miteinander. Hier in Europa sieht man aber ein riesiges Gebäude, und man hat Angst, hineinzugehen. Es ist diese Angst, das Sprachproblem und auch ein falsches Verständnis, die eine Kontaktaufnahme noch schwieriger gestalten. In den künftigen Generationen, in der dritten und vierten Generation, ist dies jedoch anders. Einer der beiden Eltern hat die Schwelle zur Schule bereits überschritten, aber der zweite Elternteil, der im Rahmen der Familienzusammenführung zu uns kam – Sie wissen, dass die Türken und auch die Maghrebiner im allgemeinen den Ehemann oder die Ehefrau im Herkunftsland suchen – verfügt über keine echte schulische Bildung. Und was passiert mit jenen, die nun im neuen Land ankommen, den Migranten der ersten Generation? Sie erleben die Schwierigkeiten auf andere Weise. Man muss daher gleichzeitig für die Sozialisation und die Integration dieser Menschen sorgen. Und dies gilt vor allem für die Mütter der Kinder.

Ich möchte hier von einem kleinen Experiment berichten. Das war ein Pilotprojekt, das ich in einer Schule gestartet habe, in der etwa 80 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund haben. Ich habe mir mehrere Erfahrungsberichte dazu angehört. Die Erfolgsquote in dieser Schule lag bei gerade 30 bis 35 Prozent, und die Beteiligung der Eltern an den Elternabenden ging nicht über drei oder vier Prozent

hinaus. Unsere Arbeit wurde vom Direktor, seinem Umfeld und auch von Sozialarbeitern aus der Migration koordiniert. Wir haben dabei innerhalb und außerhalb der Schule zusammengearbeitet, und jeder hatte seine spezifische Aufgabe. Jene, die außerhalb der Schule eingriffen, waren vor allem Sozialarbeiter, die aus der Migration kamen, und sie haben den Kontakt, die Vermittlung zwischen Eltern und Schule hergestellt. Innerhalb der Schule wurden Fortbildungen für die Lehrkräfte organisiert und eine Reihe von Aktivitäten auf die Beine gestellt. Zwei Jahre später hatte man eine Beteiligung der Eltern an den Elternabenden von 99 Prozent erreicht. Und drei Jahre später – ich besuche diese Schule häufig – hatte man eine schulische Erfolgsquote von 76 bis 78 Prozent erreicht.

Ich glaube, man vernachlässigt zunehmend die Kenntnis und die Kompetenz der Menschen und Sozialarbeiter mit Migrationshintergrund. Sie werden durch Dolmetscher ersetzt wie bei einer rein technischen Arbeit. Diese Sozialarbeiter, die die Schwierigkeiten und Probleme der eingewanderten Menschen gut kennen, können aber mit ihrem Handeln zu einer ergänzenden Unterstützung beim Prozess der Integration und der Sozialisation werden. Man darf diese Unterstützung nicht wie ein technisches Werkzeug einsetzen, sie ist vielmehr ein soziales Werkzeug. So können die Sozialarbeiter beim Integrationsprozess der Migranten zusammen mit anderen Akteuren innerhalb der Schule oder innerhalb der Gemeinde einen Beitrag leisten.

GAYE PETEK:
Vielen Dank. Sie wollen damit sagen, dass dies eine Sofortmaßnahme sein soll, bis man sowohl die Lehrer darin fortgebildet hat, interkulturelle Klassen zu unterrichten, als auch Personen mit einer doppelten Kultur einsetzen kann, dass man aber nicht als einfache Lösung schlicht mehr Dolmetscher einsetzen sollte.

ELLA DESMEDT:
(Berater beim Erziehungsminister, Brüssel)
Ich bin Berater beim flämischen Erziehungsministerium. Sie sprechen von vertraglichen Vereinbarungen, und wir in Flandern haben dieselbe Entwicklung. Wir entwerfen gerade die Paragrafen eines Gesetzes zu einer Erklärung, mit der Eltern eine Verpflichtung gegenüber der

Schule eingehen und umgekehrt. Auch wir wollen diese Beziehung formalisieren, um eindeutiger zu sein: Was verlangen wir, was verlangt die Schule von den Eltern, und welche Unterstützung müssen die Eltern ihren Kindern geben, damit diese zum Beispiel Niederländisch lernen. Es wird aber auch fest gehalten, dass die Eltern zumindest hin und wieder in die Schule kommen, um über die Ergebnisse und die Entwicklung ihrer Kinder zu sprechen. Aber auch die Schule muss ihrerseits einige Verpflichtungen eingehen. Für uns ist dies natürlich offensichtlicher, denn dies ist die prioritäre Aufgabe der Schule, die Kinder zu sozialisieren.

THORALF KOß:
(*Ausländerbeauftragter Landkreis Riesa / Großenhain*)
Gestatten Sie mir bitte bevor ich mich vorstelle eine kleine Feststellung. Wir haben die ganze Zeit von Ausgrenzung gesprochen und in gewisser Weise praktizieren wir auch hier in dieser Runde, gerade aus deutscher Sicht eine Form von Ausgrenzung. Und zwar gab es vor gar nicht allzu langer Zeit zwei deutsche Staaten, den Osten, ich nenne es einfach mal den Osten, also die ehemalige DDR und den Westen, die Bundesrepublik Deutschland. Und was in beiden Teilen Deutschlands in Sachen Integration und Bildung passiert ist grundlegend verschieden. Bei der ganzen Diskussion, die hier stattfindet, fehlt genau dieser Blick auf den Osten. Der ist hier gänzlich ausgeblendet worden. Und darum bitte ich, dass ich ein paar Worte dazu sagen kann.

Ich komme aus dem Landkreis Riesa/Großenhain. Das ist in Sachsen in der Nähe von Meißen. Ich bin dort ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter und außerdem bin ich Lehrer für die Fächer Sport und Deutsch an einem Gymnasium und an einer Berufsschule. Ich habe also sicherlich sehr praxisbezogene Kenntnisse und bin mit meinem Fachwissen für diese Runde ganz ordentlich geeignet. Was für ein Bild ergibt momentan im Osten? Dieses Bild im Landkreis Riesa/Großenhain steht in ganz massivem Unterschied zu Stuttgart. Wir haben einen Migrantenanteil im ganzen Landkreis von einem Prozent. Das ist jedoch nicht das Problem. Das größte Problem ist, dass wir eine ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit in unserem Landkreis haben. Wir haben es zum ersten Mal tatsächlich geschafft, eine rechtsradikale Partei in unseren sächsischen Landtag hinein zu wählen. In allen neuen Kreistagen, die im Juni 2008 gewählt wurden, sitzen jetzt

Rechtsradikale, die NPD. Und ihr Hauptslogan bei der Wahl war „Der Osten wird Deutsch“. Dieser Radikalismus hat dazu geführt, dass ich als Ausländerbeauftragter von zwei Mitgliedern des sächsischen Landtages auf einer Veröffentlichung der Homepage der NPD ausgerufen wurde als Gutmensch und als ein in Wolle gekleideter Ausländerlobbyist, der sich keinerlei deutschen Interessen verpflichtet fühlt. Darüber hinaus werde ich seit einem dreiviertel Jahr massiv bedroht und wurde ebenfalls angegriffen, sodass ich vom sächsischen Landtag in ein Personenschutzprogramm aufgenommen wurde. So sieht es im Osten momentan aus. Und wir reden die ganze Zeit über diese Form der Integration, Rucksackprojekte und so weiter und sofort. Das finde ich ganz großartig, aber wenn wir von diesen Initiativen sprechen, dann würde ich sagen bräuchten wir im Osten zu erst einmal eine Initiative gegen massive Ausländerfeindlichkeit, um überhaupt ordentlich integrieren zu können. Darüber sollte man auch sprechen. Man sollte nicht Dinge ausblenden, die nicht so richtig in dieses Bild passen.

Und dieses Bild, und damit bin ich bei der Bildung, ergibt sich bei mir in Deutschland folgendermaßen. Bei uns in Sachsen ist es ja so, dass die NPD, also die rechtsradikalen Anhänger sich uniformieren können. Da gibt es eine besondere Kleidungsmarke, die nennt sich Thor Steinar. Und jeder der diese Sachen trägt, zeigt offen, dass er gegen Ausländer ist und den Rechtsradikalismus unterstützt. In dem Gymnasium, an dem ich unterrichte oder in einer gymnasialen Stufe einer elften Klasse sitzen 3 von 18 Schülern mit rechtsradikaler Kleidung vor mir. Wir reden von einem Gymnasium. Das heißt, sie zeigen offensichtlich, wie ihre Einstellung zur Ausländerproblematik ist. Das wird bei uns immer stärker toleriert. Und jede Auseinandersetzung, die man führt, führt dazu, dass man zu einem Hassbild wird. Man wird zu einer Symbolfigur, die es zu bekämpfen gilt. Weil man für Menschen eintritt, die nicht aus unserem Land sind. Ich spreche bei uns im Landkreis nicht mehr von Ausländern, sondern nur noch von Menschen, um dem Einen oder Anderen überhaupt bewusst zu machen, dass das Menschen sind, die sie dort als Feindbilder benötigen, um sie für ihre eigene soziale Situation verantwortlich zu machen.

Und gerade hier müssten wir auch in der Bildung, vor allem im Osten, völlig umdenken. Nicht dieses allgemeine „wir integrieren schön und da müssen wir noch ein Integrationsprojekt starten“ usw. Wir

müssen erst einmal im Osten den Menschen bewusst machen, dass Bildung auch Toleranz, Anerkennung des Anderen ist, egal woher er kommt oder was er denkt. Wir haben es einfach nicht geschafft, in Deutschland etwas zu verwirklichen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist und zwar die Achtung vor jedem einzelnen Menschen. Und das ist sehr zentral.

Und somit haben wir hier das Problem, dass wir über Bildung reden, dies sehr allgemein halten und nicht auf die eigentlichen Probleme zu sprechen kommen. Probleme, die sich zum Beispiel durch die föderalistischen Strukturen ergeben, die in Deutschland aus meiner Sicht dem Bildungssystem und auch der Integration von Migranten gegenläufig sind. Wir haben keine zentralen Möglichkeiten und Mittel, wirklich einmal etwas Vernünftiges auf Bundesebene umzusetzen, sondern es wird alles in Kleinstaaterei auf Landesebene ausgetragen und jeder präsentiert hier seine Projekte. Wir schaffen es einfach nicht, ein Land wie Deutschland zusammenzuführen und das beste Beispiel dafür ist der Umgang mit Migranten im Westen, der für mich sehr interessant ist, aber mir gleichzeitig paradiesisch erscheint, und im Osten, wo ich weil ich mich für die Ausländer und ihre Integration einsetze, selbst zu einem Feind der momentanen Strukturen werde.

GAYE PETEK:
Vielen Dank. Nur denke ich, dass man sich nicht darüber wundern sollte, wenn in dieser Arbeitsgruppe über Themen der Kindheit etc. gesprochen wird. Diese Überschrift wurde im Vorfeld so gewählt. Wir sind heute in einer Arbeitsgruppe. Gestern ging es um allgemeinere Diskussionen, gerade auch um Fragen der Integration und um Fragen, die mit Integration auf lokaler Ebene zu tun haben. Ich glaube, diese Konsultationen hatten vor allem die lokale Ebene im Blick, die Verantwortung der Kommunen, und man wusste dies, als man hierher kam. Es gab auch andere Arbeitstreffen dieser Stiftung, die, so viel ich weiß, allgemeinere Probleme behandelt haben. Wir können dies später mit den Verantwortlichen besprechen, so dass vielleicht eine weitere Tagung zu den schwer wiegenden Fragen, die sie vorgebracht haben geplant wird. Ich habe hier zwei Wortmeldungen.

PIA GERBER:
Ich wollte noch etwas zu dem Beitrag des Kollegen eben sagen. Ich denke es ist sehr wichtig, speziell für Deutschland die Ost-West Unterschiede mit zu berücksichtigen.

GAYE PETEK:
Ich möchte aber dennoch darum bitten, dass wir das Thema dieser Arbeitsgruppe, nämlich Kindheit und frühkindliche Erziehung, nicht ganz aus den Augen verlieren.

PIA GERBER:
Darf ich kurz begründen warum ich finde, dass es sehr viel mit dem zu tun hat, über das wir hier sprechen. Integration kann sich nicht ohne demokratische Kultur und ohne Anerkennungskultur vollziehen. Und im Osten ist es tatsächlich so, dass es rechtsextreme Strukturen versuchen, sich in den Bereichen zu etablieren, über die wir hier reden, wie zum Beispiel Elternarbeit und Zusammenarbeit mit Eltern. Die nennen sich dann eben „völkische Krabbelgruppe" und ähnliches.

Ich finde es sehr wichtig, dass diese Problematik hier genannt wird. Für uns Deutsche ist vielleicht auch noch ein spezielles Problem der Föderalismus. Wir hatten bis vor kurzem eine Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, in deren Rahmen Modelle, wie auch zum Beispiel die Förderung von Migranten, durchgängig vom Kindergarten bis zum Übergang Schule/Beruf, unter Einbeziehung der Eltern bundesweit entwickelt wurden. Und diese Kommission ist für Deutschland aufgegeben worden. Wir haben jetzt wirklich nur noch den Föderalismus, so dass sich für die Menschen, die darüber nachdenken, wirklich die Frage stellt, wie man die Regellandschaft insgesamt verändern kann und was alles berücksichtigt werden muss. Ich glaube, dass dies nicht unerwähnt bleiben sollte, einfach für das Bild der Kollegen aus Belgien und Frankreich. Es hat nach der Wende einen Runden Tisch gegeben, wo es genau um die Frage gegangen ist: Wie soll denn eigentlich der autoritäre Geist aus den Institutionen verschwinden? Dies hat ja auch sehr viel mit dem Gelingen des Aufwachsens der Kinder zu tun. Es gab eine Übertragung einer Schulunterstützungsagentur mit Hilfe der Freudenbergstiftung und anderen in die ostdeutschen Länder, und es konnten sich dort Strukturen bilden, wie das Zentrum Demokratische Kultur. Ich würde mir wünschen,

dass der Kollege davon Gebrauch machen kann. Es wurde auch die Antonio-Stiftung gegründet, die über Deutschland hinaus bekannt ist für die Bekämpfung von Rechtsextremismus. Ich denke, wenn wir über die gelungene Integration und Einbeziehung von Eltern reden, ist es trotzdem noch eine Frage in welcher Kultur, mit welcher Haltung und mit welchen Werten sich diese Dinge vollziehen. Von daher sind die Themen Integration und demokratische Kultur wirklich nicht voneinander zu trennen.

STOJAN GUGUTSCHKOW:
(*Ausländerbeauftragter Stadtverwaltung Leipzig*)
Ich komme aus Leipzig, ebenfalls Sachsen und ich bin dort seit 18 Jahren Ausländerbeauftragter. Ich finde es sehr gut, dass mein Kollege aus Riesa/Großenhein ein Thema angesprochen hat, was wir bis jetzt nicht hatten und ich bin auch sehr dafür, dass wir innerhalb Deutschlands einen sehr differenzierten Blick haben, was die Entwicklung oder die Problemlagen in West- und Ostdeutschland anbelangt. Ich möchte allerdings für eine weitere Differenzierung plädieren und zwar innerhalb der neuen Bundesländern. Ich komme aus einer Stadt, die nicht nur einen Migrantenanteil von 1% sondern von 10% hat. Es gibt sogar Stadtteile mit einem Migrantenanteil von 30% oder Kindertagesstätten mit 50% Migrantenkindern und Schulklassen mit 30-40% Migrantenschülern. In sofern denke ich schon, dass die Problemlagen aber auch die Chancen, die wir vor Augen haben, in Leipzig eher vergleichbar sind mit westdeutschen Großstädten, als mit Landkreisen im Osten. Migration ist ohnehin in erster Linie ein Großstadtphänomen und kein ländliches Phänomen. Ich will damit nicht sagen, dass eine Stadt wie Leipzig kein Problem mit Rechtsextremismus oder mit Ausländerfeindlichkeit hat. Dies stellt sich allerdings ganz anders dar, als in ländlichen Regionen. Im Stadtparlament hat es bis zu diesem Zeitpunkt nie eine Vertretung einer rechtsextremen Partei gegeben und ich hoffe, dass dies auch bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr so bleibt. Es gibt eben genug Gegenkräfte, sobald sich solche Entwicklungen abzeichnen.

Kurz nur ergänzend zu der Meldung aus Riesa/Großenhain. Dieser Thors Steinar, eine Firma mit rechtsextremen Klamotten, versucht überall in Deutschland, auch in Berlin, in Magdeburg, in Dresden, Leipzig Läden zu eröffnen. Das Geschäft in Leipzig wird wahrschein-

lich demnächst geschlossen, weil der Eigentümer des Gebäudes dagegen geklagt hat und weil es auch eine breite Bürgerbewegung gibt, die dieses Geschäft zumindest nicht im Zentrum der Stadt haben möchte.

Und wo ich schon das Wort ergriffen habe, vielleicht noch eine zweite Bemerkung, die eher in Richtung Differenzierung innerhalb Deutschlands geht. Dadurch, dass wir im Osten Deutschlands eine andere Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung haben, und wenn wir es am Beispiel Leipzig zeigen, sind die Problemlagen im schulischen Bereich auch etwas anders. Die stärksten Migrantengruppen in Leipzig sind Vietnamesen, Russen und Ukrainer. Mit großem Abstand folgen dann andere. Die Türken sind auf Platz 8 oder 9 in der Statistik, anders als es in Westdeutschland der Fall ist. Diese Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung hat zur Folge, dass wir auch im schulischen Bereich durchaus andere Erfahrungen machen, die westdeutsche Großstädte so nicht kennen. Unsere Migrantenschüler verderben keinesfalls die Ergebnisse bei Schulstudien, im Gegenteil, sie verbessern sie möglicherweise. Migrantenkinder sind in Leipzig an Gymnasien überrepräsentiert, was man im Westen nicht so kennt. Das hat sicher mit der Herkunft und mit der Bildungsnähe der Eltern zu tun, aber auch mit dem Stellenwert von Bildung und den hohen Bildungsabschlüssen der Eltern. Vietnamesische Familien legen großen Wert darauf, dass ihre Kinder zumindest Abitur machen oder aufs Gymnasium kommen. Ähnlich ist es auch bei Russen und Ukrainern, auch wenn sie selbst vielleicht keinen besonders günstigen sozialen Status haben. Aber sie haben einen mitgebrachten sozialen Status. Es sind sehr oft Akademikerfamilien, Lehrer, Ingenieure und ähnliches, die auch wenn sie selbst arbeitslos sind, unheimlichen Wert darauf legen, dass ihre Kinder es schaffen, einen guten Abschluss zu haben. Das bedeutet jedoch nicht automatisch, dass sie in der Schule integriert sind oder auch angesprochen werden. Dennoch, durch diese häusliche Umgebung und besondere Einstellung zur Bildung, schaffen es die Kinder größtenteils. Aber auch nicht alle, denn wir haben auch in Leipzig Schulabbrecher oder Migrantenkinder ohne Schulabschluss.

Größtenteils beobachten wir dennoch eine andere Entwicklung in diesem Leistungsbereich – auch was die Übergänge zwischen den Schulformen betrifft – als im Westen Deutschlands. Auch das ist

meiner Meinung nach ein Beispiel für das Plädoyer für eine differenzierte Betrachtungsweise innerhalb Deutschlands und innerhalb Ostdeutschlands.

GAYE PETEK:
Ich habe hier noch drei Wortmeldungen. Ich werde leider keine weiteren Meldungen mehr zulassen können, denn es ist fast 11 Uhr, und ich erinnere daran, dass wir um 11:15 Uhr eine Pause machen. Darf ich Sie daher um kurze Beiträge bitten, denn es sind noch drei oder vier Personen, die um das Wort gebeten haben.

AZIZE TANK:
Frau Kiener, ich bedanke mich auch für Ihr Referat. Was mir ganz besonders gefallen hat, ist, dass Sie auch festgestellt haben, dass es sehr viele Angebote gibt, aber dabei die Frage bestehen bleibt, wie weit diese Angebote und Projekte bei den strukturellen Veränderungen überhaupt in Betracht gezogen werden oder ob es überhaupt strukturelle Veränderungen gibt. Am Schluss können wir sagen, nein. Das sehen wir auch am Schulsystem, warum diese Projekte nicht zu strukturellen Veränderungen führen, denn daran liegt es. Ob das Familien mit Migrationshintergrund sind oder Deutsche, das spielt keine Rolle. Sie sind alle mit dem Schulsystem nicht zufrieden, weil dieses Schulsystem, in Deutschland jedenfalls, eine Mittelschicht anspricht. Und diese Mittelschicht ist kleiner geworden. Große Teile gehören bei uns zur Unterschicht. Das Kind einer Arbeiterfamilie kann die gleichen Noten haben wie das Kind einer Lehrerfamilie – ob das eine deutsche Familie oder eine Familie mit Migrationshintergrund ist, spielt keine Rolle. Wenn es eine Migrantenfamilie ist, kommt noch eine doppelte Belastung hinzu. Das Kind einer Akademikerfamilie wird trotzdem eine gymnasiale Empfehlung bekommen, weil man davon ausgeht, dass die Eltern das Kind schon unterstützen werden und es weiterkommen wird. Aber das Kind einer Arbeiterfamilie bekommt keine gymnasiale Empfehlung, weil man denkt, dass es vielleicht doch nur eine Phase ist und das Kind sich später anders entwickelt.

Wir haben dann von der Sprache gesprochen. Es wird immer gesagt, man muss Französisch oder Deutsch sprechen. Das ist richtig, man muss nicht nur eine Sprache lernen, man sollte auch mehrere Sprachen sprechen. Also meine Tochter spricht drei Sprachen, sie

kann auch die schriftliche Sprache, denn die Sprache wird ja nicht allein als Alltagssprache verwendet, sondern wir brauchen in der Schule Schriftsprachen, das ist für die Zukunft und die Bildung der Kinder sehr wichtig. Ich habe zum Beispiel noch nie in der Schule gehört, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer einfach mal hinsetzen und schauen, welche Kompetenzen diese Kinder mitbringen, dass sie die positiven Seiten von diesen Kindern in den Vordergrund stellen und nicht nur die negativen Seiten, denn die Kinder haben manchmal nicht einmal Achtung vor ihrer eigenen Sprache. Wissen Sie, manche Kinder sagen zu ihren Eltern: „Sprich mit mir nicht türkisch, oder jugoslawisch, sonst denken die, wir sind Ausländer". Oder sie schämen sich für ihre Eltern, weil diese nicht richtig deutsch sprechen. Ich denke, die Kinder bringen auch bestimmte Kompetenzen mit, die auch berücksichtigt werden müssen.

Das gilt nicht nur für die Schule, sondern auch für den Kindergarten. Wir müssen schauen, welches Ausbildungsniveau die Erzieherinnen haben. Es wäre wunderbar, wenn man Erzieherinnen und auch Lehrer mit Migrationshintergrund einstellt, aber mein Anspruch, wenn wir mit Erzieherinnen arbeiten, ist, dass diese Interkulturalität in die Ausbildung der Erzieherinnen integriert wird, sodass sie dann vorbereitet in den Kindergarten kommen. Sie sind alle gut eingestellt, wir haben alle sehr viele Projekte gemacht und die sind auch gut angekommen, aber eine Nachhaltigkeit wurde nicht erreicht. Man macht es ein-zwei Mal, aber da nach unseren Kapazitäten und Möglichkeiten keine Gelder mehr da sind, machen wir es ehrenamtlich. Was den Modellcharakter dieser Projekte betrifft – und da appelliere ich auch an die Stiftungen –, muss man danach sagen, ihr habt die Erfahrung gemacht, nun möchte ich diese Erfahrung in den Schulen, in den Kindergärten als strukturelle Änderung beibehalten und nicht nur sagen: das Projekt abschließen, fertig, wir haben tolle Sachen gemacht.

KHADIJA ARAM:
(Beigeordnete Bürgermeisterin von Trappes)
Ich bin beigeordnete Bürgermeisterin in Trappes, und ich habe selbst einen Migrationshintergrund. Seit gestern habe ich von meinen deutschen und belgischen Kollegen gehört, dass es dort Vertreter der Migranten gibt. Wir haben dieses Glück noch nicht, wir haben noch keinen gewählten kommunalen Vertreter, der einen Bürgermeister

oder einen Abgeordneten speziell für die Migration eingesetzt hätte. Hier kann ich nur Beifall spenden. Andererseits möchte ich darauf hinweisen, dass Integration nur über die Frau erfolgen kann und erfolgt, denn sie ist Garant für die Bildung ihrer Kinder. Sie hat den Blick in die Zukunft gerichtet, sie ist den ganzen Tag mit ihnen zusammen. Die Männer arbeiten und gehen nach draußen. Wir haben in Trappes soziale Zentren, wo man den Müttern Französisch-Kurse erteilt, und ich habe ohne jegliche Bescheidenheit verlangt, dass man auch die Geschichte Frankreichs in diese Kurse integriert, weil sie ihnen nicht bekannt ist. Für sie ist es ein Trauma, in eine Stadt zu kommen, so klein sie auch sein mag. Sie kommen im Allgemeinen aus kleinen Dörfern, wo es nur Esel oder Lastkarren gibt, und sie sehen sich hier besonderem Stress ausgesetzt. Man müsste sie also bei diesem Prozess intensiver begleiten und ihnen dabei helfen, ihre Kinder sozusagen in die beste aller möglichen Welten zu führen. Wir haben viele Fehler in der Vergangenheit gemacht, möge die Zukunft für uns zum Erfolg werden, vor allem beim Prozess der Durchmischung der Völker. Unsere Kinder verheiraten sich mit Nicht-Muslimen, und meiner Ansicht nach – ich selbst bin muslimischer Herkunft – wird man in einigen Jahren nicht mehr von diesem Problem sprechen.

GAYE PETEK:
Ich möchte hier nur anmerken, dass es in Frankreich auch Städte gibt, in denen sich die gewählten Vertreter mit Fragen der Integration beschäftigen. Ich kann Ihnen hier die Stadt Ris-Orangis nennen, ich kann Ihnen auch die Stadt Paris nennen, wo die grüne Abgeordnete der Stadt für Integration und Personen aus anderen Gemeinschaften verantwortlich ist. Es gibt einige Beispiele dieser Art. Und was die Geschichte Frankreichs anbelangt, so wissen Sie sicher, dass die Geschichte Frankreichs fester Bestandteil des Tages der staatsbürgerlichen Fortbildung ist, der im Vertrag über die Aufnahme vorgesehen ist. 30 Jahre lang gab es hier überhaupt nichts, es ist also immerhin etwas, dass man seit einigen Jahren diese Fortbildungstage veranstaltet, bei denen auch wichtige Ereignisse aus der Geschichte Frankreichs berücksichtigt werden. Sie haben Recht, das ist sehr wichtig.

ADRIEN SCHMITT:
Wir haben viel über die Bedeutung der Sprache im kulturellen Zusammenhang gesprochen. Ich möchte aber betonen, dass Integration nicht nur als Einbahnstraße funktionieren kann, es also nicht heißen kann, dass der Ausländer sich in eine Form fügt, die das Aufnahmeland für ihn bereithält. Ich glaube, wenn der Anteil der ausländischen Menschen in einer Gemeinschaft eine gewisse Dimension erreicht, muss man auch in Betracht ziehen, dass interkulturelles Handeln auch bedeutet, einen Teil von der Kultur des anderen zu erlernen. Ich bin von den Zahlen in Stuttgart sehr beeindruckt: wenn es in der Altersgruppe von 0 bis 18 Jahren einen Anteil von 56 Prozent Ausländern gibt, dann denke ich, dass der Anteil der türkischen Bevölkerung dabei sehr hoch ist. Gibt es also Angebote, die türkische Sprache zu erlernen? Müsste man nicht allen Schülern in einer Stadt wie Stuttgart dies anbieten, so dass schließlich der Beitrag des Fremden als Bereicherung gelten kann? Und was die wirtschaftlichen und andere Beziehungen anbelangt, so sind dies später hervorragende Botschafter der deutschen Kultur, aber auch der deutschen Wirtschaft, die sich einem Land wie der Türkei zuwenden können, das ja ein außerordentlich wichtiges Land ist. Im Elsass versuchen wir zum Beispiel, Deutsch bereits in der Grundschule einzuführen. Ich kenne hier nicht die genauen Zahlen, doch erscheint uns dies wichtig in einer Grenzregion, die zudem eine gemeinsame Geschichte hat. Und die jungen Elsässer kennen nicht nur den Dialekt, der übrigens immer mehr verschwindet, sondern sie können wirklich die deutsche Sprache sprechen. Ich möchte hier eine Frage an Herrn Albertjin richten, der in einem Land lebt, in dem strukturell drei Gemeinschaften, also die drei Sprachen, die in Belgien gesprochen werden, anerkannt sind. Nach dem, was sich gehört habe, sprechen die Flamen immer seltener Französisch. Ich weiß nicht, wie es bei der deutschen Sprachgemeinschaft aussieht, die zahlenmäßig ja viel kleiner ist. Die Wallonen sprechen auch nicht flämisch. Gibt es also derzeit Bemühungen, eben diese Mehrsprachigkeit zu fördern, von der wir gesprochen haben? Sie haben auf Englisch gesprochen, ich weiß aber, dass einer unserer Minister gesagt hat, dass Englisch nicht mehr als Fremdsprache, sondern als gemeinsame Kommunikationssprache betrachtet werden muss. Es ist aber wichtig, dass wir weitere Sprachen beherrschen, nicht nur die Muttersprache. Ich weiß, dass dies vielleicht ein Traum

ist, wo wir doch schon genug Schwierigkeiten damit haben, dass die Schüler, vor allem Kinder aus unterprivilegierten Kreisen, eine Sprache gut sprechen. Aber ich glaube, es ist ein wichtiges Zeichen, auch in die andere Richtung zu gehen.

SELVER EROL:
Ich wollte mich Frau Tank anschließen, dass die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen in Strukturen und Programmatik einfließen müssen. Das ist überhaupt das Problem. Tatsächlich macht man sehr gute Sachen, einzelne Angebote, die Menschen ansprechen, die aber nach einem bestimmten Zeitraum aufhören oder wo es auch strukturell nicht weitergeht, z. B. beim Übergang vom Kindergarten in die Schule usw. Wir haben ja das Thema Elternarbeit und ich denke, dass die Elternarbeit am besten schon direkt im Kindergarten beginnen kann, denn die Eltern kommen jeden Tag dort hin, was in der Schule nicht mehr der Fall ist, außer der Schulleiter bestellt sie hin. In der Kita ist es also möglich, denn sie müssen ihr Kind morgens bringen und nachmittags abholen. Das bietet eine gute Möglichkeit, mehr Kontakte zu den Eltern herzustellen und Eltern einzubeziehen. Aber das muss vor Ort gemacht werden. Wenn wir hier von Kindergärten mit einem Anteil von über 70-80 % Kindern mit Migrationshintergrund sprechen, dann sind da auch Eltern dabei, die teilweise der deutschen oder der Landessprache nicht mächtig sind, wo die Erzieherinnen gewisse Schwierigkeiten haben, sie zu kontaktieren oder mehr Zeit dafür brauchen, als wenn sie mit einer Person sprechen würden, die die Sprache beherrscht. Das muss man also berücksichtigen. Oder wenn man mit 80 % oder 100 % Migrantenkindern arbeitet und jährlich zwanzig bis vierzig Kinder noch einmal neu aufnimmt, die die deutsche Sprache nicht sprechen, dann muss man berücksichtigen, dass die Erzieherinnen viel mehr Zeit für diese Kinder brauchen. Das geht nicht, wenn sie genauso wie „normale“ Einrichtungen mit 20-25 Kindern aus Migrantenfamilien arbeiten müssen. Wenn man da nicht investiert, dass wenigstens diese Kitas in sozialen Brennpunkten mit Migrantenkindern und bildungsfernen Familien zusätzlich personelle Aufstockung haben, dann können wir das alles, was wir hier so schön diskutieren, nicht weiterführen. Das geht nur mit Engagement und Interesse von den Beteiligten. Und das kann auch nur zeitlich be-

schränkt sein, man kann nicht zehn Jahre so arbeiten, höchstens an einem Projekt. Auch das muss mit berücksichtigt werden.

GAYE PETEK:
Vielen Dank, es ist sehr wichtig, was Sie gerade sagen, denn letztlich muss hinter all diesen Problemen, von denen wir sprechen, auch ein politischer Wille stehen, und der Wille, wirtschaftlich in diese Politiken zu investieren, die die Dinge voranbringen.

BRIGITTE KAUFMANN:
(erste Bürgermeisterin der Stadt Lahr)
Ich bin als erste Bürgermeisterin der Stadt Lahr unter anderem auch für den Bereich Schulen und Integration zuständig. Wir sind eine relativ kleine Stadt, haben 44.000 Einwohner und ein Drittel Migranten. In unseren Kindertageseinrichtungen haben wir 51 % Kinder mit Migrationshintergrund. Dort besteht ein Sprachförderbedarf zwischen 75 % und 90 % der Kinder. Es gab im Land z. B. ein Programm, bei dem die Landesstiftung die Kommunen unterstützt hat und immerhin 50 % der Kosten für Sprachförderkurse übernommen hat. Dieses Programm wird dieses Jahr drastisch reduziert, sodass wir nur noch für ein Drittel der Kinder, die es eigentlich nötig hätten, Sprachförderprogramme machen können. Und es ist fraglich, ob es das Programm nächstes Jahr überhaupt noch geben wird.

Wir haben das Problem, dass wir in einer föderalen Struktur leben, wo aber letztlich die Probleme auf der kommunalen Ebene gelöst werden müssen und die Kommunen leider allein gelassen werden. Das ist nicht nur im Kindergartenbereich sondern leider auch im Schulbereich so. Für die Schulen wäre das Land verantwortlich, aber leider hält sich das Land weitgehend aus den Problemen heraus. Gerade im Bereich Ganztagsschule hat sich der Bund engagiert, das Land Baden-Württemberg hat sich nicht sonderlich dafür interessiert. Die Mittel wurden nach dem Gießkannenprinzip verteilt und wenn man Glück hatte, hat man als Kommune Geld bekommen, sonst nicht. Es kam nicht darauf an, ob ein Bedarf besteht, es kam nur darauf an, wer als erster einen Antrag gestellt hatte. Wir haben Glück gehabt und haben wenigstens für unsere Grundschule Mittel bekommen, dass wir eine Ganztagsgrundschule daraus machen konnten. Die Grundschule hat fast 75 % Kinder mit Migrationshintergrund und

es war dringend notwendig, dass eine Nachmittagsbetreuung gewährleistet wird. Aber das muss jetzt die Kommune zahlen und bekommt dafür eben so gut wie keine Unterstützung. Die Hauptschulen wären bei uns in Baden-Württemberg in den Brennpunkten schon längst am Ende, wenn nicht die Kommunen die Schulsozialarbeit dort finanzieren würden. Bei der Projektfinanzierung war es bisher so: ein Drittel Land, ein Drittel Jugendhilfeträger, ein Drittel Kommune. Inzwischen zahlt das Land nichts mehr, der Jugendhilfeträger hat seine Förderung auch zurückgefahren und es hängt an den Kommunen.

Wir wollten Russischkurse im Gymnasium einführen, da ein Drittel unserer Bevölkerung Migranten sind, davon rund 20 % Kinder mit russischem Hintergrund, die eben russisch können, weil sie entweder aus Russland, aus Kasachstan oder aus einem sonstigen ehemaligen Land der Sowjetunion kommen. Wir sind auf das Land zugegangen, haben aber keine Unterstützung bekommen. Den Russischunterricht haben wir nun durch private Initiative finanziert, sodass wenigstens eine Arbeitsgemeinschaft Russisch an einem unserer Gymnasien in der Stadt Lahr gegeben ist. Aber ich finde es wirklich schade, dass man auf das vorhandene Potential so wenig zugreifen kann und ich fände es wünschenswert, wenn wir nicht nur an einem von unseren sieben Gymnasien eine AG Russisch haben, sondern wenn die Migrantenkinder ihre Talente auch breiter einbringen könnten. Ich finde, da ist wirklich noch einiges am Schulsystem zu ändern.

MICHEL ALBERTIJN:
Eine abschließende Bemerkung: Wenn ein Kind in die Schule kommt, bauen wir eine Beziehung zwischen Familie und Gesellschaft auf, eine Beziehung, die sich über zehn, zwölf, fünfzehn Jahre erstreckt. Das ist eine der wenigen formellen Bindungen, die wir besonders zu benachteiligten Familien schaffen können. Während zehn, zwölf, fünfzehn Jahren haben wir täglich Kontakt zu diesen Familien. Das ist eine Gelegenheit, die wir uns nicht entgehen lassen dürfen, denn wir haben so wenige Alternativen.

GUDRUN KIENER:
In Bezug auf Ihre Äußerung zum Schulsystem möchte ich sagen, dass dies genau das ist, was wir gemeint haben, dass das Schulsystem und die Herangehensweisen geändert werden müssen, um der neuen

Zielgruppe der Eltern, was eben mehrheitlich eine andere Gruppe ist, als es bisher war oder schon länger ist, gerecht zu werden. Sie haben Mehrsprachigkeit angesprochen. Auch das ist ein seit langem heiß diskutiertes Thema. Wie Sie völlig richtig sagen, muss das Personal wissen, wie es damit umgehen soll und es muss geschult werden, damit es weiß, was auf es zukommt und wie mit den Kompetenzen, die da sind, das beste daraus gemacht werden kann. Mehr kann ich dazu auch nicht sagen.

Zu Ihrem Appell möchte ich sagen, dass es ein grundlegendes Anliegen einer Stiftung ist, dass die Dinge nachhaltig wirken. Wenn etwas gut funktioniert, dann soll es nachhaltig sein. Ich kann nur sagen, wir sind dran, wir versuchen mit möglichst vielen Partnern zu arbeiten. Deswegen kann ich mich auch da nur wiederholen, es muss gemeinsam an die Sache herangegangen werden, jeder muss beitragen, was er kann. Ich habe vorhin sehr bewusst meine Liste mit möglichen Rollen, die die Kommunen in einem Förderprogramm übernehmen können, vorsichtig vorgetragen, weil wir uns dessen sehr wohl bewusst sind, dass sie allein gelassen werden. Wir sind als Stiftung da zu Kooperationen bereit, die für beide Seiten möglich sind.

Zu dem differenzierten Blick auf Ost und West möchte ich noch sagen, dass sich das natürlich auch einer Stiftung schon an ganz einfachen Dingen zeigt, wie dass wir auf Ausschreibungen zu Integrationsprojekten weniger Anträge aus den östlichen Bundesländern erhalten, dass die Anträge zum Teil anderer Natur sind, weil einfach andere Probleme da sind und dass sich eine Stiftung auch mit der Problematik, die dort vor Ort ist, beschäftigt im Sinne von Demokratieförderung und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, wie schon gesagt wurde. Das ist ein Teil des Themas, das eben anders behandelt werden muss.

Arbeitsgruppe 2 Kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft: eine Herausforderung für die Organisation der Gesundheits- und Pflegedienste

OLAF HAHN:
(*Robert Bosch Stiftung, Stuttgart*):

Meine Damen und Herren,
herzlich willkommen zu unserer zweiten Arbeitsgruppe im Rahmen unserer Tagung im Haus der Wirtschaft. Die Arbeitsgruppe trägt den Titel: Kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft, eine Herausforderung für die Organisation von Gesundheits- und Pflegediensten. Ich freue mich, dass Sie sich für diese Arbeitsgruppe interessieren. Lassen Sie mich vielleicht, bevor ich eine kurze Einführung mache und die Referenden hier vorne auf dem Podium vorstelle, Ihnen einige Hinweise zum Ablauf der heutigen Arbeitsgruppe geben.

Wir haben uns die Sache heute Morgen so vorgestellt, dass die links und rechts neben mir sitzenden Referenden jeweils 20 Minuten ein Impulsreferat halten werden. Wir werden nach dem jeweiligen Vortrag kurz Gelegenheit zu Sach- und Verständnisfragen geben. Nach dem zweiten Referat, vom Kollegen rechter Hand, können wir dann in die Diskussion einsteigen. Wenn das auch Ihre Zustimmung findet, würde ich gerne so verfahren. Ich möchte Sie auch gerne bitten, Ihre Wortmeldungen kurz zu fassen, damit wir in eine gute Diskussion kommen können und ich würde mir auch erlauben bei Co-Referaten Sie einfach zu unterbrechen und darauf hinweisen, dass auch die anderen Kollegen sicherlich zu Wort kommen möchten.

Ich möchte nun gerne kurz in das Thema einführen. Das Thema Gesundheit, es klang ja gestern schon an, ist, im Kontext unserer Frage nach Vielfalt in der Stadtgesellschaft, sicherlich ein ganz wichtiges. Natürlich sind auch medizinische Regeldienste betroffen von der neuen, mittlerweile schon nicht mehr ganz so neuen, aber von der Realität gewordenen Zusammensetzung der Bevölkerung. Die entsprechenden Regeldienste haben sich darauf einzustellen. Wie das geschieht ist in den einzelnen Kontexten unterschiedlich und es wird sicherlich interessant sein, das im Vergleich zwischen unseren drei Ländern und den unterschiedlichen Städten und den dort jeweils praktizierten Wegen zu vergleichen.

Ich darf Ihnen die Referenden vorstellen, die auch selber etwas zu sich und Ihrer Institution anschließend sagen werden.

Zu meiner Linken freue ich mich heute Früh begrüßen zu können Frau Hloschek und Herrn Dr. Prevoteau du Clary, die aus Toulouse zu uns gekommen sind. Sie arbeiten beide in einem Krankenhaus im Zentrum ihrer Stadt. Frau Hloschek ist klinische Psychologin und Herr Prevoteau du Clary ist Arzt. Über ihre Arbeit im Einzelnen werden sie uns sicherlich berichten und sie sagten mir gestern, dass sie vor allem einen Erfahrungsbericht aus ihrer eigentlichen Tätigkeit in ihrem Krankenhaus bezüglich unseres Themas geben werden.

Zu meiner Rechten freue ich mich Herrn Professor Klör aus Gießen begrüßen zu können, der neben einer langjährigen Lehrtätigkeit am Klinikum der Universität Giessen auch im Vorstand der türkisch-deutschen Gesundheitsstiftung ist. Sie werden uns heute in zwei Richtungen mit ihrem Referat Impulse geben. Einmal in Richtung der Frage der Altenpflege und dann ein, wie ich finde, interessantes Thema bezüglich der Arbeit in der Gesundheitsprävention und Gesundheitserziehung in islamischen Vereinigungen, vor allem in Gesprächen mit Imamen.

Das ist das Programm für heute Vormittag und ich würde dann an Sie beide jetzt übergeben und Sie bitten, dass sie uns Ihr Referat vorstellen.

Dr. François Prévoteau du Clary:
(Hôpital La Grave, Toulouse)
Guten Tag allerseits ! Zunächst möchte ich Ihnen danken, dass Sie uns zu diesem Kolloquium eingeladen haben und uns erlauben, unsere Arbeit in Toulouse vorzustellen. Meine Kollegin Sylvia Hloschek ist Psychologin und arbeitet in meiner Abteilung, die etwas Besonderes ist, denn es handelt sich eine Abteilung für Sozialmedizin, die in einer Abteilung für Dermatologie angesiedelt ist, die sich schon seit langer Zeit im Stadtzentrum befindet. Diese geographische Lage ist nicht unwichtig, wenn man von Gesundheitsdienstleistungen für sozial schwache Menschen spricht, denn wir werden sehen, dass Menschen mit Schwierigkeiten, um die man sich als Migranten kümmern muss, oft Hilfsstrukturen im Stadtzentrum benötigen. Wir arbeiten beide für die Krankenhäuser von Toulouse, die zusammen die Universitätsklinik Toulouse bilden.

Anmerkungen zum Verständnis der Zuwanderung

Zu Beginn möchte ich gerne einige allgemeine Bemerkungen zur Migration sagen, denn die multikulturelle Gesellschaft ist notwendigerweise, das haben wir gestern gesehen, mit Zuwanderung verbunden, ein wichtiges Phänomen, das noch zunehmen wird. Heute leben 175 Millionen Menschen außerhalb ihres Landes – das sind die Zahlen der WHO von 2003. Es gibt 13 Millionen Flüchtlinge und Asylbewerber, sagt die weltweite Flüchtlingsorganisation. Ein Mensch auf 35 ist Migrant, 20 Millionen afrikanische Une Arbeiter leben außerhalb ihres Landes und 2015 werden 10% aller Afrikaner außerhalb ihres Heimatlandes leben. Einfach nur von Migration und Migranten zu sprechen ist ein wenig oberflächlich. Es ist gut, genauer zu sagen was man meint. Da sind zunächst ie Asylbewerber, die man auf etwa eine Million schätzt ; dann sind da die Umgesiedelten, die aus Gründen der schlechten Entwicklung ihrer Länder auswandern, diese Gruppe umfasst ca. 100 Millionen. Man darf ach die Binnenmigranten nicht vergessen, die aus innenpolitischen Gründen wandern und die insgesamt 20 bis 25 Millionen Personen ausmacht. Es gibt etwa 120 Millionen Arbeitsmigranten, und dann muss man auch die Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention von 1954 nennen die auf 12 Millionen Menschen geschätzt werden. Und dann gibt es noch Arbeiter mit zeitlich befristeten Verträgen, schließlich die Opfer von Menschenhandel (etwa 700.000 bis 800.000 Personen, anderen Quellen zufolge bis zu 4 Millionen) und die geschmuggelten Migranten, die von Schleppern nach Europa gebracht werden, oft in Booten über das Mittelmeer nach Süditalien und Spanien. Es gibt auch Dauermigranten, da sind die Familien all dieser Migranten, vor allem die Familien der Zeitarbeiter, die ausländischen Studenten bei denen man sich manchmal wundert, wie wenig sie sic um Krankenversicherungsschutz kümmern. Das gilt auch für die Länder innerhalb Europas und der EU, wobei sie manchmal Schwierigkeiten bekommen und die Kosten selbst tragen müssen.

In Westeuropa schätzt man 9 Millionen aktive Migranten, d.h. die arbeiten, und 13 Millionen abhängige Migranten. Gleichzeitig hört man immer wieder, dass der Fachkräftemangel in Europa eigentlich zusätzliche 400000 Arbeiter einwandern lassen sollte.

In Frankreich gibt es nach Auffassung aller relevanten Institutionen (das nationale Statistikamt, das französische Amt für Flüchtlingsschutz, der Senat) etwa 5 Millionen Immigranten, wovon ein Drittel aus der EU und Island, Norwegen und Liechtenstein kommen. Im wesentlichen handelt es sich dabei um traditionelle Einwanderung, d.h. aus Italien, Portugal, dem ehemaligen Jugoslawien, aber auch aus Nordafrika, woher aufgrund der besonderen historischen Verbindungen zwischen Marokko, Tunesien und vor allem Algerien, ein drittel der Migranten kommen.

Es scheint genauso viele Frauen wie Männer unter den Migranten zu geben, und das Durchschnittsalter ist mit 45 Jahren höher als das der sonstigen Bevölkerung (38,5 Jahre). Es gibt 2,3 Millionen Einwanderer aus Drittländern, von denen 78% eine Aufenthaltsgenehmigung haben. Es gibt 120.000 Flüchtlinge und 200.000 Empfänger der staatlichen gratis Krankenversicherung. Die Asylbewerber kommen vor allem aus Osteuropa, aus Asien und der Karibik (vor allem Haïti). Diejenigen Personen, die eine Aufenthaltsgenehmigung mit dem Argument beantragen, an einer schweren chronischen Krankheit zu leiden, die im Herkunftsland nicht behandelt werden kann, kommen vor allem aus Nordafrika, West- und Zentralafrika.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass die Immigranten jährlich 300 Milliarden Devisen für ihre Herkunftsländer erwirtschaften. Diese Tatsache ist für die Einschätzung der Migrationsphänomene und für die Frage, was durch die Migration für Austauschprozesse zwischen Ländern in Gang gesetzt werden, absolut zentral. Dies ist eine grundlegende Frage, die auch zum weltweiten politischen Projekt gehört, das von internationalen Organisationen vertreten wird.

Die Diskussionen gestern haben gezeigt, dass die Thematik der Migration automatisch zu philosophischen Fragen der Ethik führt, wobei man Aspekte wie Alterität, die Definition des Anderen, Fragen der Symmetrie, Religion, Menschenwürde, Repräsentation des Menschen, und all diese Aspekte sind für die heutigen Gesellschaften, vor allem für die europäischen, extrem wichtig. Migration verweist uns also auch auf unsere Formen sozialer Organisation, ganz gleich wo und auf welcher Verwaltungsebene, bei Situationen von bürgernahem Service ebenso wie bei großflächigen Ansätzen, auf kommunaler, regionaler, staatlicher und europäischer Ebene.

2007 steht die urbane Gesellschaft für 6,7 Milliarden Menschen, im Jahre 2050 werden es 9,2 Milliarden sein. Mit anderen Worten werden 2050 70% aller Erdbewohner in Städten leben und die Stadtbevölkerung wird dann etwa so groß sein wie heute die gesamte Bevölkerung. Dann wird es voraussichtlich 17 Megacities mit jeweils mehr als 10 Millionen Einwohnern geben.

Die Rechte der Migranten auf Gesundheitsversorgung

Für den internationalen rechtlichen Rahmen zur Gesundheit gilt als Referenz die Grundsatzerklärung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die insbesondere das Recht des einzelnen auf bestmögliche gesundheitliche Verfassung festhält. Dieser Text ist aber nicht der einzige historische internationale Text zu Menschenrechten und zur Gesundheit. Es gibt zum Beispiel die von den Angelsachsen so bezeichnete International Bill of Human Rights sowie eine ganze Reihe zusätzlicher Texte, die gegen Rassendiskriminierung, gegen Diskriminierung von Frauen, gegen grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung gerichtet sind, es gibt einen Sonderkommentar der Vereinten Nationen zum Recht des einzelnen auf bestmögliche gesundheitliche Verfassung, es gibt zwei Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, die sich ständig mit diesen Fragen beschäftigen, nämlich den Sonderberichterstatter für das Recht auf bestmögliche physische und psychische gesundheitliche Verfassung und den Sonderberichterstatter für Achtung der Menschenrechte von Migranten, es gibt eine Vielzahl von Texten, die unter Federführung der Internationalen Arbeitsorganisation verfasst wurden, es gibt Texte und Vereinbarungen, die unter Führung der Vereinten Nationen unterzeichnet wurden, es gibt die Erklärungen der Weltgesundheitsorganisation von Alma Ata, Ottawa und Jakarta und aller Folgekonferenzen, es gibt die europäischen Verträge, es gibt die Kodizes zur öffentlichen Gesundheit und Berufsethik, und schließlich gibt es die großen Internationalen Ethik-Konferenzen von Nürnberg bis Lissabon. Insgesamt existieren 19 internationale Verträge, die das Recht der Völker und nicht nur der Bürger der einzelnen Länder auf Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustands festhalten, die alle von den nationalen Vertretungen eines jeden Mitgliedslandes unterzeichnet wurden. Man muss sich daher zu Recht einige Fragen stellen, wenn man die Kluft in

Frankreich sieht, die zwischen den gesetzlichen Bestimmungen zur Prekarität, also zur Problematik der Migranten, denn deren Zugang zum Gesundheitssystem ist in den Texten zur Prekarität geregelt, und den zahlreichen Schwierigkeiten in der Praxis besteht.

Aktuelle Situation der Systeme für Gesundheit und sozialen Schutz

Alle drei Länder, die im Zentrum dieses Kolloquiums stehen, also Deutschland, Belgien und Frankreich, haben das gleiche Gesundheitssystem, nämlich ein so genanntes Bismarcksches System, das auf Solidarität gründet wie alle Gesundheitssysteme in Europa, wie das nationale britische Gesundheitssystem oder wie die Mischformen in Südeuropa. Aber im Unterschied zum britischen System (National Health System), das auf Steuern beruht, basieren unsere Gesundheitssysteme auf Sozialbeiträgen und stehen damit historisch in einem Zusammenhang zur Arbeit. Zudem werden sie gemeinsam von den Sozialpartnern unter Kontrolle der Parlamente verwaltet, sie befinden sich alle im Defizit und sehen sich zu Reformen gezwungen. Die Gleichung ist also schwierig zu lösen, denn sie stellt die Frage nach dem allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. In Frankreich muss das Gesundheitssystem mehrere Herausforderungen meistern. Um weiterhin Leistungen zur Gesundheit und Pflege von hoher Qualität anbieten zu können, muss es gleichzeitig das Gesetz des allgemeinen Krankenversicherungsschutzes anwenden, die Ausgaben im Gesundheitswesen in den Griff bekommen, die sich mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung, dem technologischen Fortschritt und der Beschäftigungssituation stellen, und es muss die Frage der Erhöhung der Beiträge und Beteiligung der Kranken an den Gesundheitskosten ebenso wie die Regulierung und Organisation des Leistungsangebots lösen. In Europa ist zu beobachten, dass sich die Gesundheitssysteme harmonisieren, und zwar bereits seit Abschluss der Römischen Verträge. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Harmonisierung gehört einerseits der Zugang zum Gesundheitssystem für alle, andererseits eine hohe Qualität der medizinischen Leistungen und schließlich ein verlässliches Funktionieren dieses Systems auf lange Sicht. Zu den weiteren Prinzipien, die zu beachten sind, gehören selbstverständlich Solidarität, Gleichbehandlung und

Allgemeingültigkeit. Die europäische Gesundheitscharta war einer der ersten Grundsteine, die gelegt wurden, doch bringt sie viele Schwierigkeiten mit sich.

Die Frage der Dreimonatsfrist

Was die Fristen anbelangt, vor allem die Dreimonatsfrist, die als Voraussetzung für den Zugang der Migranten zu Gesundheitsleistungen gilt so stehen sie in der alltäglichen Wirklichkeit mit den Problemen von Visa, Tourismus, mehr oder wenig langer Aufenthaltsdauer und mit den Aussichten auf Niederlassung in Zusammenhang. Diese Dreimonatsfrist gilt fast überall: in Kanada, aber auch in den Vereinigten Staaten und fast überall in Europa. Das Problem des Zugangs zum Gesundheitssystem stellt sich vor allem für die Flüchtlinge gemäß der Genfer Konvention, vor allem aus Drittländern, ob sie sich regulär hier aufhalten oder nicht, und die Probleme für die Gesundheitsverwaltungen, für Mediziner und Pflegekräfte betreffen in erster Linie Personen, die keine Rechte haben, vor allem Menschen, die mit Visa eingereist sind, ganz gleich aus welchem Herkunftsland, und für die wir, zumindest in Frankreich, keine Lösung vorgesehen haben. Die Leistungen für diese Personen müssen von Versicherungen übernommen werden, die diese im Herkunftsland bei ihrer Abreise in einem Konsulat oder bei der Beantragung eines Visum abgeschlossen haben. Es versteht sich von selbst, dass diese Versicherungen nicht sehr weitreichend sind.

Medizinischer Bereitschaftsdienst (PASS) in Toulouse

Daher wurde, um die medizinische Versorgung für diese Menschen zu gewährleisten, in Frankreich der so genannte PASS (Permanence d'acces aux soins de santé – Ständiger Zugang zu Gesundheitsleistungen) geschaffen, dessen Einrichtung vom Parlament in einem Gesetz gegen Ausgrenzung verabschiedet wurde. Damit wird in jedem Département mindestens eine öffentliche Einrichtung dazu verpflichtet, eine entsprechende Struktur für Menschen bereitzuhalten, die keine Sozialversicherung und auch nicht die Mittel für Gesundheitsleistungen haben oder deren Krankenversicherung unzureichend ist. Diese Maßnahmen sollen der Diskriminierung entgegen wirken. In

Toulouse haben wir zudem die Chance, dass wir zahnmedizinische Leistungen anbieten können und Menschen, die sich in besonders großen Schwierigkeiten befinden, auch psychologische Hilfe durch meine Kollegin Sylvia Hloschek gewähren können. Hier sollte man die Rechte erweitern und vor allem gegenüber der Lage von Frauen, Kindern und gefährdeten Personen besonders wachsam sein und ihnen bestmögliche Versorgung ermöglichen – ohne Unterschied zum Rest der Bevölkerung, die dieses Gesundheitssystem gemäß gemeinem Recht nutzen kann.

Die Arbeit des PASS steht mit Akteuren auf verschiedenen Ebenen in enger Verbindung. An oberster Stelle steht das so genannte Netz, nämlich ein Netzwerk von Organisationen, Einrichtungen und Vereinigungen, die sich in Toulouse um Menschen in sehr prekären Situationen kümmern. Des Weiteren unterhalten wir eine besonders enge Verbindung zur Krankenkasse (CPAM – Caisse primaire d'assurance maladie, Äquivalent zur AOK), die eine wirkliche Schlüsselrolle spielt und die unsere Sozialarbeiter, die jeweils eine Fallakte erstellen, letztlich als ihre Mittelsleute betrachtet. Sobald die Akten erstellt sind, werden sie auf modernem Weg der Krankenkasse übermittelt, und wir erhalten umgehend eine Bestätigung. Damit kann das Prinzip der sofortigen Inanspruchnahme gewahrt werden, und wir können für diese Personen gesundheitliche Leistungen sicherstellen wie für jeden anderen gemäß dem System des gemeinen Rechts. Menschen mit Gesundheitsproblemen, die nicht auf diese Weise versorgt werden können, vor allem weil die Dreimonatsfrist noch nicht vorüber ist, können sich an den PASS wenden. Hier wird eine Diagnose der Situation erstellt, die das Umfeld, die medizinische, psychologische und soziale Lage der Menschen berücksichtigt, und ein medizinischer Prioritätenplan aufgestellt, je nach Schwere der Erkrankung und Dringlichkeit der Patientenbedürfnisse, denn manche Menschen haben vielleicht ganz andere Prioritäten, die eher Unterkunft oder die Versorgung mit Nahrungsmitteln betreffen. Von dieser Basis aus schaffen wir Anschlussmöglichkeiten für die weitere Versorgung, wobei wir uns um eine funktionierende Verbindung zu den verschiedenen medizinischen Abteilungen und zur Krankenpflege bemühen. Dies ist für einen guten Ablauf sehr wichtig, und eine solche Hierarchisierung ermöglicht den sofortigen Zugang zu biologischen, aber auch zu morphologischen Untersuchungen und, wenn dies erforderlich ist und

von den Ärzten angeraten wurde, die Unterbringung im Krankenhaus. Wir arbeiten auch mit niedrig schwelligen Strukturen wie z. B. einer „Gesundheitsstation“, wo man sich waschen und falls erforderlich neu einkleiden kann, oder mit einem mobilen Team für gesundheitliche und soziale Belange, das durch die Straßen geht und Menschen in schwierigen Situationen, z. B. Frauen mit sehr kleinen Kindern, von dort zu uns bringt, damit wir uns um sie kümmern. Diese Gesundheitsstation bietet eine Unterkunft mit medizinischer Aufsicht, die auch „Betten für Schwache“ genannt wird und Menschen Schutz gewährt, die nicht ins Krankenhaus aufgenommen werden können, aber die man auch nicht einfach auf der Straße lassen kann.

Wichtige Voraussetzung dafür, dass wir aktiv werden können, ist der soziale Krankenversicherungsschutz durch die staatliche medizinische Unterstützung (AME), die allgemeine Übernahme von Kosten im Krankheitsfall (couverture maladie universelle – CMU) oder den Beitrag zur Zusatzversicherung (aide à la mutualisation); die Übernahme der Kosten hat nämlich nichts damit zu tun, ob es sich um einen legalen Aufenthalt handelt oder nicht – dies ist ein ganz anderes Problem – denn auch dies darf nicht dazu führen, zumindest in Frankreich, dass die Menschen nicht medizinisch versorgt werden. In ihrem ergänzenden Teil sieht die CMU vor, dass Kosten für medizinische oder auch soziale Notfälle nachträglich übernommen werden können. Diese Maßnahme wurde im Vereinbarungsprotokoll zwischen der Caisse primaire maladie (CPAM – erste Krankenkasse), dem Universitätskrankenhaus und dem PASS festgehalten.

Zusammengefasst heißt das, dass eine Einrichtung wie unsere, also ein PASS, nicht eine Anlaufstelle für Armut, sondern nach außen offen sein muss, sie muss mit allen Institutionen und mit allen Vereinigungen kooperieren, partnerschaftlich zusammenarbeiten und ein Netzwerk bilden, und sie muss eine solche Denkweise innerhalb des Krankenhauses verbreiten. Auf französischem Boden gibt es ungefähr 350 bis 400 PASS in unterschiedlichen Formen, je nachdem, ob sie auf dem Land oder in der Stadt liegen. Auf dem Land haben sie vielleicht einige Dutzend Fälle im Jahre zu bearbeiten, in der Stadt sind es eher mehrere 1000 Fälle. Diese Bereitschaftsdienste sind kein Ideal an sich, und sie dürfen nicht zu Entlastungseinrichtungen für andere Akteure im Krankenhausbereich werden. Ihre spezifische Aufgabe muss klar erkennbar sein, sie müssen gut integriert sein und auf

Teamarbeit basieren. Jede Behandlung bedeutet vor allem ein persönliches Gespräch, längere und manchmal schwierige Beratungen mit Menschen, die Leid erfahren haben. Für uns bedeutet das, dass wir uns in medizinischer Hinsicht auf wichtige geografische Spurensuche begeben, dass wir viele Telefonkontakte herstellen und dass wir Korrespondenzen führen. In den meisten Fällen sehen wir uns mit psychischem Leid konfrontiert, und wir müssen uns umgehend um Wohnunterkunft, Versorgung mit Lebensmitteln, mit Hygieneartikeln und Bekleidung unserer Patienten kümmern. Es geht um genau das, was in der Charta von Ottawa als Vorbedingungen für Gesundheit genannt wird, ich zitiere: „Gesundheit verlangt, dass eine Reihe von Vorbedingungen erfüllt sind, ansonsten ist der Zugang zu klinischen Leistungen illusorisch." Wir sehen uns also nicht nur mit Problemen der Migration konfrontiert, sondern auch mit Armut, mit biographischen Brüchen und Verletztheit. Wir müssen uns daher nicht nur um Verständnis für diese Menschen bemühen, wir brauchen auch Übersetzer, Dolmetscher und interkulturelle Mittler, damit unserer Einsätze zum Ziel führen können.

Ich möchte Ihnen hier einige Zahlen zu dem Publikum nennen, dass zu uns in den PASS von Toulouse kommt. Wir haben jährlich etwa 6500 Kontakte mit 1500 Besuchern. Eine von fünf Frauen, die zu uns kommen, ist schwanger. Ein Jugendlicher von sechs ist von Zuhause weggelaufen, 86 Prozent der Menschen sind ohne Arbeit, 75 Prozent sind ohne finanzielle Mittel, 82 Prozent ohne Wohnsitz, fast 60 Prozent haben offenbar keinen Krankenversicherungsschutz, mehr als 80 Prozent haben keine Zusatzkrankenversicherung (über die staatliche Mindestleistung in Frankreich hinaus), niemand hat einen Hausarzt, die meisten sprechen französisch, und 60 Prozent von ihnen halten sich unter administrativen Gesichtspunkten legal bei uns auf. Was die Nationalitäten anbelangt, so sind drei Viertel unserer Patienten Ausländer, ein Viertel kommt aus dem Maghreb, ein Viertel aus übrigen Ländern Afrikas und die anderen aus weiteren Ländern. Von 300 Jugendlichen haben 80 Prozent keinen festen Wohnsitz. Meist werden schwere medizinische Diagnosen erstellt, auch die psychiatrischen Diagnosen sind häufig schwer mit vielen posttraumatischen Zuständen nach sexuellen Übergriffen oder unmenschlichen, grausamen und erniedrigenden Behandlungen. Oft geht es um extremen Mangel und dringende Notfällen.

OLAF HAHN:
Ganz herzlichen Dank für diesen Vortrag, der uns von den weltweiten Zahlen bis hinein in ihre konkrete Tätigkeit in Toulouse geführt hat. Vielleicht eine erste Frage kurz an Sie im Saal. Haben Sie konkrete Präzisionsrückfragen, Verständnisfragen, die Sie vielleicht jetzt schon stellen möchten? Ansonsten würden wir gleich zum zweiten Referat übergehen.

MUSTAFA TURGUT CAKMAKOĞLU:
(Migrantenbeauftragter Bezirksamt Berlin Mitte)
Ich bin Migrantenbeauftragter im Bezirk Berlin-Mitte. Auch wenn die Gesundheitsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland ganz perfekt reguliert und organisiert ist, gibt es in Deutschland bzw. Berlin Illegale, die kaum einen Spielraum haben um sich irgendwo behandeln lassen zu können. Es sei denn es gibt Organisationen, die freiwillig bereit sind und auch in der Lage sind, sie zu behandeln, ohne die Polizei zu benachrichtigen. Gibt es so was auch in ihrer Stadt?

SYLVIA HLOSCHEK:
(Psychologin, Hôpital la Grave, Toulouse)
Welche Fälle sind das genau?

MUSTAFA TURGUT CAKMAKOĞLU:
Illegale, die krank sind. Es gibt in Deutschland ein Gesetz, dass alle öffentlichen Stellen verpflichtet sind die Polizei zu benachrichtigen, wenn sie feststellen, dass sich jemand in der Bundesrepublik Deutschland illegal aufhält. Deswegen sind alle staatlichen Stellen verpflichtet sofort die Polizei einzuschalten. Es gibt nur einige Organisationen, keine staatlichen Organisationen, sondern NGOs, die freiwillig bereit sind die Gesundheit dieser Menschen zu gewährleisten. Gibt es solche Einrichtungen oder existiert dieses Problem überhaupt auch in Frankreich.

SYLVIA HLOSCHEK:
Nur mal kurz zu meiner Population. Ungefähr 50% meiner Patienten, die zu mir kommen sind illegal.

FRANCOIS PREVOTEAU DU CLARY:
Viele der Migranten, die zur Beratung in unsere Einrichtungen kommen, halten sich illegal bei uns auf. Die gesundheitlichen Probleme der Menschen, die uns aufsuchen, betreffen also Menschen mit illegalem Status. In Frankreich wird aber kein Zusammenhang hergestellt zwischen Illegalität, dem unerlaubten Aufenthalt auf unserem Territorium, einerseits und dem Problem der Kostenübernahme für medizinische Leistungen, dem Anrecht auf staatliche medizinische Unterstützung (AME) und dem Zugang zu einem Gesundheitssystem, das für jedermann eine Versorgung ermöglicht, andererseits. Glücklicherweise haben wir hier kein Problem, d. h. wir können Menschen mit illegalem Aufenthaltsstatus auf unserem Staatsgebiet oder auch Flüchtlinge gemäß der Genfer Konvention versorgen, die den Status eines politischen Flüchtlings beantragen, auch wenn man nicht weiß, ob dieser anerkannt wird. Der Anspruch auf Krankenversicherung ist gemäß der beiden Möglichkeiten, die ich oben genannt habe, sofort gewährleistet, und auch nach Ablauf von drei Monaten kann man diese Menschen medizinisch versorgen. Wenn sie innerhalb dieser Frist Hilfe brauchen, erhalten Sie von uns die erforderliche Behandlung wie jeder andere auch.

OLAF HAHN:
Herzlichen Dank. Eine Frage gleich von meiner Rechten.

PROF. DR. HANS-ULRICH KLÖR:
(Zweiter Vorsitzender der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung e.V., Giessen)
Einfach eine Ergänzung. In Deutschland betrifft das, was eben gesagt wurde, ja tatsächlich nur die absolut Illegalen, die überhaupt nicht bekannt sind. Asylsuchende, die jetzt angesprochen wurden, die genießen sofort den Schutz, schon auf dem Flughafen. Wenn sie auf dem Flughafen Frankfurt landen und krank sind, werden sie sofort behandelt. Egal ob ihr Status anerkannt wird oder nicht. Das spielt keine Rolle. Es sind also nur die absolut Illegalen, von denen keiner weiß, dass sie überhaupt im Land sind. Also was ja natürlich in Frankreich offenbar auch sehr häufig ist.

MUSTAPHA EL HAMDANI:
(Conseiller municipal, Ville de Strasbourg)
Nur eine kurze Anmerkung: Es ist richtig, dass es bei den medizinischen Versorgungsstationen in Frankreich noch keine Denunziation gibt. Allerdings weiß die Polizei, wo sie Personen finden kann, die sich illegal hier aufhalten, und sie postiert sich häufig vor dem Eingang dieser Zentren, um sie festzunehmen.

FRANCOIS PRÉVOTEAU DU CLARY:
Das kommt auf die einzelnen Orte an, und ich hoffe, dass dies nicht sehr häufig der Fall ist und dass die Interessenvereinigungen gegen solche Art von Verhaftungen in Frankreich vorgehen. Aber auf jeden Fall betrifft dies unsere Einrichtung nicht; auf ein solches Vorgehen würden alle, die bei uns beschäftigt sind, ob es sich um Ärzte oder andere Mitarbeiter handelt, so heftig reagieren, wie man es sich kaum vorstellen kann. Glücklicherweise gibt es Schutz für diese Menschen, dennoch muss man tagtäglich daran arbeiten und dafür kämpfen, dass diese Einrichtungen weiterhin tätig sein können.

BERNARD DALLONS :
(Präsident des CPAS, Charleroi)
Wir haben in Belgien ein Bundesgesetz zur medizinischen Versorgung im Notfall, das jedem einzelnen das Recht gibt, sich therapeutisch oder sogar präventiv behandeln zu lassen. Dafür sind die lokalen Körperschaften zuständig. Wenn also jemand zum Arzt geht und dieser eine medizinische Behandlung bescheinigt, dann übernehmen anschließend die lokalen Körperschaften die Bezahlung für die medizinische Leistung.

Hinzukommt, dass die Städte hier sehr aktiv sind in den so genannten Öffentlichen Zentren für soziales Handeln (CPAS – Centre public d'action sociale). In Brüssel gibt es die Gesundheitskarte, und in Charleroi wird man bald den so genannten Gesundheitspass einführen, die genaue Angaben zu den Patienten enthalten. Bei den Menschen, die sich illegal bei uns aufhalten, herrscht diese Angst vor Denunziation nicht.

OLAF HAHN:
Ganz herzlichen Dank. Das hätte ich sonst noch nachher gefragt wie es in Belgien denn ausschaut. So haben wir jetzt gleich an dieser Stelle die drei Länder zusammen. Ich würde jetzt vorschlagen, nachdem Herr Klör zu diesem Punkt noch eine kurze Replik beitragen möchte, dass Sie dann auch gleich, Herr Klör, in Ihr Referat einsteigen.

Hans-Ulrich Klör:
Nur zur Ergänzung. Wir haben in natürlichen Kliniken, ich komme aus einer Universitätsklinik, relativ häufig Patienten, die im Sinne des belgischen Kollegen *irgendwoher* kommen. Die sind in Deutschland aber im Bereich des Sozialamtes erfasst. Das Sozialamt übernimmt dann letztlich die Kosten. Hier wird noch ein bisschen gestritten *„ist da noch irgendwo eine Geldquelle zu finden?“,* so ähnlich wie in Belgien. Aber letztendlich übernimmt das Sozialamt das. Dies ist dann auch ein lokaler Kostenträger. Es ist zwar Steuergeld, aber letztlich muss die Gemeinde, wo das dann passiert, dieses aufbringen. So dass dann natürlich die Gemeinden auch ein Interesse daran haben, dass es möglichst bald geklärt wird, ob irgendwo Versicherungsverhältnisse bestehen oder nicht.

Ich darf dann gleich weiter machen.

Ich repräsentiere eine Organisation, die jetzt genau 20 Jahre alt ist. Wenn Sie genau hingucken, können Sie rechts oben in unserem Emblem das Jahr 1988 sehen. Meines Wissens sind wir die älteste gesundheitsbezogene Migrantenorganisation in Deutschland und es gibt so eine Art Zwanzigjahresrhythmus, der in diesem Zusammenhang interessant ist und das will ich kurz ansprechen.

Impulsreferat Teil 1

Die große Welle der Migration nach Deutschland aus den Mittelmeerländern und vor allem aus der Türkei lief ab Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre. Es war eine geplante und keine spontane Einwanderung, wie das in den klassischen Einwanderungsländern ist. Es wurden vor allem Männer gesucht, um die Arbeitsplätze in den Fabriken zu übernehmen. Ab den 60er Jahren zeichnete sich ein Arbeitskräftemangel ab und so hat man eine gewisse Kategorie von Leuten her-

ein gelassen, regelrecht angeworben aus der Türkei zum Beispiel. Ich selbst, um das aus persönlicher Erfahrung hinzuzufügen, habe 1968 als junger Arzt in der Firma Opel am Wochenende die neu angekommenen türkischen Arbeiter untersucht, die mit ihrem einzigen Anzug und einem Pappkoffer nach vier Tagen Zugfahrt aus dem Inneren Anatoliens in Deutschland angekommen waren. Das ist die erste Generation gewesen. Es hat eine Weile gedauert bis erkannt wurde, dass es einige Krankheitsbilder gibt, die mit der Migration teilweise zu tun haben. Dabei handelt es sich um mitgebrachte Erkrankungen, aber auch um in Deutschland entstandene Erkrankungen, die sich aber in Häufigkeit und Intensität von der Erkrankung durchschnittlicher deutscher Bürger unterscheiden. Das war eigentlich der Ursprung unserer deutsch-türkischen Gesundheitsstiftung. Wir haben uns dann später auch mit soziokulturellen Fragen beschäftigt, die in den Bereich der Erziehung gehen.

Was ich heute vorstellen möchte ist ein Projekt, das auf der Erkenntnis beruht, dass für viele Erkrankungssituationen – sei es für Infektionskrankheiten, z.B. Hepatitis, für Viruserkrankungen, aber auch für Herzkreislauferkrankungen – die individuelle Einstellung des Patienten sehr wichtig ist. Vorsorge und Aufklärung gelten als zentrale Punkte der medizinischen Versorgung. Nun stellt sich im Falle der Migranten, bei uns der Türken, die Frage, wie man Zugang zu den Individuen bekommt. Die Betroffenen leben teilweise schon seit 40 Jahren hier und kommen in Alterskategorien, wo man damit rechnen muss, dass diese Erkrankungen relativ häufig sind. In vielen Gesprächen im Zusammenhang dieses Projekts hat sich ergeben, dass eine Möglichkeit, den Kontakt zu den Individuen zu bekommen und Einfluss zu nehmen, in der Nutzung der religiösen Strukturen, also der Moscheevereine, liegt. Es ist unser Ziel, die Prediger, die Vorsitzenden der Vereine und auch der Frauenorganisationen, die es in den Moscheen gibt, zu sensibilisieren und dazu zu bewegen, diese Themen gegenüber den Gläubigen anzusprechen.

Das Projekt wurde primär in Hessen durchgeführt und richtet sich vor allem an Imame, an die Vorsitzenden der Moscheevereine und der Frauenvereine. Ziel war es letztlich, durch gezielte Unterrichtsstunden über bestimmte Krankheitsprozesse zu unterrichten und auch soweit auszubilden, dass sie dann selbst in der Lage sind, diese Informationen weiter zu geben. Wir haben dann in einem zweiten Schritt diese

Gelegenheit benutzt, um auch Fragen der Bildung, der schulischen Bildung, des Spracherwerbs anzusprechen, um die Bedeutung dieser Dinge klar zu machen. Vor allem für die zweite oder dritte Generation von Jugendlichen sind ja diese Themen für das berufliche Fortkommen ganz zentral. Die Projektstandorte wurden ausgesucht in den Ballungszentren, weswegen das heutige Thema auch gut dazu passt. Kassel ist eine mittlere Großstadt, die vor allem durch die Arbeitswelt, besonders durch ein VW-Werk dominiert wird mit 30.000 oder 40.000 Arbeitern und einer sehr großen türkischen Population. Deshalb gibt es dort 12 Moscheevereine. Dann Frankfurt als internationales Zentrum mit vielen Muslimen. Und auch Gießen, hier spielt vor allem die Industrie in Wetzlar eine große Rolle, wo zahlreiche Türken arbeiten. Diese Ballungsräume wurden entsprechend aktiviert, und es wurden dann Module zusammengestellt, die diese Themen bearbeiten sollten.

2007 wurden an drei Standorten in 56 Moscheen in 18 verschiedenen Modulen je 60 Teilnehmer geschult, so dass eine ziemlich große Zahl von geschulten Personen daraus hervorging. Besonders wichtig sind uns dabei die Frauenvereine, denn die Frauen haben eine besonders wichtige Rolle bei den Gesundheitsfragen in der Familie. Die Moscheevereine, die letztlich das Zielgebiet dieses Projekts sind, haben jeweils etwa 200 Mitglieder, so dass man etwa 10.000 Menschen dadurch erreichen kann.

Es stellt sich bei solchen Projekten ja immer die Frage, wie groß die potentielle Ausstrahlung sein kann. Denn es nützt wenig, wenige Leute auszubilden, die dann in der Realität keinen Einfluss haben. Das ist dann relativ uninteressant.

Um die Ergebnisse weiter abzusichern, haben wir auch Fortbildungen für Ärzte an den Standorten gemacht, 5 ganztägige Fortbildungen, mit Betonung derselben Themen, die auch in den Predigerschulungen angesprochen werden. Dazu gehört z.B. Diabetis, eine Krankheit, die bei Türken über 50 Jahre weitaus häufiger auftritt als bei der deutschen Population. Wir haben dazu mehrere Studien gemacht. Es gibt weitere Problembereiche, so die Herzinfarkte, die bei türkischen Männern aufgrund verschiedener Risiken 10 Jahre früher auftreten als bei deutschen Männern. Ein Risikofaktor ist das sehr häufige Rauchen bei türkischen Männern. Diese Themen kann man ansprechen und hinzu kommt, dass es ja im Islam eine gewisse religiöse Verant-

wortung für das eigene Wohlergehen gibt. Dies wird übrigens in den christlichen Kirchen als Postulat nicht vorangetrieben, obwohl man auch in der christlichen Religion dafür Argumente finden könnte. Das spielt im Islam eine relativ große Rolle und stärkt die Wirkung dieser Programme in den Moscheevereinen. Diese Ausbildungen wurden von der Ärztekammer in Hessen zertifiziert und fachlich abgesichert.

Ein weiteres interessantes Projekt war die Fortsetzung dieser Initiative in den Laienbereich, also über die Moscheen hinaus. Es wurden 24 Seminare von Personen, die selbst geschult worden waren, durchgeführt. Das Programm ist erst ein Jahr alt und man kann noch nicht richtig evaluieren, aber das Material, das in den ersten Kursen erarbeitet wurde, konnte in den Schulungen für die Laien sehr gut zum Einsatz kommen. Wir waren selbst über das große Interesse an den Veranstaltungen überrascht. Es haben jeweils ca. 70 Personen teilgenommen. Das deutet darauf hin, dass ein reines Informationsdefizit bei den Migranten vorliegt, denn die deutsche Bevölkerung beschäftigt sich ohnehin dauernd mit diesem Themen und würde zu solchen Schulungen nicht so zahlreich kommen. Als Zusammenfassung kann man festhalten, dass es großes Interesse gibt und ein klarer Aufklärungsbedarf besteht. Der Charme dieser Initiative besteht darin, dass man auf wöchentlicher Basis, meistens zum Freitagsgebet, Kontakt mit den Multiplikatoren hat und so von der Kontinuität dieser Aktivität ausgehen kann.

Wir versuchen jetzt zu evaluieren, wir haben mit unseren Statistikern Fragebögen entwickelt, um gewisse medizinische Grundkenntnisse abzufragen, und es sieht so aus, als ob die Schlungen einen gewissen Effekt gehabt hätten. Als Wissenschaftler muss man solche Ergebnisse immer hinterfragen, aber es ist wohl tatsächlich so, dass in den Kursen Gesundheitsfragen angesprochen werden können, und diese Informationen führen dann dazu, dass die Betroffenen ihren Arzt aufsuchen und einer Behandlung zugeführt werden.

Aus Sicht der Migranten liegt hier das grundsätzliche Problem, denn die Versicherten nehmen die ihnen zustehenden Leistungen zu wenig in Anspruch. Wir haben aus anderen Bundesländern viele Anfragen und das zeigt, dass eine solche Aktion sinnvoll ist. Der Aufwand ist vergleichsweise finanziell gering und die Ergebnisse im Verhältnis dazu gut.

OLAF HAHN:
Ganz herzlichen Dank Herr Prof. Klör. Vielleicht eine kurze Rückfrage von meiner Seite. Wie kommen Sie denn an die Moscheevereine heran und bringen denen sozusagen das Problem nahe um das es geht?

HANS-ULRICH KLÖR:
Das ist eine Sache des Netzwerks. Wenn man 20 Jahre als Organisation existiert, ist man in den Migrantenkreisen bekannt und das hat das ermöglicht. Das ist nicht wirklich ein Problem. Aber es zeigt, dass man eben erst einmal als Organisation einen Bekanntheitsgrad erreichen muss bevor tatsächlich dann die Aktivität losgehen kann. Natürlich geht es über die Medien schneller. Auch das haben wir gemacht. Wir haben die Medien eingeschaltet und gesagt „*wir wollen jetzt dieses Programm starten*, *bitte druckt das ab und weist auf dieses Programm hin*“ und das hat auch sehr gut geklappt.

OLAF HAHN:
Meine Damen und Herren, vielleicht haben Sie direkte Rückfragen an Herrn Prof. Klör?

AYSE ÖKTEM:
(Projektleitung JuMBO @ Mook Wat e.V., Hamburg)
Ich hab mehrere Fragen direkt. Mir ist aufgefallen, dass sich im Namen Ihrer Organisation ein Fehler befindet. Dieser führt zu einer falschen Aussprache des Namens. Der Fehler geht darauf zurück, dass der Name nicht mit den türkischen Buchstaben geschrieben wurde.

HANS-ULRICH KLÖR:
Das hat einen einfachen Grund. Das notwendige Zeichen gibt es in meinem Computer nicht. Ich glaube, dass das auch nur ein Detail ist.

AISHE ÖKTEM:
Ich kann Ihnen den Weg bei Microsoft Word erklären, das Zeichen gibt es nämlich. So etwas ist sehr wichtig und führt mich zu meiner Frage. Gerade in der Gesundheitsversorgung und gerade bei älteren Migranten ist es sehr wichtig, dass die Migranten in ihrer Muttersprache angesprochen werden können. Ich muss gestehen, dass wenn ich irgendwas in die Hand bekäme wo so ein Fehler ist, jetzt halte ich

mich doch an einem Detail auf, würde ich nicht wirklich weiter lesen als Türkin. Weil ich sagen würde, *was wollen die von mir, die können noch nicht mal meine Sprache richtig schreiben, was wollen die eigentlich von mir?*

Deswegen die Frage. In welcher Sprache wird die Zielgruppe angesprochen, auf Deutsch oder auf Türkisch? Das wäre die erste Frage. Die zweite Frage: wer genau ist die Zielgruppe? Sie haben gesagt die Türken, die türkischen Migranten und Sie sprechen Moscheevereine an. Ein großer Teil der Türken sind Aleviten, die sind in den Moscheevereinen nicht repräsentiert. Wenden Sie sich auch an die Aleviten oder an Türken, die nicht immer zum Freitagsgebet kommen? Oder ist die Zielgruppe wirklich die religiösen, sunnitischen Türken, die in den Moscheenvereinen repräsentiert sind? Und was passiert mit den anderen? Und damit auch: wer macht die Schulungen für die Prediger? Werden die gemacht von türkischen Experten, werden die gemacht von deutschen Experten und in welcher Sprache werden die Schulungen für die Prediger durchgeführt?

HANS-ULRICH KLÖR:
Wenn Sie sich unsere Flyer anschauen, da steht das alles korrekt. Das ist vielleicht ein Detail, auf das wir nicht so sehr eingehen sollten. Alle Mitarbeiter in der TDG sind zweisprachig, das ist natürlich gewährleistet. Sie haben auch entsprechende Buchstaben auf ihren Computer. Also das würde ich jetzt nicht so sehr als Problem sehen.

Sämtliche Kurse werden natürlich auf Türkisch gemacht. Von Ärzten, die eben zweisprachig sind, die zum Teil in der Türkei selbst ausgebildet worden sind oder auch hier in Deutschland.

Es ist ein Modellprojekt, ich hab das betont, das natürlich nicht umfassend für sämtliche Türken in Deutschland gedacht ist. Sondern es ist eines der Programme, ich habe aus Zeitgründen nicht alle anderen Programme angesprochen, die wir seit zwanzig Jahren machen. Es ist einfach eine Möglichkeit die sich uns geboten hat unsere Aktivitäten nicht nur über die Medien zu machen, sondern auch an anderer Stelle. Es bestand die Frage, *kann man diese Kanäle benutzen?* und so hat es auch mit der Einstellung zum Islam oder zur Religion im Allgemeinen eigentlich nichts zu tun. Es ist eine Möglichkeit die Population der türkischen Migranten anzusprechen. Und wie gesagt, das

gesamte Material ist natürlich auf Türkisch und auf Deutsch verfasst und alle Lehrer die dort tätig sind, sind zweisprachig.

OLAF HAHN:
Vielleicht noch ein Wort zu den Aleviten Herr Klör, das wurde noch gefragt.

HANS-ULRICH KLÖR:
Das ist ein Spezialfall. Wir haben gute Kontakte. Ich mache das natürlich nicht persönlich, sondern Herr Bilgin macht das. Da ist sicher kein Problem. Noch mal, ich möchte diesen religiösen Aspekt überhaupt da raus haben aus der ganzen Diskussion. Das spielt keine Rolle. Sondern es ist eine Möglichkeit Leute anzusprechen, die vielleicht sonst überhaupt nicht gesundheitspolitisch ansprechbar sind. Das ist das Ziel dieser Initiative.

AHMED MOUHSSIN :
(Mouvement contre le Racisme, l'Antisémitisme et la Xénophobie, Bruxelles)
Ich möchte zunächst eine Anmerkung zur medizinischen Notfallversorgung in Belgien machen und etwas ergänzen, was Entbindungen anbelangt. Für Personen ohne soziale Absicherung werden die Kosten für Entbindungen übernommen, aber z. B. die peridurale Anästhesie wird als Luxusbehandlung betrachtet und daher nicht bezahlt. Das heißt, dass jemand ohne soziale Absicherung keine Periduralanästhesie bekommt. Dies zeigt meiner Ansicht nach ganz deutlich, und ich glaube, alle Frauen verstehen dies, wie man Fremde hier betrachtet, die kein Recht haben, wenn man ihnen sagt, dass die Periduralanästhesie eine Luxusbehandlung ist. Ich finde, dieses Beispiel darf man nicht übersehen. Im letzten Jahr fand in Brüssel ein Kolloquium statt mit dem Titel „In Brüssel gut alt werden". Es ging dort um die Frage der alternden Migranten in dieser Stadt und um eine Bevölkerung, die sich aus verschiedenen Gründen nicht an die zahlreichen Hilfsangebote wendet, die zur Verfügung stehen. Dies liegt nicht nur an mangelnden Informationen, sondern auch an kulturellen Fragen. So hat man zum Beispiel festgestellt, dass in Brüssel sehr alte Menschen, häufig Menschen aus der muslimischen Gemeinde, nicht in Altersheime gehen, weil dies für ihre Kinder bedeutete, sie zu verlas-

sen, was einem Verrat gleich käme und ein schlechtes Licht auf sie werfen würde. Meine Frage zielt daher auf die Informationsarbeit, die ihre Aktionen begleiten, von denen sie eben gesprochen haben. Kommt es bei ihnen vor, dass sie mit unterschiedlichen kulturellen Denkweisen konfrontiert werden, die verhindern, dass jemand die verfügbaren Angebote zur Pflege und Gesundheit nicht in Anspruch nimmt, obwohl er sie kennt.

HANS-ULRICH KLÖR:

Impulsreferat Teil 2

Das bringt mich im Prinzip zu dem zweiten Thema, das ich kurz besprechen wollte. Wir haben genau das Problem, das Sie angesprochen haben, seit langem im Auge. Es ist klar, dass es heute, da ja die geplante Migration vor 40 Jahren mit Individuen, die 20/25 Jahre waren, stattfand, natürlicherweise zu gewissen Problemen, mit den jetzt um die 60 jährigen Migranten kommt. Das Problem der Pensionierung zum Beispiel und dann eventuell auch das Auftreten von sehr altersspezifischen Erkrankungen wie zum Beispiel eines Schlaganfalls, der dann dazu führt, dass eben Pflegebedürftigkeit besteht. Dies haben wir seit knapp 10 Jahren etwa antizipiert und ein Altenpflegeprojekt ins Leben gerufen in verschiedenen Segmenten.

Das möchte ich jetzt vielleicht in ein paar Minuten kurz darstellen, weil es in diesem Gebiet eben nichts dergleichen in Deutschland gab. Wir haben zwischen 1997 und 2001 etwas eingeführt, das wir kultursensible Altenpflege nennen. Das ist natürlich ein schreckliches Wort, denn die Kultur ist nicht sensibel, sondern das sind eben besondere Eigenarten der Einwohner Deutschlands, auf die Rücksicht genommen werden soll. Aber das hat sich so eingebürgert als Terminus und deswegen wird es auch weiter hier in meinem Referat verwendet. Dieses Modellprojekt haben wir dann weitergeführt und haben es zum Anlass genommen den Beruf des Altenpflegers in der Türkei zu fördern, den es bis dahin dort gar nicht gab. Einer der Gründe, warum ältere türkischstämmige Bürger nicht in die Türkei zurückgehen ist, dass sie diese Pflegemöglichkeiten, wie wir sie hier haben, in der Türkei nicht finden und da sollte etwas durch unser Modellprojekt verbessert werden.

Es wurde dann schließlich ein Projekt gestartet, das auf das Bundesaltenpflegegesetz Bezug nimmt. Das Bundesaltenpflegegesetz regelt die Vorgehensweise bei der Altenpflege, aber natürlich nicht speziell unter dem Stichpunkt der Migranten. Ein Hauptziel des Projekts war, diese Möglichkeit der kultursensiblen Pflege überhaupt bei Migranten und Migrantinnen bekannt zu machen. Also vor allem in den Familien. Ihnen zeigen, dass es diese Leistung gibt und ihnen auch die Sorge nehmen, dass wenn man da hin kommt völlig isoliert ist. Ein Schlaganfall und seine Auswirkungen – Sprachstörungen zum Beispiel, mit denen niemand mehr einen versteht – das ist eine enorm beängstigende Situation, die man dann vor sich hat. In so einer Situation sollten eben die betroffenen Migrantenfamilien schon mal bescheid wissen, dass es so eine kultursensible Altenpflege überhaupt gibt.

Wir haben zahlreiche Pressmeldungen und Aufklärungskampagnen gemacht um der ersten Generation dies klar zu machen und wir haben dann konkrete Schritte unternommen jüngere Leute vor allen Dingen dafür zu interessieren, dass sie sich in die Altenpflegerausbildung integrieren. Das ist eine dreijährige Ausbildung in Deutschland, die durchaus einen gewissen Anspruch hat, auch an medizinischen Kenntnissen und das war der Hintergrund dieses Programms. Dazu kommt noch, dass sich bei uns spontan relativ viele Leute gemeldet haben, die zwar einen guten Schulabschluss hatten im Herkunftsland, also in der Türkei, aber erst relativ spät nach Deutschland gekommen sind und die sozusagen diese Situation besonders gut emotional eigentlich auch verstehen, aber die dann Angst hatten, dass ihre Ausbildungshintergrund nicht anerkannt würde.

Um diese Gruppe haben wir uns dann besonders gekümmert. Und wir haben natürlich die Altenpflegeeinrichtungen und ihre Träger (in Deutschland sind das vor allem karitative Organisationen), die Kirchen, aber auch öffentlichen Einrichtungen, dafür interessiert eben sich um Migranten in der Altenpflege als entsprechende Bewohner von solchen Heimen zu kümmern. Wir haben in den Schulen angefangen über diese Möglichkeit zu reden und haben dann regelrechte Kurse abgehalten in Verbindung mit dafür spezialisierten Institutionen. Wir haben die türkisch- und natürlich auch die deutschsprachigen Medien, Zeitungsanzeigen, das Fernsehen, Radioberichte benutzt um das Programm bekannt zu machen und haben auch türkisch- und

deutschsprachige Informationsbroschüren, eine ist hier auf dem Tisch, produziert, um das Ganze eben richtig zu integrieren.

Wir haben sehr enge Verbindungen auch in Giessen mit entsprechenden Heimen gesucht und gerade bei der Caritas zum Beispiel sehr viel Verständnis gefunden. Ein gemeinsames Sommerfest konnte zusammen mit den deutschsprachigen Altenheimbewohnern organisiert werden und das ist inzwischen eine Tradition geworden und wir machen es schon seit vier oder fünf Jahren.

Auch die lokale Politik unterstützt unser Projekt sehr stark und es ist also begriffen worden, dass das ein sehr wichtiges Thema ist. Ein großes Hindernis ist, dass man die Kandidaten für eine Ausbildung sehr stark individuell betreuen muss. Weil sie eben sehr große Ängste haben und man musste sehr genau auf die individuelle Biografie eingehen, auf den schulischen Werdegang, aber auch auf die derzeitigen Arbeits- und Familienverhältnisse und man musste vor allen Dingen auch vermitteln, was denn nun das deutsche System ist in Punkto Ausbildung zur Altenpflege. Das war dann erst einmal eine Vorarbeit, die geleistet werden musste.

Es gab relativ viele Vorurteile, gerade auch bei den Bewerbern. Altenpflege gilt als eine etwas niedere Arbeit, als Hilfskraft ohne Ausbildung sozusagen. *Nur ein bisschen putzen und versorgen, dass eben die Hygiene stimmt*. Aber das ist natürlich viel zu kurz getreten. Das war eine Verwechslung von Altenpflege und Hilfskrafttätigkeit, sozusagen „Putzfrau-Niveau“, was hier vor allen Dingen zu Missverständnissen führte. Es fehlte auch ein Wissen über die Fortbildungs- und Aufstiegschancen. Das kommt auch daher, dass wie ich bereits sagte, in der Türkei selbst, dieser Beruf eigentlich nicht institutionalisiert ist und deswegen keine wirklichen Kenntnisse dazu bestanden.

Die Altersstruktur der Bewerber ist sehr interessant. Es sind hier 400 Bewerber. Insgesamt wurden 600 Individuen ausgebildet im Laufe der Jahre. Die meisten sind im mittleren Lebensalter, aber auch ältere Personen über vierzig wurden ausgebildet. Und die haben dann natürlich große Sprachprobleme. Das ist das, was die normale, nicht integrierte, nicht betreute Ausbildung sehr stark stört. Deshalb hatten die meisten, auch wenn sie sich vorher schon bemüht hatten, keinen Erfolg gehabt. Auch wenn sie interessiert waren an diesem Berufszweig. Und wir haben dann besonders mit den Familien gearbeitet.

Man musste ja auch dafür sorgen, dass in den Familien für diesen Beruf auch Verständnis erweckt wurde.

Mit diesen Bewerbern musste man dann ganz praktische Arbeiten machen und schauen, wie die Kinderbetreuung dann abzulaufen hatte, wie die Finanzierung der eigenen Ausgaben während der Ausbildung gewährleistet werden könnte. Also sehr konkrete soziale Probleme bestanden. Auf der anderen Seite mussten wir dann auch die Ausbildungsinstitution für dieses Thema interessieren und Hindernisse abbauen. Hier mal eine Auflistung weiterer konkreter Aktivitäten: Wir haben geholfen bei den Bewerbungsunterlagen, bei der Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse. Wir sind auch aktiv bei Vorstellungsgesprächen mit dabei gewesen und wir haben auch geholfen bei der Praktikumsplatzsuche. Darüber hinaus haben wir die begleitenden Institutionen entsprechend bearbeitet und informiert. Sie sehen aus der Zahl der individuellen Beratungen, das sind knapp 4000, dass pro Teilnehmer doch zehn solcher Aktivitäten notwendig werden. Es ist also eine sehr intensive Arbeit im Vorfeld und auch während der Ausbildung, die man im Rahmen dieses Programms hat machen müssen, um es zum Erfolg zu führen.

Das ist glaub ich das Wesentliche. Das interessante ist, dass eben die Ausbildungsstruktur der älteren Individuen, die erst kürzlich zugereist waren, eher in Richtung bessere Schulbildung geht, also Realschule, Berufsgymnasium oder Gymnasium und dass die jungen Leute aus Deutschland, denen die Anforderungen klar waren, dass man eben Haupt- oder Realschulabschluss brauchte, hauptsächlich von diesen Schulen kamen. Dies hat sich im Übrigen geändert. Man braucht also Realschule, auch für diese Ausbildung, sodass dann wieder das Niveau angehoben wird und dass wir dann wahrscheinlich auch zusätzlich noch intensiver arbeiten müssen um das Programm nicht wieder versacken zu lassen. Das ist eigentlich die wesentliche Botschaft, die aus diesem Programm zu erzählen ist.

OLAF HAHN:
Herzlichen Dank Herr Klör. Das war gleich als Antwort auf die Frage ein kleiner Vortrag, der aber einen guten Einblick in Ihr Projekt gegeben hat. Es gibt hier rechts eine Frage.

KARL ERNST FORISCH:
(Integrationsbeauftragter Rhein-Erft-Kreis, Bergheim)
Mich interessiert natürlich auch Ihre Erfahrung im Bereich des Gesundheits- und Pflegediensts, also ambulante Krankenhilfe, sag ich jetzt mal, und die Erfahrungen im Bereich der institutionellen Träger mit Pflege- oder Betreuungsplätzen von Menschen mit Migrationshintergrund. Also die Erkenntnis, die wir vor Ort haben ist ganz einfach die, dass es zwar Programme gibt, also unter anderem konfessionsungebundene in Köln. Sie werden die große Diskussion um den Moscheenbau in Ehrenfeld sicher mitbekommen haben. Also in sofern gibt es da Parallelen. Dann bin ich bei einer Veranstaltung gewesen, wo mit farbigen Fotos das ganze registriert und dargestellt wurde und dann hab ich nachgefragt, *ja wie viele Leute sind denn da*. Dann kam da unterm Strich raus: keiner. Das ist die Problematik insgesamt.

Und die zweite Situation ist natürlich die, dass wir uns auch versprechen und zwar gerade im Bereich der ambulanten Krankenpflege, dass wir hier private Unternehmen haben, die dann die Angebote bringen, wobei wir dann natürlich auch einen positiven Einfluss im Bereich der Arbeitsmarktsituation haben wollen, denn da gibt es ja genügend Defizite, die dann ausgeglichen werden wollen. Da hätte ich gerne gewusst, wie das bei Ihnen aussieht.

HANS-ULRICH KLÖR:
Das Programm ist hessenzentriert, weil wir ja in Hessen sitzen und es wurde auch sehr intensiv unterstützt vom hessischen Sozialministerium, weil man natürlich da Bedarf sieht. So wie Sie es andeuten und genau das was Sie sagen ist auch der Hintergrund unserer Aktivität gewesen. Es ist auf beiden Seiten, und zuerst einmal vor allem auf Seiten der Träger eine gewisse Unwilligkeit gewesen. Aber interessanterweise haben wir bei den direkten Kontakten, also bei den konfessionell geführten Anstalten ein größeres Entgegenkommen gesehen. Ich habe Caritas erwähnt. Aber das waren alles persönliche Kontakte. Also die Kontakt- und die Problemvermittlung ist eigentlich erstmal das Wesentliche. So wie Sie es schildern, „*mit ein paar Schaubildern an die Wand*“, also so funktioniert das nicht.

Man muss versuchen, und das ist sicherlich auch eine Sache der Geduld, mit den verschiedenen Institutionen zu arbeiten und das hat sehr lang gedauert. Sie sehen 10 Jahre läuft das Programm jetzt

schon. Das ist nicht von heute auf morgen entstanden. Aber es ist wenigen bekannt, dass man das so machen sollte. Wir haben auch Hoffnung, dass sich das auch auf der Bundesebene ein bisschen realisieren lässt und wir stehen da auch in sehr intensivem Kontakt mit Frau Böhmer, der Ausländerbeauftragten, die das auch als Thema sieht, wenn auch nur eines unter zahlreichen anderen Themen. Dennoch, dies zeigt: man braucht eine vermittelnde Institution, die auf der einen Seite sehr kompetent mit den Trägern und den Institutionen arbeiten kann, aber natürlich auch mit den Kandidaten. Sie sprechen die ambulante Pflege an. Das ist ein wesentlicher Teil. Viele der Ausgebildeten, vor allem der jüngeren, haben sich entschieden in ambulante Pflegedienste einzutreten. Das ist ein großes Problem. Es ist ja gewollt von uns, dass wir nicht die Heime bevölkern, sondern dass wir die Menschen zu Hause betreuen und das müssen sie dann aber kultursensibel machen. Das geht gar nicht anders.

Und hier ist eigentlich noch ein viel größerer Ausbildungsbedarf als wir den bisher wahrgenommen haben. Die Zahl ist zwar beeindruckend, rund 600, aber das ist im Verhältnis zu den vielen alten Leuten, die es schon gibt, gar nichts. Man muss das noch sehr intensivieren und gerade für den ambulanten Bereich, ist es im Laufe der Jahre auch klar geworden, dass da ein besonderes Bedarfsverhältnis besteht.

OLAF HAHN:
Ich habe jetzt Frau Öktem auf meiner Liste. Bevor Sie ihre Frage, vermutlich auch an Herrn Klör stellen, würde ich Sie, meine Damen und Herren, gerne bitten sich schon einmal mental darauf vorzubereiten, dass wir die Diskussion danach auch ein bisschen öffnen und auch noch mal die französischen Kollegen mit ihrem Vortrag mit einbeziehen, sodass wir dann vielleicht auch in eine allgemeinere Debatte reinkommen.

AISHE ÖKTEM:
Einfach ein paar detailliertere Fragen. Hintergrund ist: wir, das heißt der Projektbereich den ich leite, machen jetzt seit Anfang dieses Jahres eine begleitete Ausbildung zum Altenpfleger mit Schwerpunkt interreligiöse, interkulturelle Kompetenz, mit 20 Plätzen jetzt für den ersten Durchlauf in Hamburg. Wir haben auch ganz ähnliche Schwie-

rigkeiten gehabt, auch gerade in der Akquise der Teilnehmer. Sie haben eine Zahl genannt von 400 Auszubildenden die bei Ihnen durchgelaufen sind.

Wie ist bei Ihnen die Rolle der Muttersprache in der Ausbildung? Wir versuchen die Begleitung der Ausbildung so zu gestalten, dass wir der Muttersprache eine große Rolle geben, damit die Auszubildenden später in der Lage sind als Altenpfleger/Altenpflegerin dann auch in der Muttersprache zu pflegen und auf die alten Leute zuzugehen. Deswegen die Frage: wie gestalten Sie überhaupt die Förderung der Muttersprache in der Ausbildung? Die nächste Frage wäre, Sie sagten 4000 Bewerbungsgespräche? Sind das dann Kontakte?

HANS-ULRICH KLÖR:
Das waren Beratungen der schon rekrutierten Leute. Das sollte nur andeuten, wie intensiv die benötigte Hilfe ist, die man den Bewerbern geben muss, damit sie eben erfolgreich das Ganze bestehen. Das ist der Hintergrund. Wenn man das nicht macht, ist die Abbrecherquote ungeheuer groß.

AISHE ÖKTEM:
Meine Frage ging in die Richtung, wie ist so das Verhältnis von Bewerbungen und akzeptierten Bewerbern und abgeschlossenen Ausbildungen? Ungefähr.

HANS-ULRICH KLÖR:
Das ist etwa 50%. Mit dieser intensiven Betreuung. Das ist ein ungeheurer Aufwand den man da betreiben muss damit dass zum Erfolg führt.

AISHE ÖKTEM:
Und dann noch die Frage mit der Muttersprache.

HANS-ULRICH KLÖR:
Das kann man klar beantworten. Natürlich ist der Hauptzweck, dass eben die muttersprachliche Kompetenz da ist um eben diese Betreuung machen zu können. Deshalb ist auch das Unterrichtsmaterial immer zweisprachig. Wir machen gar nichts anderes als zweisprachiges Material. Das gibt es gar nicht. Unsere Organisation heißt des-

halb auch türkisch-deutsch und nicht deutsch-türkisch. Schon allein der Name symbolisiert die Richtung in die das geht. Um das noch mal ganz klar zu sagen.

OLAF HAHN:
Vielleicht, wenn Sie es erlauben, würde ich gerne eine Frage, die ein bisschen den internationalen Charakter unserer Runde provozieren möchte, stellen. Sie haben das jetzt auch ganz explizit beantwortet Herr Klör, indem Sie auf die *türkisch-deutsche* Gesundheitsstiftung hingewiesen haben, das heißt Sie haben hier eine türkischsprachige Migrantengruppe angesprochen. Es gibt ja nun noch andere. Und ich möchte vielleicht zunächst die Frage an meine Nachbarn auf dem Podium zur Linken stellen. Wenn man sich überlegt, was muss eigentlich ein Mitarbeiter, eine Mitarbeiterin in einem Pflegedienst überhaupt interkulturell leisten können. Was kann, muss sie überhaupt lernen können, um auf all die unterschiedlichen kulturellen Befindlichkeiten auf die sie in einer solchen Situation, wie Sie, Herr Dr. Prevoteau sie beschrieben haben, reagieren zu können? Gibt es da in Ihrem Haus Erfahrungen, wo so ein Mittelweg ist um, sowohl den Vietnamesen, den Kongolesen als auch den Türken angemessen interkulturell pflegen zu können. Sie haben ja in Frankreich auch beispielsweise die Möglichkeit der *infirmière de proximité*, die auch viel näher an den Leuten dran ist als das hier in Deutschland der Fall ist. Wie lösen Sie diese Frage der interkulturellen, auch wie sie sagten interreligiösen, Ausbildung von Fachpersonal? In diesem Dilemma, das ich andeute?

SYLVIA HLOSCHEK:
Also ich muss vielleicht mal kurz etwas vorneweg sagen. Die hier angesprochenen Population und unsere Population, sind eigentlich grundlegend, oder zumindest zu einem großen Teil verschieden. An unserem Krankenhaus sind wir wirklich mit einer noch nicht integrierten oder noch sehr wenig integrierten Population konfrontiert. Das sind hauptsächlich Leute, die noch sehr wenige Rechte haben. Um mal kurz ein paar Beispiele zu nennen: die wenigsten von ihnen haben ein Dach über dem Kopf. Die wenigsten haben ein Recht auf Arbeit. Das ist unser Erfahrungshintergrund. Deshalb haben wir auch nur sehr wenig Erfahrung mit Pflegefällen.

Wir sind die ersten Ansprechpartner bei Gesundheitsproblemen von Ausländern. Deswegen arbeiten wir auch sehr viel mit *kulturellen Mediatoren*. Hier komm ich jetzt wieder auf die Frage, die Sie ursprünglich gestellt haben. Wir arbeiten also mit Übersetzern. Ich selber bin zweisprachig im französischen und deutschen Bereich und ich spreche auch Englisch. Das kann ich dann selber machen. Aber ansonsten haben wir im Krankenhaus einen Koordinationsdienst. Das heißt, den Leuten, die überhaupt nicht Französisch sprechen, können wir sofort über ein internes telefonisches System einen Übersetzer organisieren und so dann direkt verstehen worum es geht. Welche sind die sozialen, die psychologischen, die rechtlichen Probleme. Dieses interne System wurde vom Krankenhaus organisiert. Als zweite Stufe können wir für längere Gespräche, ebenfalls über das Krankenhaus, Übersetzer anfordern. Ich selber arbeite also mit Übersetzern und kulturellen Mediatoren, um auch den kulturellen und religiösen Hintergrund besser zu verstehen. War das eine Antwort auf die Frage?

MUSTAPHA EL HAMDANI:
Ich möchte zu diesem Thema etwas ergänzen. Bei meiner Arbeit kümmere ich mich um ältere Menschen, die ich bei Behördengängen begleite und dabei unterstütze, dass sie ihre Rechte in Anspruch nehmen können. Auch dabei geht es um Fragen, die mit dem Altern der Migranten zusammenhängen, ein Phänomen, mit dem wir immer häufiger konfrontiert werden. Die Menschen, die mit der Zuwanderungswelle der 60er und 70er Jahren zu uns gekommen sind, gelangen jetzt ins Rentenalter, und damit stellt sich für sie die Frage der medizinischen Versorgung. Häufig sind es Menschen, die einen Aufenthaltstitel in Frankreich besitzen. Mit diesem Status hat man in Frankreich keinen Anspruch auf Pflege oder Zugang zur CMU, weshalb diese Menschen von den Sozialdiensten der staatlichen Altersheime für Bedürftige versorgt werden. Hinzu kommt die Frage der Übersetzung als ein echtes Problem, wobei wir von der Vereinigung „Migration Santé“ große Unterstützung erhalten. Dabei geht es nicht nur um die Übersetzung von Wörtern, sondern auch von Einstellungen, die uns einen Menschen verstehen helfen.

OLAF HAHN:
Um die Frage anders zu stellen, wie erreichen Sie es, die vielfältigen Realitäten all dieser Menschen, mit denen sie zusammentreffen, Menschen mit so unterschiedlicher Herkunft, zu berücksichtigen? Es muss doch sehr schwierig sein, jedem einzelnen gerecht zu werden.

MUSTAPHA EL HAMDANI:
Zum einen geht es erst einmal darum, Denkweisen zu verändern, darauf hinzuwirken, dass man dieses Phänomen, das ja recht neu ist, erkennt und berücksichtigt. Zum anderen stellt man angesichts dieser kombinierten Problematik von Einwanderung und Alterung fest, was man bei der Integrationspolitik falsch gemacht hat. Wenn diese Menschen, die man ins Land geholt hat, damit sie hier arbeiten, ins Rentenalter kommen, spricht man nicht mehr von ihnen. Aber die Fehler der Einwanderungspolitik fallen jetzt voll und ganz auf uns zurück, denn die Menschen sind da, und man muss sich in jeder Hinsicht um sie kümmern. Es gibt nicht nur das Problem der Gesundheit. Es stellt sich auch die Frage, wie diese Menschen, die sich entschieden haben, hier zu bleiben, bestattet werden möchten, und es stellt sich auch die Frage nach Moscheen. Während diese Gebetsstätten lange Zeit an eher verborgenen Orten gehalten wurden, fordern die Gläubigen heute eine größere Sichtbarkeit. Denkweisen zu verändern, bedeutet also auch, öffentliche Gewalten zu verändern. Diese müssen solche Anliegen berücksichtigen, und es muss einen offenen Dialog zwischen ihnen und den betroffenen Bevölkerungsgruppen geben. Hier sind wir mitten im Thema.

OLAF HAHN:
Vielen Dank. Weitere Fragen?

MUSTAFA TURGUT CAKMAKOĞLU:
Meine Frage hat mit interkultureller Öffnung der sozialen Dienste zu tun. Wir fordern in Berlin, dass diese Dienste interkulturell geöffnet werden. Das heißt, dass Menschen, die in dieser Kultur aufgewachsen sind, auch diese Leistung erbringen sollen. Inwieweit ist das in Frankreich der Fall. Die türkisch-deutsche Gesundheitsstiftung ist ja ein Beispiel dafür. Gibt es solche Einrichtungen auch in Frankreich?

SYLVIA HLOSCHEK:
Die gibt es. Sie haben aber sie sehr große Schwierigkeiten zu existieren, weil eben die Gelder gestrichen werden. Für uns ist das eine Priorität und auch unbedingt notwendig. Denn um einen Zugang zur Gesundheit haben zu können, muss man den Menschen erstmal verstehen können. Man muss verstehen was der andere sagt. Aber nicht nur was er sagt! Sprache ist die eine Sache. Der ganze kulturelle Kontext gehört für ein richtiges Verständnis einfach dazu und so haben wir in der Tat einige von diesen *kulturellen Mediatoren*, die aus dem Land selber stammen oder die diese doppelte Kultur haben. Ein Beispiel: eine Türkin, die sehr lange in Frankreich lebt und die für uns dann nicht nur übersetzt, sondern auch den kulturellen Hintergrund des Inhalts der Konsultation nahe bringt. Und das ist bei uns in ganz verschiedenen Sprachen möglich. Lingála, Spanisch, Portugiesisch. Es gibt auch viele Personen aus dem Osten: Bulgaren, Russen, Ukrainer, Chinesen. Wir haben eigentlich so ziemlich alles. Und bei mir sieht das dann manchmal so aus, da hab ich 3 oder 4 türkische Gespräche hintereinander. Dann gibt es einen afrikanischen Nachmittag und am nächsten Tag ist Spanisch dran. Das ist doch sehr präsent.

MUSTAFA TURGUT CAKMAKOĞLU:
Wahrscheinlich wurde ich nicht so richtig verstanden. Sie haben gesagt Übersetzer und Sprache. Es geht hier nicht nur um Sprache. Kultur ist ja mehr als Sprache. Wenn ich alt und krank bin, in der BRD alleine lebe und gepflegt werden muss, dann möchte ich, dass jemand da ist, der mich verstehen kann. Mit meinem Gebet, mit meinem Verhalten, und so weiter. Also nicht nur die Sprache ist das Problem, sondern vielleicht mehr noch der Hintergrund, die Herkunft. Deswegen sprechen wir von *interkultureller Öffnung*. Dabei geht es ja nicht nur um die Übersetzung. Sie haben ja öfters mal das Wort Übersetzung benutzt, deswegen wollte ich es noch mal klar stellen.

SYLVIA HLOSCHEK:
Das hab ich noch gar nicht gesagt: Ich bin interkulturelle Psychologin. Und unser Psychologe ist Ethnopsychologe. Was wir hier haben, betrifft jetzt nur unsere Struktur.

OLAF HAHN:
Um vielleicht wieder eine Ordnung hier reinzukriegen: Ich habe jetzt verschiedene Wortmeldungen zur gleichen Zeit und meine Aufgabe ist es eben die einen zum schweigen zu bringen und die anderen sprechen zu lassen. Ich würde jetzt folgendes vorschlagen. Wir haben ja jetzt ein Thema, das auf dem Tisch ist. Zwei Wortmeldungen vom Podium dazu, diese bitte ganz kurz gestalten und dann Sie mit Ihrer Frage. Danke.

HANS-ULRICH KLÖR:
Das was Sie ansprechen ist genau der Grund warum man die erste Generation auf jeden Fall kulturell betreuen muss. Die hat zu wenig Verständnis von der Umgebung. Man darf nicht vergessen, dass man die Leute – vielleicht speziell auch die türkischen Migranten – ja quasi mit dem Fallschirm ins 20. Jahrhundert abgelassen hat. Aus Mittelanatolien, aus einer reinen Agrargesellschaft mit extrem traditionellen Familienbanden, hat man sie abgeworfen in eine absolut liberale, freizügige Gesellschaft, mit der eigentlich die Älteren in ihren Köpfen nicht zurecht kommen. Natürlich gehen sie einkaufen und all das Andere. Aber wenn sie älter werden wird es immer deutlicher. Das haben wir auch in Gesprächen und Untersuchungen festgestellt. Das heißt: gerade das Bedürftigwerden dieser ersten Generation stellt ein großes Problem dar. Bei der zweiten ist das schon ganz anders. Aber bei der ersten Generation ist das Problem zu lösen und deswegen haben wir diesen Altenpflegekurs eingeführt um genau dieses Problem an der Wurzel anzupacken.

FRANCOIS PREVOTEAU DU CLARY:
Ich glaube, dass die Arbeit meines Kollegen in seiner Vereinigung und die unsere sich letztlich ergänzen. Sein Ansatz bei der gesundheitlichen Betreuung ist ein kommunitaristischer, d. h. er braucht Unterstützung durch Personen aus der betreffenden Gemeinde. Es gibt ähnliche Ansätze zur Verbesserung der Gesundheit innerhalb von Wohnvierteln, wobei man mit Mittelsleuten arbeitet, die andere Zugangsmöglichkeiten haben. Was unsere Einrichtung im Krankenhaus anbelangt, so sind dies Angebote an Menschen, die keine prinzipielle Sicherheit kennen, dass man ihre grundlegenden Rechte achtet, die auf unserem Staatsgebiet ganz neu sind, die sich vor einer großen

Sprachbarriere sehen, keine Orientierungspunkte besitzen oder die sich in der Situation eines symbolischen Bruchs befinden. Es sind Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, die sich nur dank eines Netzes von Sozialkantinen ernähren können, wo sie Anspruch auf kostenlose Mahlzeiten haben, die ihnen kommunale Träger bieten. Es sind Menschen, die öffentliche Duschen aufsuchen, um sich zu waschen, Frauen, die vielleicht kleine Kinder haben oder die schwanger sind und die gerade aus einem krisengeschüttelten Land geflohen sind. Unsere Ansätze sind also unterschiedlich, doch gleichzeitig ergänzen sie sich – beide sind gleichermaßen notwendig. Bei dem einen geht es ganz unmittelbar darum, dass idealerweise jeder eine erste Anlaufstelle hat, wenn er sie braucht, bei dem anderen geht es um eine spätere Phase, wenn die Menschen stabilisiert sind, sich niedergelassen haben und im Aufnahmeland integriert sind. Es geht dann um Probleme, die daraus entstehen, dass man bereits eine gewisse Zeit im Land ist, ohne jedoch eine doppelte Kultur erlangt zu haben. Auf dieser Ebene geht es um gesundheitliche Ansätze, bei denen medizinische Aspekte zunehmend in den Hintergrund treten. Untersuchungen zur öffentlichen Gesundheit zeigen übrigens, dass die Medizin keine große Rolle mehr spielt, wenn es um die Verbesserung des Gesundheitsniveaus dieser Bevölkerung sowie der Bevölkerung im Allgemeinen geht. Hier treten vielmehr die Faktoren Arbeit und soziale Rolle, Ernährungsweise oder Probleme der Hygiene in den Vordergrund, mit anderen Worten, das gesamte Problemfeld, das mit der Erkenntnis und Umsetzung einer Lebensweise zu tun hat, die der Gesundheit am Förderlichsten ist.

Man muss aber auch – anders kann man hier gar nicht vorgehen – alle kulturellen Umstände dieser Menschen mit berücksichtigen, sonst ist man zum Scheitern verurteilt. Der Unterschied zu unserer Arbeit besteht darin, dass wir in einem sehr frühen Stadium eine Anlaufstelle sind oder aber für Personen, die anderswo ambulant oder bei niedergelassenen Ärzten nicht versorgt werden können.

HANS-ULRICH KLÖR:
Ich möchte jetzt die länderübergreifende Thematik aufgreifen. Und zwar welche Erfahrungen haben Sie in Frankreich und Belgien mit dem Problem der Genitalverstümmelung bzw. der Genitalbeschneidung gemacht? Das ist ein wichtiges Thema bei uns. Die kulturelle Si-

tuation wurde ja schon angesprochen. Es soll wohl Staaten auf diesem Globus geben, die die Genitalbeschneidung als kulturelle Tradition sehen. In diese Richtung haben Sie ja in ihrem Vortrag auch bestimmte Un-Resolutionen angesprochen. Solange es sich um Minderjährige handelt, ist die rechtliche Situation in der BRD dazu eindeutig.

Ein weiterer Punkt ist, wenn ich eine Minderjährige beschneide, sodass es zu gesundheitlichen Störungen kommt, dann ist ja nicht nur die direkte gesundheitliche Störung gegeben, sondern je nachdem auch bleibende posttraumatische Erfahrungswerte. Und wenn ich dann davon ausgehe, dass selbst diese Menschen in die Gesellschaft integriert werden sollen oder auch integriert sind, dann habe ich natürlich jemanden, der, auf Grund einer kulturellen Tradition, bleibende psychische Störungen hat. Das kann dann natürlich nicht sein. Insofern hätte ich von Ihnen gerne einmal gewusst, welche Erfahrungen Sie in diesem Feld gemacht haben. Gibt es – und wenn ja, wie schauen diese aus – staatliche Maßnahmen, die darauf zielen solche Dinge einzustellen bzw. zu unterbinden? Danke.

SYLVIA HLOSCHEK:
Vielleicht mal ganz kurz eine Antwort darauf. Wir haben so etwas nicht sehr oft. Und wenn, dann ist das *ein* Problem unter vielen und meistens nur das kleinste Problem der Mädchen und Frauen, die wir bei uns betreuen. Wir haben Mädchen, die mit 17 Jahren zu uns kommen, zum Beispiel aus dem Mali. Diese wurden zwangsverheiratet, haben Aids und dazu kommt dann eben noch die Genitalbeschneidung. Die meisten afrikanischen Frauen, die wir betreuen, sind Flüchtlingsfrauen. Sie haben Vergewaltigungen hinter sich, ihre Männer sind ermordet worden, sie haben eine längere Zeit in Lagern oder Gefängnissen verbracht. Also es sind ganz schreckliche Situationen und dann eben auch Aidskranke. Hier gibt es dann Assoziationen die sich um diese Frauen kümmern und wir können helfen indem wir zuweisen und koordinieren.

FRANCOIS PREVOTEAU DU CLARY:
Die wichtigsten Probleme, mit denen wir konfrontiert werden, betreffen die sexuell übertragbaren Krankheiten. Hier ist ein so genannter „Zentrums-Effekt“ zu beobachten. Wirft man einen Blick auf das französische Netz von Zentren, in denen man sich anonym und kostenlos

auf solche Krankheiten untersuchen lassen kann, so gelangt man zu etwa zwei bis drei positiv getestete Fälle auf 1000 Untersuchungen. Bei uns erzielt man das gleiche Ergebnis bei eher 100 Untersuchungen, was mit einem „Zentrums-Effekt“ zu erklären ist, denn wir sind zentrale Anlaufstelle für Menschen, die aus Gebieten kommen, in denen solche Krankheiten viel stärker verbreitet sind, ob es sich dabei um HIV oder um Hepatitis, um Syphilis oder um Tuberkulose handelt. Fast 1500 Menschen kommen zu uns pro Jahr, und wir zählen etwa zwei Fälle von Tuberkulose jährlich. Dies mag wenig erscheinen, doch ist diese Rate etwa zwanzigmal so hoch wie in Paris, wo immerhin die höchste Tuberkulose-Rate in Frankreich zu verzeichnen ist. Aufgrund dieses Zentrums-Effekts häufen sich bei uns die Gesundheitsprobleme von Menschen in besonders prekären Situationen und von jenen, die aus Regionen mit der schlechtesten gesundheitlichen Versorgung kommen. Bei den Gruppen aus östlichen Ländern kommt die Problematik der Prostitution hinzu. Bei diesem Problem werden wir von Vereinigungen unterstützt, die mit kulturellen Mittlern, die aus afrikanischen Dialekten oder osteuropäischen Sprachen übersetzen können, zusammenarbeiten und die uns helfen, die jungen Frauen zu schützen, die häufig volljährig sind und sich in einer sehr schwierigen Lage befinden. Dabei sind die Angebote von Polizei und Justiz, um diese Frauen aus der Prostitution herauszuholen, nicht verlässlich. Es gab Situationen, wo die jungen Frauen versucht haben, aus dem Milieu der Prostitution herauszukommen und die Hintermänner zu verraten. In diesem Augenblick hätte man sie unter Polizeischutz stellen sollen, der sich jedoch als nicht wirksam erwies. So kommt es, dass die jungen Frauen nicht mehr an eine solche Unterstützung durch Polizei und Justiz glauben und ihre Lage erdulden. Wir unterstützen sie im Rahmen unserer Möglichkeiten in hygienischer Hinsicht mit Hilfe jener Vereinigungen, die sich für sie einsetzen und sie schützen. Dies ist eine komplexe Arbeit, denn man muss den Kontakt zu ihnen heimlich und über Umwege herstellen, damit sie uns aufsuchen können.

OLAF HAHN:
Sie haben auf die Frage etwas erweitert geantwortet. Ich möchte dann mit einer weiteren Antwort aus unserer Runde auch den Workshop abschließen, weil wir am Ende unserer Zeit angekommen sind.

Die Frage der Genitalverstümmelung ging ja auch an unsere belgischen Kollegen hier im Raum.

(UNBEKANNT):
Ich habe sehr wohl verstanden, dass die Hilfe für diese Menschen, die sich in extremen Situationen befinden, die ohne Papiere, ohne Obdach oder drogensüchtig sind, sehr dringend ist. Ich möchte Sie fragen, ob die Franzosen in kultureller Hinsicht dazu in der Lage sind, Instrumente wie in Deutschland einzurichten, die auf einer ethnischen, gemeinschaftlichen und religiösen Basis beruhen. Ich sehe, dass es in Deutschland die Möglichkeit gibt, Projekte gemeinsam mit den Moscheen zu finanzieren, ist dies in Frankreich auch denkbar? Kann man sich vorstellen, dass die öffentliche Gewalt mit den Moscheen zusammenarbeitet?

FRANÇOIS PRÉVOTEAU DU CLARY:
Unsere Arbeit im Krankenhaus, bei der wir uns um Personen kümmern, die aus finanziellen oder rechtlichen Gründen sonst nirgends hingehen können, stützt sich auf ein ganzes Netzwerk, und es gibt weitere Initiativen zur Gesundheitsversorgung in den Gemeinschaften. Sie sind sehr zahlreich und werden von der Stadt oder von Vereinigungen geleitet ebenso wie von Ärzten in den Wohnvierteln sowie von Ärztevereinigungen, also von Akteuren, die im Sektor des gemeinen Rechts und im freien Sektor tätig sind. Aber wir im Krankenhaus steuern diese Initiativen zur Gesundheit in den Gemeinschaften nicht, das ist nicht unsere Aufgabe, wir wissen aber, dass die verschiedenen Akteure im Netzwerk dies tun. Ob sich diese Initiativen nun auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft, gemäß Kriterien mit äußerst variablen Konturen stützen, das weiß ich nicht. Aber ich kann mit Sicherheit sagen, dass es Aktionen und Initiativen in den einzelnen Wohnvierteln gibt, in denen die Bevölkerung zuweilen mehrheitlich muslimisch ist. Doch es ist schon richtig, dass es nicht der französischen Tradition entspricht, hier ausschließlich mit einem religiösen Ansatz vorzugehen.

HANS-ULRICH KLÖR:
Wir sind in Deutschland in Bezug auf diese Frage in einer ganz eigentümlichen Situation. Ich war gestern bei einer Diskussion bei der Aus-

länderbeauftragten in Berlin, wo es um die Definition von Religion und Gesundheitswesen ging. Es klingt etwas merkwürdig, aber es hat etwas mit unserem Thema zu tun. In Frankreich ist ja eine ganz strenge Trennung von Kirche und Staat und traditionellerweise ist in Deutschland das so ein bisschen weich gewesen.

In Berlin war auch ein Verfassungsrechtler zu Gast, der uns über den Staatskirchenverfassungsparagraphen unterrichtete. Das klingt jetzt alles ganz schrecklich kompliziert. Aber es ist ganz einfach.

Der Staat hat in Deutschland die Verpflichtung, die Ausübung von Religion in öffentlichen Einrichtungen, unter anderem in Krankenhäusern zu gewährleisten. Es ist eine aktive Aufgabe. Nicht eine Toleranz, sondern eine aktive Aufgabe. Das heißt, eigentlich müsste von den Krankenhäusern aus, jetzt sogar in Richtung Islam Aktivitäten entfaltet werden. Zumindest ist dies von der Verfassung gedeckt. Dies hängt jedoch vom Status einer Religionsgemeinschaft ab. Man hat interessanterweise sogar der Heilsarmee den Status einer Religionsgemeinschaft gegeben, aber nicht den Muslimen.

Das hat mit der deutschen Geschichte zu tun, weniger mit der Verfassung. Was ich sagen will: diese Kooperation mit muslimischen Institutionen ist quasi durch die Verfassung der BRD gedeckt. Daher ist das Predigerprojekt sozusagen nicht außerhalb des Verfassungsrahmens, sondern sogar innerhalb. Wir haben quasi eine Teilaufgabe übernommen, die sonst dem Staat eigentlich zukäme. Natürlich nur, wenn man sagt, dass Muslime auch eine Religionsgemeinschaft sind. Dann nämlich müsste der Staat auch dafür sorgen, dass Verbindungen für den Islam existieren und zwar im gleichen Sinne wie sie den beiden christlichen Kirchen zugestanden worden sind.

OLAF HAHN:
Ich muss Sie leider unterbrechen. Herr El Hamdani. Ich möchte Sie bitten, sich kurz zu fassen und dann kommen wir zum Ende.

MUSTAPHA EL HAMDANI:
Ich möchte Ihnen in dieser Sache beipflichten. Was die Stadt Straßburg anbelangt, die ich vertrete, so ist dort trotz der Trennung von Religion und Staat ein Seelsorger im Krankenhaus anwesend, und es gibt auch einen Gebetsraum, es gibt Speisen, die halal zubereitet werden, und es herrscht ein wirklicher Respekt gegenüber dem Tod

und den Riten. Allerdings hat man in den Altersheimen festgestellt, dass dort Zuwanderer, vor allem aus dem Maghreb und aus der Türkei, sehr selten vertreten sind. Wir sind hierüber in eine Diskussion mit den Regionalräten eingetreten, die Träger dieser Einrichtungen sind. Dies hat in der Tat ganz einfach mit gewissen Bedürfnissen zu tun, insbesondere mit dem Fehlen eines eigenen Gebetsraums. Auch sollte man Parabolantennen installieren können, so dass die Menschen Fernsehsender ihres Herkunftslands empfangen können, und man sollte Mahlzeiten anbieten, die halal zubereitet werden. Man muss sich hier nicht notwendigerweise an die Abgeordneten wenden, manchmal reicht es, sich mit den Verwaltungen der Départements in Verbindung zu setzen, die diesen Fragen gegenüber sehr aufgeschlossen sind. Dies ist alles eine Frage der Einstellung. Inzwischen gibt es auch Programme für die Pflege Zuhause, um die Vorstellungen jener Menschen zu respektieren. Denn in unseren Traditionen – auch wenn sie sich weiterentwickeln – gilt es immer noch als Schande, wenn man jemand ins Altersheim schickt. Daher werden die Pflegekräfte in die Wohnung geschickt, und man geht sogar noch einen Schritt weiter, indem man den Kindern, die sich um die Pflege ihrer Eltern kümmern, ein Entgelt zahlt. Dies ist eine jüngere Maßnahme, die sehr gut zeigt, dass alles mit einer Entwicklung der Einstellungen zu tun hat.

OLAF HAHN:
Ich möchte zunächst allen Referenten danken, die über die unterschiedlichen Erfahrungen in Deutschland und in Frankreich berichtet haben. Und wie wir gesehen haben, gibt es selbst innerhalb ihrer Einrichtung, Frau Silvia Hloschek, in Toulouse, eine interkulturelle Erfahrung, stammen Sie doch selbst sowohl aus Frankreich als auch aus Deutschland.

Präsentation der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

FRANK BAASNER:
Sie haben sich in den Arbeitsgruppen mit spezielleren Fragen und Aspekten der sehr großen Thematik beschäftigt, die gestern etwas allgemeiner besprochen wurde. Wenn man an die Debatte gestern zurückdenkt, wird klar, dass es eine schwer aufzulösende Dialektik zwischen der Suche nach dem Detail, d. h. dem präzisen, konkreten und praktikablen Ansatz für alle möglichen Facetten der Problematik, die sich in einer sehr dynamischen Gesellschaft ergibt (keineswegs nur im Hinblick auf Neu- oder Altmigranten, sondern generell in der Gesellschaft), und den sich immer wieder ergebenden Grundsatzfragen gibt. Zu diesen grundlegenden Fragen gehört z. B. der Sprachgebrauch in unserer Gesellschaft, also wie wir miteinander reden, nicht nur im Sinne von „die" und „wir", im Sinne von Minderheit und Mehrheit, sondern gemeint ist auch die Frage: Wie reden eigentlich Menschen in unseren Gesellschaften übereinander? Eine andere grundlegende Thematik in dieser Debatte um eine dynamische, sich schnell verändernde Gesellschaft ist, dass man nicht nur über die Frage der Integration neuer Bürger diskutiert, sondern gleichzeitig auch über die eigenen Sozialmodelle, von denen man dachte, sie wären einfach da. Beide Ebenen spielen immer wieder eine Rolle und sind schwierig voneinander zu trennen. Natürlich versucht man so konkret wie möglich zu arbeiten – gerade Sie in ihren kommunalen Zusammenhängen machen da sehr gute Arbeit – aber es gibt unterschwellig immer eine ganz andere Dimension, der wir auch nicht ausweichen sollten.

Jetzt freue ich mich auf zwei Resümees aus den Arbeitsgruppen. Ich bitte als erste Gaye Petek aus ihrer Arbeitsgruppe zu berichten, anschließend möchte ich das Wort an Olaf Hahn aus der zweiten Arbeitsgruppe weitergeben. Nach einer kurzen offenen Runde im Saal wird Herr Reinhart Freudenberg dann das Schlusswort sprechen.

GAYE PETEK:
Was ich Ihnen nun vortrage, wird keine komplette, strukturierte Zusammenfassung sein, denn die Zeit reichte nicht, um ein solches Resümee zu erstellen. Ich möchte mich daher im Voraus bei denen entschuldigen, deren Beiträge ich hier aus Zeitmangel nicht wiedergebe.

In unserer Arbeitsgruppe ging es um die Rolle der Eltern und der Familien bei der Sozialisierung und der frühkindlichen Bildung. Ich habe selbst in das Thema eingeführt und einige allgemeine Themenpunkte in Erinnerung gerufen, nämlich zunächst, dass hier drei Akteure zusammenwirken: die Familie, die aufnehmende Gesellschaft auf lokaler und auf nationaler Ebene sowie die Schule und die Bildungsstrukturen; des weiteren habe ich angemerkt, dass die Sozialisierung des Kindes sehr schwierig ist, wenn die Familie selbst nicht sozialisiert ist und dass sich Eltern mit Migrationshintergrund durch ihren eigenen Willen zur Integration selbst beteiligen müssen; und schließlich wies ich darauf hin, dass die Aufnahmegesellschaft mit ihren politischen, sozialen und Bildungsinstitutionen die Fähigkeit zur Integration besitzen müsse. Ich habe auch gesagt, dass das Kind nur dann den Weg in die Sozialisation nehmen könne, wenn die Bildungsstruktur gleichermaßen den Ehrgeiz zum Erfolg hat, das heißt, sie muss den Ehrgeiz besitzen, dass die Integration gelingt und das Kind sozialisiert wird; man muss es am sozialen und kulturellen Leben des Landes, indem es geboren ist, teilnehmen lassen. Und hier stellen sich auf Ebene der Familie viele Probleme – wir werden darauf bei den einzelnen Beiträgen und Wortmeldungen zurückkommen. Ich habe abschließend angemerkt, dass es im Sinne einer besseren Sozialisation der Kinder notwendig ist, dass die Familien erkennen, wie wichtig dies ist. Um dazu zu gehören, muss man aber verstehen, und um zu verstehen, muss man dies wollen und können, aber um zu können, muss man die Werkzeuge und Mechanismen, die Schlüssel für das Verständnis besitzen. Es ist also notwendig, dass die Familien dazugehören wollen und dass die Aufnahmegesellschaft dafür eine Pädagogik und Begleitung anbietet. Denn ohne Verständnis kann man sich weder integrieren, noch dazugehören, und wenn man nicht dazu gehört, beteiligt man sich auch nicht.

Frau Kiener, die das erste Impulsreferat hielt, berichtete zunächst über verschiedene Erfahrungen in Deutschland, vor allem über das Programm „Mama lernt Deutsch“, über methodische Ansätze wie Elternpatenschaften und über Programme zur Förderung der Integration von Eltern. Dabei sprach sie auch von den Schwierigkeiten, vor allem von den Vorurteilen, die auf beiden Seiten bestehen, Vorurteile, die auch in den Familien vorhanden sind, wobei sie auf die schlechte Beherrschung der Sprache des Aufnahmelandes und die schlechten

Kenntnisse über das schulische System hinwies, doch unterstrich sie, dass man eben diese Hilfsmittel zum Kennenlernen des Systems liefern müsse. Sie machte auch deutlich, dass in den meisten Fällen diese Eltern nicht in den Beiräten vertreten sind. Zudem gebe es keinerlei Angebote, die zu tief greifenden Veränderungen führen, da es sich häufig um das Engagement einzelner Akteure handele, deren Aktionen jedoch leider nicht ausreichend verstetigt werden. Sie empfahl daher eine Abstimmung zwischen den verschiedenen Netzwerken von Akteuren und auch die Erstellung einer Art Katalog mit Beispielen guter Praxis und guter Erfahrungen ebenso wie eine Verstetigung jener Erfahrungen, die gute Früchte getragen haben.

Herr Albertijn wies darauf hin, dass es unter den eingewanderten Familien auch Eltern gibt, die am Rande der Gesellschaft stehen, und dass man von ihnen zu große Kenntnisse verlange. Man sollte sich generell nicht auf die Schule, sondern lieber auf das Kind konzentrieren. Er schlägt einen Ansatz vor, bei dem man die Information dem Niveau der Kenntnisse und Verständnisfähigkeit der Menschen anpasst, an die man sich wendet. Er bezog sich dabei auf Beispiele, bei denen schriftlich Kontakt mit den Familien aufgenommen wurde und man sie zur Anmeldung in der Schule aufforderte oder dass man erwartete, dass sie am Elternabend das Wort ergreifen. Er beschrieb sehr überzeugend, dass solche Mechanismen etwas zu starr, zu direkt und unverständlich für Familien sind, die ein geringes Bildungsniveau mitbringen und aus unterprivilegierten Situationen kommen. Er empfahl daher, zu einer gemeinsamen Verantwortung bei Entscheidungen zu gelangen, einen Dialog und einen Austausch ebenso wie ein Nachdenken darüber in die Wege zu leiten, wie man Informationen weitergibt und empfängt, d. h. darüber wie jedes Individuum entsprechend seiner Kompetenzen und Verständnismöglichkeiten in der Lage ist, eine erhaltene Information aufzunehmen. Er unterstrich auch, dass das Handeln meistens dank einzelner Akteure erfolgt, anstatt gemäß allgemeiner Strategien. Er empfahl verschiedene informelle Vorgehensweisen, wie z. B. Begegnungen am Eingang zur Schule oder an der Tür zum Kindergarten oder die informelle Begrüßung durch Lehrer oder Erzieher, wenn die Mütter morgens ihre Kinder bringen. Er betonte, dass diese Eltern eine sehr heterogene Gruppe seien und man daher danach fragen müsse, wer diese Eltern sind und wie man sie erreicht. Damit gab er zwei wichtige Empfehlungen, näm-

lich die Konzentration auf das Kind und die Herabsetzung der Schwelle bei der Kommunikation mit den Familien.

Bei den Wortmeldungen lenkte eine Teilnehmerin die Aufmerksamkeit auf verschiedene Missverständnisse, die auf unzureichende Kenntnisse der Lehrer zurückzuführen seien. Sie unterstrich die Bedeutung der Fortbildung von Lehrern und Erziehern in interkulturellen Fragen sowie über Familien und Kinder mit Migrationshintergrund. Ein anderer Beitrag verwies auf ein erfolgreiches Projekt mit dem Titel „Mama lernt Deutsch". Die Rednerin verwies darauf, dass man versuchen müsse, mehr Migranten als Lehrer zu gewinnen. Es genüge keinesfalls, Dolmetscher als Vermittler einzusetzen, vielmehr müsse man beispielsweise innerhalb der Bildungsstrukturen, vor allem in der Hochschule, Menschen mit einer doppelten Kultur dafür gewinnen, dass sie in die Bildungsstrukturen eintreten und Lehrer werden. So solle man bei Gymnasiasten Werbekampagnen starten, um sie für diesen Beruf zu gewinnen.

Es war auch die Rede von einem Programm in Essen, das sich Rucksack-Programm nennt, wobei sich Gruppen von Müttern für zwei Stunden in der Woche zu einem Austausch treffen und eine von ihnen die Leitung der Gruppe übernimmt. In diesen Gruppen geht es um Fragen, wie man den Kindern in der Schule helfen kann. Dieses Treffen geschieht innerhalb der Bildungseinrichtung. Die Sprecherin beklagte jedoch, dass im Allgemeinen die Leiter dieser Einrichtungen die einzigen Ansprechpartner bei diesem Experiment sind, das weitere Kreise ziehen sollte.

Zur Situation in Belgien wurde berichtet, dass es in den Einrichtungen zur frühkindlichen Bildung und Erziehung Probleme der Diskriminierung zwischen Schülern gibt, zum Beispiel zwischen jenen, die Schweinefleisch essen und jenen, die es nicht essen, zwischen Mädchen, die ein Kopftuch tragen, und jenen, die keines tragen. Ich möchte hier in Klammern hinzufügen, dass wir in Frankreich jetzt glücklicherweise ein Gesetz haben, das wieder eine gewisse Ordnung in die Dinge bringt. Ich glaube, es ist gut, dass es hierzu ein Gesetz gibt, auch wenn Sie es vielleicht eigenartig finden, dass die Franzosen ein Gesetz zu solchen Fragen verabschieden. Von einer Teilnehmerin aus Belgien wurde auch angemerkt, wie wichtig es sei, die Mütter zu sozialisieren, denn es sind die Mütter, die danach ihre Kinder sozialisieren, und man kann nicht das Kind isoliert herausgreifen, ohne an

die Rolle der Mutter dahinter zu denken. Und schließlich wurde uns ebenfalls zu Belgien berichtet, dass es Sonderprojekte von Sozialarbeitern mit einer doppelten Kultur gibt, die sich sehr wohltuend auf alle von uns besprochenen Gebiete auswirken. Es wurde von Flandern berichtet, dass die Beteiligung der Eltern dort klarer formalisiert werden müsste, dass die Eltern sich auch stärker in Bildungsteams beteiligen sollten und dass dies mit ihnen in einer Art Vertrag vereinbart werden sollte.

Danach gab es Beiträge, die unser Thema nur indirekt betrafen, bei denen es um die grundlegenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ging. So findet man beispielsweise in Sachsen, wo der Anteil der Ausländer bei nur 1 Prozent liegt, sehr besorgniserregende Phänomene von Fremdenfeindlichkeit. Es wurde darauf hingewiesen, wie wichtig zunächst Erziehung zur Demokratie sei, damit man anschließend auch von Integration sprechen könne.

Die beigeordnete Bürgermeisterin von Trappes in Frankreich betonte, wie wichtig es sei, gewählte Vertreter für Integrationsfragen zu haben, die selbst einen Migrationshintergrund haben. Abschließend sprach man auch von den wirtschaftlichen Bedingungen, die für diese Themen gelten. So erwartete man beispielsweise häufig von den Gemeinden, dass sie alleine zurecht kommen; damit entstehen Probleme, weil nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die verschiedenen Maßnahmen wirksam zu gestalten, denn all diese Anforderungen können natürlich nicht ohne Budget erfüllt werden. Die Beschäftigten dieser Bildungs- und Erziehungseinrichtungen müssten aktiv in interkulturellen Fragen und in den Sprachen der Zuwanderung weitergebildet werden. Wir haben auch die Frage angeschnitten, inwiefern die Sprachen der Zuwanderer in den deutschen Schulen und Bildungseinrichtungen präsent sind. Damit waren wir leider am Ende der Diskussionszeit angelangt, denn dies hätte eine außerordentlich anregende Debatte ergeben. Ich schlage Herrn Baasner vor, über eine Tagung zum Gebrauch der Zuwandersprachen in den Bildungseinrichtungen und in der Gesellschaft nachzudenken. Denn dazu stelle ich mir auch einige Fragen. So denke ich persönlich nicht, dass man in einer deutschen oder einer französischen Schule innerhalb der Schule Türkisch sprechen sollte. Dagegen halte ich es für eine gute Idee, dass man Türkisch in der Schule als lebende Fremdsprache erlernen kann. Wenn man in Frankreich vor 40 Jahren sich über die

Frage ausließ, ob man in der Schule Bretonisch sprechen solle, dann wird man nicht neuerdings wieder zulassen, dass in der Schule Türkisch, Arabisch oder eine andere Sprache gesprochen wird. Das ist eine große Diskussion, die mehr Zeit verdienen würde.

FRANK BAASNER:
Vielen Dank für diese hervorragende Zusammenfassung. Dazu nur zwei Anmerkungen: Was die Sprachen anbelangt, so haben Sie vielleicht die Debatte der jüngsten Tage in Frankreich mitverfolgt, wo es um den möglichen Status der Regionalsprachen ging. Die ständige Sekretärin der Académie Française ergriff sofort das Wort und erklärte, dass die Republik in Gefahr sei. Sie sehen also, dies ist in vielen Ländern ein sehr heikles Thema. Und es würde in der Tat ein längeres Nachdenken erfordern, denn es ist komplex und auch dabei geht es wiederum um die Debatte zwischen öffentlicher Verantwortung, die Einheit garantieren soll, und um Chancengleichheit auf der Ebene der Gesellschaft, gleichzeitig aber auch um die Berücksichtigung kulturellen Reichtums...

GAYE PETEK:
...vielleicht stellt dies für die Lehrer von Sprachen und Kulturen der Herkunftsländer, die es in allen Ländern gibt und die auf der Basis bilateraler Vereinbarungen mit diesen Ländern hier sind, ein wirkliches Problem dar. Denn diese Lehrer hängen von den Herkunftsländern ab, auf deren Lehrpläne man keinen Einfluss hat. Es wäre tatsächlich Thema für eine weitere Tagung.

FRANK BAASNER:
Der zweite Punkt verläuft in etwa parallel zu dieser Debatte: Wie kann man den Reichtum der Menschen, die hier sind und die ihre Lebenserfahrung mitbringen, besser nutzen? Wir haben gestern zu Beginn im Plenum darüber gesprochen. Dies ist tatsächlich ein großes Thema, wenn es beispielsweise um die Gewinnung von Personal für jegliche Art von Dienstleistungen im weitesten Sinne geht oder auch um Weiterbildung für jene, die hier sind und die nicht diese reiche Lebenserfahrung haben. Damit ist eine sehr deutliche Verbindung zu der Diskussion hergestellt, die wir gestern begonnen haben. Ich übergebe das Wort an Olaf Hahn.

OLAF HAHN:
Ich möchte einleitend unterstreichen, dass meine persönlichen Kenntnisse zum Thema unserer Arbeitsgruppe weitaus geringer sind als die der Referenten und Teilnehmer. Ich werde mich aber bemühen, alles zu berücksichtigen, was in dieser Gruppe besprochen wurde.

Thema der Arbeitsgruppe 2 waren die Herausforderungen, die die kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft für die Organisation der Gesundheits- und Pflegedienste darstellt oder darstellen kann. Wir hatten die Ehre, dazu drei Experten aus Frankreich und Deutschland zu hören. In den Beiträgen ging es auf französischer Seite zunächst um die Organisation einer medizinischen Dienstleistungseinrichtung in Frankreich, wovon ich gleich berichten werde, und im deutschen Beitrag ging es um Arbeitsweisen im Bereich medizinischer Prävention, die von religiösen Vereinen in Deutschland geleistet wird.

Das erste Impulsreferat wurde von Dr. Prévoteau du Clary und Frau Hloschek vorgetragen, die im Krankenhaus La Grave in Toulouse tätig sind. Die Einrichtung, über die sie berichteten, hat zur Aufgabe, sich ganz allgemein um Menschen in prekären Situationen zu kümmern, also nicht nur um Migranten. Wie die Referenten erläuterten, gibt es einen offensichtlichen Bedarf an Hilfsstrukturen direkt im Stadtzentrum für die Menschen, die sich dort aufhalten. Herr Prévoteau hat zunächst allgemeine Daten zur Migration selbst vorgetragen, die weltweit und für Frankreich gelten (siehe Arbeitsgruppe 2). Er berichtete anschließend von verschiedenen Prinzipien und Strukturen in Frankreich, vor allem dem so genannten PASS, der einen ständigen Zugang zu medizinischen Leistungen ermöglicht und eine öffentliche Einrichtung dazu verpflichtet, Menschen in prekären Lebenssituationen Zugang zu medizinischer Versorgung zu bieten. Danach erläuterte er uns die konkrete Situation im Krankenhaus La Grave in Toulouse, wo Menschen aus sehr unterschiedlichen Situationen heraus die genannten medizinischen Hilfsleistungen nachfragen. Bei der sich daran anschließenden Diskussion ging es um die Unterschiede zwischen unseren drei Ländern, vor allem um die Verbindung zwischen dem Anrecht auf medizinische Versorgung und dem Recht, sich auf einem Staatsgebiet aufzuhalten. Der Referent erinnerte daran, dass in Frankreich diese beiden Aspekte in keinem Zusammenhang miteinander stehen. Die Diskussion zwischen den Teilnehmern betraf

schließlich die unterschiedlichen Situationen in Frankreich, Deutschland und Belgien.

Der zweite Vortrag, der von Herrn Prof. Dr. Klör, Arzt und Professor am Klinikum Giessen und gleichzeitig zweiter Vorsitzender der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung in Giessen, gehalten wurde, hat sich natürlich auf die deutsche Situation und ganz spezifisch auf die Situation in Hessen bezogen. Herr Klör hat uns zwei Projekte vorgestellt, die von der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung in Giessen, aber auch in ganz Hessen, durchgeführt werden. Einführend in seinen Vortrag hat er einen Rückblick auf seine Institution, die Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung, gegeben, die seit zwanzig Jahren existiert und damit die älteste Migrantenorganisation in Deutschland ist, die sich explizit mit Fragen der Gesundheitsversorgung beschäftigt. Das erste Projekt, das er uns vorgestellt hat, bezog sich auf den Zugang zu muslimischen Vereinigungen, derer es in Deutschland und auch in Hessen zahlreiche gibt. Diese muslimischen Vereinigungen haben jeweils einen Imam als Vorbeter, einen Vorsteher und beinhalten auch unterschiedliche Frauengruppen. Das Ziel des Projektes ist es, die Zusammenarbeit mit diesen Moschee-Vereinen zu intensivieren, um gesundheitspräventive Maßnahmen gemeinsam mit den dort arbeitenden und dort sozialisierten Muslimen zu betreiben. Dieses Projekt wird in vier großen hessischen Ballungsräumen angeboten: in Kassel, in Frankfurt am Main, in Giessen und in Offenbach, Städte, die durchaus größere urbane Zentren darstellen. Da das Projekt erst 2007 gestartet ist, ist die Evaluation der Ergebnisse noch nicht wirklich begonnen worden, hat aber, so Herr Klör, auf eine recht beeindruckende Zahl an Moscheen zurückblicken können, mit denen bereits zusammengearbeitet worden ist. 56 Moscheen wurden in dieser Form in das Projekt einbezogen, 112 Prediger (Imame) und Vorsitzende von Frauengruppen auf diese Art in diese gesundheitspräventive Maßnahme eingebunden. Neben dem direkten Kontakt zu den Moschee-Vereinen hat man in Hessen auch versucht, Fortbildungen für Ärzte anzubieten, aber auch so genannte Laienseminare, um die unterschiedlichen Erkenntnisse, die bezüglich der gesundheitlichen Situation gerade von türkischen Migranten hier vorliegen, mit einer möglichst großen Zahl an weiteren Personen zu teilen. Herr Klör hat darauf hingewiesen, dass gewisse Krankheitsbilder bei türkischen Migranten häufiger auftreten als bei Nicht-Migranten, wie etwa Diabe-

tes, Formen der Hepatitis und Herzkreislaufstörungen. Das erste Projekt hat großes Interesse nicht nur bei den Moschee-Vereinen und bei den beteiligten Ärzten gefunden, sondern auch Kontaktmöglichkeiten zu den Mitgliedern dieser Vereine (und nicht nur zu den Imamen) ermöglicht. Das Hauptproblem in diesem Kontext, auf das Herr Klör hingewiesen hat, ist, dass insgesamt in Deutschland und somit auch in Hessen noch zu wenig Migranten, vor allem türkischer Herkunft, auf die Leistungen des deutschen Gesundheitssystems zurückgreifen, für die sie natürlich bezahlen, indem sie in die normalen Krankenversicherungen eingebunden sind.

Dieses erste Referat hat zu zahlreichen Rückfragen geführt, die sich auch mit der Frage der Sprache befassten – Frau Petek, sie haben es ja eben bezüglich der anderen Fragestellung hervorgehoben. Es wurde gefragt, von wem die unterschiedlichen Fortbildungen gemacht werden und in welcher Sprache sie stattfinden, um eine Erreichbarkeit der Zielgruppe herzustellen. Alle Materialien werden zweisprachig veröffentlicht, in türkischer wie in deutscher Sprache. Eine weitere Frage aus dem Publikum führte dann dazu, dass Herr Klör die Gelegenheit bekam, sein zweites Referat vorzustellen, denn die Frage ging dahin, wie sich in Deutschland, in Hessen, in Giessen, der Umgang mit alternden Migranten gestalte. Diese Frage hat das Interesse des ganzen Ateliers hervorgerufen und verschiedene Erfahrungsberichte nach sich gezogen, wie man mit der jetzt alt gewordenen ersten Generation der Migranten umgehe und wie sie den verschiedenen Möglichkeiten der Regeldienste begegnen.

Herr Klör hat dann ein weiteres Projekt der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung vorgestellt, das sich mit „kultursensibler Altenpflege“ befasst. Er hat dazu gleich erklärt, wie schwierig dieser Begriff in sich sein mag und anschließend die Realitäten der Arbeit vorgestellt. In erster Linie besteht das Projekt darin, dass der Beruf des Altenpflegers und der Altenpflegerin gefördert werden soll. Man hat eine große Anzahl an Interessenten gefunden, die diesen Beruf ergreifen, sich in diesem Kontext also betätigen würden, da in der Tat die Zahl der Migranten, die im Rentenalter sind und, wie wir das in unserer Stiftung sagen, „Leben im Alter“ bewältigen müssen, wächst. Man hat 400 Bewerber für diese Ausbildung finden können, hat aber auch festgestellt – was sicherlich auf ein generelles Problem zurückweist –,

dass bei diesen Bewerbern die deutsche Sprache und damit die Verständigung nicht immer gleich ausgeprägt war.

Nach der Vorstellung dieses zweiten Projekts sind wir in die Diskussion eingetreten. Eine erste Frage ging in Richtung der Reaktionen, was das letzte Projekt angeht, seitens der Trägerstrukturen, seien es explizit konfessionelle Trägerstrukturen wie die Caritas oder nichtkonfessionelle Trägerstrukturen wie die AFO. Hier hat Herr Prof. Klör noch einmal auf gewisse Schwierigkeiten hingewiesen, solche Ausbildungswege und die Resultate, sprich ausgebildete Kranken- und Altenpflegekräfte, in diesen Regeldiensten zu integrieren. Eine wichtige Frage, die ich gerade schon einmal berührt habe und die auch in unserer Diskussion aufgeworfen wurde, betraf die Sprache, d. h. welche Rolle eigentlich die Muttersprache in der Vermittlung von Gesundheitsdiensten in diesem Kontext hat. Von allen wurde unterstrichen, wie wichtig es sei, auch in der Herkunftssprache solche Angebote zu unterbreiten. Die Frage ging dann auch an die Kollegen aus Frankreich, aus dem Toulouser Krankenhaus, wo auf die Übersetzerfunktion hingewiesen wurde, auf die man dort zurückgreifen kann, denn es kristallisierte sich die Frage heraus, wo denn eigentlich die Grenzen interkultureller Kompetenz im Umgang mit Migranten in Gesundheitskontexten sein könnten. Das Beispiel aus Giessen zeigte, dass man sich explizit mit einer türkischsprachigen Migrantengruppe beschäftigt, aber man hat ja in gewissen Regeldiensten nicht nur eine Migrantengruppe, sondern ganz viele, was die Frage nach sich zieht, wie sich eigentlich das Personal adäquat aufstellt, um all diesen unterschiedlichen kulturellen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Es wurde in der Gruppe unterstrichen, dass es sehr wichtig sei, nicht nur die sprachliche Verständigung herzustellen, also die Sprache des Migranten zum Ausdruck seiner Befindlichkeit zu verstehen, sondern auch den kulturellen Hintergrund, der natürlich immer mitschwingt und der Befindlichkeiten beeinflussen mag, zu berücksichtigen. Es geht also nicht nur darum, zu verstehen, was der andere sagt, sondern auch darum, zu verstehen, wo der andere herkommt.

Herr Dr. Prévoteau unterstrich bei dieser Gelegenheit, dass man hier zwischen zwei ganz unterschiedlichen Ansätzen unterscheiden müsse. In dem einen Fall geht es um den gesundheitlichen Status einer Gemeinschaft, wie es Herr Prof. Klör in seinem Vortrag erläuterte, und im anderen Fall von Toulouse geht es eher um Menschen in pre-

kären Situationen, wobei nicht unbedingt oder vielleicht auch überhaupt nicht dieselben Vorgehensweisen erforderlich sind wie im ersten Fall.

Wir haben schließlich am Ende unserer in der Tat sehr hitzigen Diskussion auf gewisse kulturelle Unterschiede hingewiesen. Es kam eine Frage aus dem Publikum, die die französischen Teilnehmer fragte, wie denn in Frankreich mit religiös orientierten Vereinigungen umgegangen werde. Das Beispiel der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung und der Arbeit mit Moschee-Vereinen lud natürlich ein zu der Fragestellung, ob und wie weit in der besonderen französischen Befindlichkeit, in der Kommunitarismus sofort als bedenklich betrachtet wird, es überhaupt möglich sei, sich der auch dort existierenden Realität religiös verfasster Vereinigungen zu stellen. Das hat die Debatte über die Voraussetzungen in den jeweiligen Ländern animiert, sich mit dem Verhältnis zwischen Religion und Staat auseinanderzusetzen. Dieses Verhältnis hat natürlich Auswirkungen auf die Art, wie man solchen religiösen Befindlichkeiten gegenüber auftritt. Herr Klör hat am Ende unserer Diskussion noch einmal auf ein Gespräch hingewiesen, dass er vor kurzem mit Staatsministerin Maria Böhmer (Beauftragte der Bundeskanzlerin für Fragen der Integration und Migration) und anderen Kollegen führen konnte. In diesem Gespräch wurde von einem Juristen auf die staatskirchenrechtliche Verfassung Deutschlands hingewiesen, die einen besonderen Umgang mit Religion an sich, aber auch mit konfessionell verfasster Religion an sich bedeutet.

FRANK BAASNER:
Dieser Bericht ist ein schönes Beispiel dafür, dass man auch präzise, manchmal regelrecht technische Aspekte nicht ohne Rückgriff auf die großen gesellschaftlichen Bedingungen diskutieren kann. Damit werden wir immer wieder konfrontiert werden. Auch in Ihrer Arbeitsgruppe schien die Sprache als Thema ausreichend relevant gewesen zu sein, sodass man vielleicht wirklich einmal in dieser Richtung weiter nachdenken kann. Ich würde nun gerne das Wort in den Saal geben.

AHMED MOUHSSIN:
(Bewegung gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Brüssel)
Ich bin Gemeinderat in Brüssel, in einer kleinen Gemeinden namens Saint-Josse, und ich arbeite auch im Kabinett der Ministerin Huytebroeck, die für Wohlfahrtspflege, u. a. von älteren Menschen, verantwortlich ist. Ich habe in unserer Arbeitsgruppe einen Punkt besonders hervorgehoben, der mir wichtig erscheint. Es geht um die multikulturellen Aspekte von Menschen im Rentenalter. Und ich wollte betonen, dass das Hindernis nicht immer ein sprachliches, sondern auch ein kulturelles ist und man daher auch die betroffenen Personen selbst hören muss. Ich habe auf den Fall von Senioren und Altersheimen verwiesen. Für die älteren Menschen und deren Familien ist es ein Problem, ins Altersheim zu gehen, denn dies gilt häufig als Versagen oder als Unfähigkeit dieser Familie. Und damit begeben sie sich manchmal in äußerst schwierige Situationen, weil es sich manchmal bei diesen älteren Menschen um sehr schwere Fälle handelt, die eine intensive medizinische Betreuung erfordern. Diese Familien begeben sich manchmal in äußerst problematische Situationen, wenn sie eine solche Verantwortung übernehmen, denn letztlich ist es eine Frage der Ehre, der man nicht ausweichen kann. Hier hat man längere Zeit darüber nachgedacht, wie man zunächst den Familien diesen Übergang ermöglichen kann, aber auch wie man die Aufnahme in den Altersheimen so gestalten kann, dass der ältere Mensch respektiert wird. Die gesamte Diskussion über Essen für Muslime, das hallal ist, das ist eine laizistische und offene Art, wie ich finde, das Thema anzugehen. Ich glaube, man muss heute in Europa wirklich Menschen auch mit ihrer kulturellen Besonderheit aufnehmen und nicht versuchen, sie in ein Schema zu pressen.

RADOUANE BOUHLAL:
(Präsident der Bewegung gegen Rassismus, Brüssel)
Ich möchte hier auf Anmerkungen reagieren, die speziell zur Frage der Nahrung gemacht wurden. Ich wundere mich sehr darüber, dass man sich dadurch beeinträchtigt fühlen kann, dass es an einem Tisch Menschen gibt, die hallal essen, und Menschen, die nicht hallal essen. Ich glaube, wir verteidigen alle das Prinzip der Gleichheit, und Gleichheit ist nicht Synonym für Uniformität. Ich finde, dass die An-

merkungen hier wirklich sehr weit gingen, wenn man sich darüber freut, dass ein Gesetz allen Frauen in Frankreich untersagt, ein Kopftuch zu tragen. Ich finde dies der Freiheit ebenso abträglich wie ein Gesetz, dass alle Frauen zwingen würde, ein Kopftuch zu tragen. Ich glaube, wenn man sich für Vielfalt in der Gesellschaft einsetzt, muss man irgendwann akzeptieren, dass die Menschen ein Minimum an Autonomie besitzen und damit Entscheidungen treffen können, die ihre eigene Sache sind, auch wenn dies einem gewissen Weltbild zuwiderläuft. Das bringt mich auf den Gedanken, dass das Thema, das uns bei dieser Tagung zusammenführt, nämlich die Vielfalt in Städten und Gemeinden, vielleicht vorab eine Diskussion über die Frage erfordert hätte: was bedeutet Vielfalt?

GAYE PETEK:
Ich werde nicht näher darauf eingehen, weil dies zu einer unendlichen Diskussion führen würde. Ich habe schon viele Reaktionen dieser Art in Frankreich und anderswo gehört. Ich möchte mich dazu also nicht äußern. Ich möchte nur etwas korrigieren: ich habe ein Beispiel aus unserer Arbeitsgruppe angeführt, wo jemand von Diskriminierung am Mittagstisch in den Schulen sprach, bei Kindern, die Schweinefleisch essen, und anderen, die kein Schweinefleisch essen, wobei man nicht von Fleisch sprach, das hallal ist, und auch ich habe nicht von hallal gesprochen. Ich wollte einfach nur sagen, dass diese Vielfalt, das denke ich persönlich, an der Schultür Halt macht, denn dies ist der Ort, wo man zusammenlebt, wo die Lehrer Schüler vor sich haben und nicht Juden oder Katholiken oder Muslime ebenso wenig wie Türken, Chinesen oder was weiß ich. Sie haben eine einzige Gemeinschaft vor sich, und das ist die Gemeinschaft der Schüler. Ich möchte nur einfach von diesem Prinzip sprechen.

AZIZE TANK:
(Migrantenbeauftragte Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf Berlin)
Ich habe nur eine kurze Frage: Wie geht man mit Vegetariern um, zwingt man diese dann auch, Fleisch zu essen?

GAYE PETEK:
Ich glaube, man sollte die Dinge nicht karikieren. Niemand verpflichtet irgendjemanden in den Schulen in Frankreich, beispielsweise

Schweinefleisch zu essen. Man kann immer auswählen, und im Übrigen wird in den Schulen immer seltener Schweinefleisch angeboten. Wir sollten die Dinge nicht karikieren. Die Vielfalt wird so weit geachtet, wie dies möglich ist.

KHADIJA ARAM:
Ich möchte diese Diskussion beenden und vielleicht eine andere eröffnen. Wir sprechen von Integration, aber man muss auch an das Ende des Lebens denken, nämlich daran, einen Bereich auf den Friedhöfen für Muslime vorzusehen. Einige Städte haben dies bereits eingerichtet, aber noch nicht alle. Es ist für Muslime wichtig, dort begraben zu werden, wo sie gelebt haben, wo ihre Kinder leben, und ich glaube, diese Diskussion muss man angehen und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

FRANÇOIS PRÉVOTEAU DU CLARY:
Ich möchte hier nur ein paar Dinge präzisieren. Ich habe deutlich gemacht, dass es eine Diskrepanz gibt zwischen den internationalen Texten und der Anwendung dieser Texte auf nationaler Ebene, was die Aufnahme, die Angebote an medizinischer Versorgung und die Rechte für Migranten aber auch von Menschen in prekären Situationen anbelangt. Dies erscheint mir sehr wichtig, denn in der Praxis stoßen alle einschlägigen Strukturen auf diese Schwierigkeiten, und diese Schwierigkeiten hängen nicht zwangsläufig mit der Frage der Anwendung und der Umsetzung dieser Texte zusammen, sondern vor allem mit finanziellen und wirtschaftlichen Problemen, und es erscheint mir wichtig, dass wir dies im Kopf behalten.

Als zweite Sache erscheint mir wichtig, dass es immer nützlich ist, sich auf Mittlerpersonen zu stützen, wie es etwa beim kommunitaristischen Ansatz zur medizinischen Versorgung geschieht. Ich glaube, von einem solchen Verständnis muss man ausgehen und von nichts anderem. Denn sonst wird man sich die Frage nach dem Sinn stellen, und die Frage nach dem Sinn verweist auch auf unsere gemeinsame Geschichte, die auf Aristoteles zurückgeht, sich über Kant, über Montesquieu, über Locke, über viele weitere Philosophen und Denker fortsetzte, die uns als Grundlage dienten und dafür sorgten, dass unsere Republiken auf gemeinsamen und grundsätzlichen Texten errichtet wurden.

Als dritter Punkt erscheint mir wichtig, dass man mit Blick auf die Pathologien gewisse gesundheitliche Probleme speziell bei Migranten findet. Ich zitiere hier Didier Fassin, einen bedeutenden Anthropologen und Soziologen, der dazu viel gearbeitet hat und der erklärte, dass es sich dabei um dieselben Pathologien handelt wie bei Menschen der niedrigsten sozialen und beruflichen Kategorie, die sich also in besonders prekären Situationen befinden. Es gibt keine Pathologien von Migranten, es gibt Pathologien von Menschen, die in einem bestimmten Gesellschaftssystem leben und mehr oder weniger Zugang zu Nahrung und Hygiene haben. So weisen die Zuwanderer Pathologien auf oder werden Überträger von Pathologien, die im Zusammenhang mit der Ernährung oder der Mangelernährung im Aufnahmeland stehen. Sie weisen Pathologien auf, die im Zusammenhang mit dem Stoffwechsel oder der Ernährungssituation stehen, etwa Fettleibigkeit, Diabetes Typ 2 usw., weil sie in den Aufnahmeländern Nahrung erhalten, die sie auf ihre eigene Weise verwenden und dabei nicht mehr ihre Traditionen berücksichtigen und auch nicht die Mittel haben, sich weiterhin so zu ernähren, wie sie es einst gelernt hatten. Traditionelle Nahrungsmittel sind niemals schädlich, wohingegen industrielle Nahrungsmittel, alles was man als „junk food", also unnatürliche Nahrung, bezeichnet, schlecht ist für die Gesundheit. Menschen, die in prekären Situationen leben, und jene, die sich nur in Suppenküchen ernähren, werden krank. Es erscheint mir wichtig, im Kopf zu behalten, dass es keine spezifischen Pathologien oder Gesundheitsprobleme von Migranten gibt. Man kann hier nachforschen, wie man anhand bestimmter Merkmale jene Gesundheitsprobleme verbessern kann, die auf kulturelle Gegebenheiten zurückzuführen sind, aber es gibt keine Pathologien, die zwingend mit der Migration zusammenhängen.

MARTHA AYKUT:
(Stellvertretende Integrationsbeauftragte der Stadt Stuttgart)
Was ich jetzt in beiden Arbeitsgruppen herausgehört habe, ist das Motto der Ausstellung hier im Saal: „Teilhaben, Teil werden". Ich glaube wir müssen uns noch viel stärker vor Augen führen, dass wir nicht immer alles mit unserer deutschen oder französischen Brille betrachten, sondern die Potentiale, Ideen, Vorstellungen und Lösungswege der Migranten, die wir hier im Land haben, mit einbeziehen,

dass wir stärker versuchen, Migranten zu unterstützen, damit sie auch in Schlüsselpositionen gelangen, dass wir versuchen, mit den Organisationen stärker zusammenzuarbeiten, die diese Gruppierungen vertreten, dass wir unseren Blickwinkel erweitern, egal, ob ich über Eltern oder über Zugänge zu Bildung oder über kultursensible Altenpflege spreche. Ich denke das ist der Schlüssel, um eine erfolgreiche Integrationsarbeit zu leisten.

FRANK BAASNER:
Das ist fast schon ein schönes Resümee. Man könnte auch hinzufügen, nicht nur, um Integration zu schaffen, sondern überhaupt, um Gesellschaften lebenswert zu entwickeln. Ich denke das gilt grundsätzlich und ist besonders in diesem Fall von großer Relevanz. Ich übergebe das Wort an Herrn Freudenberg, der seine Eindrücke mit einem Schlusswort verbinden wird.

Schlusswort

REINHART FREUDENBERG:
(Vorsitzender des Kuratoriums der Freudenberg Stiftung, Weinheim)

Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich Ihnen danken, jenen, die Sie von Belgien, Frankreich und sogar von Italien wie Sie Herr Dr. Joseph Esoh Elamé angereist sind, dass Sie hier nach Stuttgart gekommen sind zu diesen sehr interessanten und sehr anregenden zwei Halbtagen. Alle Beiträge und alle Diskussionen waren wirklich packend, ich finde in sogar noch stärkerem Maße als im vergangenen Jahr, wenn ich das so sagen darf. Darüber hinaus gab es, wie ich beim Abendessen und bei anderen Gelegenheiten feststellen konnte, zahlreiche Gespräche am Rande, die vielleicht ebenso interessant waren wie die gemeinsamen Sitzungen. Wenn sie erlauben, werde ich bei dieser Gelegenheit auch den Dolmetschern ein Kompliment machen, die, so glaube ich, uns eine hervorragende Übersetzung liefern.

Von der gestrigen Veranstaltung möchte ich einige Punkte noch einmal hervorheben, die mir besonders in Erinnerung geblieben sind und bei denen ich auch neue Aspekte gelernt habe. Zuerst einmal hat Herr Elamé vorgetragen, und ich bin dankbar für seinen Hinweis darauf, dass, wenn man von Migranten oder Menschen mit Zuwanderungshintergrund spricht, man dann so tut, als wäre das eine Gruppe und nicht beachtet, dass diese Bezeichnung einen außerordentlich heterogenen Inhalt von Menschen hat, die aus ganz verschiedenen Kulturen kommen und die untereinander nicht unbedingt solidarisch sind, weil sie eine ganz andere individuelle Haltung zu dem Aufnahmeland haben. Das muss man einmal in den Aufnahmeländern sehen, dass man es eben mit ganz unterschiedlichen Kulturen zu tun hat und, wenn ich von Deutschland spreche, eben nicht nur mit der türkischen, sondern auch mit vielen anderen. Gleichzeitig hat Herr Elamé auch betont, wie wichtig es sei, diesen zugewanderten Menschen die wesentlichen Grundsätze der Kultur des Aufnahmelandes nahe zu bringen. Seine Erfahrung ist, dass man dies durchaus mit Erfolg erklären kann. Das war ein sehr dankenswerter Beitrag.

Das ganze Podium war gestern einstimmig in der Aussage, dass die Integration eine zweiseitige Aufgabe ist. Die aufnehmende Gesellschaft muss sich für die Integration (nicht für die Assimilation) öffnen,

sie muss sich selbst in ihrem Inhalt nicht verändern, aber sie muss zu der Aufnahme und der gleichberechtigten Anerkennung finden. Diese zweiseitige Integration kann nur gelingen, wenn sie erstens auf der lokalen Ebene stattfindet (alles was sich über der lokalen Ebene befindet, ist sehr wichtig, weil es die Rahmenbedingungen setzt, aber das Geschehen ist eben in der Stadt oder der Gemeinde) und wenn zweitens nicht nur die Strukturen des Aufnahmelandes das Ziel verfolgen, diese Integration zu fördern, sondern auch die Zugewanderten und ihre Strukturen und Organisationen sich dabei einbringen. Dies hat besonders Frau Özmal aus Duisburg aus ihrer Erfahrung in dieser Stadt, die eine sehr bewusste und umfassende Integrationspolitik betreibt, betont. Frau de Coninck aus Antwerpen hat dann in eindrucksvoller Weise gezeigt, wie ein mit umfassenden Befugnissen ausgestatteter Sozialbereich in einer großen und sehr schwierigen Stadt auch im Individuellen die Zweiseitigkeit praktiziert. Wenn man sagt, kein Kind darf verloren gehen, so könnte man bei Frau de Coninck vielleicht sagen, es darf kein Arbeitsloser oder Zugewanderter verloren gehen. Man versucht, mit jedem einen Kontakt zu machen: Ich helfe dir, aber du musst beitragen. Dies war ein sehr eindrucksvoller Beitrag, der zeigt, wie man auf kommunaler Ebene handlungsfähig ist, wenn man wirklich etwas bewirken will.

Heute standen dann das Kleinkind und die Familie und das Gesundheitswesen im Mittelpunkt. Ich glaube darüber ist alles sehr gut gesagt und zusammengefasst worden. Zwei Aspekte sind tatsächlich ganz entscheidend für den Erfolg der Integration und ich habe mich sehr gefreut, dass auch die Integration der älteren Menschen mit Zuwanderungshintergrund in der Diskussion betont wurde. Ein türkischer Kleinunternehmer in Mannheim sagte mir einmal, seine Eltern seien in ihrer Mentalität und in ihrem Wesen völlig türkisch. Sie sagen aber, unsere Kinder und Enkel sind in Deutschland, also bleiben wir auch hier. Sie sind eben auch ein wesentlicher Teil der Gesellschaft und man muss auch bei ihnen dafür sorgen, dass sie sich in den Aufnahmeländern wohl fühlen.

Ich möchte die Aufmerksamkeit auch darauf lenken, dass man hier mehr über die Probleme und die zu lösenden Aufgaben gesprochen hat, was ja auch der Zweck solcher Veranstaltungen ist, aber dass man das vor dem Hintergrund tun kann, dass in unseren westeuropäischen Ländern millionenfach gelungene Integrationsbiogra-

phien existieren. Man begegnet ihnen im Alltag, ohne überhaupt noch darauf zu achten, ob derjenige oder diejenige, die einen im Laden bedienen oder in einem Telefonladen komplizierte Verträge erklären, ausländischer Herkunft sind. Das ist so zum Alltag geworden, und einerlei, wie stark sie sich kulturell noch ihrem Ursprungsland oder dem Ursprungsland ihrer Vorfahren verbunden fühlen, sind sie in der Alltagsgesellschaft doch in dem Sinne integriert, dass sie einen Beruf vollwertig ausüben, die Sprache sprechen und auch sonst ganz offensichtlich gern und erfolgreich in diesen Ländern leben. Das sind viele Millionen, von denen jeder für sich sein Integrationsproblem irgendwie auf individuelle Weise erfolgreich gelöst hat. Dass es das gibt, ist eine große Ermutigung für alle, die das noch nicht geschafft haben. Und bei all unseren Bemühungen finde ich das sehr erbaulich, wenn man daran denken kann und diese Normalität nicht einfach schon als vergessenswert empfindet.

Von den Diskussionsbeiträgen aus den Kreisen erfahrener Praktiker, wie wir sie gestern und vor allem auch heute gehört haben, war ich sehr beeindruckt. Da waren Praktiker aus Kommunen, Schulen und Behörden aus den hier beteiligten Ländern. Der Wert dieser Veranstaltung sollte wie letztes Jahr darüber hinausgehen, dass wir zwei interessante, sympathische Halbtage miteinander verbracht haben und dass nicht zuletzt bei einem sehr guten Abendessen und beim Fußballschauen eine Gemeinschaft hergestellt wurde. Es ist meiner Ansicht nach sehr wichtig, nicht nur zu sagen, dass es erfreulich, interessant und inspirierend war, sondern auch, dass möglichst viele von uns Anregungen mitnehmen, die zu mehr führen, statt dass man sich sagt, das sollte man eigentlich mal versuchen und dann kommt der Alltag und es ist doch nur eine schöne Erinnerung geblieben. Außer diesen Anregungen, von denen ich hoffe, dass sie mitgenommen werden und zu Folgen führen, hoffe ich auch, dass direkte Kontakte entstanden sind, die sich auch außerhalb dieser öffentlichen Veranstaltungen fruchtbar fortsetzen und zu Ergebnissen führen. Nun möchte ich diese Veranstaltung schließen, aber nicht ohne Ihnen allen zu danken. Denjenigen, die vorgetragen haben und denjenigen, die diskutiert haben, und ganz besonders auch Ihnen Herr Baasner, dafür, dass Sie das alles so fabelhaft organisiert und moderiert haben, und Frau Braun, die auf stille, aber effiziente ideale Weise die ganze Organisation hier geführt hat. Vielen Dank an Sie alle.

Weitere Beiträge

Marleen de Vry
(Organisation für flämische Städte und Gemeinden, Brüssel)

Kulturelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft – eine Herausforderung für die Städte und Gemeinden in Flandern

Wie kann man durch die systematische Einbindung der Eltern bei der frühkindlichen Sozialisation und schulischen Entwicklung ihrer Kinder – dank der Schaffung eines großen Netzwerkes von Partnern – eine strukturelle Zusammenarbeit zwischen städtischen Einrichtungen untereinander sowie zwischen diesen und den Schulen erreichen?

Flandern sieht sich wie die Länder und Regionen in der Nachbarschaft seit Jahren mit einer beunruhigenden Quote von Schülern konfrontiert, die ohne jeglichen Abschluss die Schule verlassen. Besonders stark ausgeprägt ist das Problem unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den großen Städten wie Antwerpen, Gent, Mecheln und Brüssel ebenso wie in den ehemaligen Bergbaugemeinden der Region Limburg (Genk, Houthalen, Heusden-Zolder). Hinzu kommt, dass viele Jugendliche in Brüssel, Antwerpen und Gent nicht einmal in einer Schule angemeldet sind oder sie nicht regelmäßig besuchen.

Dieses Problems macht es dringend erforderlich, nicht erst auf vollendete Tatsachen zu reagieren, wenn es schon zu spät ist. Die Chancen des zweiten Bildungswegs, mit dem die Folgen der geringeren Bildungschancen repariert werden sollen, oder die Bestrafung von Schulschwänzern genügen leider nicht. Man sollte daher lieber präventive Maßnahmen gegen Schulverweigerung und Initiativen zur Verbesserung der Chancen bei sehr jungen Kindern ins Auge fassen.

Zu einer wirklich interkulturellen Gesellschaft gelangt man vor allem dann, wenn man den Reichtum der Herkunftskulturen dieser Schüler wertschätzt und Maßnahmen zur Überbrückung der sozialen Kluft ergreift.

Welches ist die Rolle der Städte und Gemeinden bei diesem Prozess?

Ihre Rolle ist auf vier Ebenen anzusiedeln:

1. Zusammenarbeit von Sozial- und Bildungseinrichtungen der Stadt mit Schulen und Eltern.
2. Zusammenarbeit auf breiter Ebene, nämlich zwischen Kultureinrichtungen, sozialen Bildungseinrichtungen, sozial-medizinischen Stellen, Öffentlichen Zentren für soziale Dienste (Centre public d'action sociale – CPAS) sowie den Vorschulen/Kindergärten (écoles maternelles) und Grundschulen.
3. Intensive Zusammenarbeit zwischen kommunalen und privaten Partnern in einem unterstützenden Netzwerk auf Stadtteilebene.
4. Koordination der Ebenen 1 bis 3 durch einen Verantwortlichen für „begleitendes Bildungsmanagement" (gestion flanquante de l'éducation). Dabei werden alle Partner in einem Bildungsrat auf Ebene der Stadt oder der Gemeinde an den einschlägigen Entscheidungsprozessen beteiligt.

Soziale Bildungsförderung[2] seit den neunziger Jahren: Zusammenarbeit zwischen Sozialdiensten und Wohlfahrtspflege mit Schulen und Eltern

In Flandern wie auch in den Niederlanden wurden Mitte der 70er Jahre in den kommunalen Schulen die ersten Grundschullehrer mit besonderen Aufgaben (instituteurs-tâche) eingesetzt. Sie sollten in zusätzlichen Sprachkursen den sprachlichen Rückstand der Schüler, vor allem jener mit Arbeiterherkunft, beheben. Sehr schnell stellte man fest, dass man sich nicht nur um die Sprache kümmern muss, sondern auch um die soziale Umgebung des Kindes, das heißt, um die Eltern und um die benachteiligten Wohngebiete. So entstanden seit 1990 die ersten Projekte der sozialen Bildungsförderung als Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen sozialen Bildungseinrichtungen der Stadt und den Schulen. Deren Methodik wurde 1997 von der flämischen Regierung offiziell anerkannt. Die Großstädte unterstützten die

2 Französisch: Animation socio-éducative, flämisch: schoolopbouwwerk. Die sozialen Bildungsarbeiter bemühen sich sehr darum, die Eltern bei informellen Treffen in der Schule einzubeziehen (empowerment), so bei einem gemeinsamen Tee- oder Kaffeetrinken, bei täglichen Begegnungen am Schultor oder bei Besuchen zu Hause.

soziale Bildungsförderung zunächst mit Mitteln aus dem Fonds Sozialer Impuls (Fonds Impulse Social – SIF) und seit 2003 mit Mitteln aus dem Städtefonds (Fonds des Villes)[3].

Heute kann man vier Methoden bei der sozialen Bildungsförderung unterscheiden:

1. Sprachliche Stimulation auf Niederländisch und in der Muttersprache der Kleinkinder und ihrer Mütter
   Bei Kindern in der Vorschule und in der Grundschule wird in besonderem Maße auf die sprachliche Entwicklung und auf geeignete Methoden geachtet, zum Beispiel durch Vorleseprojekte, durch Geschichtenkoffer, durch einen Erzähltisch[4] oder Puppentheater. Für die Allerkleinsten ist der Ausgangspunkt meistens ein Bilderbuch. Das vorliegende Material ist sowohl niederländisch als auch zweisprachig vorhanden, z. B. türkisch-niederländisch oder arabisch-niederländisch („Der schönste Fisch im Meer", denizlerin en güzel baligi).
   Die Mütter treffen sich in der Schule oder in der Stadtteilbibliothek zu Sprachkursen in Niederländisch und zur Staatsbürgerkunde. Sie erfahren hier auch, wie das Schulsystem und die Betreuung der Schüler in Flandern funktioniert.
   Auch während der Ferien gibt es kreative und spielerische Angebote, die alle mit dem Eintauchen in die niederländische Sprache kombiniert werden.
2. Förderung der Erziehungskompetenzen von Müttern und Vätern und ihre Einbindung in die schulische Entwicklung ihrer Kinder
   Die Schulen laden die Eltern zu informellen Treffen ein, um sie in die Begleitung der schulischen und allgemeinen Entwicklung ihrer Kinder einzubinden. Manche Projekte zielen besonders auf die Beteiligung der Väter. Man kann nicht hoch genug einschätzen, wie wichtig deren Unterstützung für die schulische Entwicklung der Kinder ist. Was die Roma-Bevölkerung anbelangt, so sind wegen der großen Differenz zur normalen Schulsituation spezielle Initiativen erforderlich. Hier können die Einrichtungen Erziehungshilfe

3 Der Fonds des villes soll seit 2003 die Städte in Flandern bei der Umsetzung einer nachhaltigen Stadtpolitik unterstützen.
4 Die Kinder spielen eine Geschichte nach, die sie gerade gehört haben, mit Gegenständen, die sie vielleicht selbst anfertigen.

(Aide à l'éducation), Bildungskaufhaus[5], der Integrationsdienst und die Einrichtung „Kindheit und Familie" einbezogen werden. „Kindheit und Familie" leitet die Eltern weiter zu den Diensten der Erziehungshilfe oder zum Bildungskaufhaus.[6] Das Bildungskaufhaus in Genk organisiert Praktika für Eltern und veröffentlicht Broschüren zu Themen wie „Elternkompetenzen" oder „Bestrafen oder belohnen?".

3. Mediatoren zwischen Schulen und Stadtteil
   Eine besondere Art, die Beteiligung der Eltern zu erhöhen, ist der Einsatz von Mediatoren, also von Menschen, die aus eigener Erfahrung die Problematik kennen, die das Vertrauen der Eltern genießen und so die Kontakte zur Schule, zum Beispiel durch informelle Begegnungen, erleichtern können. Man findet diese Mediatoren in den meisten zentralen Städten und in einigen kleinen Städten wie Diest und Lokeren.
4. Hausaufgabenbetreuung für Kinder in der Grundschule, häufig dank der Zusammenarbeit mit Studenten für das Lehramt an Grundschulen. Hier gibt es individuelle Hausaufgabenbetreuung, Betreuungsklassen in den Stadtteilen oder Projekte wie „Papa und Mama an meinem Schreibtisch".

Einbindung von kulturellen und sozial-medizinischen Einrichtungen

Im Kultursektor hat sich die Stiftung Lesen[7] um Kooperation mit den Stadtteilbüchereien und mit der Liga der Familien bemüht, das Lesen im frühkindlichen Alter zu fördern. Dabei geht es ganz allgemein um die Stimulation von Sprachkompetenzen, auf Niederländisch und in der Muttersprache. Mit diesem Ziel veröffentlicht die Stiftung Lesen zweisprachige Bücher, niederländisch-türkisch und niederländisch-arabisch.

Die Bibliotheken von zehn Gemeinden haben sich für das Pilotprojekt „Bücher für Babys" (Bébés-livres) dieser Stiftung angemeldet. Im

---

5 Die jüngste Entwicklung in der sozialen Bildungsarbeit ist die Einrichtung von Bildungskaufhäusern, die neuerdings per Verordnung in allen zentralen Städten Flanderns geschaffen wurden. Die Provinz Limburg verfügt über einen eigenen Bildungsstützpunkt.

6 Diese Dienste gibt es bald in allen zentralen Städten, in der Provinz Limburg sind sie schon in mehreren Orten aktiv.

7 Stichting Lezen

September 2008 erhielten die Babys dieser zehn Gemeinden ein Bücherpaket mit Erziehungsratschlägen für die Eltern. Dieses Projekt unterliegt der Supervision durch die Universitäten von Gent und Antwerpen.

Die Bibliotheken vieler Städte und Gemeinden organisieren Initiativen für Eltern von Babys und Kleinkindern. Oft befindet sich neben der Bibliothek auch eine Spielothek. Es gibt Lernmaterial wie Puzzles, Spiele oder Bücher zur Ausleihe oder zur Benutzung für die Eltern, um spielerisch die Sprache zu lernen. Die Familienhilfe (Kindheit und Familie), die Öffentlichen Zentren für soziale Dienste (CPAS), Integrationseinrichtungen und ausländische Vereinigungen ebenso wie soziale Bildungs- und Jugendeinrichtungen laden die Eltern aus benachteiligten Gruppen zur Teilnahme ein.

Material zum Sprachenlernen und zur Auswertung der Niederländisch-Kurse wird vom Sprachen- und Unterrichtszentrum in Löwen entwickelt. Die Bibliotheken greifen darauf zurück, um Lesewettbewerbe zu organisieren.

Zusammenarbeit auf Ebene der Stadtteile: „Schulanlagen" (écoles larges)[8]

Ein großes Netzwerk in den Stadtteilen führt zu konkreten, und vor allem zu nachhaltigen Aktionen. Das zu Grunde liegende Prinzip lautet, dass die Kinder nicht nur in der Schule, sondern auch in ihrem Wohnviertel lernen. Daher werden in die Kooperation zwischen Stadt und Schulen verschiedene lokale Partner miteinbezogen.

In Berkenbos (Heusden-Zolder) zum Beispiel ging es darum, den gesamten Stadtteil in die Sozialisation der Kinder und Jugendlichen jeden Alters einzubinden: den Kinderhort, ausländische Vereinigungen, die Liga der Familien, die Bibliothek, Sportvereine und kulturelle Vereinigungen, die Bewegung der Jugendlichen, soziale Einrichtungen für die Jugend und sogar den Stadtteilpolizisten. So können die Kleinkinder zum Nachmittagsschlaf in der Schule bleiben, die Eltern können Sprachkurse in der Schule besuchen, der Stadtteilpolizist kann

8 Solche „Schulanlagen"-Projekte gibt es in Gent, Heusden-Zolder, Genk, Brüssel, Molenbeek, Antwerpen, Boom, Tielt, Maasmechelen, Termonde, Saint-Nicolas, Hasselt und Löwen.

Ratschläge zum Schutz gegen Aggression oder Vandalismus geben etc.

In Gent gibt es verschiedene solcher Schulanlagen: Brugse Poort, Dampoort, St. Amandsberg, Ledeberg und andere. In diesen Stadtteilen gibt es das ganze Schuljahr über ein großes und attraktives Angebot außerhalb des Unterrichts, auch während der Ferien, mit speziellen Angeboten für Kinder und Jugendliche und mit eigenen Gruppen für Mädchen. Das können Aktivitäten sportlicher Art, Zirkustechniken, Workshops in Musik, Tanz oder Fotografie sein. In Gent, Brugse Poort, leisten alle Krippen (8) ebenso wie die Schulen im Stadtteil (6), die Bibliothek, die Spielothek, das medizinische Zentrum, das örtliche Freizeitzentrum und andere ihren Beitrag zu dem Projekt, das vom pädagogischen Dienst der Stadt Gent beaufsichtigt wird. Die Lohnkosten für einen eigens dafür bereitgestellten Koordinator werden vom Städtefonds übernommen.

In Flandern gibt es rund 40 solcher Schulanlagen, die beim Bildungsministerium und beim Ministerium für Kultur, Sport und Jugend auf Interesse gestoßen sind. Ihr gemeinsamer Nenner besteht darin, dass sie insbesondere auf eine breit angelegte Entwicklung des Kindes und auf die strukturelle Integration der Schule in den Stadtteil achten. Die meisten dieser Schulen befinden sich noch in einer Aufbauphase, doch ist ihre Integration in das System des „begleitenden Bildungsmanagements“ (siehe oben) vorgesehen.

Koordinierung durch das „begleitende Bildungsmanagement“

Ohne ein koordiniertes oder konzertiertes Vorgehen auf kommunaler Ebene wird man allenfalls punktuelle Ergebnisse erzielen. Einige Städte verfolgen bereits einen strukturellen und stärker integralen Ansatz, durch das so genannte „begleitende Bildungsmanagement“ (Unterstützende Steuerung der Bildungsangebote). Die Devise lautet hier wirksame Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen städtischen und kommunalen Einrichtungen mit Blick auf die Bedürfnisse der Schüler und der Schulen vor Ort. Mit diesem Ziel haben in vielen Fällen Städte und Gemeinden einen Koordinator oder einen Verantwortlichen ernannt, der die Bildungsinitiativen vor Ort steuert, oder sie haben eine mehr oder weniger formelle Struktur der Beratung oder

Koordination geschaffen. Die Städte Antwerpen, Mecheln, Turnhout und Hasselt haben sogar einen richtigen „Bildungsrat“ eingerichtet.

Die Ebene der flämischen Regierung

Die flämische Regierung fördert diese Entwicklung seit einigen Jahren[9], indem sie Projekte im Rahmen des „Begleitenden Bildungsmanagements“ unterstützt, zum Beispiel Projekte zur Sozialisation benachteiligter Kinder und Einbeziehung von deren Eltern. Seit 30. November 2007 sind die einschlägigen Mittel in der Verordnung über das begleitende Management auf lokaler Ebene festgeschrieben. Diese Verordnung fordert darüber hinaus alle Städte und Gemeinden dazu auf, bei der Kontrolle der Einhaltung der Schulpflicht, der Förderung des (Vor-)Schulbesuchs von kleinen Kindern und der Verhinderung von Schulverweigerung zusammenzuarbeiten.

Seit 2004 hat das flämische Bildungsministerium auch 70 lokale Bildungsplattformen eingerichtet, um die Chancengleichheit bei der Bildung zu fördern. Viele dieser Bildungsplattformen haben sich um Kontakte mit kommunalen Einrichtungen bemüht, vor allen Dingen mit sozialen Bildungsangeboten und Integrationsdiensten. Sie haben sich bei Projekten zur sprachlichen Stimulation, zur Sozialisation von Kleinkindern, zur Unterstützung bei der Erziehung und Elternbeteiligung engagiert.

Da die flämische Regierung das Jahr 2007 zum „Jahr der Kleinkinder“ ausrief, haben die Vorschulen und Kindergärten, die Betreuungszentren für Schüler, die Liga der Familien, die Öffentlichen Zentren für soziale Dienste und die Bildungsplattformen gemeinsame Initiativen gestartet, um die Eltern zu ermutigen, ihre Kleinkinder in die Vorschulen zu schicken. So haben die Liga der Familien und die verschiedenen Öffentlichen Zentren für soziale Dienste vor Ort Kampagnen organisiert, um die Eltern von Kindern, die zweieinhalb Jahre alt werden, zu sensibilisieren. Manche Kommunen haben auch jedem neuen Schüler in der Vorschule eine Willkommensbroschüre geschickt.

---

9 Im Jahr 2005/06 wurden vier zentrale Städte (Antwerpen, Gent, Mecheln und Genk) aufgrund ihrer gravierenden interkulturellen Problematik unterstützt. 2006/07 waren es 13 zentrale Städte (Alost, Antwerpen, Brügge, Courtrai, Gent, Genk, Hasselt, Löwen, Melchen, Ostende, Roulers, St-Nicolas, Turnhout). Seit 2007/08 wurden 1.500.000 Euro für diese zentralen Städte bereitgestellt und 500.000 zusätzliche Euro für weitere Städte und Gemeinden.

Wannes, Jules und andere sind kleine Bücher, die den Eltern helfen, ihre Kinder auf die Schule vorzubereiten. Andere Kommunen schicken den Kindern eine Geburtstagskarte mit Werbung für die Vorschule oder mit Informationen zu den Anmeldedaten. Man sollte die ausländischen Vereinigungen in die Sensibilisierung der Eltern mit einbeziehen, damit alle Kleinkinder regelmäßig die Vorschule besuchen.

Zusammenfassung

Die intensive Zusammenarbeit der kommunalen oder städtischen Einrichtungen untereinander sowie mit den Schulen und Eltern kann den entscheidenden Unterschied ausmachen, auch wenn eine solche Kooperation in der Anfangsphase häufig auf die Förderung von kleineren Initiativen begrenzt ist. Wenn man jedoch dahin kommt, dass ein großes Netzwerk von lokalen Partnern entsteht, vor allem innerhalb der Stadtteile, dann trägt man zu einer spürbaren Senkung der sozialen Chancenungleichheit der Kinder bei, die ansonsten ihre schulische Laufbahn mit einem beträchtlichen Rückstand beginnen müssten.

Die Devise lautet also, Kooperationen mit Blick auf die Bedürfnisse der Schüler und der Schulen vor Ort zu schaffen. Mit diesem Ziel haben die zentralen Städte und einige kleinere Städte einen Koordinatoren ernannt, der für das begleitende Bildungsmanagement und Initiativen in diesem Rahmen verantwortlich ist, und sie haben auch eine Struktur der Beratung und Koordination geschaffen, wie den Bildungsrat in Antwerpen, Melchen, Ostende, Turnhout und Hasselt.

Aram Khadija
(Beigeordnete Bürgermeisterin, Trappes)

Kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft

Die Integration der Minderheiten in den westlichen Gesellschaften ist eine fundamentale Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Und es geht über die Idee der Integration hinaus auch darum, dafür Sorge zu tragen, dass in einer nahen Zukunft Migranten verschiedener Herkunft, die ihre eigenen Traditionen teilweise bewahren, mit unseren Gesellschaften verschmelzen und sich voll und ganz als Bestandteil des so-

zialen Prozesses, der diese charakterisiert, erkennen können. Vor allem möchte ich – um die Frage der religiösen Traditionen aus den Herkunftsländern außen vor zu lassen – Folgendes unterstreichen:

Wir alle werden irgendwo geboren, in einem bestimmten kulturellen und religiösen Kontext, und wir werden anschließend das, was wir selbst wollen, ohne dass jemals unsere Geburt über unsere Existenz bestimmen kann. Und wenn diese wichtige Botschaft unser Denken und unser Handeln bestimmt, dann können wir nicht nur direkte Lösungen finden, sondern auch manche Fehler vermeiden, die einen Teil der Migranten daran hindern, in die Moderne einzutreten.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass aufzubrechen und alles aufzugeben, vor allem ein Trauma bedeutet. Unsere Städte erfordern eine besondere Lebensweise, die sich so gänzlich von der im Dorf unterscheidet, und wir, die wir an das Dorf gewöhnt sind, erfahren dies als Stress-Situation. Deshalb ist es meiner Ansicht nach ganz wichtig, wie sich die Aufnahme im neuen Land in den ersten Monaten gestaltet.

In Trappes kümmern sich die gemeinnützigen Vereinigungen vor Ort intensiv darum, dass sich die Neuankömmlinge in ihrer neuen Umgebung eingewöhnen. Man mag etwas bedauern, dass sie ganz auf ehrenamtliche Kräfte angewiesen sind, die bei all ihren Qualitäten mehr Kohärenz bei ihrem Vorgehen bräuchten. Es wäre wichtig, dass sie eine einfache, aber einheitliche Fortbildung durch den Staat erhielten, die ein homogenes und somit wirksameres Vorgehen ermöglichen würde.

Die kommunalen Sozialzentren verfügen über sehr gute Möglichkeiten, um die Integration zu erleichtern. Voraussetzung ist, dass die Informationen gut fließen und dass sie über jede Veränderung oder Neuigkeit, die ihr Handeln unterstützen kann, sofort auf dem Laufenden sind.

Es erscheint mir auch unerlässlich, sich um die Menschen zu kümmern, die schon hier leben, indem man sie in Sachen Staatsbürgerkunde weiterbildet, und zwar:

- durch das Erlernen der französischen Sprache und der Geschichte Frankreichs
- durch die Unterweisung in den demokratischen Prinzipien, die in unserem Land herrschen

- durch die verständliche Vermittlung des laizistischen Prinzips, das Dreh- und Angelpunkt unserer Gedankenfreiheit ist.

Wir müssen uns immer wieder klar machen, dass die Nationalitäten, die wir aufnehmen und die wir zusammenführen müssen, sehr unterschiedlich sind und dass der religiöse Vektor keineswegs ein wirksames Werkzeug ist. Das Zusammenleben von unterschiedlichen sozialen Gruppen muss wieder zur Gewohnheit werden, so wie es früher in unseren Städten der Fall war, und jedes städtische Projekt muss dieses Konzept – anders als bisher – berücksichtigen.

Und schließlich möchte ich betonen, dass ich ganz stark an die wesentliche Rolle der Frau bei diesem Integrationsprozess glaube. Denn die Frau bereitet die Zukunft für ihre Kinder, sie ist Erzieherin der Familie. Ganz gleich, welche Bildung sie selbst genossen hat, ist sie in der Lage zu verstehen, wie wichtig Bildung für die Zukunft ihrer Kinder ist.

Sie weiß auch, dass es illusorisch ist, die Idee vom sozialen Erfolg mit Sport oder Show Business zu verknüpfen. Denn nur einige wenige kommen hier nach oben, während Millionen anderer stecken bleiben. Es gibt nur einen Weg, nämlich die Bildung der Kinder. Man muss diese Frauen aber unterstützen, zunächst darin, sich von der Macht der Männer zu befreien. Dann darin, dass sie ihre Kinder in Krippen schicken, die in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, dass sie erkennen, wie kompetente Lehrer diesen die erforderliche Erziehung zuteil werden lassen, um in unserer Gesellschaft Erfolg zu haben.

Die Vergangenheit hat unsere Fehler gesehen und gezählt, möge bei dieser großen Mischung der Völker, die sich über die ganze Welt bewegt, die Zukunft zum Spiegel unseres Erfolgs werden.

Radouane Bouhlal
(Präsident von MRAX, Bewegung gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit[10])

Ahmed Mouhssin
(Mitglied im Kabinett der Brüsseler Ministerin für Wohlfahrt und Aufsicht über öffentliche Heime[11])

Kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft: eine Herausforderung für die Organisation der Gesundheits- und Pflegedienste

Das Beispiel der älteren Menschen ausländischer Herkunft in der europäischen Hauptstadt

Untersuchungen zur Bevölkerungsentwicklung in Belgien sagen unablässig einen „Opa-Boom" voraus, wobei vor allem zwischen 2010 und 2030 die Zahl der Rentner geradezu explosionsartig steigen werde.[12] Unter ihnen werden sich immer mehr Mitbürger proletarischer Herkunft und mit Migrationshintergrund befinden, die aus außereuropäischen Ländern wie Marokko oder der Türkei zu uns gekommen sind.

Diese Zuwanderungen waren das Ergebnis bilateraler Übereinkommen zwischen Belgien und den Herkunftsländern, die in den sechziger Jahren abgeschlossen wurden und den Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften in Belgien abdeckten. Die Ehefrauen sind ihren Männern nachgefolgt, und es wurden Familien gegründet. Diese Menschen kommen heute in ein Alter, da sie mit denselben Problemen zu kämpfen haben, wie die meisten älteren Menschen in einem solchen sozialen Umfeld. Sie sehen sich jedoch zusätzlichen Schwierigkeiten ausgesetzt, die sich aus ihrer Identität als Minderheit innerhalb einer herrschenden Gesellschaft ergibt.

In quantitativer Hinsicht ist es schwierig, auf genaue Zahlen oder statistische Angaben zu diesem Thema zurückzugreifen, denn in die-

---

10 Der MRAX ist die größte und älteste Organisation gegen Rassismus in Belgien. Sie ist nach den Genoziden der Nazis entstanden und kämpft heute gegen alle Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Vgl. www.mrax.de

11 Zum gesamten Zuständigkeitsbereich der Ministerin Evelyne Huytebroeck vgl. die offizielle Website: http://www.bruxelles.irisnet.be/fr/region/region_de_bruxelles-capitale/_autorites/_gouvernement/evelyne huytebroeck.shtml

12 S. Dechamps, Le vieillissement test trop peu couvert, in: L'Echo, 27. Juni 2008, S. 10

ser Frage wie in vielen anderen, zum Beispiel zur Beschäftigung oder zur Bildung, gibt es in Belgien immer noch kein ethnisches Monitoring, das es ermöglichen würde, ein ethnisches Profil der älteren Bevölkerung zu erstellen.

Es gibt jedoch einige vielsagende Hinweise: nehmen wir zum Beispiel die Umfrage, die alle fünf Jahre zum religiösen Verhalten innerhalb der französischen Gemeinschaft Belgiens durchgeführt wird. Sie zeigt, dass im Jahre 2008 nahezu 33 Prozent der Brüsseler sich zum Islam bekannten.[13] Ein Drittel der Bevölkerung in der Hauptstadt Europas wächst also in muslimischen Familien auf mit Großeltern, die ausländischer Herkunft sind. Senioren mit ausländischer Herkunft sind also eine Realität in Brüssel, die in den nächsten Jahren immer größere Dimensionen annehmen wird.

Diese Situation ist relativ neu, denn bis in die jüngere Vergangenheit haben sowohl die öffentlichen Behörden als auch die Menschen ausländischer Herkunft selbst den Mythos vom Lebensabend in der Heimat gepflegt. Die meisten von ihnen haben in der Tat geduldig in langen arbeitsamen Jahre ein Projekt der Rückkehr entworfen, das sich in den meisten Fällen schließlich darauf beschränkte, dass sie ein Haus in der Heimat kauften, das sie nur einige Monate im Jahr bewohnen.

Diese endgültige „Nicht-Rückkehr" ins Herkunftsland kann mit verschiedenen Faktoren erklärt werden, die im Großen und Ganzen mit der Integration in Belgien zusammenhängen. Ihre Kinder und ihre Enkelkinder sind meistens Belgier und möchten in Belgien bleiben. Die sozialen Bindungen, die diese Senioren während mehr als 40 Jahren mit Freunden, Nachbarn und ehemaligen Kollegen geknüpft haben, sind Ihnen wertvoll. Sie finden in ihren Heimatländern nicht dieselbe Qualität der medizinischen Versorgung wie in Belgien. Manchen fällt es auch schwer, sich wieder in ihrem Heimatland zu integrieren, das sich in 40 Jahren selbst so stark veränderte.

Manche dieser Senioren mit ausländischer Herkunft finden gemischte Lösungen für sich: Sie treffen keine Entscheidung zwischen Hierbleiben oder Wegziehen, sondern richten sich vielmehr darauf ein, was wir gerne „sie machen es wie die Schwalben" nennen: sie

13 C. Laporte, La Belgique terre religieuse, in: La Libre, 11. März 2008, S. 2

verbringen die Wintermonate im Süden, um im Frühjahr zu ihren Kindern und Enkeln zurückzukehren.

Andere lassen sich endgültig auf belgischem Boden nieder. In den kommenden Jahren wird die Zahl dieser Senioren, die auf soziale Dienste angewiesen sind, ob es sich nun um Pflege im häuslichen Bereich oder um Unterbringung in einem Alters- oder Pflegeheim handelt, unaufhörlich steigen. Die Untersuchungen zu diesem Thema sprechen eine eindeutige Sprache.[14]

Dieser Anstieg mag überraschen, wenn man weiß, welch besondere Aufmerksamkeit die Kulturen in Marokko, in der Türkei oder der südlichen Sahara den alten Menschen widmen. In diesen Kulturen gründet die Familie auf einem erweiterten Modell, das alle Generationen sowohl in vertikaler als auch in horizontaler Richtung umfasst. Die Älteren werden dabei traditionell als Weise betrachtet, sie nehmen einen zentralen Platz in der Familie ein, sie werden respektiert, gehört und geliebt. Und ihre Kinder und Enkelkinder haben die moralische Kindespflicht, ihnen die bestmögliche Versorgung in der eigenen Familie zukommen zu lassen.

In dem Maße aber, wie sich die Kinder ausländischer Herkunft in der westlichen Gesellschaft integrieren, in der das Modell der Kernfamilie mit „Papa, Mama und Kindern" gilt, wird der Sinn für Familiensolidarität in seinem weiten Verständnis geschwächt. Der Lebensrhythmus ist eilig und verpflichtet häufig beide Partner eines Paares zur Berufstätigkeit, womit die Frauen seltener für jene „Opfer" zur Verfügung stehen, die mit der Unterstützung und täglichen Pflege einer älteren Person erbracht werden müssen. Denn auch heute noch wird die tägliche Pflege der älteren Menschen Zuhause viel zu oft von den Frauen übernommen, die sich zudem nach wie vor um die Erziehung der Kinder und den größten Teil der Aufgaben im Haushalt kümmern. Wenn man hier noch den ökonomischen Faktor berück-

---

14 Vgl. die Akten des Kolloquiums, das von der Commission communautaire commune de Bruxelles-Capitale (Gemeinsame Kommission der Gemeinschaften von Brüssel-Hauptstadt) organisiert wurde: Bien vieillir à Bruxelles: les rides de l'immigration (In Brüssel gut alt werden: Die Zuwanderung bekommt Falten), Collection Ikebana, Brüssel, 19. September 2006. vgl. auch die Akten des internationalen Kolloquiums, das von der Fondation Hassan II für Marokkaner, die im Ausland leben, organisiert wurde: Le troisième âge des Marocains Résidant à l'Etranger (Das Rentenalter der im Ausland lebenden Marokkaner), Juni 205; vgl. auch die Untersuchung von N. Perrin, Les rides de l'immigration – Le troisième âge immigré en Wallonie (Die Zuwanderung bekommt Falten – Migranten im Rentenalter in Wallonien), Université de Liège, Lüttich, 2004

sichtigt, nämlich die Schwierigkeit, eine Wohnung zu finden, die zwei oder drei Generationen unter einem gleichen Dach beherbergen kann, dann wird man verstehen, dass wohl oder übel die Altersheime in Zukunft zur sicheren Option für die Senioren ausländischer Herkunft werden.

Dieser Übergang ist für keinen älteren Menschen einfach, ganz gleich, welches seine Herkunft, seine Kultur oder seine philosophischen oder religiösen Überzeugungen sein mögen, doch für unsere Senioren mit ausländischer Herkunft ist er besonders schwer, denn deren Vorstellung von Altersheimen ist nach wie vor äußerst negativ besetzt. Für viele Muslime kommt dies dem Verlassen ihrer Eltern gleich, was in völligem Gegensatz zu ihrer Ethik steht. Für Marokkaner kommt hinzu, dass sie mit einem Altersheim die negative Vorstellung der so genannten „Fürsorgeheime“[15] verbinden, die es in Marokko gibt und wo zwar sehr bedürftige ältere Menschen, aber auch Waisen, Obdachlose und geistig Kranke aufgenommen werden.

Die Kinder dieser Senioren ausländischer Herkunft verbinden mit der Unterbringung ihrer Eltern im Heim oft das Gefühl von Feigheit, Schande und mangelnder Achtung der Eltern, doch sehen Sie darin die letzte Lösung, wenn die medizinischen Erfordernisse die Pflege Zuhause nicht mehr möglich macht. Vielleicht könnten Sie die Unterbringung leichter akzeptieren, wenn die betreffende Einrichtung für die spezifische Gemeinschaft konzipiert wäre: in dieser Hinsicht stellen die Altersheime für die jüdische Bevölkerung ein sehr attraktives Modell dar.

Viel lieber werden jedoch alternative Lösungen zur Unterbringung im Altersheim angenommen. Die Option der Tageszentren mit ihrer prinzipiellen Möglichkeit, die älteren Menschen Zuhause zu behalten, ermöglicht den Familien eine Atempause und erscheint so als ideale Lösung. Damit können die Kinder tagsüber ihrer Berufstätigkeit nachgehen und am Abend und während der Nacht ihre Eltern Zuhause aufnehmen. Leider existiert diese Art von Tageszentrum in den einfacheren Wohngebieten nicht.

Wir wollen hier auch auf das Projekt Abbeyfield[16] hinweisen. Dabei geht es um ein Konzept von Wohnanlagen für Senioren. Die Wohnun-

---

15 N. Cherkaoui, La vieillesse au Maroc : A quand une vraie politique ?, in : L’Opinion, Marokko, 2008

16 Vgl. http://www.abbeyfield.be/jsp/index.jsp?actionToTo=changeLanguage

gen sind kleiner und so eingerichtet, dass die Bewohner noch eine gewisse Selbstständigkeit bewahren. Dies ist zum einen eine Antwort auf die Schwierigkeit, eine große Wohnung zu finden, und hat zum anderen für die älteren Menschen den Vorteil, dass sie nicht isoliert leben müssen.

Bei älteren Menschen ausländischer Herkunft sind keine spezifischen Krankheiten zu beobachten. Ihre Gesundheitsprobleme sind vergleichbar mit denen der einheimischen Bevölkerung aus dem gleichen sozialen Umfeld, die in ähnlicher Weise von prekären Erfahrungen bei der Wohnungsunterbringung und einem schwierigen Arbeitsumfeld geprägt werden.[17] Doch der Umstand, dass man einer anderen Kultur oder religiösen Minderheit eines Landes angehört, verursacht zusätzliche Schwierigkeiten in einer Gesellschaft, die im Großen und Ganzen nicht in der Lage oder nicht bereit ist, ihre Unterschiedlichkeit mittels Verhandlungen zu organisieren.

Eine der ersten Schwierigkeiten in den Altersheimen oder bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten ist die Sprache. Die unzulängliche Kenntnis der offiziellen Verwaltungssprache kann ihre Auswirkungen bis hin zur Art und Weise haben, wie jemand medizinisch behandelt wird. Viele Marokkaner aus der ersten Generation sprechen eine Berbersprache oder arabisch, und sie beherrschen Französisch zuweilen recht bruchstückhaft. Die Türken der ersten Generation sprechen sehr selten Französisch. Somit bestehen Kommunikationsschwierigkeiten zwischen dem medizinischen Personal und diesen Patienten, die nicht immer genau ausdrücken können, welche Schmerzen oder welche psychologischen Schwierigkeiten sie haben. Die schlechte Beherrschung der Sprache führt auch dazu, dass die wenigen Immigranten, die in den Heimen wohnen, noch stärker isoliert sind.

Denken wir auch an die Frage der Religionsausübung. Sie ist für die älteren Muslime wichtig. Bei ihrer Ernährung und Kleidung müssen sie eine Reihe religiöser Vorschriften einhalten: so werden sie niemals Fleisch essen, dass nicht hallal[18] ist. Ein weiteres Beispiel ist

---

17 Vgl. auch die Forschungsarbeit von N. Loutz, Influences des conditions de vie sur l'état de santé des personnes âgées. Confrontations de modèles belges et immigrés turcs, Université de Liège, Lüttich, 1989

18 Fleisch, das nicht „hallal" ist, stammt von einem Tier, das der Islam verbietet (Schwein) oder das zwar erlaubt ist, aber nicht nach islamischem Ritus geschlachtet wurde.

der Tagesrhythmus der Muslime, der von fünf Gebeten am Tag bestimmt wird, wovon das erste bei Sonnenaufgang und das letzte recht spät gesprochen werden muss. Ein solcher Rhythmus entspricht nicht dem üblichen Tagesablauf in einem Altersheim. Manche militanten Verfechter des Laizismus sind der Ansicht, dass mit der Rücksichtnahme auf solche religiösen Vorschriften bei der Logistik und Führung eines Altersheims die Neutralität des Hauses beeinträchtigt und die Abschottung der einzelnen Identitäten begünstigt werden.

Eine solche Sicht erscheint uns verkürzt[19] und menschlich unhaltbar gegenüber diesen Menschen, die ihr ganzes Leben über hart gearbeitet und daher häufig das Gefühl haben, ihre religiösen Pflichten zu Gunsten der materiellen Realität vernachlässigt zu haben. So wollen sie gewissermaßen die verlorene Zeit wieder einholen. Sie verspüren zudem den Wunsch, ihren Kindern und Enkelkindern ein Beispiel zu sein, sie fühlen sich verantwortlich dafür, dass kulturelle, religiöse und moralische Werte an die nächsten Generationen weitergegeben werden. Die Religion ist daher nicht einfach ein Rückzugsgebiet, sondern eine Grundvoraussetzung, die für ihre Selbstverwirklichung wesentlich und notwendig ist.

Hier spielen auch Unvereinbarkeiten eine Rolle, die eine Reihe von kulturellen Codes im Alltag und bei der Körperhygiene betreffen. Wenn man ein ganzes Leben lang die Schuhe ausgezogen hat, bevor man seine Wohnung betritt, dann erinnert eine solche scheinbar unbedeutende Veränderung die Menschen immer wieder daran, dass sie im Altersheim niemals Zuhause sein werden. Für Frauen, in deren Lebensumfeld im allgemeinen Männer und Frauen getrennt waren, kann es sehr schwierig sein, tagtäglich immer wieder Männern zu begegnen, die nicht zu ihrer Familie gehören. Kulturelle Vielfalt heißt auch, dass man diese Art von Empfindlichkeiten berücksichtigt, ohne ihnen von vorneherein die Berechtigung abzusprechen.

Die Zerrissenheit, die durch die Migration hervorgerufen wurde, und das Wissen, dass man fern von seiner Heimat sterben wird, sind Aspekte, die bei vielen Menschen psychologische Begleitung erfordern. Wenn man diesen begründeten Sorgen, den Ängsten und auch den Widerständen abhelfen will, die diese Senioren ausländischer

---

19 Zu diesen Fragen vgl. M. Jacquemain / N. Rosa-Rosso (Hrsg.): Du bon usage de la laïcité, Les Editions Aden, Brüssel, Mai 2008, darin vor allem den Beitrag von R. Bouhlal, La laïcité peut-elle engendrer le racisme?, S. 101 ff.

Herkunft daran hindern, sich an die sozialen Dienste zu wenden, muss man Bedingungen schaffen, die ihnen Sicherheit geben und ihnen erlauben, ihr Alter in Gelassenheit und in Respekt vor ihrer Lebensweise zu leben.

Allgemeiner gesprochen, es ist zwingend erforderlich, die kulturellen Gewohnheiten zu definieren, die Einfluss auf den organisatorischen Ablauf in den Altersheimen haben können, und sich mit den spezifischen Problemen der älteren Menschen ausländischer Herkunft zu befassen. Man muss so weit wie irgend möglich die besondere Sensibilität eines jeden Individuums in einem System berücksichtigen, das oft den Anschein erweckt, die Bedürfnisse der Bewohner von Altersheimen uniformieren zu wollen.

Entscheidungen zur Logistik und Führung eines Altersheims unterliegen sehr stark wirtschaftlichen Zwängen. Prioritäten bei der Organisation werden häufig von den Kosten bestimmt und gehen zuweilen zu Lasten der menschlichen Beziehungen. Die Ankunft dieser neuen Publikumsgruppe muss die Verwaltungen der Altersheime zu einem neuen Nachdenken bringen und als Gelegenheit verstanden werden, die derzeitigen Organisationsformen im Interesse aller Bewohner neu zu überdenken.

Da die Unterbringung in Altersheimen somit unvermeidlich erscheint, ist jetzt höchste Zeit, sich auf die neuen Herausforderungen einzustellen, die mit dem erwarteten massiven Zustrom von Menschen ausländischer Herkunft in die Altersheime, aber auch zu den Pflegediensten Zuhause verbunden ist:

Positiv formuliert, besteht die Herausforderung darin, den Senioren ausländischer Herkunft die bestmögliche Lebensqualität zu bieten, und zwar in dem Sinne, wie sie die Weltgesundheitsorganisation versteht: „Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und besteht nicht nur in der Abwesenheit von Krankheiten oder Hinfälligkeit."[20] Ein guter Gesundheitszustand kann daher nicht erreicht werden, wenn man das System von Werten, Glaubensvorstellungen und die Kultur des Individuums nicht berücksichtigt.

Negativ formuliert, müssen diese Herausforderungen zu wirksamen Maßnahmen führen, die verhindern, dass die Senioren ausländi-

20 Vgl. die Präambel der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation, New York, 22. Juli 1946, unter: http//whqlibdoc.who.int/hist/official records/constitution.pdf

scher Herkunft in den für ihren Lebensabend bestimmten Einrichtungen erneut rassistische oder fremdenfeindliche Diskriminierung erfahren – zusätzlich zu jener, die sie schon während mehr als 40 Jahren in allen ihren Lebensbereichen, im Wohnumfeld, bei der Arbeit oder in der Freizeit erdulden mussten.

Die älteren Menschen ausländischer Herkunft waren einer der Motoren für die wirtschaftliche Entwicklung Belgiens. Unser Land und die sozialen Dienste sollten Ihnen unsere kollektive Anerkennung bekunden, indem sie sich bis zu deren letzten Atemzug um ihr Wohlergehen bemühen. Die Diskussion dazu ist gerade erst eröffnet.